

Id. 1270³



<36606327150011

<36606327150011

Bayer. Staatsbibliothek

Pol. 9. 252

Fiche

Staatswissenschaftliche
A u f f ä t z e

von

Martin Ehlers,

Professor der Philosophie zu Kiel.



Kiel, 1791.

In der Königl. Schulbuchhandlung.

Bayerische
Stadtbibliothek
München

Die fünf ersten von den folgenden Auffätzen sind schon im Sommer des Jahres 1790 für den Schleswig-Holsteinischen-Specialcalender auf 1791 abgedruckt. Nach Erscheinung dieses Calenders erhielt ich ausser einem gedruckten Sendschreiben nicht wenige auf gedachte Auffätze sich beziehende Zuschriften. Unter diesen waren ein Paar, wovon die Verfasser die Besorgniss äusserten, es möchten die in jenen Auffätzen enthaltenen Gedanken von vielen Lesern des Specialcalenders nicht gehörig gefasst und genutzt werden. Aus einigen Zuschriften von Ungelehrten habe ich jedoch mit grossem Vergnügen ersehn, dass gedachte Auffätze auch von selbigen gehörig verstanden und dass das, was ich von vielen guten Köpfen unter den niedern Schullehrern und unter den producirenden, fabricirenden und commercirenden Ständen erwartete, ganz nach Wunsch erreicht ist, das ist, dass meine Auffätze, durch die beym Leser erweckten Ideen ebenso wohl gefährlichen Freyheitsneigungen, als einem niedrigen und die Menschheit entehrenden Slavenfinn und bösen, despotischen Gefinnungen glücklich entgegen gewirkt haben. Uebrigens haben nicht nur einsichtsvolle Gelehrte, sondern auch hohe Staatsbeamte und Männer des hohen Adels meinen Auffätzen so vielen Werth beygelegt, dass ich hoffen kann, Entschuldigung zu finden, wenn ich gedachte Abhandlungen noch zum besondern Verkauf habe abdrucken lassen. Wegen der den Gedanken meiner Auffätze entgegen wirkenden Ideen, welche in diesen Factionszeiten so häufig geäussert werden, hätte ich gerne zum Besten der guten Sache, manche Zuschriften ganz hinzudrucken lassen. Allein theils verbiethet es die Bescheidenheit, gewisse mit Lob verbundene Beyfallsäusserungen selbst drucken zu lassen, theils bin ich bey Materien von so delicatem Inhalt den, auf weise, zutraunesvolle und offne Art darüber gegen mich sich äussernden, Männern es schuldig, dieses Zutrauens durch keine Art von Indiscretion mich unwürdig zu machen. Dennoch kann ich mich nicht enthalten, mit Weglassung der bloß mich betreffenden Ausdrücke einige ihrer Aeusserungen hieher zu setzen. In einem Briefe von einem Mann, der mit sehr gründlicher Gelehrsamkeit sehr viel Weltkenntniss verbindet, heisst es: "Die Grundsätze, welche Sie in Ihren Abhandlungen aufgeklärt und bewiesen haben, sind so ganz die Meinigen, dass ich alles, was Sie gesagt haben, kein Jota ausgenommen, mit völliger Ueberzeugung unterschreibe. Dass es menschliche Rechte giebt, die in keinen Verträgen gegründet sind; dass das Naturgesetz allein gesellschaftlichen Einrichtungen Gehalt und Festigkeit geben kann; dass das Studium der Natur und des Menschen, seiner Grundtriebe, seiner Kräfte und

seiner Anlagen das Mittel sey, dieß große Gesetz zu erforschen, wer kann es bezweifeln?“ *) In einem Schreiben eines einsichtsvollen vieljährigen hohen Staatsmannes heisst es: “Beyfall ohne Ausnahme verspreche ich ihnen nicht, das ist nur selten das Loos der Wahrheit. Und wo wird es ihr wohl schwerer sich durch zu arbeiten, als wo Vorurtheile und tausendfaches Interesse noch zu überwinden sind?“, Ein anderes umständliches, und durch nichts veranlaßtes Schreiben eines Staatsbeamten von uraltem und hohem Adel, enthält über die dritte Abhandlung folgende Stelle: “Es ist ein wahres Bedürfnis für mich, Ihnen für den Genuss, den Sie mir durch Ihre — — Abhandlung von den Freyheitsbewegungen unserer Zeit, gegeben haben, das Opfer meines Danks und, wenn Ihnen daran gelegen ist, meines vollkommensten Beyfalls zu bringen.“ Ein berühmtes adeliches Mitglied eines hohen Gerichtshofes, sagt von eben dieser Abhandlung, daß er ihn äußerst zweckmässig, unsern Zeiten anpassend und mit Billigkeit und Klugheit abgefaßt gefunden habe, und drückt sich über die folgenden Aufsätze so aus: “Die Abhandlung über Geld und Staatsbilanz scheint mir sehr belehrend zu seyn. Die Anwendung der darin festgesetzten Wahrheiten ist sehr treffend. Besonders hat mir aber die Abhandlung über die Fabrikunternehmungen gefallen. Hier finde ich mich ganz mit Ihnen und mit dem Auffallenden der Wahrheit zusammen. Der Schluss derselben hat meinen wärmsten Wunsch erweckt, daß Ihre gemeinnützigen Bemühungen allgemein anerkannt und unterstützt werden möchten.“

Bey Erwägung der Lage, worin ein Schriftsteller, der über Materien der Art etwas geschrieben hat, und worin das Wahrheit und Belehrung suchende Publicum, bey den häufigen, partheylichen und oft durch persönliches Ansehn unterstützten Urtheilen, die es über dergleichen Dinge hört, geräth, werden einsichtsvolle Leser, wie ich hoffe, erkennen, daß ich, durch Anführung dieses wenigen nicht nur mir, sondern auch der Wahrheit und der guten Sache der Menschheit einen kleinen Dienst thue. Was ich zu den in erwähntem Calender enthaltenen Aufsätzen und zu dem schon gedachten Sendschreiben hier noch hinzuzufügen mich bewogen gefunden habe, wird das zuletzt erfolgende Inhaltsverzeichniß angeben.

Kiel, den 1sten Junius 1791.

*) Mit Vergnügen habe ich nach dem Abdruck meiner diese Materie betreffenden Abhandlung die über eben diese Materie geschriebenen vortrefflichen Abhandlungen von *Clauer* und von *Genz* in der Berliner Monathschrift gelesen und daraus gesehn, daß die Rechte des Menschen diesen Männern in eben einem solchen Licht der Evidenz erscheinen, als sie mir und so vielen wissenschaftlichen Denkern und den Verfassern aller guten Lehrbücher des Naturrechts noch bisher erschienen sind.



I.

Untersuchung der Frage, ob es ein Recht der Natur gebe, das man bey gesellschaftlichen Einrichtungen als heilig und unverletzlich anzusehen habe.

Nachdem man längst es für eine höchst gefährliche Lehre angesehen hat, daß die Güte einer gesellschaftlichen Einrichtung und der darin Statt findenden Rechte ganz von der Vereinbarung derer abhängen, welche eine solche Einrichtung veranstalten, oder daß selbst vor einer solchen Einrichtung im ursprünglichen Zustande der Natur das Recht im menschlichen Verhalten allein aus der Obermacht entspringe: so fehlt es jetzt nicht an Gelehrten, die meynen, bey Einrichtung einer Volksconstitution hätte man nicht Ursache auf ein, außer der menschlichen Willkühr liegendes, Recht der Natur und der Menschheit zu sehen. Ja man hört und liest nun oft, es bestehe alles, was davon gesagt werden möchte, in metaphysischen Speculationen, womit Gelehrte sich wohl unterhalten könnten, worauf aber bey der Organisation eines Staats nicht zu achten wäre. Eine auf irgend eine Art erfolgte Vereinbarung und Einwilligung, wie sie auch entstanden und bewirkt wäre, wobey dann immer Willkühr und Obermacht auf irgend einer Seite zum Grunde liege, entscheide alles, wenn von Staatsverfassungen und Gesetzen die Rede wäre. Ohne den *Hobbes*, dessen Lehre noch im Punkt der Rechtsbegriffe zu berücksichtigen ist, zu nennen oder zu loben, nimmt man doch seine Lehre geradezu an, und findet es sehr lächerlich, daß die Nationalversammlung in Frankreich ihre Gesetzgebung mit Festsetzung unverletzlicher Menschenrechte anfieng und darauf in der Folge glaubte mit sehen zu müssen.

Ich finde den Einfluß, den die Art, wie über diese Materie gedacht wird, in die aus der Gesetzgebung und aus der Handhabung des Rechts entspringenden Glückseligkeiten und Uebeln hat, zu wichtig, als daß ich mich enthalten kann, sehnlich zu wünschen,

man möge in unsern Zeiten in dieser Sache nichts ohne reife Ueberlegung annehmen, und sich sorgfältig hüten, die Sache zu einem Gegenstand des Witzes und des Leichtsinns zu machen. Aus eben den Ursachen finde ich mich gedrungen es zu versuchen, ob ich nicht einen und den andern im Punkte der Hauptideen vom Recht gegen gefährliche Grundirrthümer möchte verwahren können.

Es ist mir evident, daß Macht und Recht auf keine Weise als Begriffe einer Art angesehen werden dürfen, und daß bloße menschliche Willkühr nicht hinreicht, etwas recht oder unrecht zu machen. Unter den Gelehrten, unter den, durch einige Lebensphilosophie, das ist, durch Erfahrungen, Beobachtungen und damit sich verbindende Denkübungen geleiteten, kultivirten Menschen, und selbst unter sehr unwissenden Menschen, dürfte es wohl kaum Einen aus Tausend im Durchschnitt geben, dem das nicht auch evident wäre. Nach dem Sprachgebrauch, der von dem überwiegenden Ideenzustande der Menschen einen unwiderleglichen Beweis giebt, sind auch die Begriffe, die man mit Recht und Macht, mit Willkühr und Recht verbindet, im hohen Grade verschieden. Und daß, wie die Natur überhaupt nie mit den Menschen ihr Spiel treibt, und in Dingen von großer Wichtigkeit für ihr Interesse sie nie allgemein irre gehen läßt, wenn nicht ein sehr böser oder fehlervoller Mensch sie zu Irrwegen betrügerischer oder irriger Weise hinleitet, und den gesunden Verstand verkrüppelt, jene Natur auch hier den Menschen nicht habe irre leiten wollen, scheint mir aus den hier folgenden Gründen hell hervorzuleuchten.

Es ist erstlich beym Recht der Natur nicht bloß von einem beliebigen künstlichen Ideenbau, oder wohl gar von metaphysischer Spitzfindigkeit, davon man keine Anwendung machen kann, die Rede. Eben die Bewandniß, welche es mit den allgemeinen Begriffen der Landwirthschaft, der Chymie, der Physiologie, der Anatomie und der Mathematik hat, hat es auch mit den allgemeinen Begriffen des Naturrechts. Zu diesen Begriffen werden wir eben sowohl durch Beobachtungen, Erfahrungen und Versuche hingeführt, als zu jenen.

Um alle Mißverständnisse zu verhüten, ist es nöthig zu zeigen, was die Menschen sich unter Recht denken. Nach dem Gebrauch,

den man in allen verschiedenen Sprachen von diesem Wort macht, hat man es theils auf eine solche Art zu handeln, daraus überhaupt Vollkommenheit und Glückseligkeit entspringt, theils auf Gesetze angewandt, die so beschaffen sind, daß deren Befolgung zur Vollkommenheit und Glückseligkeit hinführt. Weil im gesellschaftlichen Leben man eine Menge von gesetzlichen Einrichtungen findet, nach welchen jeder handeln muß, und weil der Mechanismus des gesellschaftlichen Lebens durch die vorhandenen Gesetze bestimmt wird: so ist es natürlich, daß man unterm fortwährenden Gefühl von der Wirkung der Gesetze sich unter Recht vorzüglich eine mit der gesellschaftlichen Einrichtung übereinstimmende, und unter Unrecht eine mit jener Einrichtung in Widerspruch stehende Art zu handeln denkt. Die ersten Errichter einer Constitution und die Gesetzgeber, welche sie entweder verbessern, oder Handlungen und Unterlassungen durch Verordnungen befehlen, welche sich auf Localumstände beziehen, haben aber von jeher, nach dem Maafs, als sie weise und gut waren, sich nur durch die Wirkung der Vollkommenheit und Glückseligkeit, die aus der Befolgung jener Befehle entspringen würde, bey der Abfassung der Gesetze bestimmen lassen, und nur das Recht gefunden, was zum Ziel der Vollkommenheit und Glückseligkeit im Ganzen hinführt. Jedoch nicht nur weise Errichter einer Constitution, sondern auch die noch dabey fortwirkenden Gesetzgeber fanden das Wesen des Rechts in einem auf Vollkommenheit und Glückseligkeit im Durchschnitt hinwirkenden Verhalten. Auch der grofse Haufe der andern Menschen, die nicht wider den gesetzlichen Gang der Staatsmaschine verstoßen dürfen, wenn sie selbst sich frey darin herumbewegen wollen, hat eine zwar nicht deutliche, aber doch klare oder dunkle Idee vom Wesen des Rechts; daher hört man so oft sagen, diese oder jene Staatsverfassung sey gut, oder taue nicht. Eine solche Rede wäre etwas ungereimtes, wenn es keinen vor den positiven Staatseinrichtungen und vor dem positiven Gesetz und vor willkührlicher Einrichtung vorhergehenden Rechtsbegriff gäbe, der allein in der innern Natur der Dinge seinen Grund hätte.

So wie in der Hinsicht im Ganzen die Menschen eins sind, so stimmen auch die Ideen aller Menschen, die nicht in Bestimmung

ihrer Ideen, oder in ihren, keineswegs immer ihrem Ideenzustande
 entsprechenden, Lehren durch sinnliche Begierden, durch Herrsch-
 lust, durch ein in den Darstellungen der Dinge Ruhm suchendes Be-
 streben, durch Querköpfigkeit und Schwärmerey geleitet werden,
 ebenfalls darin überein, daß etwas darum nicht Recht sey, weil
 einer etwas will, und das, was er will, mit Macht ausführen kann.
 Vielmehr glaubt man allgemein wider eine sehr oft böse angewandte
 Macht zum Recht seine Zuflucht nehmen zu müssen. Der gesunde
 Verstand, wie die durch Schlüsse urtheilende Vernunft verbinden
 nur so fern mit dem Begriff der Obermacht den Begriff des Rechts,
 als die Rechtslage nach vergeblicher redlicher Bemühung jene Lage
 gehörig zu erkennen, den streitenden Partheyen dunkel ist und daher
 widersprechende Rechtsideen veranlaßt werden. Bloß in diesem
 Sinn räumt man ein Recht des Stärkern ein, weil, nachdem die
 Vernunft vergeblich gearbeitet hat, nichts zur Schlichtung des Streits
 übrig blieb, als das Wirkungsprincip der Körperwelt, nemlich die
 stärkere physische Kraft. Es ist einleuchtend, daß, wenn die Dinge
 nicht durch das vortreffliche Triebwerk der Ideen und Kenntnisse in
 dem Gange ihrer Wirksamkeit gelenkt und bestimmt werden können,
 keine andere Triebfeder der Thätigkeit als die stärkere physische
 Kraft angebracht werden kann. Wo diese aber nur Statt finden kann
 und soll, da ist auch alles so angeordnet, daß die Obermacht, der
 Mittelzahl nach, zum Ziel der Vollkommenheit hinführt. Ganz
 anders ist es mit solchen Wesen beschaffen, in deren Wirksamkeits-
 vermögen durch Vernunft und Verstand eine unendliche Bestimmungs-
 mannigfaltigkeit hineingebracht wird, und die selbst das Ziel der
 Vollkommenheit und die zu diesem Ziele hinführenden Mittel kennen
 lernen kann. Hier hört natürlicher Weise die physische und poli-
 tische Macht auf ein Rechtsgrund zu seyn, es sey denn, daß man
 mit der Erkenntniß nicht ausreicht, und daß so die Obermacht mit
 aus Noth zu Hülfe genommen werden muß. So denken die Men-
 schen allgemein über Recht und Macht, und selbst diejenigen denken
 und handeln nach solchen Begriffen, die sich im Disputiren, am
 Schreispult, oder auf dem Lehrstuhl zu *Hobbesens* Lehren bekennen.
 Und wenn sie sich wirklich dazu bekennen: so kann man noch nicht

einmal annehmen, daß dieses eine Wirkung ihres redlichen Forschens nach dem sey, was wahr und recht ist. *Hobbes* selbst schrieb bekannter Weise für eine politische, despotisch gesinnte, Faction in England, und war hier keinesweges ein unbefangener Denker.

Ich glaube nach diesen Betrachtungen festsetzen zu können, daß wir diejenige Beschaffenheit des Verhaltens, die wir mit der Benennung von Recht belegen, allgemein in einer solchen Wirksamkeitseinrichtung nur finden, die im Ganzen Vollkommenheit und Glückseligkeit zur Folge hat. Wollen wir Menschen es uns daher herausnehmen, positive gesetzliche Verfassungen unter den Menschen zu machen, nach welchen sie sich zu richten rechtlicher Weise verbunden seyn sollen, d. i. wollen wir die Uebereinstimmung ihres Verhaltens mit den von uns gegebenen Gesetzen ein Recht nennen: so kann das nur sofern mit Bestand der Sache geschehen, als Vollkommenheit und Glückseligkeit im Ganzen aus der Beobachtung und Handhabung jener Gesetze entspringt. Da wir immer bey gesetzlichen Einrichtungen und bey Recht besonders an Menschen denken, die in Gesellschaft zusammentreten, oder zusammengebracht sind: so müssen jene Einrichtungen und dieses Recht nothwendig im Ganzen Vollkommenheit und Glückseligkeit, und selbst mehrere Vollkommenheit für jede Menschenklasse, und selbst im Durchschnitt für jeden Menschen mit sich führen, als man im außergesellschaftlichen Zustande findet, wenn jene Einrichtungen nicht eine innere Rechtsnullität in sich enthalten, und jener Rechtsausdruck nicht eine Lüge seyn soll.

Wider diese Gedanken und wider ein solches wesentliches Merkmal des Rechts kann, deucht mir, kein Mensch etwas einwenden, auch nicht einwenden wollen, wenn der Zustand der Vollkommenheit und Glückseligkeit irgend etwas Ehrwürdiges für ihn ist.

Allein was ist, fragt man hier vielleicht, Vollkommenheit und Glückseligkeit, und giebt es denn ein von Willkühr und bloßer willkührlicher Vereinbarung unabhängiges Grundprincip, das uns zur Vollkommenheit und Glückseligkeit hinführt? Und wenn das ist, giebt es denn ein solches allgemein gültiges und allgemein erkennbares Grundprincip? Ich glaube dies mit Zuversicht bejahen zu

können. Und finden die Gründe, worauf ich diese Behauptung baue, keinen Widerspruch: so müßte es eingeräumt werden, erstlich, daß es ein allgemeines Rechtsprincip gebe, und zweytens, daß man bey der positiven Gesetzgebung immer seine Augen auf ein solches Princip richten, und die positiven Gesetze, sie mögen Reichsconstitutionen oder Local- und Zeitumstände betreffen, damit in Harmonie bringen müsse, wenn diese innere Kraft und wahren Werth haben sollen.

Was ist nun erstlich Vollkommenheit, und was ist Glückseligkeit? Ich dünkte, man thäte dem tieffinnigsten Vernunftdenker sowol, als dem gefunden Erfahrungsdenker, auf eine gleiche Art ein Genüge, wenn man das Wesen der Vollkommenheit, dem allgemeinsten Sinn nach, in Harmonie, und dem auf die existirenden Dinge angewandten besondern Sinn nach in die Harmonie der Eigenschaften, Kräfte und Theile eines Dinges setzte, um Erhaltung desselben, Fortpflanzung und Vermehrung zu bewirken. Auch möchte jene zwiefache Art von Denkern wohl es zugeben, daß Glückseligkeit derjenige Zustand eines Wesens ist, da es eine solche Harmonie der Eigenschaften und Theile seiner eigenen Natur und der Natur anderer Dinge durch angenehme Empfindungen und durch ein angenehmes Bewußtseyn der Vollkommenheit wahrnimmt.

Darf ich hoffen, daß dies keinen Widerspruch findet: so ist die Frage, ob es ein erkennbares und sicheres Grundprincip der Natur gebe, dessen Beobachtung uns Vollkommenheit und Glückseligkeit verspricht, und das uns also bey dem Zusammentreten in Gesellschaften, bey Festsetzung einer Constitution, und überhaupt bey der Gesetzgebung leiten könne, und wider welches kein Gesetzgeber fehlen dürfe, wenn seine Gesetze innere Gültigkeit haben sollen.

Ich hoffe kein Bedenken tragen zu dürfen, folgende Vorschrift ein solches Princip zu nennen: *Handle in allem Thun und Lassen nach den wesentlichen Wirksamkeitseinrichtungen der Natur, und mache deren Ziel auch zum Ziel deiner Bestrebungen.* Soll diese Vorschrift für ein allgemeines Grundprincip gelten: so muß ich hiebey voraussetzen dürfen, daß alle Krafteinrichtungen und die wesent-

liche darin gegründete Wirksamkeitsbeschaffenheit der Natur wirklich auf Vollkommenheit und Glückseligkeit, das ist, auf Erhaltung, Fortpflanzung, Vermehrung und Bildung, auf Wohlfeyn und Bewusstseyn der Vollkommenheit abzielten, und das Ziel auch so weit erreichten, als es nach den Grundbedingungen der Möglichkeit und der Vollkommenheit, nämlich nach den Grundsätzen der Einstimmung und des zureichenden Grundes erreicht werden kann. Wer diese Voraussetzung nicht zugiebt, und also auch alles das läugnet, was Naturgeschichtskundige und Naturlehrer allgemein annehmen und anerkennen, wider den habe ich nichts weiter zu sagen. Findet man aber den ganzen Weltbau und die Natureinrichtungen vollkommen: so muß man die wesentlichen Wirksamkeitseinrichtungen nicht nur als Gesetze ansehen, nach welchen alles in der Natur wirken und sich bewegen soll, sondern auch als Gesetze, die den Menschen zur Befolgung vorgeschrieben sind. Die Natur ist dann das größte Rechts- und Gesetzbuch, das wir zu studiren haben, wenn wir rechtmässig leben und eine gute Gesellschaftsform durch Gesetze festsetzen wollen. Diefs ist desto nothwendiger, da die Natur beständig und unveränderlich in ihren wesentlichen Einrichtungen ist, und nicht verschiedene Gesetzgebungen, wenn ich mich so ausdrücken darf, Statt finden läßt, und da der Mensch zwar durch seine willkührlichen Handlungen die Wirksamkeit der Natur befördern oder behindern, aber nie deren wesentliche Beschaffenheit ändern kann. Aus dieser Wahrheit fließt dann zugleich die Folge, daß jede gesetzliche Verfassung, die in ihrer Einrichtung und Bewegung nicht in Harmonie tritt mit der wesentlichen Beschaffenheit der Naturkräfte und ihrer Thätigkeit, durch den Streit, worin sie mit der mächtigen Naturwirksamkeit geräth, einen höchst unregelmässigen, allenthalben anstossenden und stockenden, und für die menschliche Gesellschaft schmerzhaften Gang der Naturorganisation und der Gesellschaftsorganisation veranlassen muß.

Kann ein unbefangener Forscher nach Wahrheit und Recht, ein ächter Verehrer der weisen Natureinrichtung und ein warmer Freund der Menschen nichts wider diese Gedanken einwenden: so ist zu untersuchen, ob die Menschen vom erwähnten grossen Rechts-

princip, nach welchem man den Gesetzen der Natur folgen und mit seiner Wirksamkeit nach dem Ziel der Vollkommenheit, worauf jene Wirksamkeit hinweist, auch hinstreben soll, einen gehörigen Gebrauch machen kann. Sie können dieß freylich nur nach dem Maafs, als sie sich mit der Natur bekannt machen. Eine deutliche Einsicht in die wesentliche Einrichtung des herrlichen Werks der Natur erfordert allerdings viele Beobachtungen, viele Erfahrungen, viele Versuche und vieles vernünftiges Denken. Zu solchen Einsichten haben sich aber nach und nach allmählig viele Menschen erhoben. Diese sind hinreichend, ihren Nebenmenschen mit ihren Einsichten zu Hülfe zu kommen, und sie mit den Haupteinrichtungen des Werks der Natur bekannt zu machen. Wenn das indessen auch nicht geschieht: so ist doch der nur sehr dürftig kultivirte Verstand fähig, wenigstens zu theils klaren, theils dunklen Vorstellungen von den Naturgesetzen zu gelangen. Auch gelangt er wirklich so weit dazu, daß die Endzwecke der Natur von der Seite nicht ganz verfehlt werden können. Wie die Natur zur Erreichung ihrer Endzwecke nur Mittel wählt, die minder oder mehr zu ihrem bestimmten Ziel hingehen: so kann man nichts für ein Rechtsprincip der Natur ansehen, das nicht von jeher Dienste gethan hat, oder nun erst erfunden werden müßte. Die Natur geht auf eine zu offne Art in ihrer Wirksamkeit und in den Erfolgen derselben zu Werke, als daß diese Wirksamkeit mit ihren Endzwecken nicht alle Menschen bis auf einen gewissen Grad in die Augen fallen sollte. Wo die Natur in Absicht auf die nothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht gar zu arm ist, und wo der Mensch ausser den Erhaltungsforgen noch andern Ideen und Gefühlen hat den Eintritt in seine Seele verstatten können, da haben sie die Naturbewegungen in den drey Reichen der Natur nicht ganz verkannt, harmonisch mit der Natur gewirkt, deren Thätigkeit gepflegt, deren Erhaltung befördert, und deren Wohlfeyn ihre Angelegenheit werden lassen. Sofern von der Beschaffenheit menschlicher Wirksamkeit die Rede gewesen ist: so hat man immer unter *menschlich handeln*, *gut handeln* und *recht handeln* etwas gedacht, das mit der Natur übereinstimmt, und das die Natur erfordert. Das ist auch von jeher unter allen Nationen

geschehen, ohne alle Rücksicht auf äussere menschliche Gesetze und Vorschriften. Solche Menschen sind damit noch nicht geschickt, die Hauptwirkfamkeitsgesetze der Natur in den Hauptklassen von Geschöpfen zur Bildung deutlicher Begriffe abzuziehen, und sie in ein System zu bringen. Bekennen muss man es auch, dass ein solches System nicht leicht zu Stande gebracht werden kann. Die Natur ist so reich und ist so gewandt in der Zusammenordnung aller Klassen von Dingen, dass es nicht wenig schwer seyn muss, ihr ganzes Wirkfamkeitssystem nach der Zusammengränzung und Einschränkung der verschiedenen Arten und Klassen der Dinge in verständlichen Formeln treu darzustellen. So sehr man inzwischen genöthigt ist, ein solches Schwerseyn zuzugestehn: so kann man doch auch behaupten, dass unsern besten wissenschaftlichen Denkern und Darstellern des Natursystems diese schwere Arbeit bis auf einen sehr hohen Grad gut gelungen ist. Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur die wissenschaftlichen Werke über die Naturgeschichte und Naturlehre überhaupt, und sofern von Menschen die Rede ist, über die Physiologie, Anatomie und Psychologie besonders durchzulesen. Man lernt dann, wie alles in der Natur eingerichtet ist, und was man in derselben sich heilig und unverletzlich seyn lassen muss. Selbst die Pflanzen und die unvernünftigen Thiere haben ihre Rechte. Man muss auch darin alles seine Bestimmung im gehörigen Verhältniss zu andern Dingen erhalten lassen. Sofern von Menschen aber die Rede ist: so kann man mit Recht auf deren wesentliche Einrichtung folgende Sätze bauen, die sich jede Regierungseinrichtung und jede gesetzgebende Macht heilig seyn lassen muss.

Jeder Mensch, der zur Existenz kömmt, hat auf so Vieles von den Gütern der Erde Anspruch zu machen, als zu seiner Erhaltung nothwendig ist. Die Bildung des Menschen und die Mitgabe einer gewissen Kraft zielt wesentlich auf eine solche Dauer der Existenz ab, als die Kräfte zulassen, und als die Natur dazu die Erhaltungsmittel aus ihrem Schoofs darbietet.

Was einer in seinen Kräften und in seiner Person von der Natur erhält, und was er, als noch keinem Gehöriges, in Besitz nimmt

oder hervorbringt, hat er wie sein Eigenthum anzusehen, und muß es, den Nothfall für menschliche Erhaltung ausgenommen, sicher besitzen können.

Jeder Mensch muß seine Erhaltung so weit durch seine Kräfte und durch seine Arbeit bewirken, als jene Kräfte dazu hinreichen.

Die Einsicht in die Endzwecke und Gesetze der Natur führt die Pflicht mit sich, seine Kräfte und sein Vermögen in Uebereinstimmung mit jenen Endzwecken und Gesetzen zu verwenden.

Der wesentliche in den Kräften gegründete Grundtrieb zur Thätigkeit, der Erhaltungstrieb, der Fortpflanzungstrieb und der sich damit verbindende Geselligkeitstrieb, der Trieb zum Genuß des Wohlfeyns müssen ihre Befriedigung finden können, weil diese Triebe allgemein und im Bau der menschlichen Natur gegründet sind, und sonst zweckwidriger Weise da wären.

Naturanlagen, welche alle Menschen haben, sind wesentlich durch ihr von der Natur empfangenes Daseyn zur Entwicklung und Anwendung bestimmt.

Mitgabe des Verstandes und der Vernunft zielen wesentlich auf deren Entwicklung und Wirksamkeit ab, und begründen das Recht des Menschen, die persönliche Wirksamkeit des Denkens und des äußern Handelns so weit nach seiner Kenntniß einzurichten, als gesellschaftliche Ordnung, Eintracht und Glückseligkeit es immer verstaten.

Die ohne alles Ansehn der Person den Menschen beygelegten gleichen Kräfte der Vernunft und des Verstandes und gleichen Vollkommenheiten des Herzens führen wesentlich auf Gleichheit in Befugnissen und Pflichten hin. Sofern Menschen in gesellschaftliche Verbindungen treten, muß eine solche Gleichheit auch so weit beyhalten werden, als es immer das Wohl der ganzen Gesellschaft zuläßt.

So wenig für einen Theil überhaupt das Ganze aufzuopfern ist, so wenig muß des ganzen Volks Glückseligkeit den Vortheilen einiger Personen, welche sie auch seyn, aufgeopfert werden, wenn nicht des Volks Erhaltung und Glückseligkeit von der Erhaltung der wenigen Personen abhängt.

Es giebt keine rechtmässige Regierungsmacht, als die in Verträgen mit dem Volk oder in des Volks Erkenntniss und Willen gegründet ist.

Regierungseinrichtungen und die zur Regierung nöthigen Personen sind als Mittel für den grossen Endzweck der Volksglückseligkeit bestimmt.

Keinem Menschen müssen aus dem Vermögen der Gesellschaft Vortheile beygelegt werden, die nicht in Verhältniss zu persönlichen Verdiensten um die Gesellschaft stehen.

Gewalt und Obermacht führen nur so weit Recht in ihrer Anwendung mit sich, als sie andern Rechtsverhältnissen und besonders dem Eigenthumsbegriff gemäss angewandt werden.

Da sind einige Wenige *) von den Rechts- und Pflichtenbestimmungen, auf welche die Einrichtungen der Natur überhaupt und der menschlichen Natur insbesondrer wesentlich hinführen, und welche eine gesetzgebende Macht nothwendig bey ihren Arbeiten zum Grunde legen muss. Wenn Menschen zusammentreten, oder bevollmächtigt werden, Gesellschaftsgesetze zu entwerfen: so können sie augenscheinlicher Weise nichts Rechtsbeständiges für die Zukunft zu Stande bringen, wie sehr sie auch bey Bestimmung der Gesetze einig seyn möchten, wofern sie durch ihre positiven Gesetze in Widerspruch mit den Naturgesetzen gerathen. Denn dieser Widerspruch führt immer Uebel mit sich, wodurch die Menschen in einen Zustand des Leidens gerathen, davon der Mensch das Naturwidrige bald empfindet, und davon er sich loszumachen bestrebt. Sollen dann schlechtgegebene Gesetze zum Vortheil Einiger, die auf Kosten des gemeinen Wohls gewinnen, aufrecht erhalten werden: so kann es nur durch Tyranney und Despotismus, d. i. durch eine von Recht entblösste Macht und List, geschehen. Weise Gesetzgeber haben es auch genug erkannt, dass ihre Gesetzgebung gar nicht ein Werk ihrer Willkühr, sondern ein Werk der Uebereinstimmung mit den

*) Im erstern Theil meiner Winke für gute Fürsten habe ich in 58 Artikeln einen allgemeinen Grund von der Art zur Gesetzgebung von S. 253 bis 300 zu legen gesucht.

wesentlichen Natureinrichtungen überhaupt und mit den Localumständen eines Landes und Staats insbesondere seyn müßte. Der große Gesetzentwerfer unsrer Zeit, der Grofskanzler von *Carmer*, sah es ein, daß man bey der Gesetzgebung nur auf die Natur der Sache zu sehen hätte, und daß sie nicht ein Werk der Jurisprudenz, sondern der Philosophie überhaupt und der Menschenkunde, der menschlichen Gesellschaftsbegebenheiten und der Landeskunde insbesondere wäre. Auch erkannte er es wohl, daß dabey die Natur der Dinge von allen Seiten, nach allen ihren mannigfaltigen gewöhnlichen Veränderungen betrachtet werden müßte. Er traute es sich und seinen Mitarbeitern aus dem Grunde nicht zu, daß er mit ihnen den Anblick aller dieser Seiten würde gewinnen können. Er bewog seinen großen König daher, das zu thun, was zur Gesetzgebung überhaupt so vortheilhaft benutzt werden könnte, nämlich das neue Gesetzbuch vor Einführung desselben vorläufig wie einen Entwurf mittheilen und zur öffentlichen Beurtheilung ausstellen zu lassen, damit die so eingehenden Erinnerungen, Anmerkungen und Winke noch zur Verbesserung genutzt werden könnten. Ohne Bedenken kann man daher behaupten, daß es von menschlicher Willkühr und gesellschaftlicher Vereinbarung unabhängige Rechte der Natur überhaupt und der Menschheit insbesondere gebe. Auch ist es einleuchtend, daß wenn heftige gesellschaftliche Erschütterungen, die so große Uebel mit sich führen, auf eine solide Art verhütet werden sollen, die zur Handhabung der Volksrechte bestimmten Personen nicht nur auf einem solchen soliden Rechtsgrund ihre gesetzliche Gebäude aufführen, sondern auch mangelhafte Gesetzgebäude auf eine weise Art damit in Harmonie zu bringen sich bestreben müssen. Gefühl der Gesundheit vertreibt alle Neigung zum Gebrauch der Arzney. Ein gesunder Staatszustand, worin eine den Kräften der Mitglieder angemessne Arbeit ihren sichern Unterhalt gewährt, worin alle wesentliche Triebe und Bedürfnisse befriedigt werden, und worin endlich Lebensvorthelle in ein gehöriges Verhältniß zu gerechten Erwerbsmitteln und zu ächten persönlichen Verdiensten gesetzt werden, verhütet alle Neigung zu heilenden und leicht zerstörenden Staatsumwälzungen.

II.

Ob und wie weit man den Eigenthumsbegriff als einen von menschlicher Vereinbarung unabhängigen, in der Natur gegründeten, allgemein gültigen und mit gesellschaftlichen gesetzlichen Einrichtungen unverletzlich bestehenden Rechtsgrundsatz zur Handhabung des Zwangrechts anzusehen habe.

Wenn *Hugo Grotius* gleich uns ein *System* des Naturrechts zuerst gelehrt hat, indem er, als Staatsmann, damit beym Völkerrecht anfieng: so war der Inhalt seines vortreflichen Werks doch nicht eine den Menschen neue Lehre. Ideen und vortrefliche Gedanken von einem, nicht in menschlicher Willkühr, nicht in einer beliebigen Ideenzusammensetzung, und nicht in gesellschaftlicher gesetzlicher Einrichtung, sondern in der Natur der Dinge gegründetem Recht findet man bey allen guten Schriftstellern der Vorwelt, und hat man von jeher unter allen kultivirten Menschen gefunden. Ja man hört oft unter dem gemeinen Mann die Worte: "Das ist an sich, oder der Natur der Sache nach Recht, oder Unrecht," wenn selbst von Dingen die Rede ist, wo äußere Verordnungen mit seinen Ideen und mit seinem Gefühl in Widerspruch treten. Ja, was noch mehr ist, die Ideen des gemeinen Mannes stimmen in solchen Fällen, da er aufrichtig denkt und handelt, mit den systematischen Lehrern des Naturrechts von *Hugo Grotius* an bis zu *Federn* und *Höpfnern* herunter gewöhnlich ganz überein. Seit geraumer Zeit hat man geglaubt, die Sache, dafs es ein in der Natur der Dinge gegründetes Recht gebe, welches einzelne Menschen, die noch nicht in gesellschaftlicher gesetzlicher Verfassung zusammen leben, und welches von einander unabhängige und durch keine Tractaten mit einander in Verbindung getretene Völker gegen einander heilig zu beobachten hätten, als ausgemacht ansehen zu dürfen. Zwar haben manche Lehrer des positiven Rechts und manche Sachwalter dieses Rechts

aus mancherley Bewegungsurfachen das Naturrecht zum Theil verdächtig zu machen gesucht. Theils hatten sie nicht Fähigkeit oder Trieb genug die Natur der Dinge überhaupt und des Menschen insbesondere gehörig zu studiren. Es ist ihnen oft schon schwer genug geworden, den Sinn ihrer positiven Gesetze mit ihrem Verstande zu fassen, und ihrem Gedächtniß einzuverleiben. Sie wollen einmal mit ihren Rechtsstudien zu Ende seyn. Sie überreden sich in einer solchen Lage ihrer Seele es nun auch gern, daß alles, was zum Gebiet des Rechts gehört, sich in dem Umfange ihrer einstudirten positiven Gesetze finde, daß es kein anderes Recht gebe, daß jede Revision der Gesetze unnöthig sey, und daß der gesunde Verstand und der Philosoph es sich nicht einbilden dürfe, irgend etwas Recht oder Unrecht zu nennen, was nicht nach den vorhandenen Gesetzen dafür zu erkennen, oder wovon in diesen Gesetzen nichts enthalten sey. Theils verführt auch die äußere Ehre, welche man den Rechtslehrern, Richtern und Sachwaltern in der menschlichen Gesellschaft mit Recht oder Unrecht beygelegt hat, Manchen, der sich mit dem positiven Gesetz beschäftigt, das Ansehn des Naturrechts zu schwächen und die Philosophen als böse Pfuscher im Rechtsfache verdächtig zu machen. Sie hüten sich bey einem solchen süßen Wahn ihres Geistes sorgfältig vor dem unangenehmen Gedanken, daß die ersten Gesetzgeber doch nicht ihre Gesetze nach vorhandenen Gesetzen abfaßten, und daß die Verbesserer der Gesetze die Verbesserungsgründe ebenfalls nicht aus ihren positiven Gesetzen hernahmen. Theils finden endlich solche Rechtspfleger ihren großen Vorthail im Punkt des Ansehens, der Einnahme und der Macht dabey, daß die Menschen in Ansehung des Rechts von ihren Ausprüchen ganz abhängen, und daß sie minder oder mehr über das Vermögen und den Glückszustand der Menschen, die Rechtsstreitigkeiten bekommen, oder gegen die sie Befehle und Verbote ergehen lassen, eigenmächtig herrschen können. Aller dieser Ursachen wegen ist es natürlich, daß sehr viele Rechtsgelehrte, Sachwalter und Richter Krieg wider das Naturrecht führen, und daß Manche ihren Söhnen es einschärfen, mit dem Naturrecht auf Universitäten sich entweder gar nicht zu befassen, oder es nur bey einem Juristen zu hören, auf

dessen Anhängigkeit an das positive Recht sie glauben sicher rechnen zu können. Auch pflegen die Verbesserer der Gesetzbücher von solchen Männern oft nicht wenig angefeindet zu werden, wie das der einsichtsvolle *Carmer* in dieser Zeit so häufig erfahren hat. Wenn indeffen es gleich immer Widersacher des Naturrechts bisher gegeben hat: so sind deren Bemühungen seit langer Zeit doch nicht von grosser Wirkung gewesen. Ja es haben, seitdem der Herr von *Carmer* Aufmerksamkeit auf das einzuführende und zur vorläufigen Beurtheilung ausgestellte Gesetzbuch erregt hat, viele vortrefliche Juristen der Natur weit mehr in Ansehung der Gesetzgebung und der Rechtspflege eingeräumt. Allein dem ungeachtet muss man sich in dieser Sache nicht geruhig verhalten.

Je gefährlicher der Autoritätszustand des Rechts für den Rechtszustand, für bürgerliche Freyheit und für die von beyden abhängende Glückseligkeit ist, destomehr haben immer redliche Menschenfreunde wider jene fürchterlichen Uebel zu wachen, und die thätige und herrliche Gesetzgebung Gottes durch die Natur in ein helles Licht zu stellen. Es scheint diess eben in dieser Zeit besonders nothwendig zu seyn, da es so Viele giebt, welche durch herrschenden Partheygeist, oder durch Eigennutz und eine damit sich verbindende elende Kriecherey und Schmeicheley, oder durch die Neigung im Licht einer gewissen erhabnen Hofphilosophie zu erscheinen, oder endlich durch zweifelbüchtige Dispositionen, ohne eben jenen gemeinen oder böse und despotisch gesinnten Lehrern und Handhabern des positiven Rechts einen Dienst leisten zu wollen, dennoch sich verleiten lassen, das Interesse der Menschheit dergleichen Societätsmitgliedern, und eigentlich dem Willen, als Willen, und wenn dieser Wille nicht durch natürliche Neigung gelenkt wird, dem Despotismus und der Tyranney Preis zu geben, indem sie keine, ausser dem menschlichen Willen liegende, Rechtsgründe der Natur Statt finden lassen wollen. Vorzüglich rechne ich dazu die Aeufserung, dass selbst das *Eigenthumsrecht* in Gesellschaftsvereinbarungen gegründet und dadurch sanctionirt wäre. Denn auf solche Weise würde man die Sach- und Rechtsbesitzungen, deren Sicherheit man bisher nicht erst auf positive Gesetze glaubte bauen zu dürfen, selbst noch leicht

als angreifbares Gut ansehen können, wenn noch kein Vertrag und kein obrigkeitliches Gesetz es unverletzlich gemacht hätte. Was zur Schande unserer Zeit, und besonders Deutschlands, bisher dem litterarischen Eigenthum widerfahren ist, das würde am Ende dann auch jedem Eigenthum widerfahren können. Denn was man, und noch dazu irriger Weise, von dem Nachtheil gesagt hat, den die lesende Welt von der Schützung des Schriftstellerseigenthums würde für sich fürchten müssen, das gölte von vielen andern Arten des Eigenthums noch weit mehr. Der Punkt, daß man das Getraide vom Felde nicht wegnehmen, und denen, die eine große Menge Korn zurückhalten, um den Preis hoch hinaufzutreiben, nicht ihr Getraidemagazin ausleeren darf, sondern daß man dessen Eigenthümer wider Räuber in Schutz nimmt, hat auch für alle armen Eßer die Wirkung, daß sie ihr Brod, wovon doch ihre Existenz abhängt, oft sehr theuer kaufen müssen.

Eines solchen hie und da sich zeigenden Ideenzustandes wegen, der besonders mit dem Tadel, womit man die ersten sich auf das Naturrecht beziehenden Decrete der französischen Nationalversammlung häufig angreift, sich verbunden hat, und der auch natürlicher Weise sich zu diesem Tadel gefallen mußte, finde ich es rathsam, den Eigenthumsbegriff, welchen man seit geraumer Zeit einstimmiger Weise unter den Schriftstellern des Naturrechts zum allgemeinen Grundsatz des Zwangsrechts der Natur angenommen hatte, und der kaum vorher angefochten wurde, noch einmal das Wort zu reden, und zu versuchen, ob er nicht noch mehr, als bisher, begründet und befestigt werden könnte. Dieß scheint freylich nicht für diejenigen Menschen erforderlich zu seyn, die bloß durch gewöhnlichen Jugendunterricht, durch Lebenserfahrungen und durch damit sich verbindendes Denken zu ihren Kenntnissen kommen. Denn unter dieser Art von Menschen habe ich wohl Betrüger, aber keine Zweifler an der Gültigkeit des Eigenthumsrechts gefunden. Und giebt es Freydenker in der Hinsicht unter dieser Art von Menschen: so liegt das Fehlerhafte nicht sowohl in der Nichtanerkennung des Eigenthumsrechts, als in der zu weiten Ausdehnung der Billigkeitsbegriffe und der darauf sich beziehenden Befugnisse und Pflich-

ten. *) Also ist der Mensch, der seinem gefunden Verstande folgt, gar nicht geneigt, das Eigenthumsrecht in Zweifel zu ziehen. Es ist hier demnächst nur von den Gelehrten die Rede, die, leider! wenn sie irren, wegen ihres unvorsichtigen synthetischen Denkens weit mehr vom Wege der Wahrheit und des Rechts abirren, als die bloß durch Erfahrung und durch die dazu kommenden Denkübungen gebildeten ungelehrten Denker es thun, welche letztere bey der Sammlung ihrer sinnlichen Vorstellungen und bey den nächsten Abstractionen und Schlüssen aus denselben stehen bleiben.

Ehe ich die Gründe anführe, durch welche wir bewogen werden müssen, ein Eigenthum des Menschen anzunehmen, und diesem ein Recht auf die Behauptung des Eigenthums zuzugestehn, muß ich aber bemerken, daß ich den Eigenthumsbegriff keinesweges, als einen, keine Ausnahme leidenden, oder als den höchsten Rechtsgrund der ganzen praktischen Philosophie, das ist, des Zwangsrechts und des Gewissensrechts, ansehe. Der höchste Rechtsgrund liegt vielmehr in der genauen Harmonie des menschlichen Verhaltens mit den verschiedenen Bestimmungen, welche die Endzwecke und Gesetze der Natur nach den höchsten Principien der Einstimmung und des hinreichenden Grundes im Lauf der Dinge annehmen. Diesem zufolge ist das nur ächtes Recht, wodurch in den jedesmaligen Umständen der ausgedehnteste Erhaltungs- und Vermehrungszustand und die größte Summe der Glückseligkeit bewirkt wird. Könnten wir die Natur in den Wegen, die sie jedesmal in ihren Einrichtungen nimmt, und das Ziel der Vollkommenheit und Glückseligkeit, wohin ihre Wege führen, immer richtig ins Auge fassen, und hätten wir dann einen unveränderlichen Trieb, ihr

*) So gab es vor etwa 20 Jahren eine sehr große Raubgesellschaft in den Niederlanden, deren Anführer selbst viele fromme und sehr wohlthätig gesinnte Bürger an sich zogen, die Gottes Haushälter dadurch seyn wollten, daß sie den Ueberfluß und Mangel der Menschen, zum Vortheil verdienstvoller Dürftigen, gegen einander ausgleichen wollten, und die sagten, daß sie das bloß deswegen heimlich thaten, weil die bösen Reichen tyrannischer Weise sie in ihrem göttlichen Haushaltungsamte stören würden.

immer zu folgen, wir möchten dabey äußerlich verlieren, oder gewinnen: so brauchte der Mensch kein andres Leitungsprincip und auch — — — keine menschliche Gesetze im Punkt des Rechts. Allein so vollkommen sind die Menschen nun einmal nicht. Bey unserm einseitigen Ideenzustande, bey der Macht der damit sich verbindenden nächsten sinnlichen Reize, bey dem Feuer der Leidenschaften und des sinnlichen Genusses, bey dem Wollustbecher, den uns die Phantasie darreicht, schauen wir nicht genug mit unserm Geistesblick umher, dringen wir nicht tief genug in Gottes herrliche Naturhaushaltung hinein, und werden, ehe wir es uns versehen, Opfer böser Begierden, und dabey blind gegen jene Rechtsleitung, und endlich selbst oft boshafte Störer, so weit als es an uns liegt, der weisen und gütigen göttlichen Naturhaushaltung. Auf solche Weise treiben Menschen Menschen in die Enge, und stürzen sie dermaßen in Noth und Elend, daß sie auf Sicherheitsmittel, auf gewaltsame Vertheidigung ihres Rechts finnen müssen. Nun kommt es also darauf an, was es mit Rücksicht auf so böse Störer der Natur und des ächten Rechts, das auf ihrem Wege liegt, für ein Auskunftsmittel gebe, sie im Zaum zu halten, und sie bey ihrem Bösesthum auf eine solche Art unthätig zu machen, daß man, wenn sie dann auch nicht ihr positives Pflichtcontingent zum Wohl Anderer liefern wollen, wenigstens nichts von dem einbüßen möge, was man ohne sie hat und haben kann. Dieses Sicherungsmittel kann nur eine Idee seyn, wovon anzunehmen ist, daß sie jedem Menschen immer beywohne. Endlich muß es eine Idee seyn, wozu auch bey dem Streit gewisser Menschen ein Dritter — gelangen kann, damit der Gerechte bey der Gewalthandhabung seines Rechts, oder bey dem Mangel seiner Kräfte, auf des Dritten Beyfall oder selbst Beystand rechnen könne. Eine solche Idee ist auf eine mir höchst einleuchtende Weise im Eigenthumsbegriff, so daß man nach demselben zu den Menschen, die ihre Kräfte und Vermögen nicht in Uebereinstimmung mit den Naturendzwecken und Naturgesetzen anwenden und keinen Beytrag zu den Weltvollkommenheiten und Weltglückseligkeiten liefern, sondern vielmehr wie Schmarozerpflanzen und Raubthiere, ohne das Recht jener Pflanzen und dieser

Thiere zu haben, unter ihren Nebenmenschen leben zu wollen, dreist sagen könne: *Laß und gieb jedem sein Eigenthum.* Dann hast du freylich deine Menschenpflicht noch keinesweges erfüllt; dann ist uns durch dich noch nicht Recht widerfahren, weil du sonst den Ueberfluß deiner Kräfte und deines Vermögens ihrer wesentlichen Bestimmung nach uns mit nutzbar werden lassen müßtest, wie zu einer solchen Anwendung unserer überschießenden Kräfte und unsers überflüssigen Vermögens für Andre, und selbst für dich schlechten Menschen wir uns verpflichtet finden. Dann bist du freylich am Ende eine Null für uns Menschen. Aber wir wollen es uns nicht herausnehmen deine Dienste von dir zu erzwingen, damit wir nicht Gefahr laufen zu weit zu gehen, oder dir ein zu großes Maass von Kräften und Vermögen beyzulegen, oder von dir als Tyrannen angesehen werden zu können. Bey unsern treuen Rechtsgefinnungen möchten wir dir wohl Gutes thun; aber wir wollen dir wenigstens nicht Unrecht noch Böses thun. Aber wisse dieß auch zu erkennen, und störe uns wenigstens nicht im Besitz des Unfrigen, und hast du das Unfrige unter deiner Hand, so gieb es uns zurück, wie du es bekommst, oder nach dessen Werth, wenn jenes dir nicht möglich ist. Willst du auch *dazu* dich nicht verstehn: so wisse, daß wir Unrecht mit Gewalt abhalten, und daß wir über den Punkt uns wider dich vereinbaren. In dieser mit dem Princip des Zwangsrechts anfangenden Anrede habe ich, wie ich hoffe, den ganzen Sinn jenes Principis deutlich ins Licht gesetzt.

Ehe ich für die Annehmung jenes Principis den für manche Gelehrte erforderlichen Beweis führe, muß ich noch sagen, was ich unter Eigenthum verstehe. Ich kann nichts anders darunter verstehn, als alle Menschen im Ganzen dunkel, klar oder deutlich darunter verstehen. Mir ist Eigenthum nichts anders, als was dessen Vorstellung dem war, der das Bedröfnis fühlte, dazu das Wort Eigenthum, meins, deins, feins, unsers, eures, ihres zu schaffen, und dadurch seine Vorstellung Andern mitzutheilen. Eigenthum kann ich für nichts anders halten, als wofür es die sympathetisch in ihren Vorstellungen zu dem Erfinder jener Wörter gestimmten Seelen mit den Worterfindern hielten. Und so darf ich unter Eigenthum verstehn:

1) Alles, was die glütige Natur einem jeden Menschen in seiner Person und in seinen Kräften unmittelbar mittheilt. Jeder Mensch sagt: mein Leib, meine Seele. 2) Alles, was einer auf eine, andern Menschen nichts entziehende, Art durch seine Arbeit hervorbringt. Jeder Mensch sagt von jeher: das ist mein Werk, das ist meine Hütte, das ist mein Brief. 3) Alles, was einer in Besitz nimmt, und wovon keiner erweisen kann, daß er es schon vorher in Besitz genommen, oder als Eigenthum angesehen hat. 4) Alles, was einer durch Vertrag von Andern, die etwas rechtmäßiger Weise besitzen, und durch Verzichtleistung derselben auf dasselbe erhält. Finde ich hierüber keinen Widerspruch, wie ich ihn wenigstens nicht bey den Menschen finden werde, die sich durch die Philosophie des Lebens leiten lassen: so halte ich mich berechtigt, aus folgenden Gründen dieses Eigenthum als das höchste Princip des Zwangsrechts anzusehen.

1) In der Person eines Menschen sind Realitäten, wobey Inhaber des Eigenthums und Eigenthum selbst unzertrennlich durch die Natur vereinigt sind. Eine Person sagt von sich als Eigenthümer, sie sey ihr Eigenthum. Ein Mensch zeigt auf sich, und sagt: das ist meine Person.

2) Nichts ist in der Natur näher, als Wirkung und Ursach zusammen verbunden, und nichts kann mehr, als Ursach und Wirkung, zur gegenseitigen Erhaltung, Vollkommenheit und Glückseligkeit beytragen. Bey nichts kann mehr ohne Zeitverlust und schneller gewirkt werden. Eigenthümer und Eigenthum sind der Ursache und der Wirkung ähnlich. Des Menschen Werk geht unmittelbar von ihm aus, und liegt ihm der Regel nach nahe. Nach der ersten Besitznehmung kann sogleich das in Besitz Genommene bearbeitet werden. So darf keine Lücke in dem Zusammenwirken der Dinge zur Vollkommenheit, kein Zögern in diesem Theil der Naturbestimmung Statt finden.

3) Jeder wird durch einen solchen Rechtstitel, in Absicht auf Fortsetzung des Daseyns und auf den Besitz der Erhaltungsmittel, am ersten und besten in Sicherheit gesetzt.

4) Alle, auch sehr rohe und unwissende, Menschen finden im Eigenthumsbegriff einen Rechtsgrund zum Besitz und zur Behauptung einer Sache. Es findet sich offenbar über keinen Rechtsgrund mehr Harmonie unter den Menschen, als über diesen.

5) Selbst unvernünftige Thiere behaupten nach ähnlichen Ideen ihr Werk, so weit als Kräfte und Muth reichen, und ihren in Besitz genommenen Platz.

6) Die Vorstellung des Rechts verbindet sich selbst mit den Benennungen: *Eigenthum*, *mein* u. s. w. ja, jene Vorstellung geht vor den Benennungen her. Ich sage nicht eher: *mein*, als bis ich glaube, es gehöre mir ausschliesslich, und keiner dürfe dasselbe wider meinen Willen angreifen.

7) Ueber keinen Rechtsgrund kann ein Dritter, als Schiedsrichter, eher und besser und auf eine mehr allen Beurtheilern einleuchtende Art urtheilen, als über den, der im Eigenthumsbegriff liegt.

8) Der sichere Besitz eines Eigenthums ist eine nothwendige Grundbedingung, ohne welche der Mensch nicht zweckmässig und rechtmässig, das ist, in Uebereinstimmung mit den Endzwecken und Gesetzen der Natur und mit weisen menschlichen Gesetzen thätig seyn, und nach vernünftigen Kenntnissen etwas ausführen kann. Wer wirken und bilden will, muss ein zum Wirken und Bilden dienende Materie in seiner Macht haben. Wer Vollkommenheiten und Glückseligkeiten hervorbringen und schaffen will, muss etwas besitzen, wodurch er das thun kann.

9) Gewöhnlich folgt man bey Beobachtung dieses Rechtsbegriffs auch den speciellen und individuellen Naturverhältnissen, wenn Alle sich fremdes Eigenthum unverletzlich seyn lassen; wenn Alle ihre Kräfte sorgfältig brauchen, um sich das Nöthige zu verschaffen, und wenn Alle Genuss mit Besitz und Erwerb in Harmonie zu bringen suchen. Böse genug ist es, dass von den Thronen und Pallästen an bis zu den Hütten und Raublöchern hin, so Viele von Anderer Eigenthum leben wollen. Eben dies verwandelt vorzüglich das

Paradies der Erde in eine Hölle. Aber dieß Uebel zu hemmen, sollten Regenten und Rechtshandhaber, als treue Priester der Gerechtigkeit, im Wetteifer mit den Religionslehrern eine der ersten Angelegenheiten alles ihres Thuns und Lassens seyn.

10) Die Uebel, die erfolgen, wenn man jedem verstattet, nach dem Begriff des Eigenthums zu handeln, und wenn man jedem den Gebrauch der Gewalt zu dessen Behauptung und Vertheidigung einräumt, sind im Ganzen viel geringer, als diejenigen, welche sich mit der gewaltsamen Handhabung des Rechts nach irgend einem andern Begriff verbinden würden.

Wie sehr alles Angeführte aber auch für den Eigenthumsgrundsatz, als erstes Princip des Zwangsrechts redet; wie viele Harmonie sich auch hier im Ganzen zwischen dem Befugniss- und Pflichtzustande findet: so muß man es doch nie vergessen, daß 1) durch Beobachtung dieses Grundsatzes das ächte Recht der Natur nur sehr dürftiger Weise gehandhabt wird, ja daß es selbst oft mit jenem ächtem innern Rechte so sehr in Widerspruch tritt, daß man dagegen ein Nothrecht selbst ins Zwangsrecht aufnehmen muß, und daß 2) durch jenes dürftige Recht gar keine Pflicht, die sich auf die Anwendung des Eigenthums bezieht, festgesetzt, bestimmt und vorgeschrieben wird. Hieran sollten alle diejenigen denken, die sich auf irgend eine Art mit der Rechtspflege beschäftigen. Wenn diese auch so richtig über das Eigenthumsrecht der Natur denken, wie es ein *Höpfner* thut, wenn sie auch ihren Begriff von Eigenthumsrecht nicht bloß nach menschlichen Gesetzen bestimmen: so ist es doch noch zu sehr unter Rechtsgelehrten üblich, denen schlechtweg eine gerechte Sache beyzulegen, die auch selbst vermitteltst sogenannter Rechtsausflüchte gewonnen werden kann. Sie bedenken selten, daß alle mannigfaltige Bestimmungen der Rechtslagen nicht leicht unter allgemeine Formeln begriffen werden können, und daß die Rechtsausflüchte nur für solche Fälle bestimmt sind, wo wahre Rechtsausnahmen Statt finden. Denn gewöhnlich pflegen sie sich zu erlauben und es für erlaubt zu halten, auch auf die zur Regel passenden Fälle durch Verdrehungen und künstliche Darstellungen, welche

oft der Richter nicht genug durchschauen kann, jene Ausflüchte anzuwenden. Wider diesen höchst bösen Misbrauch der Gesetze sollte jeder Priester der Gerechtigkeit wachen und kämpfen. Man sollte auch bey der Rechtspflege die Fälle, worin das höchste äußere Recht das höchste innere Unrecht ist, immer den streitenden Partheyen erklären, und das wahre innere Recht ans Herz legen, die Dürftigkeit und den Mangel des so oft gerade in Unrecht übergehenden positiven sowohl als des natürlichen Zwangsrechts ins volle Licht stellen und alle Menschen, von dem Höchsten der Erde an bis zu dem Niedrigsten hin es wissen lassen, daß das Billigkeitsrecht oder das Gewissensrecht, oder die christliche Tugendlehre, welche eine so laute und reine Rechtslehre enthält, immer das Recht sey, dessen Beobachtung ächte Gerechtigkeit und ein wahres rechtmäßiges und pflichtmäßiges Leben mit sich führt. Die menschlichen Gesetze, wobey nothwendiger Weise Verträge und Vollmachtsertheilungen zum Grunde liegen müssen, wenn sie innere Rechtskraft erhalten sollen, sind auch selbst nur so fern weise eingerichtet, als sie theils denjenigen, welche in Besitz des natürlichen Zwangsrechts sind, und denen es oft an Macht fehlt, es zu behaupten, diese Macht leihen, theils eine Menge von Verzichtseleistungen auf die Vortheile des Zwangsrechts zu Gunst des ächten innern Rechts, nämlich des Gewissensrechts, und zum Besten des ganzen Staats enthalten. Dahin gehört z. B. das Recht, Contributionen zur Bestreitung nothwendiger Staatsbedürfnisse auszuschreiben, das Privatrecht dem Wohl des Staats im Nothfall aufzuopfern, u. s. w. Da eine solche Verzichtseleistung nur sofern rechtmäßiger Weise Statt finden, oder von Mitgliedern der Gesellschaft verlangt werden kann, als dadurch wahre Gewissenspflichten zur Ausübung gebracht, und die davon abhängenden Vortheile für alle Mitglieder des Staats, und besonders für die Klasse der Verzicht Leistenden selbst gewonnen werden: so erhellet hieraus, mit wie einem hohen Grade der Gewissenhaftigkeit eine gewisse Anwendung der Kraft und des Vermögens den Eigenthümern zur Zwangspflicht gemacht werden, und wie ent-

schieden es seyn müsse, daß Ausgaben, die rechtlicher Weise dem Volk sollen aufgelegt werden können, auch wieder ihrem Werth und ihren Früchten nach in den Schoofs des Volks zurückfließen werden, damit bey der Einschränkung des Eigenthumsrechts nicht das Eigenthum des Volks geschmälert, sondern vielmehr vermehrt werde.

III.

Betrachtung über die Freyheitsbewegungen unserer Zeit, über den Einfluß einer zweckmäßigen Volksaufklärung in Staatsvollkommenheit und Volksglückseligkeit, und in die Handhabung weiser Gesetze, und über die Lage, worin der Dänische Staat in der Hinsicht ist.

Ein Mensch, der die Vollkommenheit und Glückseligkeit seines Geschlechts sich ernstlich am Herzen liegen läßt, kann bey der Vorstellung der großen Bewegungen, wodurch itzt Frankreich, welches von Seiten des Naturreichthums und der Himmelsgegend der schönste Theil von Europa und vielleicht von der ganzen Erde ist, gewaltsam erschüttert wird, unmöglich umhin, unter den entzückendsten Hoffnungen und Erwartungen, und den bangsten Befürchtungen der endlichen Entwicklung der Dinge entgegen zu sehen. Er wird dabey freylich auch Belgien, Lüttich, Ungarn, Böhmen und Sachsen nicht aus den Augen lassen, und ohne die lebhafteste Theilnehmung daran denken. Wie könnte besonders ein patriotischer Deutscher das thun! Allein wer bedenkt, welches Gewicht Frankreich auf der Waage der Länder und Staaten hat, wer erwägt, welchen Einfluß jenes Reich, seiner traurigen und unter dem Druck des schwelgenden Despotismus, von aller Menschenwürde so tief herabgesunkenen Lage ungeachtet, durch den Theil seiner geistvollen und thätigen Einwohner, der dem Druck entgieng, oder

nicht bis aufs Mark ausgemergelt wurde, oder auch selbst an den Gräueln des Despotismus mit Antheil hatte, über ganz Europa, und selbst über die ganze Welt zu gewinnen gewußt hat, und wer endlich erkennt, welche Glückseligkeiten oder Uebel dem übrigen Europa nach dem Maafs höchst wahrscheinlicher Weise bevorstehn, als es mit der erfolgten grossen Staatsumwälzung Frankreichs eine glückliche oder unglückliche Wendung am Ende nimmt, der wird und muß doch vorzüglich mit seiner Aufmerksamkeit bey Frankreich verweilen. Dieß muß auch deswegen vorzüglich geschehn, weil das Benehmen der Nation und ihrer Repräsentanten auf einmal in einem Licht der Geistesgröfse und der Ordnung erscheint, worin noch nie ein Volk bey so grossen, und die Ordnung der Dinge so ganz umkehrenden, Staatserschütterungen erschienen ist. Ich möchte gerne in der Hinsicht unter ängstlichen Besorgnissen und feurigen Wünschen stille sitzen und alles geruhig ansehen. Durch die anhaltende Beschaffenheit meines Neigungszustandes bin ich überzeugt worden, dafs es nicht Täuschung ist, wenn ich glaube, dafs Schriftstellerruhm oder Anordnungsruhm nie ein dringendes Bedürfnis für meine Glückseligkeit war. Fand ich in den Fächern, worüber ich nachdachte, und wofür ich mich mit Wärme interessirte, alles vortreflich bearbeitet; sah ich Männer an der Spitze des Schriftstellereinflusses und des Berufslebens, die der Sache vollkommen gewachsen waren, und die mit ihrer Stimme durch die Menschen, die mir bekannt waren, gehörig durchdrangen und Gehör erhielten: so war ich immer zufrieden, und schränkte mich gerne blofs auf die mir durch meinen Beruf angewiesene oder zufallende Wirksamkeit ein. Nie entstand der Trieb, etwas öffentlich bekannt zu machen, anders, als wenn ich irgendwo Mängel fand, deren böse Wirkung ich lebendigerkannte, und welchen in dem Umfang meines Gesichtskreises nicht genug entgegen gewirkt wurde, oder bey welchen ich glaubte, nicht ohne glückliche Wirkung mit zum Dienst hinzutreten zu können. Auch folgte ich jenem Triebe nie, wenn ich nur irgend eine Ursache fand zu ahnden, dafs die Neigung, meine Gedanken und

Aeusserungen, ohne alle Partheylichkeit auf der Wagschaale der Wahrheit, des Rechts und einer den Zeitumständen nach zu erwartenden guten Wirkung sorgfältig abzuwägen, in meinem Herzen nicht ganz allein herrschen dürfte. Der im Ganzen in nicht geringem Grade erfolgende Beyfall, den meine Schriften gefunden haben, hat auch noch nie meine Ideen in einem solchen Fall Lügen gestraft. So versuch ich es auch itzt, da im Schreiben und Reden sich so viele Partheylichkeit und ein so auffallender Factionsgeist zeigt, ob ich nicht nur für die gute Sache der Volksglückseligkeit, sondern auch der Wahrheit durch gegenwärtige Betrachtung etwas mit beytragen könne.

Ich glaubte diese Erklärung vorabgehn lassen zu müssen, weil hier von einer Materie die Rede ist, worüber man in wenigen Ländern offen und freymüthig sich zu erklären getrauet hat, worüber jedoch nie die Pressfreyheit gehindert werden sollte, worüber aber auch mehr, als in irgend einer Sache, ein Schriftsteller sich äusserst behutsam zu erklären verpflichtet ist. In Schriften, welche einen Einfluss in große Volksbewegungen, in die Kraft der gesetzlichen Verfassung eines Staats und in die Regierungsmaafsregeln haben, muß nothwendiger Weise alles äusserst vorsichtig bestimmt und gesagt, so wie auffallend wahr gefunden werden. Denn die oben erwähnten Wirkungen treffen zu sehr das Wesen der menschlichen Glückseligkeit, und den Capitalzustand eines Staats und eines Volks, als dafs irgend ein Leichtfinn dabey Statt finden sollte. Ich für meine Person habe alles das desto mehr vor Augen, da eine völlige Pressfreyheit zu den glänzenden Vorzügen der Dänischen Regierung gehört, da selbst auffallender Misbrauch theils gar nicht, theils höchst gelinde geahndet wird, und da jeder gute Mensch sich auch aus dem Grunde vor allem Misbrauch jener Freyheit höchst sorgfältig hüten sollte.

Sieht man zuerst auf Frankreich: so muß man, wenn man die Nation und ihre Stellvertreter gehörig beurtheilen will, sowohl die vor der Revolution vorhergehende Lage, als die mit der Revolution

erfolgenden Arbeiten der Nationalversammlung und Bewegungen des Volks betrachten. Diefs soll jedoch nur so weit geschehn, als es nöthig ist, allgemeine Gesichtspunkte festzusetzen, aus welchen man den Werth der grossen Staatserschütterung und des Volks anzusehen und zu beurtheilen hat, und wodurch man einen der Sache angemessenen Gefinnungszustand anzunehmen bewogen werden kann. Denn in dieser Hinsicht gehn die Menschen itzt in stark einander entgegen gesetzte und ihrer Folgen wegen für andre Länder gar nicht wirkungslose Extremen hinein.

Bey der vor der grossen Staatsumwälzung vorhergehenden Lage ist theils die Rechtmässigkeit des Regierungszustandes, theils die Volksglückseligkeit zu untersuchen.

Für diejenigen, welche nicht Fremdlinge in der Geschichte und in der Staatsverfassung von Frankreich sind, brauch ich nicht zu erinnern, daß diese Verfassung weder in Verträgen mit der regierenden Macht gegründet, noch mit Volksglückseligkeit verbunden war. Die Könige von Frankreich und deren Minister hatten ihre Gewalt in Ansehung der Regierung und des Eigenthums des Volks seit Jahrhunderten nicht auf Einwilligung der Nation und auch nicht auf Gründe, die aus Volksglückseligkeit und Staatsvollkommenheit hergenommen waren, sondern ganz allein auf despotische Maafsregeln und auf Bewegungsgründe gebaut, die durch die Begierde der Könige, ihrer Lieblinge, ihrer Buhlerinnen und aller davon abhängenden und mit dem Fett des Landes sich mästenden Diener, die Kräfte und das Vermögen des Volks zur Befriedigung der Eroberungslust und Herrschlust in Ansehung fremder Länder, und zu einer grenzenlosen Ueppigkeit und Schwelgerey willkührlich anzuwenden, veranlaßt waren, und ihre Bestimmung erhalten hatten. Man hatte die Parlemente, als Verweiser der Volksgerechtsame, nur fort-dauern lassen, um der despotischen Macht durch Einregistrirung der Befehle einen Schein des Rechts geben zu lassen, und sie in Fällen, da sie sich widersetzten, so lange exilirt, bis sie blindlings folgten. Von Rechtsgründen war bey Handhabung der Regierungsmacht gar

nicht die Rede. Es war selbst eine übliche Schlussformel der Königlichen Befehle: *so gefällt es uns, so ist unser Wille.* Lag einem edlen Mann das Recht oder Wohl des Staats und die Glückseligkeit des geplagten und ausgemergelten Volks am Herzen; wollte er nicht zu bösen Anschlägen und Handlungen sich brauchen lassen, und konnte man nicht ihn durch Gerichte unwirksam machen, oder auf die Seite schaffen, ohne Allen die Gräuel der Tyranney und der Ungerechtigkeit in die Augen fallen zu lassen: so nahm man zu Königlichen Siegelbriefen und zum Gebrauch der Bastille, als zu heimlichen Schreck- und Zerstörungsmitteln, seine Zuflucht. Man suchte die Nationalehre in feste Verbindung mit blindem Gehorsam gegen den König zu setzen, und ein: *es lebe der König!* nicht aus dem Gefühl einer wohlthätigen Regierung und von Volksglückseligkeit, sondern aus einer vom Glanz und von der Macht des Hofes bezauberten Sinnlichkeit und getäuschten Einbildungskraft entstehen und das Lofungswort der Nation werden zu lassen, damit sie bey dem Gefühl der druckendsten Lasten nicht über ihre Rechte und ihr Interesse zur Befinnung kommen könnte. Man schaltete und waltete nicht nur ganz willkührlicher Weise mit dem Eigenthum des arbeitenden Volks, und man legte dem Volk nicht nur so schwere Contributionslasten auf, daß es in dem schönen Lande, worin es lebt, selbst von den durch schwere Arbeit gewonnenen Lebensmitteln kaum das schlechteste zu nothwendiger Hinhaltung des Lebens behalten konnte, sondern man gab es auch noch dazu den Mishandlungen der Pächter der Hebungen preis. Wer dieß bedenkt, und dann erwägt, daß vielleicht 23 Millionen eines Volks, zu dessen Glückseligkeit die Regierung des Reichs wesentlich bestimmt ist, und als wesentlich bestimmt angesehen werden muß, in Elend und Noth leben mußten; daß unterdessen höchstens zwey Millionen auf jener 23 Millionen Kosten unterm Schutz, oder nach der Organisation der Regierungstriebfedern, oder endlich vermittelft des Raubes, der Büberey und Verführung prasteten und schwelgten, und daß sich, so wie es der Ehrsucht eines Königs,

der Leidenschaft eines Ministers, oder dem Eigennutz, dem Stolz und der Wollust einer Königsmaîtrese es gefiel, das Volk zu Tausenden in ungerechte Kriegen wider andre Völker, in alle damit verbundenen Uebel stürzen und auf die Schlachtbank führen lassen mußte, der muß alles Gefühl für die Menschlichkeit abgelegt haben, wenn er nicht mit äußerstem Unwillen an die Gräuel einer solchen Regierung und mit warmer Theilnehmung an die Bemühung des so ungerechter Weise gedruckten und gequälten Volks denkt, sich aus seiner Nothlage empor zu heben, und der Tyranney Ziel und Maass zu setzen. Es stand unter keiner Vertragsverbindlichkeit, und ward bloß durch ungerechten Zwang und Gewalt beherrscht. Aus diesem Grunde war es nicht nur zu entschuldigen, wenn der gerechte Schmerz, den seine Nothlage verursachte, es zum Bestreben, sich zu retten, hinriß, sondern es war auch in vollem Besitz, der Befugniss der ungerechten Gewalt zu widerstehen. Jene Befugniss wurde desto stärker, da das arbeitende Volk erschöpft war, da die Regierungsmaschine wegen der ungeheuren Schulden, welche der Despotismus gemacht, und wovon er die Zinsenlast dem Volk aufgebürdet hatte, selbst keine Hülfe weiter in despotischen Maassregeln fand, und das Volk aufgefordert war, selbst Hülfsmittel zur Gewinnung der Staatsbedürfnisse und zur Verminderung der Staatsschulden an die Hand zu geben.

Wer nicht ein gar zu verworfener Mensch in seinen Gesinnungen gegen sein Geschlecht ist, und einige Kenntnisse von Natur- und Volksrechten hat, wird wider die erste große Volksbewegung nichts einwenden können.

Auch müssen diejenigen, welche es unrecht finden, daß der sogenannte dritte Stand eben so viele Deputirte zur Untersuchung der erwähnten großen Nationalangelegenheit sollte nach Paris senden dürfen, als die beyden ersten Stände, und daß vielmehr nach Köpfen, als nach Ständen gestimmt werden sollte, es beym ersten Anblick erkennen, daß sonst der Haupttheil der französischen Nation, und zwar derjenige Theil, der durch seine Arbeiten und durch

seinen Fleiß der ganzen Nation die Subsistenzmittel verschafft, und allein den grausamen Druck der Ungerechtigkeit erlitten hatte, abermal nichts hätte für sich thun können, und dafs höchstens die drückende Staatsmaschine künstlicher eingerichtet und gestellt wäre. Dafs dies nach der Stimmenmehrheit der beyden erstern Stände würde erfolgt seyn, erhellt aus der Anstrengung, womit diese sich der Vereinigung mit dem dritten Stande widersetzten. Es war also kein andres Mittel, dem Volk Recht zu verschaffen, als dafs es mit den übrigen Ständen in ein Gleichgewicht gesetzt wurde. Auch war dies um desto mehr recht, da die Mitglieder der beyden übrigen Stände in Vergleichung mit dem dritten Stande einen sehr kleinen Theil des Volks ausmachen, und da auf wesentliche Naturbedürfnisse und Glückseligkeitsmittel alle Volksklassen gleiche Anspruchsrechte haben. *)

Allein, heisst es nun, das Volk war nur in seinen verschiednen Ständen zusammen berufen, um über die besten Mittel, wodurch Geld herbeygeschafft werden könnte, sich zu berathschlagen. Dabey hätten die Deputirten des Volks stehen bleiben sollen. Dieses ist häufig von der aristokratischen Parthey des Volks angeführt. Eben dies wird auch von den nun aufgehobenen und zum Theil gegen ihre Aufhebung protestirenden **) Parlemeute der Nationalverfamm-

*) Man wolle aus dieser Aeußerung ja nicht folgern, als wollte ich damit sagen, dafs alle gleich reich seyn und mit gleichem Aufwande leben sollten. Es ist bekannt genug, dafs wahre menschliche Glückseligkeit nicht mit Pallästen und seltenen Lebensköstlichkeiten zusammenhängt, und dafs ein kleiner Landeigenthümer, der durch saure Arbeit seinen Unterhalt verdient, dabey mit Weib und Kindern ohne quälende Sorgen lebt, und der keine gesetzwidrige Gewalt fürchten darf, eben so glücklich, als ein Pallastbewohner und als ein Regent seyn kann, sofern diese nicht auf höheres Vermögen, nützlich zu seyn, Gutes zu stiften, und Menschen glücklich zu machen, eine höhere Glückseligkeit bauen.

**) Was das Parlement zu Toulouse wider die Aufhebung der Parlemeute sagt, hat auch mehrern Schein, als Gründlichkeit. Die Parlemeute

lung zur Last gelegt. Wenn aber durch die ganze Staatsorganisation eine Ader der despotischen Kraft hindurch geht; wenn sie selbst nach und nach durch despotische Gewalt gebildet, und dem Recht nach null und nichtig ist; wenn die ganze Staatsorganisation nicht taugt, sofern das Taugen nach dem Einfluß derselben in Volksglückseligkeit bestimmt wird; wenn der grössere Theil der Personen, die den König umgaben, und deren Zuredungen er wich, von keiner Verbesserung der Staatsverfassung etwas wissen wollte; wenn man erkennt, daß jene Personen in moralische Unordnungen versunken, einer empörenden Verschwendung ergeben, und sich und ihr Leben zu ändern keinesweges geneigt waren; wenn es entschieden war, daß des Königs Herz gut gegen das Volk gefinnt war, und daß er bey dem despotischen Gange der Staatsmaschine sich vielmehr leidend als thätig verhalten hatte, und wenn endlich schon die Zernichtung der grossen Deputationsversammlung beschlossen und selbst angeordnet war: wie kann man dann auf irgend eine Art von Rechtswidrigkeit im Betragen der Nationalversammlung reden? Hauptmängel einer Staatsverfassung, das ist, Mängel, die Volkseelend zur Folge haben, und natürlicher Weise zur Folge haben müssen, können selbst nicht durch Verträge eine unverletzliche Heiligkeit erhalten. Es muß, sobald das Daseyn solcher Mängel sich durch daraus entspringendes menschliches Elend offenbart, eine Verbesserung bewirkt werden können. Mit aller Kraft muß freylich dahin gewirkt werden, daß die regierende Macht durch eigne Erkenntniß und durch Liebe zum Volk, Verbesserungen zu bewirken, bewogen werden möge. Widersteht aber jene Macht hartnäckig allen solchen Bemühungen, die in Frankreich lange genug von den *Metesquieus* der vorhergehenden und itzigen Zeit angewandt waren, und han-

waren vorzüglich mit zur Volksvertretung bestimmt. Wie natürlich ist es, daß, wenn das Volk sich auf eine kräftigere und vollkommnere Art vertreten läßt, jene schwache und sehr unvollkommene Schutzwehr zu Ende geht!

delt sie schnurstracks ihrer wesentlichen, auf Volksglückseligkeit gerichteten, Bestimmung entgegen: so weicht sie ganz aus ihrer Rechtsphäre heraus, und so kann die von allen gründlich denkenden Lehrern des allgemeinen natürlichen Gesellschaftsrechts anerkannte Grundgewalt des Volks mit vollem Recht zur Anwendung gebracht werden. Dann fällt die Handhabung des Obereigenthumsrechts, die sonst in der Hand der Regierung war, dem Volk anheim, für dessen Rettung und Erhaltung jenes Recht, als ein Volksnothrecht, allein bestimmt ist.

Dies sind Wahrheiten, die sonst nicht bezweifelt wurden, und die itzt bey Beurtheilung dessen, was in Frankreich geschehn ist, so wenig beherzigt werden.

Zu allem diesem kommt endlich dies, dafs der König, und nach meiner Ueberzeugung gern, durch eine bessere Ordnung der Dinge die Nation glücklich werden sieht, und allen Decreten seine Sanction giebt.

Endlich giebt es Tadler der französischen Nation, die von der Art, wie die Gesetzgebung geschieht, nachtheilig und selbst verächtlich urtheilen, oder welche die Unordnungen und Gewaltthaten des Volks mit den schwärzesten Farben abmalen. Eine etwas gründliche Beurtheilung der Beschlüsse der Nationalversammlung würde Stoff zu einem starken Buch geben. Aber einige Punkte, die man vorzüglich angreift, kann ich nicht unberührt lassen.

Man tadelt zunächst die Art, wie die Nationalversammlung ihre Arbeiten angefangen hat. Sätze, welche allgemeine und unverletzliche Menschheitsrechte betreffen, sollen keinen Platz in einem Nationalcodex des Rechts haben. Und doch ist es entschieden, dafs alle gute Gesetze aus der Natur der Dinge ihre Bestimmungen hernehmen; entschieden, dafs allgemeine Rechtsbegriffe bey speciellen Rechtsbestimmungen nicht aus der Acht gelassen werden müssen; entschieden, dafs Grundsätze des Naturrechts der gesetzgebenden Weisheit zur Leitung und Prüfung dienen sollen, und dafs die besondern Gesetze nach dem Maafs einen Werth bekommen, als sie mit

dem Naturrecht harmoniren; entschieden, daß die französische Nation durch Aufklärung über das Naturrecht von den *Montesquiens* und *Guiberts* zur gehörigen Einsicht in die großen Mängel der Staatsregierung hingeführt war, und entschieden endlich, daß jene Nation das Maass des Elends, das aus der Verachtung der Menschenrechte entsprungen war, aufs lebhafteste empfunden hatte. Was war also natürlicher, als daß die Nationalversammlung ihre Gesetzgebung mit Festsetzung allgemeiner Rechtsprincipien anfang, und sich es zur Pflicht machte, die Hauptpunkte des Volksrechts sich erst gegenwärtig zu machen, und bey der Abfassung der Volksconstitution immer Rücksicht darauf zu nehmen! *) In eine Beurtheilung der dahin gehörigen Decrete laß ich mich hier nicht ein. Wer sie mit Unbefangenheit durchliest und durchstudirt, dürfte sich wenigstens wohl, wenn er seine Ehre in Wahrheit und Urtheilsweisheit sucht, hüten, verächtlich davon zu reden. Bey gewissen folgenden Decreten dürfte auch eher Zweifel über Weisheit und Klugheit, als über Gründlichkeit und Rechte entstehen. Ich würde es nicht auf mich nehmen, alle in der Hinsicht zu rechtfertigen. Aber wer nicht zu vielen Dünkel hat, dürfte auch nicht ohne Furcht es wagen, in einem entscheidenden Ton Vieles zu tadeln. In den Fällen, da man das persönliche Eigenthumsrecht, darum sich sonst so viele Fürsten gar nicht bekümmert haben, wider welches aber ein Volk, das es mit sich zu thun hat, hier gar nicht verstoßen soll, bey Abfassung der Decrete auf die Seite gesetzt hat, muß die Rechtmäßigkeit bloß nach den Grundsätzen geprüft werden, durch welche das Obereigenthumsrecht, wovon zur Rechtfertigung und Entschuldigung der Fürsten und fürstlichen Regierungshandlungen so gern bisher Gebrauch gemacht ist, seine Bestimmung erhält. Es findet offenbar Statt, wenn ein Staat

*) Ungereimt ist es, wenn man diese Art zu verfahren durch die Bemerkung lächerlich machen will, daß man sagt, es würde in Frankreich also in Zukunft nicht erlaubt seyn, über diese Grundsätze des Naturrechts Untersuchungen anzustellen. Ist es doch überhaupt nicht Schriftstellern verboten, die Güte der abgefaßten Decrete zu untersuchen.

ohne Verletzung des persönlichen Eigenthumsrechts nicht gerettet oder eine gute Grundverfassung bekommen kann.

Wider die Einziehung der geistlichen Güter ist selbst von Protestanten heftig hin und wieder geredet und geschrieben. Das Eigenthumsrecht soll darin auf eine schädliche Art verletzt seyn. Und doch giebt es unter der französischen Geistlichkeit keinen Menschen, der etwas davon sein Eigenthum nennen kann. Die Güter waren nicht von ihren Vorfahren erworben. Sie waren an sich offenbar Güter des Volks, und vermittelt des Religionsdienstes zum Dienst fürs Volk bestimmt. Gründete sich die ganze Einrichtung auf Mangel richtiger Einsichten, was konnte das Volk, dem alles am Ende angehörte, hindern, dem aus jenem Mangel entspringenden und fürs Volk so lästigen Uebel ein Ende zu machen? Dazu kommt noch dieß, daß sehr anständig für den Unterhalt der Religionsdiener gesorgt wurde. Hat man in den meisten protestantischen Ländern in den Reformationszeiten wohl so gut für den Religionslehrer gesorgt?

Man spricht so sehr wider das Decret, welches den Erbadel betrifft. Und rückt die Welt in ihren Kenntnissen fort, und erhalten die Gesellschaftseinrichtungen immer mehrere Vollkommenheiten: so dürfte doch die Zeit nicht sehr entfernt seyn, worin man die Einführung des Erbadels zu den auffallenden Merkmalen der Unwissenheit alter Zeiten rechnen wird. Nichts ist mehr außer menschlicher Macht, als die Uebertragung menschlicher Vollkommenheiten auf die Nachkommenschaft. Kann man aber der Nachkommenschaft nicht menschliche Vortreflichkeit, nicht einen fähigen Geist, nicht einen edlen Charakter, nicht eine zur Veranlassung eines ächten Lebensadels günstige körperliche Organisation mittheilen: darf man denn auf Kosten und mit Zurücksetzung anderer Menschen aufs Gerathewohl der Nachkommenschaft Vortheile der Ehre und der Güter beylegen, die nur persönlichem Menschenwerth und persönlichen Verdiensten gebühren? Zwar wird die Nachkommenschaft eines großen Mannes durch Ideen von ihrer Abstammung von denselben zuweilen angefeuert, auch nach Menschenvortreflichkeiten hinzustreben. Allein diese Wirkung steht nur in wesentlicher

Beziehung auf wahre Menschengröße. Diese Wirkung könnte und würde also auch Statt finden, wenn der Nachkommenschaft keine äußerlichen Vorzüge beygelegt würden. Dazu kommt noch dieß, daß die Adelsvorrechte vieler Familien ursprünglich vielmehr durch Gewaltthatigkeiten, als durch Verdienste, gewonnen sind. Will man zu Gunsten des Erbadels anführen, daß es Manche gebe, die bey dem Andenken an ihre Benennungen und Vorrechte einen Trieb bekommen, auch das zu seyn und zu werden, was zu seyn sie durch jene Benennungen und Vorrechte aufgefordert werden: so wäre das freylich nicht zu läugnen. Allein hier muß auf den Durchschnitt der Wirkung gesehen werden. Und die Geschichte des Erbadels dürfte wohl weit mehrere Beyspiele von eitlen Stolz, vom Wahn, als wenn Adelige, ihrer Natur nach, von edlerer Menschenart wären, und eher ohne Geschicklichkeiten zu hohen Aemtern müßten gelangen können, von ungereimten Anmassungen, von gemächlichem Fortschlendern im Arbeiten, und von himmelschreyender Verschwendung der Staatsgüter, als von muthigen Bestrebungen, sich durch ächten Menschenadel empor zu schwingen, darbieten. *) Will man die Güte des erwähnten Decrets also richtig beurtheilen: so muß untersucht werden, wie weit wohl alle den Staat treffenden, auch aus den Vorurtheilen und Leidenschaften der Menschen mit entspringenden Wirkungen desselben richtig oder unrichtig berechnet seyn möchten. Uebrigens begnüge ich mich noch anzumerken, daß, wenn man die in der Nationalversammlung vorkommenden

*) Meine Leser wollen ja nicht wähnen, als hätte ich eine natürliche Neigung, wider den Adel etwas zu sagen. Dieß ist so wenig der Fall, daß ich vielmehr mich immer freue, wenn ich in einem, dem der Name eines Adlichen beygelegt ist, wahren Menschenadel finde. Auch giebt es unter dem Adel nicht wenige vorzüglich edle Menschen, welchen ich mit der innigsten Verehrung und der wärmsten Zuneigung ergeben bin und ergeben zu seyn viele Ursache habe. Was ich gesagt habe, ist mir vielmehr in Beziehung auf diese Materie durch Erkenntniß der Wahrheit abgedrungen.

Debatten nicht bloß nach den Zeitungsnachrichten, worin die Sachen oft nicht gehörig dargestellt werden, sondern nach ihrem ganzen Inhalt, wie man ihn z. B. in der täglich erscheinenden Nationalzeitung (*Gazette nationale*, oder *moniteur universel*) findet, beurtheilt, man sich durchaus nicht enthalten kann, die Masse der Kenntnisse, welche sehr viele Mitglieder jener Versammlung an den Tag legen, zu bewundern, und an die ersten Arbeiten der Volksdeputirten mit Hochachtung zu denken. *) Endlich muß man auch nicht unbemerkt lassen, daß der vormals sogenannte dritte Stand hier nicht seine Obermacht besonders geltend zu machen gesucht hat, sondern daß Männer vom Adel und von der Geistlichkeit, die es unter sich finden, in Dingen, die der Menschheit fremd sind, ihren Ruhm zu suchen, besonders für solche Decrete gewirkt haben, welche den äußern Vortheilen des Adels und der Geistlichkeit entgegen sind. **)

Betrachten wir endlich die Gewaltthaten und Grausamkeiten, welche das Volk begangen hat: so kann man freylich zum Theil nicht ohne Schauern daran denken. Allein ausgemacht scheint es doch zu seyn, daß sie fast alle wahre Scheufale der Menschheit getroffen haben. ***) Wenn man die unendlich weit gehende Kunst, womit eine große Anzahl von Menschen, welche sich um keine wahre Verbesserung des Staats und um keine Volksglückselig-

*) Eine solche Bewunderung und Hochachtung haben mir besonders die lange fortgesetzten Debatten über die Assignate und über die in Anfrage gebrachte Vereinigung vom *Corps du Genie & de l'Artillerie* abgenöthigt.

**) Die vom Bischof von Antün herrührende Adresse an das Volk ist zu den rühmlichsten menschlichen Denkmälern der Erkenntniß, des Charakters und der Darstellung zu rechnen.

***) *Foulon* wurde schon im siebenjährigen Kriege oft ein solches Scheufal in Deutschland genannt. Ueberhaupt fand ich bey meinem in dieser Zeit fallenden Aufenthalt in Göttingen fast täglich Gelegenheit, mit Schauern an viele leitende und befehlende Personen zu denken.

keit bekümmern, auf tausendfältige Art in offener Gestalt und unter der Maske von Volksfreunden den weisesten Bemühungen edler Männer entgegen arbeiten, gehörig sich verstellen: so dürften wohl solche Volksexecutionen mit zu den nöthigen Schreckmitteln wider solche Feinde der Nation im Rathe der Vorsehung gezählt werden. Endlich ist es wohl gewiss genug, daß mehr, als drey Viertheile der gefährlichsten Volksgährungen selbst durch jene Volksfeinde veranlaßt worden sind. Wenn man endlich alles unpartheyisch beurtheilt: so muß man sich wundern, daß eine solche Masse der Erkenntniß unter der großen Zahl des Volks sich findet, als nöthig ist, um sich nicht weit von jenen Feinden vom rechten Wege abführen zu lassen. Es weiß die feinsten Ränke bald in ihren endlich erfolgenden Wirkungen zu entdecken. Man kann nicht ohne Staunen daran denken, daß um sich greifende Plünderungen in Paris gar nicht entstanden sind. Guten Menschen muß es freylich wehe thun, daß dennoch Menschen bey dieser großen Volksbewegung umgekommen und gemishandelt sind, die nichts oder nicht viel dürften verschuldet haben; allein man muß durch diese Uebel sich doch nicht abhalten lassen, das große und herrliche Bestreben, eine vortrefliche Volksconstitution zu Stande zu bringen, aus dem gehörigen Gesichtspunkt zu beurtheilen. Auch muß ein ächter Menschenfreund noch weit mehr mit Schaudern zurückbeben, wenn er an ein Schlachtfeld denkt, das mit Menschen bedeckt ist, die zerhauen, zerschossen, von Pferden zertreten, von harten und bösen Menschen entblößt und geplündert, da liegen, und um den Tod, als eine große Wohlthat, oft stundenlang vergeblich den Himmel anflehen. Man vergesse es auch nicht, daß der letzte Krieg Oesterreichs wider die Türken weit über 200000 Menschen durch vielerley vorgängige Mühseligkeiten und Quaalen am Ende zum Tode hingeführt hat. Was diejenigen Menschen aber betrifft, die sich jedes Uebels freuen, was mit der französischen Staatsumwälzung sich verbindet, die mit teuflischer Schadenfreude alle solche Uebel auffuchen, vergrößern und erdichten, die mit Wohlgefallen das, was zu Nancy zur Herstellung der Ordnung und zur Verhütung der Stadtplünderung geschehn ist, zu den Gräueln eines bürgerlichen Krieges rechnen,

und dabey von bürgerlichen Schlachten sprechen, und die, um der Parthey, der sie dienen und kriechend schmeicheln, sich angenehm zu machen, von den Mitgliedern der Nationalversammlung, als von einer Rotte von Bösewichtern reden: so kann man nicht anders, als mit Erröthen sich es vorstellen, daß es elende Verworfene unter uns Menschen giebt, die weder mit Theilnehmung, noch mit einer der Sache angemessenen feyerlichen Fassung an das aus Tyranney und Volksclaverey entspringende ungeheure Elend, an den auf Rettung abzielenden Kampf des Volks und an die damit sich verbindenden Uebel denken, und die vom ganzen Volk bey vorfallenden Unordnungen, die bey den unvollkommenen und zum Theil bösen Menschen nicht ganz verhütet werden können, vielmehr mit Hohn, Spott und Verachtung, als mit Bedauern und unter Aeufserung menschenfreundlicher Wünsche reden.

Wenn man das, was der mannhaft und vorsichtig Fürstenrechte und Volksrechte miteinander vergleichende und bestimmende Herr von *Dahm* über die Lütticher Angelegenheiten geschrieben, und was die Preussische Regierung für dieses Volk gethan hat, gehörig betrachtet: so kann man über dieses Volk nicht minder günstig denken, als über die Franzosen. Kein Deutscher, welcher Gefühl für die bürgerliche Freyheit seiner Nation hat, kann auch ohne bitteren Schmerz sich die Art vorstellen, wie das höchste Reichsgericht den zwischen dem Lütticher Volk und dem Fürstbischof entstandenen Streit entschieden hat.

Das Belgische Volk erscheint aber in einem ganz andern Lichte. Der verstorbene Kaiser wollte das Volk gewiß nicht unglücklich machen. Er wollte gewiß nur so weit Verträgen mit den Ständen entgegen arbeiten, als Volksglückseligkeit dadurch gehindert wurde. Vorzüglich wollte er das Volk von der nachtheiligsten Unwissenheit, von der fürchterlich bösen Herrschaft der päpstlichen Hierarchie und von den bösen Folgen des Aberglaubens befreyen. Wenn er also gleich fehlte, indem er Bedingungen, womit seine Regentenrechte wesentlich stehen und fallen sollten, aus der Acht liefs; indem er sich und seinen Nachkommen den Weg zu willkührlicher Macht bahnte, und indem er ein unwissendes Volk wider dessen Willen

glücklich machen wollte: so wars doch keinesweges mit Frankreich in einer ähnlichen Lage. Nach erfolgter Revolution hat es sich auch gezeigt, daß es aus einer mit dem Aufklärungszustande unsrer Zeit äußerst contrastirenden Blindheit und fanatischen Schwärmerey sich wider diejenigen erklärt hat, die treu für dessen Interesse sorgten, und daß es ganz ein Spiel der Geistlichkeit und des Herrn van der Noot gewesen ist.

Die in Ungarn sich zeigenden Unruhen waren ganz ein Werk des hohen Adels und der hohen päpstlichen Geistlichkeit, denen *Josephs* menschenfreundliche Bemühungen, dem übrigen Volk bürgerliche Rechte zu gewähren, nicht gefielen, und die nicht nur jenes Volk ferner willkührlich beherrschen und unterdrücken, sondern auch die Regierungsmacht, wo nicht ganz, doch größtentheils dem König von Ungarn entreißen wollten. Wer das Recht und den Werth der menschlichen Handlungen, die bey Revolutionen und Revolutionswünschen Statt finden, nach den verschiedenen Ständen und Menschenklassen, von welchen sie herrühren, gehörig bestimmen und schätzen will, muß sich vorzüglich bewogen finden, den Adel und die Geistlichkeit in Brabant, Ungarn, Böhmen und Pohlen*) mit dem französischen und Lütticher Volke zu vergleichen. Auch ist es zu bedenken, daß das Volk bey solchen Bewegungen nicht wider

*) Es ist bekannt, daß auf dem itzigen Reichstage, auf welchem man Pohlens Constitution hat verbessern wollen, der Adel sich ausschließlich die gesetzgebende Macht wiederum beygelegt, und nicht auf die Vorstellungen des Bürgerstandes geachtet hat. Folgende Stelle eines Briefes, den der verstorbene allgemein verehrte Präsident der Stadt Warschau, *Deckert*, an den Reichstagsmarschall *Malachowski* hinterlassen hat, verdient bemerkt zu werden: "Als ich die Nachricht von jener unglücklichen Reichstagsession erhielt, auf welcher es zum Gesetz gemacht wurde, daß der Pohnische Staat nur in dem Adelstande gesetzgebend für die ganze Nation seyn könne: da empfand ich es innig, wie wenig Gutes man nun von den itzigen Berathschlagungen erwarten dürfe."

das Interesse des ganzen Volks kann handeln wollen, und daß das Interesse des Volks auch das Interesse einer guten Regierungsmacht ist. Das ist nicht bey dem Adel und der Geistlichkeit der Fall. Sie haben ein vom grofsen Volksinteresse und von einem Regierungsinteresse, das sich nicht um ihre Vorthelle herumdreht und durch sie bestimmt wird, ganz verschiednes äufseres Interesse, und man kann also es nicht erwarten, daß sie ihr und das Volksinteresse in genaue Harmonie bringen, sofern sie nicht in ächtem Menschenadel und in wahrhaftig göttlichen Gefinnungen, das ist, in erhabner Entfernung von Eigennutz und Leidenschaftsflaverey, und im Bestreben, ihre Nebenmenschen glücklich zu machen, ihre Ehre suchen. Daß aber im Durchschnitt ein solcher Menschenadel sich nicht unter diesen erhöhten Klassen des Volks in hinlänglichem Maafs findet, das beweist die Lage, worin die Einwohner von Pohlen, von Ungarn, von Böhmen, vom Kirchenstaat und von der gröfsten Anzahl adelicher und geistlicher Güter sich finden. Aus allem diesem läfst sich das schliessen, was auch durch die Geschichte bestätigt wird, daß der Adel und die Geistlichkeit zwar wider Monarchendespotismus wirken, aber dabey nicht auf die grofse Volkssumme und auf deren Glückseligkeit der Regel nach hinlänglich sehen und sehen werden.

Nachdem ich bisher treu und offen das gesagt habe, was redliche Liebe zur Wahrheit, zum Recht und zur Menschheit erfordern: so bekenne ich doch auch ganz in Uebereinstimmung mit meiner Erkenntnifs, daß ich alle Volksrevolutionen in hohem Grade fürchte, und sehnlich wünsche, es mögen die Menschen, welche die Regierungszügel in Händen haben, bewogen werden, bessere gesetzliche Einrichtungen zu machen, und aus freyer Bewegung alle Regierungseinrichtungen in eine genaue Beziehung auf die Glückseligkeit der grofsen Volksmenge zu setzen. Es ist ja das Volk in solchen Fällen fast immer ein unglückliches Spiel solcher Leute, die an nichts weniger, als an Volksglückseligkeit denken, und nur die Maske von Volksfreunden tragen. Es entstehen fast immer fürchterliche Gährungen, von welchen keine regelmässige und wohlthätige Organisation eines Staats erwartet werden kann. Durch

solche Gährungen wird aber Noth und Elend über viele Menschen gebracht, und am Ende geräth das Volk gewöhnlich unter der Leitung seiner Anführer in eine weit schlimmere Lage hinein, als worin es gewesen ist. Wer dieß erkennt, den hat daher auch die Volksbewegung in Sachsen nothwendiger Weise sehr beunruhigen müssen. Ich weiß es nicht, wie weit die Landleute, welche an diesem Aufstande Theil genommen haben, in ihren Rechten gekränkt oder selbst gemishandelt seyn. Wäre dieß der Fall gewesen: so hätte nun das Volk nicht nur nichts gewonnen, sondern leicht seine ganze Lage verschlimmert. Und so könnte kein redlicher Menschenfreund, dem Volksglückseligkeit und Volkselend nicht gleichgültig ist, ohne Bekümmerniß an eine solche Art des Versuchs, sich zu helfen, denken. Hiebey wünsche ich jedoch von Herzen, daß die Sächsische Regierung, je mehrere Kraft sie in ihren Truppen gehabt und gezeigt hat, die Unruhen zu dämpfen, den Uebeln, die etwa dazu Anlaß gegeben haben, hinterher liebeich ein Ende mache, und dadurch beweise, wie gern sie bloß durch Kenntniß der Sache sich bewegen lasse, die so wichtige und im Durchschnitt vorzüglich gute Menschenklasse, welche den Productionsgeschäften obliegt, vorzüglich in Absicht auf bürgerliche Freyheit, Subsistenzmittel und Gerechtigkeit glücklich zu machen. Wehe endlich den Fürsten Deutschlands, wenn sie zum Theil noch ferner mehr in Ueberwältigungsmacht, in Ueppigkeit und in Verschwendung, als im Volkswohlstande ihre Glückseligkeit finden. Sie werden nie sicher über gemishandelte Menschen regieren. Daß es Regierungsgrausamkeiten genug in Deutschland giebt, davon haben uns die Schlözerschen Staatsanzeigen und viele andre öffentliche Blätter Beyspiele genug geliefert. Es ist empörend, wenn man bedenkt, daß so viele Landleute ein Raub der Vergnügungen ihrer Fürsten werden müssen. Wird es ihnen auch verziehen, wenn sie das Wild aus ihren Saatzfeldern entfernt halten: so müssen sie doch, um das zu thun, gewöhnlich zum Theil auf ihren Schlaf Verzicht thun. Und wie viele Fürsten hat es nicht gegeben, die selbst jenes Entfernthalten nicht einmal verstattet haben, sondern durch ihr Wild und durch ihre Jagden die verderbenden Landplagen, um deren Abwendung man sonst in Kirchen bittet, vermehrt, und jede Bemühung

der Menschen, das Uebel abzuwenden, aufs härteste geahndet haben. Wenn Fürsten, Fürstendiener und ihre Schmeichler Volksunruhen hart beurtheilen: so sollten sie auch bedenken, daß durch wiederholte, höchst gerechte und bescheidne Bitten und Klagen der Unterthanen oft nichts ausgerichtet wird, und daß sie selbst den Bittenden und Klagenden zuweilen die härtesten Schicksale zuziehen. Ueberhaupt muß man bey dieser Materie die wichtige Wahrheit und Lehre nicht vergessen, daß Regierungsrecht sowohl, als ein sicherer Ruhestand wesentlich von dem pflichtmäßigen Bestreben der regierenden Personen, ihrer Beamten und Bedienten abhängen, ein Volk in Beziehung auf alle wesentlichen Bedürfnisse glücklich zu machen, und es nur guten Gesetzen und keiner despotischen Willkühr unterworfen seyn zu lassen. Ist ein Volk roh und unwissend: so werden und müssen Ungerechtigkeit und Druck immer gefährliche Gährungen verursachen; gelangt es aber zur gehörigen Erkenntniß seiner Rechte: so wird es nicht ruhen können und dürfen, als bis es den Genuß seiner Rechte erkämpft hat. Allein, sagt hier besonders in diesen Zeiten Mancher: eben diese Erkenntniß ist von sehr gefährlicher Natur. Ein rohes und unwissendes Volk, das dem Zustand des Viehes nahe kommt, erträgt theils mehr, theils gelingt einem solchen Volk eine Empörung so wenig, daß man es leicht in eine härtere Unterwürfigkeit zurück führt. Aus diesem Grunde schmält man auf die Bemühung, die Landschulstellen mit tüchtigen Schulmeistern zu besetzen, tüchtige Schulmeister für den gemeinen Mann zuzubereiten, und die Jugend des gemeinen Mannes mehr, als die nothwendigsten Religionskenntnisse und Gehorsamkeitspflichten gegen die Obrigkeit lernen zu lassen.

Dieser für Volksglückseligkeit so gefährliche und äußerst bösen Lehre sind folgende Gedanken entgegen zu setzen.

In höchst despotisch regierten Ländern und unter einer rohen und unwissenden Volksmenge giebt es höchst fürchterliche Volkserschütterungen, wobey die Regenten oft in der größten Gefahr leben, und oft mit ihren Lieblingen selbst ein Opfer werden. Man denke nur an das ehemalige Rußland, an das neuere Persien, an die Turkey und andre ähnliche Länder, und an die Slavenempörungen.

Trägt auch ein unwissendes und rohes Volk seine Fesseln geruhig: so entstehen Neigungen unter den Großen zur Befriedigung ihrer Leidenschaften, das blinde Volk durch falsche Vorspiegelungen auf ihre Seite zu bringen, und sich dadurch zur Regierung und zu Regierungseinflüssen empor zu schwingen. Wem fallen hier nicht eine Menge von Unruhen ein, dazu alle Länder Beyspiele genug an die Hand geben? Und wer denkt hiebey nicht besonders an Cromwell? Wars wohl Druck und Schmerz der großen Volksmasse, woraus die Brabantschen Unruhen hauptsächlich entsprungen? Hatten sie nicht vorzüglich in den Intrigen und Aufhetzungen der päpstlichen hierarchischen Geistlichkeit und ihrer politischen Bundsgenossen ihren Grund? Würde ein über sein wahres Interesse aufgeklärtes Belgien wohl eine das Volk so entehrende und fanatische Factionswuth gezeigt haben, als es nun seit geraumer Zeit an den Tag gelegt hat? War Pohlen nicht immer eine Scene von gräulichen Volksunruhen, die bloß durch Factionen der Großen gelenkt wurden?

Roheit und Unwissenheit gewähren also keinesweges Sicherheit für die Regierung. Der stehende Soldat ist freylich ein mächtiges Mittel wider Volksunruhen. Nur zu leicht läßt er sich selbst böser Weise Haß und Verfolgungsfucht gegen eben das Volk beybringen, das ihn nährt, und das er also wesentlich in seinen Rechten zu schützen bestimmt ist. Allein das ist doch eine Lage, die in Verderbenheit, Unmenschlichkeit und Unwissenheit gegründet ist. Nach dem Maas, als der Soldat Recht und Pflicht liebt, scheuet er sich, der Arm der Ungerechtigkeit zu werden. Häuft sich bey ihm Verderben auf Verderben: so wüthet er wider Regenten, wie wider das Volk. Die Geschichte der neuern sowohl, als der ältern Zeiten geben uns von der Art Beyspiele genug an die Hand. Despotismus und Tyranney kann also auch darauf nicht sicher rechnen.

Gäbe es aber auch ein Mittel, das Volk sicher zu drücken; achtete man auch nicht den Schandfleck der damit verbundenen Ungerechtigkeit und Tyranney; wollte man es sich erlauben, den wohlthätigen Endzwecken der Natur und der Vorsehung entgegen zu arbeiten, und liesse man sich auch durch das Bewußtseyn, daß man

ein böses Wesen unter den Menschen ist, in seiner tyrannischen Herrschluft nicht stören: wer wagt es doch wohl, in Europa laut zu bekennen, daß man nur Volksaufklärung immer verhüten wolle, um desto ficherer ein Ungerechter, ein Tyrann und Menschenquäler seyn und dabey schwelgen und prassen zu können? Und wollte einer das auch selbst bekennen, was würde er sagen, wenn man ihm den Satz entgegen setzte: Du willst mit einigen Wenigen die Vortheile vieler Kenntnisse besitzen, um Tausende und Millionen ungehindert mishandeln zu können, und das so viel mehrern Menschenwerth enthaltende Volk sollte nicht die Vortheile der Aufklärung besitzen, um nicht deiner Ungerechtigkeit widerstehn zu können? Wenn Aufklärung und Erkenntniß ein Mittel der Kraft und der Macht ist und seyn soll: so muß man dieß Mittel lieber in die Hände des Volks, als Solcher geben, die es mishandeln wollen, oder der Erfahrung und Geschichte nach gewöhnlich minder oder mehr mishandeln. Das aufgeklärte Volk kann nie wider eine gute Regierung wüthen, weil es dann wider sein Interesse wüthen würde. Das Interesse einer guten Regierung und das Interesse des Volks, selbst eines sehr unvollkommenen Volks, stehn schlechterdings in unzertrennlicher Verbindung. Und ist ein Volk über sein Interesse aufgeklärt: so kann eine gute Regierung sicher auf die Kraft eines solchen Volks rechnen. Ja ist auch eine Regierung sehr mangelhaft: so kommt es bey einem aufgeklärten Volke nicht leicht zu zerstörenden Gährungen und Empörungen. Es weiß dann zu gut, wie viel Uebels sich damit verbindet. Es wirkt lieber durch seine eindringende Erkenntnißmasse. Thut diese ihre Wirkung nicht: so kommt es doch bey dem Aufstande nach dem Maafs, als es aufgeklärt ist, nicht leicht oder gar nicht zu Verwüstungen. Diese sind auch dann noch ein Werk des rohen und unwissenden Pöbels. Welch eine Verschiedenheit findet sich in der Hinsicht zwischen dem Benehmen der Franzosen und der Brabanter? Dieß läßt sich aus sonst nichts erklären, als aus der weit mehr durch alle Volksklassen in Frankreich durchgedrungenen Erkenntniß vom gemeinen Besten. Wollte man auch mit Einigen annehmen, daß der Herzog von Orleans und Mirabeau nichts als höchst böse, alles nach ihren äussern Vortheilen berech-

nende Männer wären: so werden sie doch durch das über sein Interesse gehörig unterrichtete Volk gezwungen, mit la Fayette und Bailly dem Interesse der Nation der That nach zu dienen. Eine gute Regierung kann dagegen nichts von einem aufgeklärten Volk zu fürchten haben. Ein solches Volk ist bloß von bösen Regenten, bösen Ministern und bösen obrigkeitlichen Personen zu fürchten. Selbst stürmt es nicht einmal gegen diese. Er schiebt sie nur allmählig und geruhig in das rechte Gleis hinein. So wenig ein Römischer Kaiser durch Befehle es zu bewirken vermochte, daß *dogma* weiblichen Geschlechts seyn sollte, und so wenig sich ein Mensch von Kopf es einfallen läßt, dieß ändern einzureden: so wenig wird ein böser Regent und Minister es versuchen, böse Regierungsmaafsregeln zu nehmen und anzupreisen, wenn das Volk die Elemente der Staatswissenschaft und Staatswirthschaft, so weit als sie das Hauptinteresse des Volks betreffen, aus seinem Staatskatechismus gut gefaßt hat. Bringt der böse Feind nur nicht Cagliostroische, St. Germainische und Mesmerische Schwärmereyen unter ein solches Volk: so kann der größte und schlaueste Bösewicht in einem solchen Staat nichts ausrichten. Das Volk ist zu klug, als daß es ihm folgte, und seinen Arm lieb. Und säet auch der böse Feind einen solchen Saamen der Schwärmerey zuweilen aus: so hat die gütige Vorsehung doch zu gut für die Menschen gesorgt, als daß der gesunde Verstand nicht bey dem größern Theil des Volkes sich gehörig dagegen behauptete. Ein unwissendes Volk kann wohl der größern Zahl nach ein Instrument des Fanatismus, wie itzt in Brabant, werden; nie wird das aber der Fall bey einem aufgeklärten Volk seyn. Bey einem aufgeklärten Volk ist es also nur ein Grunderforderniß, daß regierende Personen gut regieren. Und kann eine böse Regierung nicht bey einem aufgeklärten Volk Statt finden: welcher Mensch, der Gefühl für Recht und menschliche Glückseligkeit hat, muß denn die Volksaufklärung nicht, als ein segensreiches Mittel wider böse Regierungsübel, ansehen, und eine solche, das Hauptinteresse des Volks betreffende, Aufklärung allen Nationen wünschen? Eine solche Aufklärung muß ja nicht mit Gelehrsamkeit verwechselt werden. Die Zeit des gewöhnlichen Jugendunterrichts ist völlig hinreichend, die

Elemente einer guten Staatswirthschaft den Menschen beyzubringen. Auch kann jede Art der Arbeit mit einem solchen Aufklärungszustande bestehen. Bloß Tyranney, Unterdrückung und Ungerechtigkeit können nicht dabey gedeihen.

Diese meine Gedanken, die in der Natur der Sache so gegründet sind, stimmen auch ganz mit den Gedanken des grössten Regenten überein, den die Welt gehabt hat. In dieses, den Preussischen Staaten endlich durch den Tod entrissenen Königs Schriften sind unter andern ähnlichen Gedanken folgende Stellen in der Hinsicht vorzüglich zu bemerken:

“Das wahre Verdienst eines guten Fürsten besteht in einer aufrichtigen Anhänglichkeit an das gemeine Beste.

“Das Unglück eines Staats steigt aufs höchste, wenn verworfnen Menschen es gelingt, einem Souverain es einzureden, daß sein Interesse von dem Interesse seiner Unterthanen verschieden ist. Dann wird der Souverain der Feind seines Volks, ohne zu wissen, warum.

“Der Souverain und sein Volk machen eins aus, das nur so weit glücklich seyn kann, als es durch Eintracht besteht.

“Der Souverain ist nichts weiter, als der oberste Diener des Staats, der unter der Verpflichtung steht, mit so vieler Rechtschaffenheit, Weisheit und Uneigennützigkeit zu handeln, als wenn er in jeder Minute den Bürgern des Staats von seiner Regierung Rechenschaft ablegen sollte. Er ist also strafbar, wenn er das durch Auflagen erhaltene Geld des Volks in Ueppigkeiten und Unordnungen verschwendet, er, der auf gute Sitten, als Wächterinnen für die Gesetze, halten, der die Volkserziehung vollkommner machen, und der diese nicht durch böse Beyspiele verderben soll. Der Fürst muß unaufhörlich sich bemühen, nur persönliches Verdienst hervorzuziehen, und er muß für Reichthum und Hoheit des Standes ohne Tugend und gute Sitten nichts, als Verachtung, an den Tag legen. Eine solche Vorstellung muß man sich von den Pflichten des Souverains machen, und von einer Art zu handeln, *die allein eine monarchische Regierung gut und zuträglich machen kann.*

“Geht man auf die Entstehung der nützlichen Gesellschaftseinrichtung zurück: so müßte man die Menschen für unsinnig halten, wenn man sich einbilden wollte, daß Menschen zu einem von ihres Gleichen gesagt hätten: Wir erheben Dich über uns, weil wir die Slaverey lieben, und wir geben Dir die Macht, unsre Gedanken nach Deinem Willen zu bestimmen. Sie müssen vielmehr gesagt haben: Du bist uns nöthig, um die Gesetze zu handhaben, denen wir gehorchen wollen, um uns weise zu regieren, um uns zu vertheidigen und zu schützen. Wir fordern übrigens von Dir, daß Du unsre Freyheit Dir heilig seyn laßest.

“Es giebt in den meisten Staaten von Europa Gegenden, wo die Landleute Leibeigene ihrer Edelleute sind. Diefs ist die unglücklichste Lage, wowider sich die Menschlichkeit am meisten empört.

“Wenn die Redlichkeit und Treue auch von der übrigen Welt verbannt wäre: so müßte man sie bey dem Könige wieder finden.

“Ein Fürst ist verpflichtet, selbst seine Person dem Wohl seiner Unterthanen aufzuopfern.

“Ein König muß nicht auf Rang und Stand sehen. Die Natur hat bey Austheilung der Talente nicht auf Geschlechtsregister gesehen.

“Die Natur redet zu den Herzen der Könige eben so, wie zu den Herzen der Privatpersonen.,,

Freuen mögen sich die Menschen, daß auch ein großer König eine solche Sprache führt. Zwar ist das die Sprache des gefunden Verstandes. Auch würde die Wahrheit und Kraft solcher Gedanken nicht so sehr von vielen Regenten verkannt werden, wenn es nicht immer so viele kriechende und grobschmeichelnde Slavenseelen unter den Menschen gegeben hätte. Diesen und nicht der Natur der Regenten ist es zuzuschreiben, wenn solche Gedanken ihnen nicht allgemein geläufig sind, oder wenn man wohl selbst es bedenklich gefunden hat, dergleichen Gedanken laut zu äußern. Weil selbst es noch Leser geben möchte, die so dächten: so fand ich es nöthig, den von mir geäußerten Gedanken zugleich das Ansehen eines großen Königs an die Seite zu setzen.

Und nun ist noch die Frage zu untersuchen: was für Einflüsse die so häufig erscheinenden Freyheitsbewegungen in den Dänischen Staat haben möchten. Ich wage darauf dreist zu antworten: daß ähnliche Bewegungen auf keine Art vernünftiger Weise in Dänemark entstehen können, und auch nicht zu erwarten sind. Ich gründe diese Antwort auf folgende Umstände.

Die souveraine Regierung vom Dänischen Staat ist in einem förmlichen Volksvertrage gegründet.

Die Dänischen Könige haben es nie vergessen, daß ihre souveraine Macht ein Werk einer vertrauensvollen Zuflucht des Volks in die Arme des Königs war, als der Adel sich gleiche ungerechte Anmassungen gegen Volk und König erlaubte. Die Dänischen Könige haben durch das Andenken an jenes Vertrauen und an die gemeinschaftliche Nothlage, worin vorhin König und Volk gewesen waren, sich immer bewogen gefunden, sehr milde die Unterthanen des Dänischen Reichs zu beherrschen. Sie hüteten sich auch in so hohem Grade vor allen Handlungen des Despotismus, daß sie lieber durch einen hohen Rath und durch Collegien regieren, und auch so fehlen, als durch Anwendung der Eigenmacht und eigener Kenntnisse sich in Gefahr setzen wollen, für despotisch angesehen zu werden. Hat das Volk auch gleich oft bey so erfolgten Regierungsmaafsregeln gelitten: so wurden doch nie auffallende und empörende Unterdrückungen des Volks geduldet, und die Uebel, welche das Volk hat erdulden müssen, sind nie mit Kenntniß der Sache von unseren Königen gut geheissen worden. Es haben freylich Hofleute ihre Intrigen zum Nachtheil des Volks und der väterlich gesinnten Könige immer mit gespielt. Es hat nicht an Männern gefehlt, die nichts mehr fürchteten, als eine heilsame Verbesserung vieler Regierungsmängel und die Entfernung großer Volksübel, weil eine solche Verbesserung ihrem persönlichen äussern Interesse zuwider war, und die daher suchten die Lage des Landes und des Volks vor den Augen der Könige zu verbergen, und ihre Herzen von Regierungsforgen zu entfernen. Was hätte nicht, wenn das nicht geschehn wäre, ein fein Volk so sehr liebender *Friedrich der Fünfte* für sein Volk gethan! Es hat die Cabale eigennütziger Menschen es noch immer

zu bewirken gewußt, daß die, nach des feligen Königs von Preussen Ausdruck, die Menschheit so sehr entehrende Leibeigenschaft noch immer im Dänischen Staat Statt findet. Unter dem Schutz der Unwissenheit, worin des Königs redliche Freunde des Staats und das Volk waren, wurde das Land auch durch die alte Zettelbank, wie durch eine der bösesten Landplagen auf viele Jahre hin unglücklich gemacht. Der Productionsfleiß war in einem von der Natur so gefegneten Reich noch bisher nicht genug belebt und geleitet. Die Volksmenge war noch immer zu gering, um zu Fabriken leicht Menschen zu liefern. Die Einfuhr- und Ausfuhrbilanz hätte weit vortheilhafter für den Staat bestimmt werden können. Staatswirthschaftliche Einrichtungen haben theils viele Mängel, theils keine Festigkeit gehabt. Auch ist es nicht zu leugnen, daß mit den, bey der souverainen Regierung so leicht eintretenden, Ministerialveränderungen leicht und oft gar nicht gute Veränderungen in Regierungsangelegenheiten erfolgen. Der Dänische Staat hat endlich eine das Volk drückende Schuldenlast. Allein es muß jedem, der Augen hat zu sehen, einleuchten, daß alles, was unsern König nun umgiebt, mit dem *Thronerben* selbst voll Eifers ist, um die großen Staatsübel aus dem Wege zu räumen. Es dürfte in der Hinsicht kein Ministerium in Europa mit dem Dänischen verglichen werden können. Männer von Einsicht und Redlichkeit werden auch gesucht und gebraucht. Man läßt durch die Pressfreyheit alles, was geschieht, vor den Augen des Kronprinzen aufgedeckt werden, und die Mitglieder der Nation über manche wichtige Staatsoperationen frey in Schriften debattiren, wie das auf eine höchst freymüthige und selbst nicht hinlänglich gemäßigte Art bey Einrichtung der neuen Speciesbank geschah. Dabey werden heimliche Feinde des Staats, die beym Mangel der Pressfreyheit im Dunkeln ihren Vortheil suchen, oder in Müßiggang leben, oder das Volk drücken, und die Communication zwischen dem Volk und König aufheben, von bösen Anschlägen zurückgeschreckt. Dadurch wird auch manches heilsame Licht über Staatsangelegenheiten verbreitet, worin ein Minister leicht fehlt. "Es giebt, sagt der oben genannte große König, in allen Staaten eine Anzahl von Bürgern, die vom Tumult

der Geschäfte entfernt, diese ohne Leidenschaft ansehen, und eben deswegen mit gesundem Verstande darüber urtheilen, da unterdessen diejenigen, welche das Staatsruder in Händen haben, die Gegenstände mit bezauberten Augen ansehen, und nur über Hirngespinnste die ihre Einbildungskraft ihnen vorhält, nachdenken, und durch die Folgen falscher Maafsregeln in eine Kette von Folgen hineingezogen werden, welche sie nicht haben voraussehen können., Endlich erregt der Umstand, dafs das, was in Staatsangelegenheiten geschieht, öffentlich beurtheilt werden darf, Wachsamkeit und Sorgfalt bey Allen, die jene Angelegenheiten leiten, oder anordnen, oder darin arbeiten. Der Kronprinz und die ersten Rätthe des Königs haben sich auch nicht durch zügellosen Misbrauch der Druckfreyheit, der zum Theil vielleicht nicht blofs von Schriftstellerzügellosigkeit, sondern selbst mit von heimlichen Bemühungen derer herrührt, die sie gerne wieder aufgehoben fähen, um im Dunkeln handeln und den Regentenblicken die Lage des Volks wieder entziehen zu können, bewegen lassen, ihre Ideen von den höchst heilsamen Wirkungen der Publicität und der Pressfreyheit zu ändern. Es leuchtet Allen zu hell ein, dafs das, was der König von Preussen von dem harmonischen Interesse eines jeden Souverains und des Volks gesagt hat, vorzüglich bey einer so unbeschränkten Monarchie, als die Dänische ist, Statt findet. Es mufs unsern Königen und ihren Thronerben, selbst beym blofsen Andenken an ihr eignes Interesse, nichts mehr am Herzen liegen, als dafs der Dänische Staat eine grofse Volksmenge erhalten, und dafs das Volk wohlhabend und froh und glücklich seyn möge. Sofern Selbigen die Regierung eines Reichs und der Besitz der dazu erforderlichen Macht Vergnügen macht, kann diefs Vergnügen nur eine Wirkung von der Vorstellung seyn, dafs es ein vortrefliches, blühendes und glückliches Reich sey, und dafs man durch das Vermögen und durch die Macht des Staats grofse Dinge zum Vortheil desselben ausführen könne. Es mufs ihm also wichtig seyn, dafs alle Mängel, welche einem solchen Zustande entgegen wirken, durch Publicität ans Licht kommen, und dafs durch diese Publicität alle Bedienten wachsam, thätig, bedächtlich handelnd und treu erhalten werden.

Mit Eifer ward auch seit geraumer Zeit daran gearbeitet, daß die Makel, die unsern Staat durch die bisherige Fortdauer der Leibeigenschaft schändet, bald ganz ein Ende nehme. Es sind dazu seit einiger Zeit auf eine weise Art Vorbereitungs- und Ausführungsmaafsregeln gewählt. Zwar fehlt es nicht an unedeldenkenden Männern, welche die auf ihren Gütern lebenden Menschen noch immer gern so gut, als Pferde, Ochsen und Hunde, wie ihr Eigenthum ansehen, und nach Belieben für sich brauchen, oder nach ihren Launen mishandeln möchten, und welche daher heimlich und offenbar jenen Maafsregeln aus allen Kräften entgegen arbeiten. Auch schmeicheln diese sich, daß in der Vorbereitungszeit sie noch wohl Mittel und Wege finden möchten, die Ausführung der eben so gerechten, als gütigen und weisen Beschlüsse der Regierung, wie es bisher noch immer in ähnlichen Fällen geschah, zu vereiteln. Allein es fehlt unter den zum Edelhandeln durch ihren Namen aufgeforderten und diese Aufforderung so wenig verstehenden und achtenden Männern auch gar nicht an verehrungswürdigen Menschenfreunden, die sich der guten Sache ihrer Mitmenschen ferner mit Eifer und Weisheit annehmen werden. Zu den herrlichen Zügen, die den Charakter des *Kronprinzen* auszeichnen, gehört auch besonders dieser Zug, daß er den edeln Männern, welchen er sein Vertrauen gerechter Weise geschenkt hat, wie den von ihm festgesetzten Maafsregeln und einem liebeich gegen sein Volk gefinnten Herzen treu bleibt. Auch fehlt es nicht an Adelichen, die aus eigenem edeln Triebe ihren Guthsunterthanen die bürgerliche Freyheit einräumen, oder zu dieser Unternehmung die gehörigen Vorbereitungsanstalten treffen. Zu diesen wählen sie auch besonders einen der Jugend zu ertheilenden sehr guten Schulunterricht.

Ueberhaupt arbeitet auch die höchste Landesregierung daran, nach dem vorgängigen grofsen Muster und nach der Lehre des grofsen Preussischen *Friedrichs* den Jugendunterricht durch Bildung guter Schulmeister in Schulmeisterseminarien vollkommner zu machen, und eine zweckmäfsige Aufklärung über das ganze Volk zu verbreiten.

Man finnt und strebt ferner, den Productions- und Verarbeitungsfleiß allenthalben zu erwecken und zu beleben, die Volksmenge höher zu bringen, und vieles aus dem Lande durch fremde Luxuswaaren herausströmendes Geld im Lande zurück zu behalten.

Der im Dänischen Reich bey der grossen Entfernung der Könige von eigenmächtiger und den Schein des Despotismus annehmender Regierung sich leider so lang zugleich behauptende einförmige und zum Theil höchst fehlerhafte Schlendriansgang der Dinge wird ebenfalls nach und nach weissen Revisionen unterzogen, und dafür eine bessere Ordnung der Dinge eingeführt.

Endlich sind die Hauptpersonen der Regierung, und vorzüglich der *Kronprinz*, Muster der Entfernung von Ueppigkeit und Verschwendung.

Das alles sind Thatfachen, und dann lehrt es die Geschichte aller Zeiten, daß ein fortdauerndes Hinwirken guter Menschen nach Zielen der Vollkommenheit und Glückseligkeit, wo nicht alle, doch viele dieser Ziele glücklich erreicht. Man kann selbst sich mit Grund der füßen Vorstellung überlassen, daß ein so edeldenkender Prinz, als Dännemark in seinem Kronerben besitzt, gerne die weisesten Männer des Reichs zu Rathe ziehen werde, ob es nicht Mittel geben möchte, den höchsten Regierungseinrichtungen eine solche Form zu geben, daß nicht genug fähige oder nicht genug edel denkende Minister nicht leicht ferner gute Regierungseinrichtungen ändern, und schlechte Regierungsanschlüge nicht leicht zur Ausführung bringen könnten. Denn die mit der Souverainitätsregierung bisher verbundnen sehr häufigen Umänderungen der Civil- und Militaireinrichtungen, und das ewige Niederreißen und Aufbauen des Staatsgebäudes ist freylich ein sehr böses Uebel für den Staat. Vielleicht dürfte, wenn grose den ganzen Staat betreffende Haupteinrichtungen im Werk sind, in der Folge nie darin eher etwas unternommen werden, als bis auf die Art, wie es beym Entwurf des neuen preussischen Gesetzbuchs geschehen ist, die desfalls gemachten Entwürfe erst dem Publicum zur öffentlichen Prüfung vorgelegt sind, oder bis man die Sache durch Preisfragen hat zur Untersuchung kommen lassen. Wie ist es der Regel nach

möglich, daß unter eines Mannes oder einiger Männer Blick alles das fallen sollte, was bey so wichtigen Dingen zu erwägen ist, wenn man auch auf das nicht sieht, was vorhin aus *Friedrichs des Großen* Schriften von den Hindernissen gesagt ist, wodurch Minister und regierende Personen abgehalten werden, alle richtigen Gesichtspunkte zu fassen, jede Seite der Dinge wahrzunehmen, persönlichen Lieblingsneigungen auszuweichen und Schimären zu entgehen.

Je mehr unser theurer *Kronprinz* an Jahren, Beobachtungen, Erfahrungen und Uebungen fortrückt, desto mehr wird er auch erkennen, daß die ganze Staatsorganisation eigentlich das ist, was auf seine feurige Thätigkeit Anspruch zu machen hat. Denn es ist bekannt, daß, wenn er gleich sich bisher am meisten mit dem Militairwesen als mit dem beschäftigt hat, was er am meisten trieb, er doch von den Regierungsangelegenheiten nichts aus der Acht läßt, und sich allmählig in alles hineinarbeitet.

Wenn man dieß alles erwägt: so müßte man unsinnig seyn, wenn man nur von fern wünschen wollte, daß die Lage Dänemarks durch eine Revolution, wie die französische ist, verbessert werden möchte. Einer kann mit der lebhaftesten Wärme an der französischen Revolution Theil nehmen, und muß als ein patriotischer Mitbürger des Dänischen Reichs sich aufs heftigste wider jede Revolutionsidee in Dännemark erklären. Auch hat der gemeinste Mann, denk ich, in den Dänischen Staaten Verstand genug, um zu erkennen, daß Empörungsbewegungen nur Elend und Noth über das Land bringen würden. Der aufgeklärtere und über alles sorgfältig nachdenkende Theil des Volks muß sich auch überzeugt halten, daß, wenn man auch jenes erste Elend nicht achten wollte, es auf keine Weise gedacht werden könnte, es dürfte durch das Groß der Nation auch nur halb so viel Gutes zu Stande gebracht werden können, als man sich von unserm geliebten Kronprinzen, unsern Ministern und ähnlichen Männern zur Verbesserung unsers Staats mit Grund versprechen kann. Das Volk würde dem größern Haufen nach, wenn solche Bewegungen erfolgten, in die größte Gefahr gerathen, schlaun Bösewichtern, als Führern, zu folgen, und in sein Verderben hinein gestürzt zu werden. Auch wird unser so theurer Kron-

erbe auf seinen Wegen und in seinen Gefinnungen gegen seine Staatsbürger sich gewiss nicht durch falsche Vorspiegelungen, falsche Gerüchte und Lügen derer irre machen lassen, die so gern heilsame Regierungsmaafsregeln stören, so gern aller Druck- und Pressfreyheit zum höchsten Nachtheil unfre Könige sowohl, als des Volks, ein Ende machen, und sein Herz dem grossen Theil der Dänischen Unterthanen, der vorzüglich vertrauensvoll den Dänischen Königen so viele Macht übertrug, entwenden möchten. Indem ich diefs sage: so darf ich nicht fürchten zu irren, wenn ich glaube und behaupte, dafs die hier geäufserten Gedanken und Gefinnungen auch die Gedanken und Gefinnungen des Volks überhaupt, und vorzüglich redlicher Beurtheiler von gesundem Verstande und einiger Kultur des Geistes seyn. Wenigstens sind es, was auch Lüge und Verläumdung vermittelt der vorhin erwähnten Gattung von Menschen unterm Beystand von müßigen Neuigkeitserdichtern wider Kiel, die Kielische Univerfität und die Kielischen Studirenden zu den Ohren des *Kronprinzen* gebracht haben mögen, *) die Gedanken und Gefin-

*) Es ist ungeheuer viel Unwahres von einem Mittagsmahl in Kiel gesagt worden, wobey nur wenige Personen von verschiednen Ständen waren, wobey der Wirth und Andre freylich ihre Freude über die französische Volksbestrebung bezeugten; wobey ihnen aber auch auf eine angenehme Art der Krieg darüber gemacht wurde; wobey von gar keinen ernstlichen Feierlichkeiten die Rede war, und wobey jeder ohne Ausnahme weit entfernt war, dabey auch an Dännemark nur zu denken. Es würde sicher kein braver Mann im Lande, der zugegen gewesen wäre, und am wenigsten der *Kronprinz* etwas Anstössiges darin gefunden haben. Freylich wenn man an die Geschäftigkeit der schwatzenden, lügenden und verläumdenden Menschen denkt: so wäre es besser gewesen, wenn solchen Menschen gar kein Stoff zum Schwatzen und Lügen gegeben wäre. Aber wie traurig ist es auch, dafs man bey seinem Thun und Lassen auf einen solchen Auswurf der Menschen immer ängstlich sehen soll!

Dann hat man viel Aufsehens davon gemacht, dafs die Studirenden, welche einem vortreflichen Rechtslehrer, den die Univerfität erhalten

nungen der Kielischen Lehrer und Studirenden so allgemein, daß ich auch keinen Fall weiß, da Gedanken geäußert wären, welche mit dem, was ich hier angeführt habe, im Widerspruch stehen. Auch darf ich dreist behaupten, daß die hiesige Universität keinem andern Königlichen Collegium an Rechtschaffenheit, Mannhaftigkeit und Bescheidenheit nachzusetzen sey. Ihre Lehrer sind, was vorzüglich Universitätslehrer seyn müssen, überhaupt redliche Freunde und vorsichtige Erforscher der Wahrheit und des Rechts, Feinde von Kriecherey und Schmeicheley, gern so weit, als es die Natur der Sache immer verstattet, Lobredner alles Guten, was das Land und das Volk der Regierung zu verdanken haben, und endlich patriotische Bürger des Staats und treue Unterthanen des Königs und der Gesetze.

hat, ein Gedicht mit Musik gebracht hatten, vorm Auseinandergehen die Nationalversammlung hatten hoch leben lassen. Man hat auch nicht unterlassen, dazu sehr vieles hinzuzudichten. In der Hinsicht ist zu bemerken: 1) daß man sich sehr lebhaft für die Nationalversammlung interessiren, und doch ein heftiger Feind einer Volksrevolution in Dänemark seyn kann; 2) daß kein Student dabey von einer Neigung zu einer solchen Revolution in Ansehung unsers Staats geleitet ist, und 3) daß dabey Ideen mit gewirkt haben, die sich gar nicht auf irgend eine Revolution bezogen. Uebrigens ist Studirenden ein gewisser Freyheitsinn nicht zum Tadel anzurechnen. Sie fehlten wider die Klugheit und wider nichts weiter. Am Ende sollte man in einem Staat, der so wenig eine Revolution zu fürchten hat, auf so etwas nicht einmal merken.

IV.

Etwas über Geld und Staatsbilanz.

Das Geld ist dazu bestimmt, die grossen Verlegenheiten zu verhüten, worin die Menschen beym Umtausch der Lebensbedürfnisse und aller Arten von Waaren kommen. Der Umtausch mußte vor dem Gebrauch des Geldes nothwendig grosse Schwierigkeit finden. Denn erstlich fand man bey einem, der von Dingen, die man brauchte, Ueberfluß hatte, oft kein Verlangen, etwas von den Waaren zu besitzen, die man ihm dafür anbieten konnte. Diese Waaren waren ihm auch vielleicht gar nicht nöthig, oder er hatte selbst davon in hinlänglichem Maafs. Von den Waaren, die er aber brauchte, hatte man dagegen ihm vielleicht nichts anzubieten. Zweytens konnte es treffen, daß man ihm zwar gegen Waaren, die man brauchte, wieder Waaren anbieten konnte, die ihm nöthig waren; allein die umzutauschenden Dinge waren von ganz ungleichem Werth, machten oft ein untheilbares Ganzes aus, und der Eine oder der Andre blieb etwas schuldig oder behielt etwas zu gut, ohne zu wissen, wie man einst die Sache abmachen könnte. Drittens diejenigen Menschen, welche kein Grundeigenthum hatten, davon die Lebensnothwendigkeiten genommen werden konnten, mußten wegen ihrer persönlichen Freyheit in Gefahr und Noth kommen. Sofern sie zum Vortheil der Grundeigenthümer so arbeiteten, daß ihre Arbeit gesucht wurde: so konnten sie zwar die nöthigen Lebensbedürfnisse gewinnen. Dabey fand aber doch der böse Umstand Statt, daß sie für ein gewisses Uebermaafs der Arbeit nicht leicht Waaren erhalten konnten, welche für Zeiten der Krankheit oder des Mangels an Arbeit aufgehoben werden konnten, oder wofür in der Folge Lebensbedürfnisse eingetauscht werden konnten. Für eigensüchtige und böse Grundbesitzer, welche gewisse Arbeiter gerne sklavisch gebrauchen oder sie auch selbst als Sklaven besitzen wollten, wurde es aber selbst leicht, diese ihre Absicht auszuführen.

Die Grundeigenthümer konnten leicht die Arbeit eines solchen Arbeiters auf eine Weile entbehren, und ihn so in die Nothwendigkeit setzen, entweder umzukommen, oder sich jede vorgeschriebene Bedingung gefallen zu lassen.

Dies wenige reicht hin, um es jedem einleuchtend zu machen, was für ein großes Gut die Menschen für ihre gemeinschaftliche Glückseligkeit gewinnen, wenn sie den Tausch der Dinge durch ein allgemein angenommenes und leicht allgemein geltendes Ausgleichungs-Schätzungs- und Kauf-Mittel veranstalten, und auch durch Geschicklichkeit im Erwerbvermögen, und durch Fleiß, einen Vorrath eines solchen Ausgleichungsmittels für Zeiten der Krankheit und der Noth gewinnen und aufheben können. Ein sehr gutes Mittel der Art besitzt die Welt in dem aus den beyden edlen Metallen des Goldes und Silbers geprägten Gelde. Zwar findet sich kein völlig feststehendes Verhältniß zwischen diesen Metallen. Auch steht der Vorrath des Geldes, wenn auch die Menge von Lebensbedürfnissen dieselbe ist, und wenn andre Beschaffenheiten der Dinge sich nicht ändern, nicht immer in gleichem Verhältniß zu den Lebensbedürfnissen. Man kann nicht sagen: Was ich itzt für eine bestimmte Summe Geldes haben kann, das kann ich auch in Zukunft dafür haben. Es verändert dies Schätzungsmittel gleichsam Gehalt und Ueberschrift, weil die Metalle, woraus es gemacht wird, immer in größerer Menge aus dem Schoofs der Erde herausgeholt werden. Dazu kommt noch dies, daß diese Veränderung nicht alle Volksklassen auf eine gleiche Art trifft. Allein die so entstehende Veränderung ist doch nicht leicht so groß, und erfolgt nicht leicht so schnell, und ist nicht leicht so unverhältnißmäßig, daß der Besitzzustand im Punkt des Geldes, in Beziehung auf die verschiedenen Lebensbedürfnisse, auf eine sehr beschwerende Art für die Menschen selbst im Lauf eines langen Lebens geschmälert wird. Wir haben also das Geld, als ein für die menschliche Glückseligkeit und für persönliche bürgerliche Freyheit höchst wichtiges Gut anzusehen. Es wird nun der ganze Lauf der menschlichen Thätigkeit und die Ordnung und Stärke eines Staats durch das Geld bestimmt und unterhalten. Für den Wohlstand eines Staats im gesellschaftlichen Leben

ist das Geld ein eben so nothwendiges Unterhaltungsmittel, als es Speise und Trank für den Körper ist. Es lockt zur Arbeit hin, veranlaßt Absatz und Genuß und Gebrauch dessen, was hervorgebracht und gemacht ist, und sichert die Erwerbung aller Lebensnothwendigkeiten. Jeder einzelne Mensch ist nach dem Maafs äußerlich glücklich, als er das zur Herbeyfchaffung aller Bedürfnisse nothwendige Kaufmittel im Gelde gewinnen, und zugleich für künftige Nothfälle, oder zu kostbaren Unternehmungen im Hervorbringen und Verarbeiten, und für den Besitz mehrer Lebensvorteile einen Ueberschuß jenes Mittels gewinnen kann. Das erkennt auch jeder einzelne Mensch und Bürger des Staats, wenn gleich nur Wenige weise oder vermögend genug sind, um sich in eine solche beneidungswerthe Lage der Glückseligkeit zu setzen.

Wie jeder Mensch in seinem Hause nicht ohne Noth und Sorgen leben kann, der allmählig mehr Geld ausgibt, als er einnimmt: so muß auch ein Staat in Noth kommen, wenn mehr Geld herausgeht, als hereingeht, wofern nicht etwa der Verlust des mehrern ausgehenden Geldes durch Bergwerke des Landes ersetzt wird. Bey der einzelnen Haushaltung kann der Mensch dann weniger unternehmen, und muß mehr entbehren. Zwar wird er das Uebel des Entbehrens allenfalls Kinder und Bediente tragen lassen. Allein außerdem, daß dies hart seyn kann, wird am Ende die Reihe auch an ihn kommen. So kann auch der Staat bey Abnahme des Geldes, das nöthig ist, immer weniger und weniger etwas für das gemeine Beste unternehmen, und weniger das Erhaltungs- und Belebungsmittel des Geldes durch den Staatskörper hindurchgehen lassen. Freylich kann auch hier ein Theil der Staatsmitglieder noch herrlich und in Freuden leben, unterdessen da andre hinschmachten, wie dies so lange in Frankreich geschehen ist. Allein erstlich ist dies ungerecht, zweytens hat dann der ganze Staatskörper nicht mehr die erforderliche Kraft und Gesundheit, drittens muß die Reihe endlich doch auch nothwendig an die bis dahin vielleicht sorglosen, wohllebenden oder selbst prahlenden Menschen kommen.

Soll also für die Macht und Glückseligkeit eines Staats und eines Volks gehörig gesorgt werden: so muß es eine der ersten und nie

aus dem Gesicht zu lassenden Angelegenheiten eines jeden Staatsbürgers sowohl, als der Regenten, seyn, dafür zu sorgen, daß die Geldmasse des Staats nicht abnehme, sondern vielmehr von Jahr zu Jahr im Durchschnitt einigen Zuwachs erhalte. Jeder, der nicht so böse ist, daß er sich um die Schwächung und den Untergang des Staats nicht bekümmert, wenn er nur noch für seine Person wohlleben kann, welches zu bewirken am Ende nur Wenigen möglich ist, muß also mit Furcht Geld aus dem Staatskörper herausgehen lassen, wenn er nicht sicher weiß, daß es nicht nur ganz, sondern auch reichlich durch eingehendes Geld wieder ersetzt wird. Bleibt das Geld im Lande, und wird es durch weise staatswirthschaftliche Einrichtungen regelmäßig und verhältnißmäßig durch alle Volksklassen und durch alle Mitglieder aller Volksklassen hindurch geleitet: so kehrt es bey seinem Kreisläufe immer wieder in die Hand zurück, die es ausgiebt. Giebt es auch noch einen großen Mangel in der innern Organisation, so daß nicht jeder Mensch gehörig in dem Kreislauf des Geldes berührt wird: so kann die hie und da entstehende Stockung und die daher entstehende Schwäche gewisser Theile leicht durch Verbesserung jener Organisation gehoben werden, wenn es nicht an dem zur allgemeinen Erhaltung und Belebung nothwendigen Nahrungsmittel des Geldes fehlt. Ganz anders ist aber die Sache beschaffen, wenn das Geld aus gedachtem Kreislauf heraustritt, und davon geschieden wird.

Zunächst erfordert es also nicht nur das allgemeine Beste eines Staats, sondern auch das Interesse eines jeden Staatsbürgers, daß alle Staatsbürger, von Pallaßbewohnern an bis zu Hüttenbewohnern hin, einen Bund miteinander eingehen, durchaus nicht ohne sorgfältige Ueberlegung fremde Waaren ins Land hinein und Geld dafür herausgehen zu lassen. Sie müssen sich der gemeinschaftlichen Erhaltung und des gemeinschaftlichen Wohlstandes und Wohlfeyns wegen gutherziger und treuherziger Weise über den Punkt die Hand geben, und sich eins werden, den als einen frevelhaften Verräther (der Ausdruck ist nicht zu stark) des Staats und des Volks anzusehen, der Waaren, die er auf irgend eine Art im Lande gut erhalten kann, aus andern Ländern nimmt, oder sich zum Genuß

und Gebrauch solcher Erzeugnisse und Fabricate gewöhnt, die man nicht in seinem Lande findet, und deren Stelle durch andre Naturprodukte und andre einländische Fabrikate gut ersetzt werden kann und ersetzt wird. Alle regierenden und leitenden Personen des Staats müssen schon aus dem Grunde nicht dawider fehlen, weil sie nur so fern mit Recht aus dem zur Hervorbringung und Verarbeitung geschäftigen Volk heraustreten, als sie auf eine einsichtsvolle und liebreiche Art die Gesellschaftsmaschine so stellen und stimmen, daß jenes Volk zu einem weit höhern Maass von Glückseligkeit gelange, als wozu es sonst gelangen würde. Das producirende und verarbeitende Volk muß aber sich die Zurückhaltung des Geldes im Lande desto mehr heilig seyn lassen, da es für die Gewinnung des Geldes ins Land hinein und für dessen Erhaltung im Lande allein stehen und arbeiten muß, und da das aus der Unterbilanz entsprungene Uebel dem Volk selbst zur Last fällt. Wenn das Volk also Geld für Waaren, die es gut entbehren kann, oder im Lande findet, aus dem Lande gehen läßt: so wird es an sich selbst zum Verräther, und zerstört seine eigne Stärke. Alle Staatsbürger müssen also bis zur Aengstlichkeit für eine gute Bilanz sorgen, und daher Unterbilanz zu verhüten, und eine nicht unbeträchtliche Oberbilanz zu bewirken sich äusserst bestreben.

Haben unsre Dänischen, Norwegischen, Schleswigischen und Holsteinischen Staatsbürger diese auffallende, unbestreitbare und wichtige Wahrheit und Sache bisher noch auch nur ein wenig ernstlich erwogen? Bemühen sie sich, als sich einander in der Bundesgenossenschaft des Staats und ihrem gemeinschaftlichen Interesse treue Brüder, das, durch seinen Umlauf unter den verschiedenen hervorbringenden, verarbeitenden und im Dienst der Regierung, des Unterrichts, des Schutzes, der Rechtspflege und der Gesundheitspflege für die ganze Volksmasse zehrenden Staatsbürgern Thätigkeit, Erhaltung und Glückseligkeit bewirkende Geld sorgfältig im Staat zu erhalten, und die nährende und belebende Kraft immer davon wieder zu erfahren, oder falls ein Ueberschufs erfolgt, der zur Beförderung des Staatswohlbestandes nicht nöthig ist, diesen Ueberschufs in der Staatskammer zu einem so schönen künftigen

Dienst aufzubewahren? Suchen sich in der Absicht Alle so weit, als es immer geschehen kann, auf die Erzeugnisse ihres Landes und auf die Fabrikaten ihrer Mitbürger einzuschränken? Und suchen auf der andern Seite auch alle Mitglieder der producirenden und verarbeitenden Volksklassen alles vermittlest ihres Fleisses und ihrer Enthaltfamkeit von Unordnung, Unmäßigkeit und Geiz so gut und wohlfeil zu liefern, daß ihre Mitbrüder und Mitbürger gerne alles von ihnen nehmen? Müssen nicht alle Volksklassen über den Punkt, daß sehr Viele ihrer Mitglieder gleichsam wetteifern, um dem Staat Elend und Noth zuzubereiten, sich im Ganzen hart anklagen? Fern sey es von mir, bey dem bitteren Schmerz, den ich hierüber empfinde, alles diefs einer allgemeinen Verkehrtheit des Herzens und einem durch alle durchdrungenen Verderbnisse der Sitten zuzuschreiben. Ich weiß es nur zu wohl, daß selbst die bey weitem grössere Volksmenge in allen Ständen und Klassen von Menschen aus Unwissenheit wider den Staat und sich flündigt. Allein wie nöthig ist es denn auch, daß die Lehrer und Regierer des Volks sich mit diesem Theil der Staatshaushaltung vertraut bekannt machen, und daß sie für die allgemeine Verbreitung dieser Kenntnisse um desto mehr mit einem bis zum Enthusiasmus gehenden Eifer sorgen, je mehr von diesem Theil einer guten Staatshaushaltung die Stärke, die Glückseligkeit und die Vermehrung des Volks abhängt!

V.

Ist im Dänischen Staat gar nicht an Fabrikunternehmungen zu denken?

Es giebt nicht Wenige, welche behaupten, man müßte im Dänischen Staat sich gar nicht mit Fabrikunternehmungen befassen. Diese tadeln daher auch in einem sehr entscheidenden Ton alles, was von der Regierung in der Hinsicht von Zeit zu Zeit unternommen oder versucht ist. Da Irrthümer, welche die Staatswirthschaft betreffen, von höchst nachtheiligen Folgen für die Volksglückseligkeit sind: so sollte jeder patriotische Bürger des Dänischen Staats, der irgend etwas zum Wohl des Landes beytragen kann, alles, was er über jenen Punkt annimmt, höchst sorgfältig abwägen und bestimmen. Jeder weiß es, was für eine böse Wirkung eine unvernünftige Haushaltung für eine Familie hat. Wie wichtig muß man also alles das finden, was Wohlstand oder Elend für ein ganzes Volk mit sich führt! Wohlstand und Elend sind aber unausbleibliche Folgen von der Oberbilanz und Unterbilanz in Ansehung der Einfuhr und der Ausfuhr der Waaren, und in Ansehung des, aus der Einfuhr und Ausfuhr der wahren oder eingebildeten Lebensbedürfnisse entspringenden, ausgehenden und eingehenden Geldes. Es ist der Mühe werth, richtige und genau bestimmte Begriffe und Gedanken über alles, was das Fabrikwesen betrifft, in allgemeinen Umlauf zu bringen. Was überhaupt gilt, wird auch hier freylich immer seine Anwendung finden, daß der Mensch das Bessere in Stunden des geruhigen Denkens erkennt und billigt, und doch beym Handeln, da jene Erkenntnis nicht gegenwärtig ist, oder da sinnliche Triebe, Leidenschaften und andre Dinge auf die Vorstellungskraft und auf die Willensthätigkeit wirken, nicht zur Ausübung bringt. Allein wegen des wesentlichen Zusammenhangs, worin das, was man in diesem Fall

thut, mit dem äufsern Privatinteresse steht, kann man doch sicher erwarten, dafs die gröfsere Zahl von Menschen sich immer mehr und mehr nach der Erkenntnifs des Bessern richten werden. Wenn eine solche Erkenntnifs über die gegenwärtige Materie allgemein entsteht und lebendig wird, und zwar für die Nutzbarkeit der Fabrik- anstalten redet: so wird man sich doch freuen, wenn die Regierung gegen unnöthige Einfuhrartikel, zum Besten des Volks, Verbote ergehen läfst, und wenn einländische Fabriken entstehen, durch welche man Waaren erhalten kann, für welche sonst grofse Summen, zum höchsten Nachtheil des Staats überhaupt und der erwerbenden Volksklassen insbesondere, aus dem Lande hinausgehen. Wie weit übrigens im Dänischen Staat Fabriken gedeihen oder nicht gedeihen können, das wird aus folgenden Bemerkungen und Gedanken erhellen.

Ich glaube es als einen Grundsatz festsetzen zu können, *daß in einem Lande, worin die zu verarbeitenden Produkte selbst erzeugt und hervorgebracht werden, auch die Verarbeitung derselben am vortheilhaftesten geschehen könne.*

Erstlich werden die Transportkosten der Herbeysschaffung der Materialien erspart, welche immer auf die Fabriken und Manufakturen fallen, wobey die Materialien aus einem fremden Lande geholt oder gebracht werden müssen. So weit, als die verarbeiteten Waaren im Lande gebraucht werden, geht auch dafür kein Geld an Transportkosten aus dem Lande. Gehn die Waaren aus dem Lande: so wird man durch das, was an Transportkosten für Materialien gewonnen wird, in den Stand gesetzt, mit einem Uebergewicht des Vorthails auf fremden Märkten Preis zu halten, in Ansehung Solcher, die zu ihren Waaren die Erzeugnisse aus einem fremden Lande erhalten. Verarbeitet man die Materialien zu Waaren, die man braucht, nicht, sondern läfst sie erstlich aus dem Lande und dann verarbeitet wieder zurückgehen: so verliert man dabey die doppelten Kosten des Transports für die Materialien nach dem Aus-

lande, wo die Materialien fabricirt werden, und für die fabricirt zurückkommenden Materialien. Dazu kommt denn noch der Verdienst der Arbeit, den auch Fremde gewinnen, und wofür auch eine ansehnliche Summe aus dem Lande geht.

Der Dänische Staat ist in Absicht auf viele Bedürfnisartikel in dem hier angenommenen Fall. Das Land liefert an Wolle, Flachs, Hanf, Rabfaat, Honig, Aepfeln, Wachs, Holz, Leinen, Marmor, Kieselsteinen und an vielen andern Dingen einen nicht geringen Vorrath von Materialien zu Manufakturen und Fabriken, und könnte bey zunehmender Kultur noch zum Theil zweymal so viel liefern. Es könnten alle obigen Sachen also mit dem größten Vorthail bearbeitet werden. Und es ist bekannt genug, daß deren wenige im Lande verarbeitet werden, und daß wir den Transport erstlich für ausgehende rohe Materialien, zweytens für zurückgehende verarbeitete Materialien tragen, drittens den Verarbeitungsgewinnst Fremden, und oft noch viertens dazu den Gewinnst des Zwischenhandels für selbige überlassen.

Ferner kann ich folgenden Satz, als eine unbestreitbare Wahrheit, zum Grunde legen:

In einem Lande wird die Errichtung der Fabriken nach dem Maaß mehr erleichtert, als es einen gehörigen Vorrath oder selbst Ueberfluß von den nothwendigsten Nahrungsmitteln hat.

Wenn ein Land einen Vorrath solcher Nahrungsmittel hat: so fallen die Transportkosten für die Herbey-schaffung der Nahrungsmittel, welche die Arbeiter in den Manufakturen und Fabriken brauchen, den Fabrikanten und Manufakturisten nicht zur Last. Auch dürfen sie nicht die Last des Handelsgewinnstes, den die Verkäufer der Nahrungsmittel sonst nehmen, tragen. Selbst im Lande können sie den Verkaufs- und Aufkaufs- und Zwischenhandelsnachtheil bey jenen Lebensbedürfnissen vermeiden, wenn sie selbige von dem producirenden Volk unmittelbar kaufen. Daß der Dänische Staat mit den wichtigsten Nahrungsmitteln reichlich versehen ist,

und dafs noch weit mehrere Menschen davon leben könnten, ist eine bekannte Wahrheit. Man rechnet die Dänischen Provinzen und Holstein mit zu den Kornkammern von Europa, und Norwegen nimmt den Ueberflufs bey weiten nicht weg.

In Beziehung auf beyde Hauptgrundsätze habe ich noch anzumerken, dafs die hier angeführten Vorthelle nicht nur den Unternehmern, sondern auch dem ganzen Staat überhaupt und den Verkäufern der Materialien und Nahrungsmittel insbesondere zu Theil werden. Durch den Zuwachs der Privatkassen wird das Vermögen des Staats ebenfalls vermehrt, und die Contributionsmasse erhöht. Der Erzeuger der Materialien und Nahrungsmittel braucht dann auch nicht bey dem Verkauf einem Zwischenhändler in die Hände zu fallen, welches immer geschehen mufs, wenn gedachte Materialien und Nahrungsmittel aus dem Lande gehen.

Ein dritter Grundsatz lautet so: *Fabriken und Manufakturen gedeihen desto leichter, je nähere und mehrere Transportwege es nach Gegenden und Ländern giebt, wo die Fabrik- und Manufakturwaaren gesucht und gebraucht werden.*

Es werden dann für die Käufer und Verkäufer mehr und mehr die Transportkosten gespart. Der Zwischenhändler kann dann auch, weil Fabrikant und Verbraucher sich näher, und mit den Preisen des ersten Verkaufs und letzten Kaufs also mehr bekannt sind, weniger zu beyder Nachtheil wirken.

Was diesen Vortheil eines Landes betrifft: so hat der Dänische Staat sich desselben im höchsten Grade zu erfreuen. Der einländische Transport wird in den fruchtbarsten Gegenden dieses Staats durch keine Gebirge gehindert. Man kann auf der Axe, auf Flüssen und auf Canälen alles leicht von einem Ort zum andern bringen. Wir haben freylich nur noch *einen* sehr guten Canal; allein es können leicht mehrere angelegt werden, wenn Produkten und Fabrikate sie erfordern, oder die Staatskasse die dazu erforderlichen Ausgaben bestreiten kann. Für den Absatz nach andern Ländern bieten die Meere und Seen, womit alle Theile des Dänischen Staats umgeben sind,

die allerbesten Gelegenheiten dar. Weil eben diese Lage viele Schifffahrt und selbst viele Frachtfahrten veranlaßt: so gewährt das sehr günstige Gelegenheiten, die Fabrikate des Landes unter günstigen Frachtbedingungen nach fremden Ländern hin abzusetzen und zu verkaufen. Dieß wird besonders zu hoffen seyn, wenn die Dänischen Frachtfahrer so billig gegen ihre Mitbürger in Ansehung der Fracht handeln, als sie im Punkt der billigen Preise in fremden Meeren mit andern Nationen glücklich wetteifern.

Da haben wir am Ende also drey Hauptpunkte, die den Fabrikunternehmungen für den Dänischen Staat und dessen Einwohner in so hohem Grade günstig sind, als sie es immer seyn können. Durch diese Hauptpunkte, welche die Natur betreffen, wird auch eigentlich die Frage, ob in Dännemark an Fabrikunternehmungen zu denken sey, ganz zu Gunsten der Sache entschieden. Man müßte selbst noch die Frage bejahen, wenn die Natur auch nicht auf eine so mildthätige Art die Hände darzu darböte.

Wenn auch ein Land nicht die Materialien zu Manufakturen und Fabriken in hinlänglichem Vorrath oder gar nicht hätte, aber doch einen Vorrath von Nahrungsmitteln gewährte, wovon eine beträchtliche Volksmenge leben könnte: so würde man doch mit allen Kräften dahin trachten müssen, daß Manufakturen und Fabriken entstünden.

Es ist in Beziehung auf Volksvermehrung ein Grundsatz, daß sie so weit gehen kann, als die Menge nothwendiger Subsistenzmittel und besonders nothwendiger Nahrungsmittel geht.

Hat ein Land nun die Nahrungsmittel für viele Menschen, aber nicht Materialien zu nothwendigen andern Lebensbedürfnissen, als der Kleidung, der Wohnung, der Werkzeuge u. s. w.: so hat der Mangel oder das Daseyn der Fabriken diese Folgen.

Fehlt es an Fabriken: so muß das Volk erstlich den Werth der Materialien, und zweytens den Werth der Verarbeitung an Fremde bezahlen. Hat ein solches Land Bergwerke edler Metalle: so kann

es das, was es hieran gewinnt, ganz oder zum Theil dazu freylich verwenden. Wenn es das aber könnte: so würde man doch besser thun, wenn man das für die Verarbeitung zu zahlende Geld behielte. Hat es überflüssige Nahrungsmittel: so kann jenes Geld dazu verwandt werden, daß es fremde Arbeiter zu Fabrikunternehmungen kommen läßt, und zu diesen den Ueberfluß der Nahrungsmittel verwendet. Auf diese Weise nimmt die Geldmasse und die Volksmenge zugleich zu, und giebt durch beydes dem Lande mehr Macht und Stärke. Hat das Land keinen Ueberfluß an Nahrungsmitteln: so kann der Werth der sonstigen auswärtigen Verarbeitung nun für die einländische Fabrik- und Manufaktur-Arbeit und zur Herbeysschaffung der dazu erforderlichen Menschen und der für diese erforderlichen Nahrungsmittel, vermittelt des aus den Bergwerken gewonnenen Metalls oder daraus geprägten Geldes, verwandt werden. Dann bleibt abermal dieser Werth an Metall oder Gelde im Lande, und die Volksmenge nimmt dabey zu. Hat ein Land keine Bergwerke: so muß es einen Theil der Nahrungsmittel durchaus nicht nur für die Materialien der Manufaktur- und Fabrikbedürfnisse, sondern auch für deren Verarbeitung aus dem Lande hinausgehen lassen, und eine mit diesen Nahrungsmitteln in gehörigem Verhältniß stehende, sonst im Lande erfolgende oder von aussenher zu gewinnende Menschenanzahl und die darin gegründete grössere Macht entbehren.

Wir können diese Wahrheit sogleich auf den Dänischen Staat anwenden, und müssen daher behaupten, daß, wenn auch es in demselben an Materialien zu nöthigen Fabriken fehlte, man dennoch Ursache hätte, für die Entstehung von Fabriken Sorge zu tragen. Auch gölte das, was von dem aus Bergwerken zu gewinnenden Gelde gesagt ist, bis zu dem Maass von unserm Staat, als Geld daraus gewonnen wird. Unser Staat ist indeffen nicht in einem Fall des Mangels an den Materialien, die zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen an Fabrikarbeiten erforderlich sind. Die hier angestellte Betrachtung zeigt aber, daß wir für die Waaren,

dazu es im Lande keine Materialien giebt, und die wir uns nicht versagen wollen, wie z. B. für die Waaren aus Seide und Baumwolle das Verarbeitungsgeld im Lande verdienen, und eine dazu erforderliche Menschenzahl im Staat haben sollten und haben könnten.

Auch wird man aus allem, was bisher gesagt und ins Licht gestellt ist, die Schlussfolge ziehen, daß im Punkt der Staatswirthschaft nicht eher alles gut angeordnet gefunden werden kann, als bis der ganze Vorrath von eigentlichen Nahrungsmitteln mit Ausnahme dessen, was davon für Materialien zu Manufaktur- und Fabrikbedürfnissen an Fremde durch den Handel abgegeben werden muß, der Mittelzahl nach Jahr aus Jahr ein fast ganz verzehrt wird. Ein Theil des Ueberflusses guter Jahre sollte nämlich nur in Magazinen aufgehoben, und ein Theil vorzüglich gesegneter Jahre sollte nur zur Ausfuhr überschiesßen. In Ländern, in welchen viele Nahrungsmittel an Getraide und Vieh ausgeführt werden, findet daher kein guter staatswirthschaftlicher Zustand Statt, so sehr auch der Sache unkundige Leute Länder zu preisen pflegen, die große Summen für Getraide, Vieh und rohe Produkte ins Land hereinziehen. Man führt da im Grunde einen Streit der Einfuhr an fabricirten Waaren und der Ausfuhr an Nahrungsmitteln, wobey nicht nur keine Volksmenge bestehen kann, sondern wobey auch die Geldbilanz in große Gefahr kommt. Zum Wohl des Staats ist auch außerdem ein regelmässiger, alle Mitglieder desselben treffender und besonders zu den producirenden und fabricirenden Volksklassen immer wieder zurückkehrender, Geldumlauf, weit mehr, als eine starke Oberbilanz in Ansehung des Geldes erforderlich, wenn man diese Oberbilanz auch bey einer verminder- ten Menschenzahl erkämpfen könnte. Wird durch verarbeitete viel- mehr, als rohe producirte Sachen auch nur eine Oberbilanz von einigen hundert tausend Reichsthalern jährlich in einem Staat gewonnen: so kann nicht nur der Staat in hohem Grade blühen, und die stärkste mögliche Menschenzahl enthalten, sondern auch einen Ueberschuß zur Anlegung einer starken Schatzkammer abwerfen, für die Ausdeh-

nung der Kultur und Fabrikarbeit, für den Nothfall des Mangels und wider auswärtige Feinde.

Jedoch es sind noch andre Grunderfordernisse zum Flor der Fabrikunternehmungen, welchen in Absicht auf unsern Staat vorzüglich ein großes Gewicht beygelegt wird, zu berühren, in Ansehung welcher ich nicht so viel für Fabrikunternehmungen in unserm Lande sagen kann, als ich es nach den drey bemerkten Haupterfordernissen von Seiten der Natur auf eine so triumphirende Art habe thun können.

Die Beförderung der Kultur des Bodens und die Produktionsunternehmungen sind den Fabrikunternehmungen vorzuziehen. Nun sind wir aber im Punkt der Kultur und Produktenlieferung, heisst es mit Recht, lange nicht weit genug.

Jenen Satz muß man einräumen, weil von Gewinnung der Materialien zu den nothwendigsten Lebensbedürfnissen die Subsistenz der Menschen und die Volksmenge noch wesentlich, als von den gewonnenen Fabrikaten abhängt, und weil leicht einige unentbehrliche Bearbeitung von vielen nothdürftiger Weise veranstaltet wird, welches besonders in Norwegen bisher größtentheils der Fall ist. Indem ich aber jenen Satz einräume: so darf ich dagegen auch behaupten, daß Produktionsfleiß und Fabrikenfleiß auf die vortheilhafteste Weise parallel miteinander laufen, und sich einander zu Hülfe kommen können. Nach dem Maass, als Lebensbedürfnisse in Produkten zunehmen, kann auch die Menschenzahl für die Verarbeitung zunehmen. Allein, wirft man ein: es finden sich eher Menschen zum Produciren, als zum Fabriciren, und so lange noch der Zuwachs an Menschen für ausgedehntes Produciren verschlungen werden kann, wird man keine Menschen für Fabriken erhalten. Hieraus fließt denn auch nur dieß, daß man wegen mindrer Neigung zu Fabrikarbeiten nicht für diese hinlänglich viele Menschen bekommen könnte, daß aber, wenn man sie bekommen könnte, Fabriken sehr gut Statt finden, und dem Staat sogleich selbst große Dienste thun würden, weil für Kultur und Verarbeitung die Menschen sich auf eine zwiefache Art vermehren könnten und würden. Denn Volksvermehrung steht, wenn Menschen

gerecht behandelt werden, und keinen Druck leiden, immer mit der Vermehrung der Lebensmittel in genauem Verhältniß. Hieraus fließt für Dännemark die wichtige Lehre, daß die Gewinnung guter fremder Fabrikarbeiter, auch wenn es mit großen Kosten verknüpft wäre, höchst vortheilhaft für den Staat wäre, weil das, was sie kosteten, durch Ersparung des Verarbeitungslohns reichlich ersetzt würde, und das ersparte Geld zur einländischen Circulation als ein gutes Lebensmittel für Thätigkeit und Auskommen immer genutzt werden könnte, da hingegen das, was für Verarbeitung aus dem Lande geht, von jener Circulation leicht eben so für immer ausgeschlossen wird, als das Blut, das man durch eine Aderlasse aus dem Körper herausbringt. Endlich erhellt auch aus allem bisher Gefagten, daß Versuche zu Fabrikunternehmungen auf eine weise Art wenigstens verdienen gewagt und unterstützt zu werden. Denn unmittelbare Unterbilanz bey Fabrikunternehmungen und Fabrikunterstützungen hat eine dauerhafte Oberbilanz für das Land zur Folge. Oberbilanz und Unterbilanz für den Staat sind aber allein für das Wohl und den Flor des Staats entscheidend. Man befördere also im Dänischen Staat Producentenkultur und Fabrikfleiß mit gleichem Eifer, und nur mit richtiger Einsicht in die Elemente der Staatswirthschaft.

Sich behauptende und blühende Fabriken erfordern Zufriedenheit mit den nothwendigsten Lebensbedürfnissen, viele Industrie und Arbeitsamkeit, und einen niedrigen Preis der Lebensmittel. Man findet das alles nicht in den Dänischen Staaten.

Ersteres ist wahr, und letzteres leider auch. Aber warum ist letzteres auch wahr? Sind die Einwohner der Dänischen Staaten über den Punkt von der Natur verwahrloset? Wäre letzteres der Fall: so wäre nicht viel für die Entstehung und die Aufnahme der Fabriken zu hoffen. Allein ich wage es mit Zuversicht zu behaupten, daß dieß nicht der Fall sey. Man findet hin und wieder Beyspiele eines großen Fleißes und des Wetteifers in Arbeiten, und zwar in allen Theilen des Dänischen Staats. Unvollkommenheiten der Art können gewiß ausgerottet und Vollkommenheiten entgegengesetzter Art

können dagegen sicher gewonnen werden. Wenn Fleiß und Industrie nicht über den ganzen Staat herrschende Sitten sind: so rührt es hier theils von Unvollkommenheit der Erziehung in Häusern und Schulen, theils vom Mangel bürgerlicher Freyheit, vom Druck und von Unwissenheit, wobey der Mensch nicht lernt, wie etwas zu unternehmen und zu gewinnen sey, und keinen Muth und Trieb haben kann, etwas zu gewinnen, theils von einer nicht genug begünstigten und sich drängenden Volksvermehrung, und von leichter Befriedigung des Genufstriebes in einem an Nahrungsmitteln gesegneten Lande, theils von einem, in äußern zu grofsen Lasten gegründeten, Mangel des Vermögens durch Fleiß und Sparen empor zu kommen, und von einem damit sich verbindenden muthlosen Hinsinken in Trägheit und Hang zum nothdürftigen einigermafsen durch Arbeit erworbenen Genufs der Lebensbedürfnisse, theils von der Ueppigkeit der Reichen und von der allgemeinen Neigung der Begüterten und Staatsbedienten fremde Lebensköstlichkeiten, Kunstarbeiten und Handwerksarbeiten zum Nachtheil des Volks, von dessen Arbeit sie leben, zu suchen, zu geniessen und zu brauchen, theils von nicht hinlänglich gehinderter Betteley und von dem sich damit verbreitenden Hange, lieber träger Weise von Almosen, als lediglich von Fleiß und Arbeit zu leben, theils vom Bedientenluxus der Begüterten und von Angewöhnung dieser Bedienten zum Müffiggang und einem üppigen Leben, *) theils von mannigfaltigen andern Mängeln, welchen es bey uns steht ein Ende zu machen.

Der zu hohe Preis der Lebensmittel hat seinen Grund theils in Staatsschulden, und besonders solchen, wofür die Zinsen aus dem Staat gehen, in den zur Bezahlung der Zinsen nöthigen Auflagen, und in der Nothwendigkeit der Contribuirenden, die Preise ihrer Produkten

*) Diese Art Leute gewöhnen sich in vielen Häusern zu einem Tisch, zu Kleidern, zu Uhren u. s. w., die ein im Schweifs seines Angesichts zum Besten des Landes arbeitender Staatsbedienter sich und den Seinigen selten erlauben kann.

und Waaren hoch hinauf zu treiben, theils in zu hohen Einkaufspreisen der Ländereyen und in der daraus entspringenden Nothwendigkeit, vom Einkaufscapital die Zinsen zu gewinnen, theils in zu hoch getriebenen Pachtungen, und von dem mit der Bemühung der Landbesitzer harmonirenden Streben der Pächter, die Preise der Dinge zu steigern, theils in einer zu grossen Masse des den Staatskörper belebenden umlaufenden Geldes, *) und besonders des mit so vieler Weisheit zu benutzenden Papiergeldes, theils in unweiser Großmuth reicher Personen in Absicht auf Bezahlungen und Belohnungen, theils in zu leichtem Gelderwerb vieler Menschen, die fast wie Müßiggänger leben, in Vergleichung mit Andern, die ihren Unterhalt durch saure Arbeit gewinnen müssen, und im Streben vieler Menschen von letzter Art, auch den Lohn ihrer Arbeiten entweder höher zu bringen, oder auch in eine Menschenklasse hineinzutreten, worin jeder auf eine gemächliche Art das Nöthige erwerben kann, theils in andern minder wichtigen Dingen. Es ist nicht zu läugnen, daß alle diese Uebel minder und mehr bisher in den Dänischen Staaten Statt gefunden, und dem Aufkommen der Manufakturen entgegen gewirkt haben. Allein können die Quellen dieser Uedel nicht verstopft werden, und wird nun nicht selbst redlicher Weise von der Regierung daran gearbeitet, selbige zum Theil zu verstopfen?

Endlich heisst es: *Fabriken erfordern, wenn sie leicht gelingen sollen, eine grosse sich sonst drängende Volksmenge. Eine solche fürs Produktionswesen zu starke Volksmenge hat der Dänische Staat aber nicht.*

In Ansehung des Grundsatzes selbst ist schon gelegentlich auf einem andern Betrachtungswege angemerkt worden, daß an sich das Fabrikwesen mit dem Produktionswesen in harmonischem Verhältniß stehen, und in harmonischem Verhältniß zunehmen könne. Freylich

*) Es kann eine Ueberladung der Art eben so nachtheilig für die Staatsconstitution werden, als zu häufiger Genuß der Nahrungsmittel nachtheilig für die Leibesconstitution zu werden pflegt.

entstehen aber Fabriken eher, und behaupten sich leichter, wenn es eine Menge von Menschen giebt, die beym Produktionsgeschäfte nicht Arbeit finden, und auch ihr Vaterland nicht gerne verlassen. Vorzüglich behaupten sie sich aber, wenn es unter den Fabrikarbeitern viele Kinder giebt, welche sich von Kindheit auf zu Fabrikarbeiten gewöhnen, und dabey dieser Gewohnheit wegen leicht bleiben.

Wenn indeffen die Volksmenge nicht groß genug in den Dänischen Staaten ist: so hat das nicht in Naturhindernissen, sondern in andern Dingen, die von menschlichen Einrichtungen abhängen, seinen Grund. Von Land und Wasser kann eine erstaunend große Menge von Lebensnothwendigkeiten gewonnen werden, und es dürfte leicht mehr, als eine doppelt so starke Volksmenge, als die itzige ist, im Staat leben können. Wenn die Anzahl der Staatseinwohner aber zu klein ist: so rührt das vorzüglich von einer nicht gehörig auf Volksvermehrung wirkenden Eintheilung des Grundeigenthums her, *) und von einer zu wenig nach den innern Lebenstheilen des Staatskörpers zurückkehrenden Circulation des Geldes. Der gehörig vertheilte Besitz des Grundeigenthums ist in der Hinsicht bis auf einen hohen Grad entscheidend. Bey Ländereyen, die sehr gute Weiden hergeben, und wobey man sich des Ackerbaues bis auf einen hohen Grad enthalten kann, kann durch sehr wenige Menschen die Viehzucht unterhalten werden. Es ist selbst möglich, daß auf einem Platz, wo 20 Menschen leben, 3 bis 400 Menschen leben und selbst sehr glücklich leben könnten, wenn Viehzucht und Ackerbau im gehörigen Verhältniß und mit allem erfindlichem Fleiß betrieben würden. Man darf nur die fetten Marschgegenden aus diesem Gesichtspunkt untersuchen. Es ist natürlich, daß, wenn es wenige producirende Men-

*) Ich gedenke hierüber im Specialcalender für 1792, wie über bestimmte Fabrikgegenstände, besondere Auffätze zu liefern. Es wird mir daher sehr angenehm seyn, wenn patriotische Bürger des Staats dazu dienende Nachrichten und Materialien mir mitzutheilen die Güte haben.

schen giebt, auch die Anzahl der verarbeitenden Menschen in gehörigem Verhältniß dazu geringer werden müsse. Zwanzig Menschen beschäftigen wenigere Schneider, Schuster, Schmiede, Zimmerleute, Tischler, Weber u. s. w., als 3 bis 400 Menschen. *) Nicht weniger wichtig ist der zweyte Punkt des Geldumlaufs. Diejenigen Menschen, welche alle Lebensbedürfnisse produciren und zunächst verarbeiten, sind diejenigen Mitglieder des Staats, bey welchen die Lebens- und Vermehrungskraft des Volks sich eigentlich findet, und auf eine dauerhafte Weise finden kann. Wie der Boden gehörig kultivirt, gehörig besäet und bepflanzt, und gegen zu viele Dürre bewahrt werden muß, wenn er viel Getraide geben soll: so müssen auch erwähnte Volksklassen mit äußerster Sorgfalt im Staatskörper gepflegt werden. Diefs geschieht durch eine gute Erziehung und durch ordentliche, hinreichende und einigen Privatüberfluß, womit weit mehr ein sparsames und arbeitsames Leben besteht, als mit Armuth und mit einem Ringen, um das Nothwendigste zu gewinnen, zulassende Zurückführung des von jenen Klassen ausgehenden Geldes. Je mehr sich das Belebungsmittel des Geldes nach den äußern Theilen des Staatskörpers, welchen die zehrenden Mitglieder einnehmen, hinzieht, und daselbst ins Stocken geräth, oder selbst nach fremden Ländern hin transpirirt, desto kraftloser wird der Staat, desto weniger kann die Menschenanzahl zunehmen, oder sich auch nur behaupten. Eben diefs ist der Fall, wenn die handelnde Volksklasse den producirenden und verarbeitenden Klassen für das von diesen Klassen aufgebrauchte Geld fremde Waaren liefert, und auf solche Weise ebenfalls das Erhaltungsmittel des Geldes aus dem Staatskörper durch eine höchst schwächende Abführung heraustreibt. Je mehr alle diese Uebel den Dänischen Staat treffen, desto übler muß es freylich nothwendiger Weise mit der Volksmenge und mit allen davon abhängen-

*) Weil diese Materie in Ansehung der Volksmenge von der größten Wichtigkeit ist: so werde ich in Zukunft mich damit in einem besondern Aufsatz beschäftigen.

den Vortheilen ausfehen. Das find aber Uebel, die weggeräumt werden können, und deren Wegräumung durch eine weife Anwendung der Kreditkaffe nicht wenig bewirkt werden kann.

Wenn wir alles Vorherangeführte erwägen: fo müffen wir nothwendig zu dem Resultat hinkommen, dafs der Dänifche Staat durch eine vortrefliche Staatsorganisation in den Stand gefetzt werden kann, Produktionsfleifs und Fabrikeninduftrie miteinander wetteifern zu fehen, dafs er nicht nur fchuldenfrey feyn, fondern auch eine grofse Schatzkammer anfüllen kann, und dafs er durch feine Naturvortheile, durch eine gute Schatzkammer und eine ftarke Volksmenge zu einem hohen Grade von Macht und zu einem fehr ftarken Einflufs in das politifche Syftem von Europa gelangen kann.

Die Erfahrung lehrt es auch, dafs einer böfen ftaatswirthfchaftlichen Organisation ungeachtet, alle Fabrikunternehmungen im Dänifchen Staat nicht mislingen. Die Tonderfchen Spitzenfabriken, welche feit einigen Jahren einen fo fchweren und die Dänifchen Staatsbürger fo fehr fchändenden Kampf mit fremden Blondenfabriken kämpfen müffen, haben fich zu vielem Flor ehemals empor gehoben. Die Herrenhuter zu Chriftiansfelde, die nur leider faft ganz einen Staat im Dänifchen Staat ausmachen, indem fie nur vermittelt eines fehr dünnen Fadens damit zufammen hängen, der höchft felten einige Kraft beweifen kann, und nie wirkt, wenn fie es felbft verhüten wollen, zeichnen fich auch im Fabrikwesen aus. Herr Etatsrath *thor Straaten* ift mit feiner Kupferfabrike fehr weit gekommen. Herr *Asmussen* in Tondern läfst viele Arten der Zeuge mit glücklichem Erfolg fabriciren, und fetzt dabey eine grofse Menge von Menschen in Arbeit. Und alles, was er thut, ift nicht die Wirkung von der Macht des Reichthums oder der Unterftützung. Er hat fich felbft durch feine Kräfte allmählig zu einem folchen Umfang der Wirkfamkeit, durch Vorfichtigkeit und weife Oekonomie emporgearbeitet. Der Herr Graf *von Dernath* erwirbt fich durch die Bearbeitung der Oldesloer Salzquellen unfterbliche Verdienfte um den Staat. Er hält dadurch fo viel Geld im Staat zurück, als er Salz gewinnt, und das

beläuft sich schon jährlich auf viele Tausende. Von andern Fabriken und von den unterm Schutz der Regierung und mit Geldern des Staats wirkenden Fabriken, die häufig so ungerechter Weise angegriffen werden, will ich hier nichts sagen, weil ich dazu besondere Aufsätze bestimmt habe, woraus erhellen wird, wie wenig Unternehmungen und Unterstützungen der Art der Landesregierung zum Vorwurf gereichen, und wie sehr man nicht sowohl über die Statthaftigkeit und Zuträglichkeit solcher Unternehmungen zu zweifeln, als vielmehr über die beste Ausführungsmethode nachzudenken habe.

VI.

Aus einem Briefe an den Herausgeber des Schleswig-Holsteinschen Special-Calenders von 1791. *)

Ueber die Aufsätze in dem Special-Calender verlangen Sie mein Urtheil. Ich habe mich hier mündlich beynahe ganz erschöpft über die Sachen in dem Einen, der sich vorzüglich auszeichnet. Ehe noch die Schrift des Mannes erschien, *que tout admirateur des grands talens* — wie Mirabeau ihn characterisirt, *a été fâché de trouver parmi les detracteurs superstitieux de la raison humaine*, habe ich gegen C. und F. und andre der National-Assemblée dieselbigen Vorwürfe gemacht, die Burke ihr gemacht hat; einen ausgenommen, den ich aus Unkenntnis der Umstände nicht machen konnte. Itzo bin ich's müde darüber mehr zu sagen. *Opinionum commenta delet dies, naturae judicia confirmat.* Man muß diesen Tag des Urtheils abwarten. Freiheitsliebe, Freiheitsfinn, wenn man will, ob der Ausdruck gleich ein bißchen nach Phantasie schmeckt, Haß des Despotismus und Unterdrückungs-Abscheu sind Grundzüge in dem Character eines jeden edlen Mannes, der Freiheit bey sich und andern zu schätzen weiß, und den Hang hat, Menschen nicht bloß zu ruhigen

*) Mit Vorwissen und Willen des Verfassers dieses Schreibens wird es hier nebst der folgenden Antwort darauf gedruckt. Ehlers.

glücklichen Thieren, sondern zu selbstthätigen Wesen zu machen, so weit es angeht. Aber die jetzige Democratomanie sehe ich für die schlimmste Epidemie der Köpfe an, die ich erlebt habe. Aufser Frankreich scheint *Leopolds* weise Güte der weitem Ansteckung Grenzen zu setzen. So wird sich der natürliche Bon sens wieder erholen, und Schriften, wie Burke's, denke ich, sollten doch auch etwas zur Zurechtstimmung der Vernunft beytragen. Hätte dieser Mann mit eben der philosophischen Deutlichkeit die Begriffe des Verstandes entwickelt und auf ihre allgemeinen Grundsätze zurück geführt, wie er sie richtig gefasst und stark gesagt hat: so hätte man noch mehr von seiner Schrift sagen können, was Jerusalem von Leibnizens Theodicee sagt, sie habe die durch Baylens Sophistereien verstimmte Vernunft wieder in Ordnung gebracht.

Eins würde mich kränken, wenn's wahr wäre; aber es ist es nicht, wie ich glaube; dafs nemlich der Denk- und Druckfreyheit etwas bey diesen Zerrüttungen auf die Rechnung geschrieben werden müsse. Meiner Meinung nach gar nicht. Wer *Ursachen*, auch die *reizenden Gelegenheiten* von *Umständen* unterscheidet, an welche sich jene blofs anlegen, sich damit verbinden, und davon modificiren lassen, und dann unter der Pressfreyheit nicht die Erlaubniss begriffen haben will, Pasquille auf die Regierung, oder Aufruhrs-Predigten aus der Pariser Propagande drucken zu lassen, wird schwerlich Gründe finden, Montesquieu, Voltaire, Raynal, und selbst den in seinem Traum von *Contract social* so schön phantasirenden Rousseau und dergleichen, als die Anstifter der jetzigen Schwärmereien anzusehen. Ich halte sie für eben so unschuldig daran, als Luthers Reformation an dem deutschen Bauernkriege war. Vielmehr hab' ich es hier bey Gelegenheit behauptet, dafs wenn in Frankreich wahre Pressfreyheit Statt gefunden hätte, wahrscheinlich die Revolution nicht erfolgt seyn würde, weil sich alsdann schwerlich die Clique von aristokratischen Despoten hätte bilden oder erhalten können, die vor der Revolution die Vernunft jedes denkenden Bürgers empören mußte.

Sie sehen, Lieber, meine Meinung, und schliessen von selbst, wo und wie weit mein Urtheil über das Einzelne mit dem im Calender

übereinstimmen werde oder nicht? Ihrem und meinem Character war es gemäß, daß ich sie unverholen sagte, und unserer Freundschaft, daß ich sie sagte, da Sie's verlangten.

"Die Revolution habe nicht viel Blut gekostet?" Ich meine, es sey doch ziemlich viel geflossen, zumal wenn man die Colonien mitrechnet. Und dann allzuviel schon für den zweiten Act der Tragödie; denn weiter, deucht mich, ist sie noch nicht. Dazu kömmt dieß. Ist nicht vor dem Gefühl des Menschen ein ähnlicher Unterschied zwischen Blut und Blut, wie vor dem Richter zwischen Todschlag und Mord? Ein Mann von Gefühl wirft seine Augen auf Oczakow und Ismail, zuckt die Achseln und bedauert die Lage der Menschheit. Aber bey dem Anblick solcher Greuelthaten, als man unter dem Volk gehabt hat, dessen Aufklärung man die Revolution anrechnet, entstehen convulsivische Bewegungen, die in Verwünschungen gegen die Menschen ausbrechen, welche Schuld daran sind. Da ist schon die Reflexion nöthig, daß es nicht sowohl überlegende Bosheit, als eitle Etourderie sey, die man als die Ursache ansehen muß, wenn man den Kopf kühl halten will, wo das Herz so warm wird.

Noch dieß wegen des erblichen Adels. Wenn in unserm Staat die Frage wäre, ob dergleichen eingeführet werden solle? so würde ich zweifelhaft seyn, oder sie nur unter gewissen Bestimmungen bejahen; doch wol bejahen. Aber wäre es diese: ob unser erblicher Adel, so wie er nach der Constitution ist, oder doch seyn soll, aufzuheben sey? so gestehe ich, ich würde, wenn nicht mit gleichem Scharffinn, doch mit gleicher Wärme mich dagegen erklären, wie Necker und Burke es gethan haben.

Doch ich sehe, ich bin zu weit schon in die Materie hineingekommen. Also nichts mehr. Die Wegnahme der geistlichen Güter, die Einführung des Papiergeldes finde ich bloß gegründet in dem: Noth hat kein Gebot. Aber die Noth; woher kam sie? Wie ist Necker gemißhandelt worden, und wie hart hat er seine Eitelkeit, so gutmüthig sie auch war, büßen müssen!

Bey aller Verschiedenheit der Meinungen meiner Freunde, die anders denken, liebe ich sie doch nicht weniger herzlich, wie unter

andern C. und F. die zum Jacobiner Klub gehören, wie ich sage, und die mich einen Aristocraten nennet. Den Verfasser des Aufsatzes im Calender werde ich gewiß darum auch nicht minder schätzen, weil er diese Begebenheit unserer Zeit anders ansieht, als ich, ob ich gleich hie und da bey einigen harten Aeufserungen gegen Andersdenkende mich habe niederbücken müssen, um nicht von dem Schlag etwas mit zu bekommen. Aber Liebster, den Kopf kühl halten, wie ich vorher gesagt habe, wenn das Herz warm ist, das schärft zwar die Logik ein beym Denken; allein ich habe es noch mehr studieren müssen bey Geschäften; und immer bleibt es eine schwere Kunst.

Kiel, den 6ten April 1791

Ich habe, liebster Freund, mit meiner Antwort auf das Schreiben (ich sehe eben, daß das Datum fehlt) welchem das gedruckte Blatt beygelegt war, welches den dritten der im Specialcalender enthaltenen Aufsätze betrifft, bloß etwas gezögert, weil täglich so vieles vorkam, das nicht aufgeschoben werden konnte.

Da wir Beyde uns oft über unfre zusammentreffenden Ideen und Gedanken besonders bey Gelegenheit der Abhandlungen, die in den Kielschen Beyträgen zugleich erschienen, gewundert haben, und da Sie nach Erscheinung des ersten Theils meiner Winke dem darin enthaltenen Entwurf staatsbürgerlicher Grundsätze mit so vieler Theilnehmung des Geistes und Herzens beystimmten: so schmeichelte ich mir freylich, daß wir in unsern Hauptbegriffen über die Französische Revolution und über ähnliche Bewegungen unserer Zeit uns sehr nahe kommen würden. Denn die Gedanken, welche ich in dem nun geschriebnen Aufsatz geäußert habe, stehen in wesentlichem Zusammenhange mit jenen Grundsätzen. Sie wissen es indeffen, wie wenig selbst warme Freundschaft gegen Andre vom Zusammentreffen ihrer Gedanken mit den meinigen abhängt. Finde ich nur, daß Andre durch ein der Wahrheit treu ergebnes Herz, durch ächte Menschenliebe und durch milde freundschaftliche Gefinnungen gelenkt werden; so kann die Verschiedenheit ihrer und meiner

Denkresultate, wenn sie die Hauptpunkte der menschlichen Vollkommenheit und Glückseligkeit betreffen, mir zwar weh thun, aber durchaus nicht meine Hochachtung und Freundschaft ändern. Sie haben selbst oft bey manchen Gelegenheiten über diese Eigenschaft meines Characters sich nicht nur günstig, sondern selbst mit sichtbarer freundschaftlicher Wärme erklärt. Aus dem Grunde werden Sie, da Sie mich so genau aus unserm so viele Jahre unveränderlich bestandenen vertraulichen Umgange kennen, es mir auch von selbst zutrauen, daß keine Bewegung des Widerwillens wider Ihr Sendschreiben bey mir könne entstanden seyn. Denn ich bin der festen Ueberzeugung, daß Sie Sich nicht irgend eines Einflusses Ihres itzigen, freylich für unbefangenes Urtheilen über aristokratische und demokratische Gefinnungen sehr gefährlichen, Hoflage bewußt gewesen sind. Auch bin ich des festen Glaubens, daß ein T. so bald er eine, in einem dunkeln Winkel der Seele versteckte, für reines Forschen nach dem, was wahr und recht ist, und was Menschen vollkommen und glücklich macht, gefährliche, Neigung entdeckt, auch den füssten Zuflüsterungen derselben nicht Gehör geben werde. Von beleidigter Freundschaft ist also bey Ihrem abweichenden Urtheil gar nicht die Rede.

Daß Sie Ihr Sendschreiben haben, als Manuscript für Freunde, drucken lassen, hat auch durchaus keine Regungen des Verdrusses veranlaßt, aber mein Herz doch ein wenig beunruhigt. Es gibt ja so Viele, die bey Anwendung der ihnen durch Aemter oder durch äußeres Vermögen zu Theil gewordenen Macht vielmehr durch das äußere Interesse einer willkührlichen Behandlung ihrer Nebenmenschen, oder des Geldes, als durch einen reinen und starken Trieb, ihre Nebenmenschen durch Erkenntniß, durch eine in Erkenntniß sowohl als Gewohnheit gegründete Tugend, durch einen kummerlosen Besitz und Genuß der Lebensbedürfnisse und durch Theilnehmung an staatsbürgerlicher Freyheit glücklich zu machen, gelenkt werden. Alle so denkenden und gefinnten Personen werden nur zu leicht, dachte ich, in diesem Sendschreiben Nahrung für ihre ungroßmüthigen Ideen und Triebe finden. Das war die erste bey mir entstehende und mich etwas niederschlagende

Betrachtung. Denn bey der ersten Erblickung des gedruckten Blatts mußte ich mir es wohl vorstellen, daß es ins große Publicum hinein gehen würde. Auch mußte es mir wohl einfallen, daß es von jener Klasse ungroßmüthig gefinnter Mächtigen, die mit der von Ihnen berührten, Jahrhunderte hindurch sich behauptenden, Clique aristokratischer Despoten in Frankreich gleichen Sinns sind, wie allenthalben, also gewiß auch in unserm Staate eine nicht geringe Anzahl gebe. Solche Menschen, dachte ich, werden vielmehr die bloße Idee eines meinem Aufsatz entgegen gesetzten Schreibens, als die eben angeführte Stelle von aristokratischer Clique auf ihr Gemüth wirken lassen.

Zweytens fürchtete ich nach meiner Freundschaft für Sie, daß alle diejenigen, welchen Sie weniger bekannt sind, als mir, nach Durchlesung dieses Sendschreibens in Ihnen einen Hofmann finden würden, der mit Bewußtseyn der Sache sich der Leitung einer persönlichen Politik überliesse, und dabey selbst kein Bedenken trüge, bey Vielen nachtheilige Urtheile über seinen Freund zu veranlassen. Die Vorstellung dieser zweyten Folge wirkte in der That so lebhaft auf mich, daß ich in dem Augenblick nicht im geringsten durch die Idee beunruhigt wurde, es möchte auch eine solche nachtheilige Folge wirklich daraus für mich entstehn.

Endlich fürchtete ich das darauf zu erwartende Reden der Menschen über diese unsere Erkenntnisdifferenz. Sie wissen es, wie geschäftig viele Menschen sind, bey solchen Vorfällen eine Menge von Unwahrheiten in Umlauf zu bringen, und Saamen, wo nicht der Zwietracht, doch des Kaltfinns auszustreuen. Hier muß, dachte ich sogleich, mein Freund nicht wenig starker Seele seyn, wenn er bey dem Reden und Schreiben und Lügen, das nun über unsere Differenz vielleicht erfolgen wird, in seinem Glauben an seine und meine Freundschaft, und in seinen eigenen Gefühlen und Gesinnungen sich nicht irre machen lassen will. Nun die Sache einmal geschehen ist, wünsche ich, mein Lieber, herzlich, daß Sie dazu Stärke genug besitzen mögen. Damit man in Kiel, wo es nicht an reichen Quellen zu allerley erdichteten und bösen Nachrichten fehlt, nicht sogleich dieses böse Werk zu treiben anfangen möchte,

hielt ich daher die Sache so lange verborgen, bis sie durch andre Stücke Ihres Sendschreiben bekannt wurde.

Was übrigens den Inhalt ihres Schreibens betrifft: so haben Sie meinen Aufsatz nicht in eigentliche Untersuchung genommen, sondern vielmehr nur gesagt, wie Sie über eben die Sache denken. Ich finde also keinen Anlaß, das, was ich gesagt habe, zu rechtfertigen.

Ich will daher nur ein Paar Worte über einen und den andern Gedanken Ihres Schreibens sagen, worüber ich gern neues Nachdenken bey Ihnen veranlassen möchte.

Wenn Sie sagen, daß es schwer sey, bey einem warmen Herzen den Kopf kühl zu halten: so scheinen Sie zu fürchten, daß auch die Wärme meines Herzens mit auf meinen Kopf möchte Einfluß gehabt haben. So fern vom Gedankenystem und von Grundsätzen die Rede ist, bin ich mirs sicher bewußt, daß es bey mir nicht der Fall war. Mein Gedankenystem ist in der That seit vielen Jahren ganz das in dieser zuletzt geschriebenen Abhandlung sich findende System gewesen. Als ich die Winke für gute Fürsten schrieb, liefs sich kein Mensch etwas von einer Revolution in Frankreich träumen. Es war die Arbeit ganz ein Werk des ruhigen, bloß durch Wahrheitsliebe, durch Menschenliebe, durch Beobachtungen, durch Erfahrungen und durch Geschichte geleiteten, Forschens. *) Wenn Sie in dem dritten Aufsatz hie und da

*) Jede Schwärmerey und Uebertreibung ist mir immer in einem Licht einer Schwäche erschienen, die einem mannhaften Denker keine Ehre machen könnte, wenn sie sich auch auf eine gute Sache bezöge. Aus dem Grunde habe ich mich immer aufs sorgfältigste davor gehütet. Von allen, auf eigne Vortheile sich beziehenden, Ideenbildungen und Gedankenwendungen habe ich mich aber bis zur Verabscheuung gefürchtet, weil es mir immer selbst schwer geworden ist, einen Menschen wegen einer solchen Schwäche nicht zu verachten, wenn ich ihm männliche Kraft des Geistes und des Herzens zur Pflicht zu machen mich berechtigt finden konnte. Dieß kann ich nicht umhin, hier noch hinzuzusetzen und meinen Freund noch lesen zu lassen, der übrigens mich ganz kennt und weiß, daß ich darin nichts wider die Wahrheit sage. Schwärmerey mit Schwärmerey und Manie mit Manie verglichen, ist doch eine Democratomanie der Aristocratomanie weit vorzuziehn. Wenn jene wahre Democrato-

eine gewisse Bewegung des Gemüths finden: so bezog selbige sich nicht im mindesten auf Grundsätze und Gedanken über den Werth und Unwerth der französischen Revolution, sondern ganz allein auf groſse, allgemeine und auch von Ihnen anerkannte, vorhergehende Regierungsgräuel, auf schlechte Menschen, die durch Reden, Umgang und Beyspiel so manchen an sich guten Regenten von jeher verderbten und verführten, und besonders auf Schriftsteller und Journalisten, die den wahren Zustand der Dinge einseitig und falsch darstellen; die nicht irgend ein Gefühl für Volkselend und Volksglückseligkeit an den Tag legen; die, in dem sie dem Despotismus, er sey monarchisch oder aristokratisch, auf eine niedrige und schmeichelnde Art das Wort reden, den itzt zur Freude guter Menschen so häufig selbst unter den Hohen und Mächtigen der Erde aufgehenden Saamen guter Gedanken und Gefinnungen in Absicht auf Volksglückseligkeit,

manie ist: so kann sie nur in dem feurigen Wunsch, ein ganzes Volk glücklich zu sehen, ihren Grund haben. Aristocratomanie entspringt immer aus einer, durch leidenschaftliche Neigung, entweder mit einigen Wenigen selbst die groſse Volksmenge zu beherrschen und zu unterdrücken, oder durch Anhänglichkeit an Wenige despotische Beherrscher einer groſsen Volksmenge selbst äussere Vortheile zu erhaschen, geblendeten Seele. Bey der Democratomanie erscheint die Seele eines Menschen doch im Licht eines groſsen Seelenadels, bey der Aristocratomanie aber im Licht der Kleinheit oder selbst der Niederträchtigkeit. Hätten die zum Besten der leibeigenen Bauern in Kopenhagen arbeitende Commission und Colbiörnsen, indem er die Feder dabey führte, auch geschwärmt, wie gewisse Männer aus Jütland, nicht nur dies, sondern etwas viel schlimmeres unsern edelmüthigen Kronprinzen so gern zu glauben überredet hätten: so hätten wir doch mit Verehrung an jene Commission und an jenen edlen Mann denken müssen. Wäre das, was ihre Gegner gethan haben, auch aus wirklicher Verblendung des Verstandes entsprungen, und hätten sie also in dem, was sie für die Gutsbesitzer schrieben, bloß geschwärmt, und das, was sie falscher Weise behauptet haben, selbst für wahr angesehen: so hätte man doch nicht ohne tiefe Verachtung an die bey dieser Selbsttäuschung und Verblendung zum Grunde liegende Kleinheit, oder Selbstsucht denken können. Einen ähnlichen Charakter behält die Sache, wenn die Schwärmerey sich zum Wahnsinn und zur Verrückung des Verstandes, das ist, bis zur Manie erhebt.

zum Theil muthwillig zernichten; die bey allem, was sie schreiben, nur an die für sie zu erhaltenden Wirkungen des Beyfalls der Großen, der etwa zu hoffenden äußern Ehre oder des Reichthums denken, und die ganze Nationen und Völker ein Raub des Elends werden lassen, wenn sie nur dabey für ihre Person in einem kleinen armfeligen Theil von den äußern Glücksumständen, von den äußern Rangsvorzügen und von der sinnlichen Wollust leben können, wodurch so viele Fürsten in ihren Handlungen immer gelockt und gelenkt sind. Habe ich dabey an eine oder die andre gewisse Person gedacht: so weis ich es sehr wohl, wie übereinstimmend Sie mit mir über solche Menschen denken und wie ganz Sie den Unwillen mit mir theilen, ohne welchen ein rechtschaffner Mann nicht an solche elende Menschen, an solche Schmeichler und Verführer der Fürsten und der Fürstendiener denken kann. *)

Wie ich über *Burke* denke, darüber hatte ich mich schon in meinem lange unterwegs gewesenen Schreiben, dessen Empfang Sie mir zuletzt gemeldet haben, längst erklärt, ehe ich noch Ihr Schreiben erhielt. Freylich trafen unsere Urtheile über diesen mit sich selbst so sehr in Widerspruch tretenden, und immer leidenschaftlich handelnden Mann nicht genug zusammen. Auszüge sehr schwacher Stellen seiner Schrift, die ich gelesen hatte, und die Beobachtung des allmählig sich anders modificirenden politischen Ganges dieses in einem katholischen Kloster erzogenen, an eine Katholikinn verheiratheten und von Vielen für einen heimlichen Jesuiten gehaltenen Mannes, haben mich in meinem Urtheil gelenkt. **)

*) Der dritte Theil von der Histoire de la revolution de 1789, à Paris, chez Clavelin, liefert Schauer und Entsetzen erregende Nachrichten von dem Charakter und dem Lebenssystem einer solchen Art von Menschen.

**) Durch die nähere Kenntniß, welche ich von Burke's Werk hernach bekommen habe, finde ich mich bewogen, selbigem noch weit weniger Gründlichkeit beyzulegen. Mein Freund hat schon philosophische Deutlichkeit in der Entwicklung der Begriffe bey seinem ersten Urtheil darüber vermisst. Wenn er noch zur wiederholten Lesung dieser Schrift zurückkehren, und sie abermal mit der vollen Kraft seines Verstandes und seiner Kenntniße prüfen sollte: so wird er nicht umhin können, auch in den wichtigsten Dingen Richtigkeit und Wahrheit zu vermessen. Denn er läßt

Den Ausdruck *Freyheitsfynn* müssen wir, mein theurer Freund, nach meinem Bedünken ja nicht in üblen Ruf bringen. Sinn bedeutet offenbar, und zwar nach dem allgemeinen Sprachgebrauch in allen

sich sonst nicht von blendenden Schönheiten der Schreibart, die man in Burke's Vortrag und Darstellung freylich findet, hinreißen und in seinem Urtheile irre machen. Man findet selbst Blößen, die nur aus einer Unwissenheit entspringen können, welche einem tüchtigen Candidaten der wissenschaftlichen Studien nicht zu verzeihen wäre. Indem er von der geographischen Departementseinteilung redet: so sieht man aus allem, daß er gar keinen Begriff von Quadratmeilen und von der Eintheilung eines Landes nach Quadratmeilen hat. Er hat sich nämlich eingebildet, als wenn man in Frankreich alles in reguläre Vierecke eingetheilt hätte, und indem er diese Ungereimtheit äußert und behauptet, so macht er, um den Werth einer solchen Eintheilungsarbeit herunter zu setzen, die Bemerkung, daß jeder Weginspector eine solche Eintheilung hätte machen können. Es ist einem, der nicht ganz ein Fremdling in der Geometrie ist, doch bekannt genug, daß die ersten Mathematiker in der Welt ihre volle Arbeit daran fänden, wenn sie die sonderbare Idee, ein Land in verschiedene reguläre Vierecke einzutheilen, ausführen wollten. Zu Hauptunrichtigkeiten in dem, was er von Frankreich sagt, und in seinem Gedankenbau kömmt dann die Uebertreibung, wozu ein so heftiger und leidenschaftlicher Mann immer hingerissen wird. Wenn ich an alles das denke: so kann ich Herrn Burke's Werk am wenigsten zu denjenigen rechnen, die eine verstimmte Vernunft zurecht zustimmen könnten. Ein durch richtige logische Grundsätze, durch das unmittelbare Wesen der Dinge und durch die äfsuere Weltbeschaffenheit bloß geleiteter und tief eindringender Verstand findet vielmehr kaum etwas, das im Punkt der Wahrheit und der Bestimmtheit eine scharfe Prüfung ertragen kann, sobald das, den Ideen und Gedanken umgeworfene, schöne Gewand weggenommen ist. Wie wenig Burke fähig ist, seinen Verstand in allem herrschen zu lassen, erhellt auch in hohem Grade aus den Parlamentsreden, die er neulich bey der Gelegenheit, da eine Constitution für Canada entworfen werden sollte, gehalten hat. Es ist den Anwesenden im Parla- mente kaum möglich gewesen, ihn dabey nicht für einen Mann von verrücktem Verstande zu halten. Offenbar ist diese Halbverrückung eben eine Wirkung der bis zur Wuth gestiegenen Landschaft gewesen. Aus dem, was Fox ihm schon damals vorgeworfen und Paine und Priestley in der Widerlegung der Burkeschen Schrift öffentlich bekannt gemacht haben, sieht man zugleich, wie sehr Burke mit sich selbst in Widerspruch tritt, und wie wahr das ist, was ich in obiger Antwort über den Punkt meinem Freunde gesagt habe.

Wörtern, die damit zusammen gesetzt sind, eine rechtschaffne Anhänglichkeit an das, dem es beygefügt ist. Freyheitsinn ist also biedre und treue Anhänglichkeit an Freyheit. Es kommt daher nur auf die richtige Bestimmung des Worts Freyheit an, womit wir gewiss nicht ungleiche Begriffe verbinden.

Wie viel *Leopold*, den ich immer so sehr verehrte, über den ich aber nach dem Antritte der itzigen grossen Regierung oft irre werde, vielmehr durch ächte Menschenliebe und durch die Neigung, Unordnung der Freyheitsliebe und eine der deutschen Reichsverfassung nicht genug gemässe Selbsthülfe, über welchen Punkt man doch auch *Dohms* schriftliche Rechtfertigung und autorisirtes öffentliches Benehmen erwägen muss, zu ahnden und zu verhüten, als durch eine sich auf Regierungsgewalt beziehende Politik gelenkt werde, darüber muss man wohl sein Betragen in Ansehung der Lütticher zu Rathe ziehen. Als er die Execution über das Land übernahm und *das Volk sich ihm vertrauensvoll in die Arme warf*; so dachte ich sogleich, hier wird man sehen, wie *Leopold* eigentlich über Volksglückseligkeit denkt. Was bisher daselbst geschehen ist, hat mein ihn sonst verehrendes und liebendes Herz schon oft mit Schmerz durchbohrt. Aber ich hoffe noch, dass er nur erst die Form der deutschen Reichsverfassung und dann das Volk selbst wider die böse Anwendung der Form in Schutz nehmen werde. *)

Ja, liebster Freund, es ist vor dem Gefühl des Menschen ein ähnlicher Unterschied zwischen Blut und Blut, das vergossen wird, wie vorm Richter zwischen Todschlag und Mord. Aber hey der Anwendung sahe ich mich gezwungen, die Sache umzukehren. Es giebt gewiss keine denkbare Grausamkeit, die nicht zu Oczakow, Ismail **) und bey ähnlichen Eroberungen Statt gefunden hat. Und

*) Indem ich obiges im Junius drucken lasse; so finde ich diese Hoffnung leider noch nicht erfüllt.

**) Nach den sichersten Berichten sind bey der Einnahme von Ismail dreyzig tausend Menschen niedergemetzelt worden. Aus eben den Berichten erhellt es, dass sich keine Gräuel der menschlichen Bosheit und Wuth denken lassen, welche nicht dabey Statt gefunden haben. Die schändlichen Mis-

welche Motive liegen bey den Kriegen zum Grunde, wodurch solche, auch neulich in der baltischen See erfolgte fürchterliche Blutscenen, wo der Mensch sich so häufig in der Gestalt eines boshaften und reissenden Thieres zeigt, veranlaßt werden! Können wir zu unserm Trost über solche Menschengräuel annehmen, daß unter zehn Kriegen es auch nur einen im Durchschnitt gebe, zu dessen Führung eigentliche Liebe zum Volk und wahrer Trieb, es gegen Feinde zu schützen, die Veranlassung gäbe? War nicht Herrschfucht und Durst nach Ruhm, mit dem wir armen Menschen auch eine zum menschlichen Verderben und zu den größten Ungerechtigkeiten angewandte Kühnheit und Kriegsgeschicklichkeit zu belohnen, leider zeither unvollkommen genug sind, fast immer die Ursach davon? Ja, oft veranlaßte das persönliche Interesse, persönliche Abneigung oder Zuneigung, die Cabale einer Maitresse, oder das Interesse eines Ministers, der einen Regenten von innern Regierungsangelegenheiten entfernen wollte, die verheerendsten Kriege, die greulichsten Blutscenen und die fürchterlichsten Grausamkeiten. Ich verabscheue die Blutscenen, die bey der Revolution in Frankreich veranlaßt sind. Können wir aber Dinge, die sich mit der Nothwehr eines bis aufs Blut ausgefogenen und Jahrhunderte hindurch immer in größeres Elend hineingeführten Volks verbanden, und noch dazu größtentheils durch hartherzige, nach dem alten aristokratischen und monarchischen Despotismus mit List und Wuth hinstrebende, Personen auf die boshafteste und listigste Art veranlaßt sind, und die also keinesweges ächten Freunden der Revolution und der natürlichen Wirkung der Decrete, welche die Mehrheit der Nationalversammlung beschloß und abfaßte, zugeschrieben werden können, wohl so hart verurtheilen, als die fürchterlichen Gräuel der wegen des Interesses weniger Personen geführten Kriege. Bey der Revolution trafen die Hinrichtungsscenen doch noch größtentheils Bösewichter vom ersten Range. Und war unter Oczakows und Ismails auf-

handlungen, welche die armen Griechen und die in der Türken Hände gefallenen österreichischen Soldaten und Officiere haben erdulden müssen, sind auch so beschaffen, daß man an die gewöhnlichen Kriege um desto weniger ohne Schauer und Abscheu gedenken kann.

geopferten und gemißhandelten Einwohnern auch der Taufendfte in irgend einem Sinn wohl ein Schuldiger! Je mehr ich über die Sache nachdenke, deſto fürchterlicher werden mir die greulichen Folgen der Kriege, und deſtomehr ſehne ich mich nach der Zeit aufhörender Kriege hin, die *Kant* vorher zu verkündigen gewagt hat. Daß Frankreich übrigens zur Nothwehr gebracht war, das iſt wohl ausgemacht genug. Reiſende, welche mit ihren Beobachtungen mehr beym groſſen Haufen des erwerbenden und beſonders producirenden Volks, als bey der Pracht und der Wolluſt von Paris verweilt haben, ſagen es einhellig, daß man nirgends ein auffallenderes Bild des Elends und der Armuth finden könne, als in Frankreich man allenthalben und beſonders beym Contraſt mit der Schweiz längſt angetroffen hat.

Den Nachtheil, der für den Staat aus dem Beſitz groſſer geiſtlichen Landbeſitzungen und der daraus entſpringenden Herrſchaft und Macht natürlicher Weiſe entſpringen muß, hat vorzüglich *Garve* in Beziehung auf Frankreich in ein ſo helles Licht geſtellt, daß ich glaube, eine ſolche Quelle hierarchiſcher Tyranney müßte auch in einem Staate für immer verſtopft werden, worin nicht eine ſolche Noth, als die Noth Frankreichs war, es nothwendig machte. Zwischen dem Eigenthum eines Standes, wozu Perſonen gewählt werden, die in jenes Eigenthums Mißbrauch eine Belohnung für ihre dem Volk zu leiſtenden Dienſte finden ſollen, und die alſo jenes Vermögen, als ein dem Wohl des Volks gewidmetes, Vermögen anſehen müſſen, und zwischen dem Eigenthum, das von Vorfahren beſtimmter Perſonen erworben, auf die Nachkommen vererbt und weſentlich für dieſer Perſonen Beſitz und Gebrauch beſtimmt iſt, findet doch auch ein groſſer Unterſchied Statt. Ohnehin iſt es eine unleugbare Wahrheit, daß diejenigen, welche einem für den Dienſt des Staats und für die Glückſeligkeit des Wohls weſentlich beſtimmten Stande, durch Vermächtniſſe oder Geſchenke Güter des Landes in Beziehung auf Stand und Dienſt zuwenden, dem Staat nicht das Recht entziehen konnten, das, was dem gemeinen Weſen in der Folge nachtheilig gefunden wird, abzuändern. Wenn es alſo entſchieden iſt, daß groſſe geiſtliche Gutsbeſitzungen dem Staat

zum Verderben gereichen, welches *Garve* aufs einleuchtendste erwiesen hat; so wird nicht nur durch die aus Staatsmangel entstehende Noth, sondern auch durch ein dem Volk oder der Landesregierung gebührendes Recht die Einziehung geistlicher Güter gerechtfertigt. Der Eigenthümer liegender Gründe kann nicht einmal selbst bey seinen Lebzeiten in aller Hinsicht willkührlich handeln. Wollte einer ein Gut ganz unbebaut oder einen dazu gehörigen Hof unbesetzt lassen: so dürfte und müßte die Landesregierung selbst ihm darüber Vorschriften geben. Es geschieht das auch wirklich in jedem Staat. Dazu kommt noch dieß, daß der beträchtlichste Theil geistlicher Güter durch schlaue Ueberredungskunst, durch Beängstigung des Gewissens, durch Verheißung außerordentlicher Himmelsfreuden und selbst durch fürchterliche Grausamkeiten den natürlichen Erben ehemals entrißen und so in die Hände der hierarchischen Geistlichkeit gespielt sind. Sie dachten, theurer Freund, an alles dieß, daß Ihnen so bekannt ist, gewiß in dem Augenblicke nicht, als Sie es niederschrieben, daß nur Landesnoth die Wegnahme geistlicher Güter entschuldigen könne.

Ich würde keinesweges dazu rathen, daß man allenthalben den Erbadel geradezu abschaffte. Alle solche Operationen sind von zu gefährlicher Natur, als daß ich für deren guten Erfolg stehen möchte. Auch ist der Erbadel mit so vielen andern Rechten durchflochten, daß ich nicht wenig erschrock, als ich die Nachricht von dem in der Hinsicht so kühn gewagten, jedoch von Adelichen selbst in Anregung gebrachten Schritt der französischen Nationalversammlung in den Zeitungen las. Es sey der Adel nur unvermögend, despotisch zu handeln und persönlichen Verdiensten des bürgerlichen Standes im Wege zu stehen: so wird das Volk und der Freund des Volks gern zufrieden seyn. Aber nach meiner Einsicht ist der Erbadel doch immer ein nicht geringer Mangel in der menschlichen Gesellschaft, wie vieles auch der Herr von Ramdohr noch erst mit sehr vielem Scharffinn dafür gesagt hat. Man sagt, der Adel wirke dem monarchischen Despotismus entgegen. Er hat dies allerdings oft mit Erfolg gethan. Aber lehrt es die Geschichte, daß auch nur der hundertste Theil des Adels überhaupt in dem Triebe und Bestreben, die ihm äußer-

lich untergeordnete, an Geist und Leib eben so gut von Natur gebohrne und mehr als tausendfältig so zahlreiche Bürgerklasse glücklich zu machen, lebte und webte? Wirkte der Adel dem monarchischen Despotismus zum Schutz des übrigen Volks, oder vielmehr zur Beförderung seines eignen noch ärgern aristokratischen Despotismus entgegen? Suchte er nicht vor der Einführung der Souverainität in unserm Staat das Volk und den König zugleich zu beherrschen? Wenn dem Staat Lasten aufgelegt werden sollten: eilte er dann der Mittelzahl nach mit ächtem Adel des Geistes und des Herzens diese Lasten selbst zu übernehmen? Oder verbündete er sich nicht vielmehr, sie auf das oft nur schon zu sehr gedruckte übrige Volk hinzuwälzen? Wollte man den Erbadel rechtfertigen: so müßte es aus der Geschichte erhellen, daß die größte Anzahl der Adlichen in ihrem Leben wahren Adel menschlicher Natur bewiesen, ächtem Menschenwerth, wo er sich auch finde, den ersten Platz unter menschlichen Vorzügen eingeräumt, von Staatsämtern in dem Fall, da ein Bürgerlicher von mehreren Kenntnissen und Geschicklichkeiten und mehreren vorgängig erworbenen Verdiensten dazu vorhanden war, aus eigener Bewegung mit edler Seelengröße sich zurückgezogen, eine weise Mischung der Mitglieder aus der Klasse der Adlichen und Bürgerlichen bewirkt, alle schnelle Sprünge eines Adlichen in hohe Staatsämter mit einer von Eitelkeit und Stolz entfernten starken Seele verhütet, und nur in Verläugnungen und Aufopfrungen aller Art den Bürgerlichen den Vorrang abzugewinnen sich bestrebt hätte. Wenn über den Werth des Erbadels Untersuchungen angestellt werden: so fällt das Resultat der Untersuchungen nach meiner Erkenntniß schon ganz wider denselben aus, wenn man bloß über die menschliche Natur, wie sie ist, nachdenkt, und noch weit mehr, wenn man den Einfluß des Adels auf Volksglückseligkeit nach der Erfahrung und nach der Geschichte berechnet. Wäre *Adel der Natur* dem Namenadel in etwas vorzüglichem Grade eigen gewesen: hätten wir dann noch in Polen, in Ungarn und in so vielen andern Ländern Spuren von Leibeigenschaft? Ich schätze den Herrn von Ramdohr hoch, daß er weit mehr, als man es menschlicher Weise

erwarten konnte, über die Vorurtheile der von bloßer Geburt abhängenden Successionsvorzüge in einem Lande sich hinwegsetzt, worin der Adel so viele Trennungen der Menschenklassen veranlaßt hat. Es kommt mir selbst fast vor, als wenn die Gründe, die er für und wider den Erbadel angeführt hat, wenn sie sorgfältig so, wie sie da stehen, summiert würden, ein anderes Facit am Ende gäben, als er selbst gefunden hat. Im zweyten Theil nimmt er die bürgerliche Klasse der Menschen selbst gegen einen bürgerlichen Verfechter der gewöhnlichen Adelsvorzüge auf eine sehr edle Weise in Schutz. Allein ich habe doch in seiner Abhandlung manche Stelle gefunden, wogegen starke Erinnerungen zu machen wären. *) Dafs ich wenigstens mit ganz vorurtheilsfreyem und leidenschaftlosem Geiste über diese Sache denke, glaube ich mir sicher zutrauen zu können, weil ich immer eine starke Neigung gehabt habe, den Adlichen auch ächten Adel der Natur beyzulegen. Das war auch ganz natürlich. Denn ich habe mit nicht wenigen vorzüglich edel und grofs denkenden und handelnden Personen dieses Standes seit mehr als 20 Jahren in der freundschaftlichsten Verbindung gelebt. Mit wahrer Wonne bemerke ich auch, dafs sich in der Nachbarschaft von Kiel mehrere derselben es zu ihrem angelegentlichsten Geschäfte machen, ihre Gutseinswohner durch gehörige Aufklärung zu vernünftig handelnden Bürgern des Staats zu erziehen und noch in deren männlichen oder höhern Lebensjahren zum Genufs der bürgerlichen Freyheit tüchtig zu machen. Auch werden Sie selbst gewifs Sich mit mir freuen, wenn ich Ihnen sage, dafs einige vorzüglich edel- und grofsdenkende Adliche nach Erscheinung meines Aufsatzes aus eigener Bewegung, theils durch ihr Betragen, theils durch förmliche mündliche oder schriftliche Erklärungen mir vorzügliche Beweise der Achtung und des Beyfalls gegeben haben.

Ob ich das alles gleich erkenne, und mit einer Freude, welche den lebhaften Wunsch erregt, dafs jene Vollkommenheiten gewöhn-

*) In einem neu erschienenem Stücke der Berliner Monatschrift sind auch mit vieler Einsicht abgefaßte Erinnerungen dawider bekannt gemacht.

liche Vollkommenheiten der Adelichen seyn, und die Erhebung gewisser Menschengeschlechter rechtfertigen möchten, sage; ob ich gleich, weil ich alle nähere Verbindungen mit Adelichen, in welchen ich gemeine oder selbst schlechte Menschen fand, besonders in der Zeit meines Aufenthalts in Kiel vermieden habe, *) keine persönliche Beleidigung von Adelichen erfahren zu haben mich besinne, und ob ich gleich nie mit einem spürenden Blick auf das thätige Leben der Adelichen merkte: so habe ich doch durch die Geschichte und durch sich mir aufdringende Erfahrungen und Erscheinungen nur zu viele Beweise für die Behauptung erhalten, daß bey den bemittelten Adelichen zu selten wahrer Menschenadel gefunden wird, und daß die bey weiten grössre Zahl derselben, zum Verderben und zum Unglück der übrigen Menschen, welche doch beynahe ganz die Menschheit, ein Volk oder eine Nation ausmachen, und deren Glückseligkeit der Endzweck der göttlichen Vorsehung nothwendig seyn muß, wirksam ist, wie das auch itzt durch alle aristokratisch gesinnten Personen in Frankreich nur zu sehr an den Tag gelegt wird.

Sehe ich also auf Wahrheit und auf die Natur der Sache: so kann ich, obgleich kein Schriftsteller mehr, als ich, geneigt seyn kann, Mistrauen in seine Ideen zu setzen und Irrthum zu fürchten, mich doch in meiner nun gedruckten Abhandlung nicht auf dem Wege des Irrthums finden. Ob aber der Saame der Wahrheit bey allen Lesern des Specialcalenders auf einen guten Boden gefallen sey, darüber kann ich nicht wagen, eine entscheidende Idee zu fassen. So weit als mein Blick die Wirkungen hat

*) Ich wurde hiezu besonders bewogen, als ich kurz vor meiner Versetzung nach Kiel eine adeliche Dame in Hamburg von Kiel und von der Umschlagszeit reden, und unter andern sie sagen hörte, daß es in dieser Zeit nicht an Umgang (das ist Umgang mit Adelichen) in Kiel fehlte, und daß man auch zwischen durch einen schicklichen bürgerlichen Menschen zu mehrerer Unterhaltung bey sich sehn könnte, indem Professoren und andere bürgerliche Bediente dann nicht unterliessen, ihre Aufwartung bey der Noblesse zu machen, und sich dann auch zugleich gern zu Tisch bitten und eine gute Mahlzeit und einen guten Wein trefflich schmecken liessen.

wahrnehmen können, ist es mir vorgekommen, daß die bösen wenigstens weit von den guten überwogen werden.*)

Das, was Sie über die Pressfreyheit gesagt haben, hat mir desto mehr Vergnügen gemacht, da selbige auch bey mangelhaften gesellschaftlichen Einrichtungen und Staatsverfassungen die bösesten Uebel der Ungerechtigkeit, der wollüstigen Trägheit und der Tyranney bis auf einen nicht geringen Grad in der bürgerlichen Gesellschaft verhütet, und da die Publicität auch bey sehr mangelhaften und bloß äußerer Ehre, oder auch nur einem falschen Schein einer solchen Ehre nachgehenden Menschen den Trieb erweckt, gerechtem Tadel auszuweichen. Der Gute und Unschuldige kann so freylich oft durch die Bosheit angegriffen werden; allein die Unschuld kann sich dann auch gehörig rechtfertigen.

Da haben Sie, lieber Freund, meine durch Ihr Schreiben veranlaßten Gedanken, so wie sie aus Kopf und Herz gekommen sind. Ich bin mit unveränderlichen Gefinnungen der Freundschaft

der Ihrige

M. Ehlers.

*) Nähme jede Seele die Ideen und Gedanken so auf, wie sie da stehen, und suchte sie nur das, was wahr, recht und gut ist: so halte ich mich überzeugt, daß die Lesung der Abhandlung, wovon hier besonders die Rede ist, bey allen Volksklassen von guten Wirkungen seyn, und der Democratomanie sowohl, als der Aristocratomanie entgegen wirken würde. Auch ist mir von Männern, welchen ich nicht irgend einen Anlaß gegeben habe, meiner Aufsätze wegen an mich zu schreiben, aus eigener Bewegung gemeldet, daß in gewissen Zirkeln von Menschen thörichte Ideen von Volksfreyheit und Volksbewegung eben so stark durch die Aufsätze des Specialcalenders unterdrückt, als insolente Aeußerungen über Regierungsdespotismus dadurch gehindert wären. Auch war auf die Erreichung dieses doppelten Endzwecks bey Ausarbeitung jener Aufsätze und bey Einrückung derselben in den Specialcalender meine Absicht gerichtet,

Zusatz.

In einer englischen Schrift, wovon 1752 schon die dritte Auflage erschienen und worin die Rede von dem damaligen Zustande vom Europa ist, *) findet sich eine, Frankreich betreffende, Stelle, die zu viel Licht über das verbreitet, was itzt in Frankreich vorgeht, als daß ich mich enthalten könnte, davon eine Uebersetzung hier zu dem hinzuzufügen, was ich über jene Materie bisher gesagt habe. “Daß bey jeder Regierungsverfassung die höchste Gewalt sich irgendwo finden müsse, ist keinen Zweifel unterworfen. Nach der alten Constitution von Frankreich war jene Gewalt nicht in der Hand des Fürsten, sondern in der allgemeinen Versammlung der Staaten des Reichs. Selbst der Name des Volks zeigt dieß, in dem nichts mehr mit einander in Widerspruch stehen kann, als ein Franke und ein Sklav. Weil es für das Volk aber beschwerlich war, jene Staatenversammlung immer zu halten: so übertrug es, um allen Eingriffen seiner Könige in seine Rechte in der Zeit, da die Staaten nicht versammelt waren, zu verhüten, einen Theil seiner Gewalt gewissen Ausschüssen, welche zur Entstehung der Parlamente von Frankreich und besonders des Parlaments von Paris Anlaß gaben. Die alten Vorrechte der Staatenversammlung beweisen es offenbar, daß die Souverainität sich bey den Repräsentanten des Volks fand. Unter andern hatten diese folgende Vorrechte: Sie waren nämlich die Richter der Paire und der hohen Beamten des Reichs, über welche der König in der Hinsicht gar keine Gewalt hatte. Ferner leisteten alle hohen Staatsbeamten ihren Eid im Parlament, woraus erhellet, daß sie nicht gegen den König, sondern gegen das Volk unter Amtsverbindlichkeiten gesetzt wurden. Endlich hatten sie das Recht, die Verordnungen des Königs zu verwerfen, zu billigen und öffentlich bekannt zu machen. Eine solche Verordnung bekam nur durch die Sanction ihrer Repräsentanten die Kraft eines Gesetzes. Hieraus leuchtet es hell hervor, daß nach der alten Constitution von Frankreich die Könige dieses Reichs

*) The present state of Europe explaining the interests, connections, political and commercial views of its several Powers.

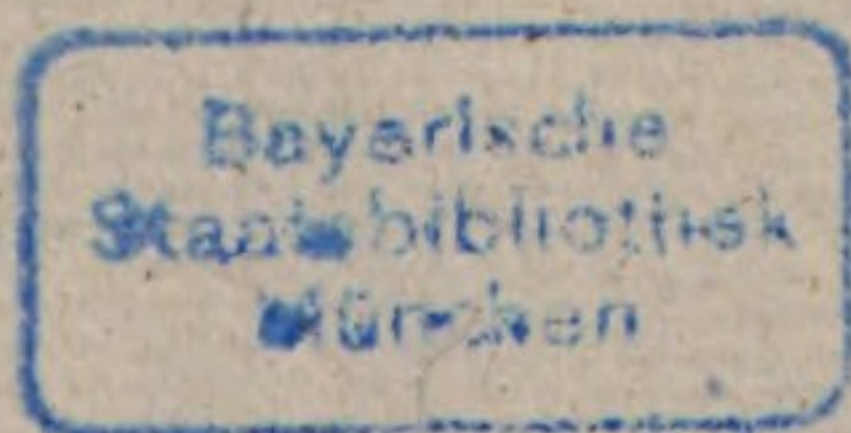
nicht souverain waren. Um zu beweisen, daß sie seitdem nur es dadurch geworden sind, daß sie die Constitution zernichtet haben, braucht man nur zu zeigen, daß sie gedachte Einschränkungen ihrer Macht aus dem Wege geräumt haben. Von Staatenversammlungen hört man nichts weiter, und die Parlamenter sind nur ein Schatten von dem, was sie ehemals waren, oder sie sind vielmehr etwas viel schlimmeres. Denn sie sind nun Instrumente derjenigen Macht geworden, welche einzuschränken sie bestimmt waren. Die Freyheit der Staatsbürger hängt ganz von der Willkühr des Königs ab. Er kerkert ein, wen er will, ohne Rechenschaft davon abzugeben, oder wenn er dieß zu thun nöthig findet: so wählt er Richter nach eignem Belieben. Die hohen Staatsbeamten müssen sich von ihm in Eid und Pflicht nehmen lassen, so daß sie gänzlich dem Könige angehören, der sie nach seinem Wohlgefallen ansetzt und absetzt, und ihr Ansehn ausdehnt oder einschränkt. Die Einregistrirung der Edicte ist blos eine Formalität. Das Pariser Parlament thut freylich zuweilen Vorstellungen; aber des Königs Wille und Belieben behalten immer die Oberhand. Die Regierungsmacht dieser großen Nation ist durch die Künste des Cardinals Richelieu und seiner Nachfolger ganz in die Hände des Königs und seiner Minister gespielt, und man hat sich die äußerste Mühe gegeben, jene Macht in ein solches System zu bringen, daß sie alles lenkt und daß sie jeder andern Macht in genauer und fortwährender Abhängigkeit erhält."

Was hier gesagt ist, wird durch die ganze Geschichte von Frankreich, und besonders durch den mit allen Begriffen von bürgerlicher Freyheit so auffallend in Widerspruch tretenden Gebrauch der geheimen Verdammungsbefehle (Lettres de cachet,) und der Bastille nur zu sehr bestätigt. Gäbe es also auch nicht eine unverlierbare Grundgewalt des Volks, und müßten eines Volks Befugnisse blos nach alten Verfassungen beurtheilt werden: so könnte der französischen Nation wegen dessen, was sie durch ihre Repräsentanten seit ein paar Jahren thut, auf keine Weise Vorwürfe gemacht werden. Sie war offenbar so schon befugt, das wieder an sich zu bringen, was ihr durch List und Gewalt geraubt war. Wie kann

man also sagen, das die Generalstaaten als Deputirte und Repräsentanten des Volks ihre Befugnisse überschritten, indem sie sich mit etwas anderm, als mit der Art, wie die zu den Ausgaben erforderlichen Gelder herbeygeschafft werden könnten, zu beschäftigen anfangen. Was wäre auch höhrender für ein Volk, als wenn man, indem man kein Mittel des Drucks und der Auspressung mehr ausfündig zu machen wüßte, wobey das Volk bestehen konnte, oder wobey die Regierung nicht in tyrannischem Lichte erschiene, nun dem Volk es zur Pflicht machen wollte, selbst durch seine Repräsentanten die Kunst eines härtern Drucks studiren und üben zu lassen. Zu allem diesen kömmt noch eine Betrachtung, wodurch die Nationalversammlung noch mehr wegen dessen, was sie unternommen hat, gerechtfertigt wird. Wenn man deren Befugnisse auch selbst bloß nach dem bestimmen wollte, was ihr von der Macht, die nach und nach in des Königs und der Minister Hände gespielt war, auf Veranlassung Neckers, der immer zu den vortreflichsten Männern des menschlichen Geschlechts zu zählen ist, aufgetragen war: so durfte sie selbst so handeln, als sie gehandelt hat. Nach dem Circulairschreiben des Königs, vom 24 Januar 1789 sollte die Versammlung *eine beständige und unverletzliche Einrichtung in allen Theilen der Regierungsverfassung, welche die Glückseligkeit des Volks und das Wohl des Reichs betreffe, festsetzen, um schnell wider die Uebel des Staats ein wirksames Mittel zu veranstalten, Misbräuchen jeder Art Einhalt zu thun und selbst durch gute und kräftige Mittel, welche das gemeine Beste in Sicherheit setzten, vorzubeugen.* Unterm 28 May 1789 sagt auch der König dem Präsidenten der Nationalversammlung: „Ich habe nicht ohne Schmerz und Unruhe die Nationalversammlung, die ich zusammen berufen habe, daß sie mit mir arbeiten, *um dem Reich eine neue Gestalt zu geben*, in einer Unthätigkeit gesehn, die, wenn sie noch fort dauerte, die Hoffnungen vereiteln würde, welche ich in Ansehung der Glückseligkeit meiner Völker und des Wohls des Staats gefaßt habe.,, Man mag also die Befugnisse der Nationalversammlung nach den Aufforderungen des Königs an sie, oder nach dem Recht, das der Nation vorhin offenbar gehörte, und das der Despotismus durch

Ränke und durch Unterdrückung ihr geraubt hatte, oder endlich nach denjenigen Grundsätzen des Naturrechts, die über die Grundgewalt des Volks von allen gründlichen Lehrern dieses Rechts angenommen und so offenbar in den wesentlichen Anordnungen Gottes in der menschlichen Natur und in des Menschen Verhältnissen zur Welt gegründet sind, beurtheilen: so kann man nicht anders als mit Unwillen an die harten Aeusserungen denken, welche sich so Viele über den Punct wider die französische Nationalversammlung erlaubt haben. Auf den Umstand, daß der König alle Decrete der Nationalversammlung sanctionirt und mehrmal es erklärt hat, daß er an der Spitze der Revolution stehe, sie gut heiße und dem Volk die Befolgung der Gesetze zur Pflicht mache, will ich nicht einmal ein großes Gewicht legen. Wenn man hier sagen sollte, daß der König nicht hinlängliche Selbstständigkeit und Kraft des Geistes hätte, um selbst nach eigener Erkenntniß des Guten in allem sich bestimmen zu können: so könnte ich nicht mit Kenntniß der Sache dawider reden. Behauptete man aber, daß man deswegen das, was der König in der Sache gethan und gesagt hat, als ein Werk des Zwangs und der dräuenden Umstände ansehen müßte, weil ein König von gehöriger Geisteskraft nie mit gutem Willen seine Macht so einschränken lassen würde: so könnte ich diesen Grund nicht gelten lassen. Ein König vom ersten Range in Ansehung der Erkenntniß und der Seelengröße, würde nicht allein das Verfahren der Nationalversammlung genehmigen, sondern selbst ihr zur Pflicht machen können. Er würde, wenn er auch sich alle Fähigkeit und das eifrige Bestreben beylegen könnte, den Staat aufs beste zu regieren, dennoch den Besitz einer solchen Macht für eine dem Wohl des Volks gefährliche Macht in den Händen der Successoren, so wie man sich selbige der Mittelzahl nach an menschlichen Vollkommenheiten denken kann, ansehen und denken können, daß die gesetzgebende Macht und die das Eigenthum und das Leben der Staatsbürger so wesentlich betreffende Macht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen, den Repräsentanten eines Volks, das eine so große Anzahl einsichtsvoller und in Geschäften geübter Männer hat, der Regcl nach, mit weit mehrer Sicherheit für das Wohl des Staats anvertrauet werden könnte, als einem König und seinen

G



Ministern. Erfahrung hätte es einen so groß denkenden König schon genug gelehrt, daß Könige und ihre Minister sich im Durchschnitt das wahre Wohl des Volks nur zu wenig haben am Herzen liegen lassen, und daß das Vermögen des Staats gewöhnlich auf die allernstößigste Art ein Raub der schändlichsten Wollust und Verschwendung bisdahin geworden war. Auch lehrt es überhaupt die Geschichte der Welt, daß Fürsten und Minister, die ihre Macht erschlichen und erpreßt haben, weit weniger von Liebe zum Volk durchdrungen sind, als Fürsten, denen ein Volk aus Zutraun ihre Macht übertragen hat. Ist ein Regent gewissenhaft genug, um die Verantwortlichkeit gehörig zu beherzigen, welche mit der durch die Regierung bewirkten Bestimmung des Wohls und des Wehs von einem aus fünf bis sechs und zwanzig Millionen Menschen bestehenden Volke verbunden ist: so wird er auch jene Verantwortlichkeit nicht ohne Zittern allein übernehmen können, sondern sie vielmehr weissen Repräsentanten des Volks mit überlassen. Ist einem Regenten eine weise Anwendung der Macht wichtiger als der Besitz des schrecklichen Vermögens, willkürlich zu herrschen, welches bey einem Regenten von einem großen und göttlichen Charakter der Fall seyn muß: so wird er auch für den lebhaftesten Thätigkeitstrieb, und für das höchste Maass der Geisteskraft, und für die größten Talente in einen weissen Gebrauch der executiven Macht in Frankreich, mehr als hinlängliche Befriedigung finden. Daß die Franzosen aber vortrefliche Volksrepräsentanten für alle Fächer von Staatskenntnissen bis zu Tausenden haben, kann ein Mann, der seine Ehre vom richtigen Denken über wichtige Dinge, und von einem günstigen Urtheil denkender und alles weise abwägender Menschen vorzüglich abhängen läßt, und der die Arbeiten der französischen Nationalversammlung beständig mit seinen Beobachtungen begleitet hat, nicht zu leugnen wagen. Die vortreflichsten Bücher, welche ich durchstudirt habe, haben wenigstens meinem bloß nach dem, was wahr, recht und gut ist, hinstrebenden und in diesen Bemühungen so viele Jahre redlich fortschreitenden Geiste, nicht so viele Nahrung seit vielen Jahren gegeben, als die bisher in der Nationalversammlung vorgefallenen Arbeiten und Unter-

fuchungen, und als die Decrete, welche durch die so viele Mäßigung mit sich führende Stimmenmehrheit festgesetzt ist. Ich finde in dem Ganzen ein Werk der Geisteskraft, der Erkenntniss und eines festen Sinns*) für Volksglückseligkeit, an welche ich nicht ohne Staunen und ohne Freude, daß so Etwas durch das menschliche Geschlecht hat hervorgebracht werden sollen, gedenken kann. In allem findet man zugleich einen Charakter eines auffallenden Menschenadels. So gefährlich auch eine uneingeschränkte Pressfreyheit bey dem Gebrauch war, den die nach dem alten Despotismus, nach den Gütern des Volks und nach der dadurch zu bewirkenden Fortsetzung ihres schwelgenden wollüstigen Lebens sich hinsehnenden Feinde**) einer guten Reichsconstitution davon machten: so wollten sie selbige doch selbst in der Zeit der ersten Krise sogleich Statt finden lassen. Auch wollten sie sich den Auswanderungen, die so leicht gefährlich

*) Man braucht nicht sehr scharfsichtig zu seyn, um in den sonst von so vielem Verstande und von so vielen Kenntnissen zeugenden Reden von Maury und Cazales doch vielmehr eine auf Herrschaft und aristokratische Gewalt, als auf Volksglückseligkeit gerichtete Absicht wahrzunehmen.

**) Man kann überhaupt kaum anders, als mit einem hohen Grade des Unwillens an alle diejenigen denken, die der Nationalversammlung entgegen gearbeitet haben. Hätten sie auch aufrichtig geglaubt, daß ein höherer Grad der Königlichen Macht für das Wohl des Volks nothwendig und nützlich wäre: so hätten sie doch den Gedanken, den Arbeiten der Nationalversammlung schändliche Schriften, fürchterliche Gährungen, Anarchie und bürgerliche Kriege entgegenzusetzen, verabscheuen müssen, wenn ihnen des Volks Glückseligkeit wichtig gewesen wäre. Und wie viele giebt es nicht wohl unter Selbigen, die kein Bedenken trügen, auf eine gänzlich zerrüttete Volksglückseligkeit die despotische Macht des Regenten und seiner Bedienten wieder aufzubauen!

Zu den Widersachern der Nationalversammlung hat sich am Ende auch der Abt Raynal hinzugesellt. Dessen Sendschreiben an jene Versammlung ist aber auf eine sehr gründliche und zugleich edelmüthige Art von Chenier beantwortet und widerlegt. Dieser zeigt aufs einleuchtendste, daß, wenn die Nationalversammlung sich nach Raynals Schriften gerichtet hätte, sie in der Staatsreform viel weiter hätte gehen müssen, und daß Raynal in seinen Aufserungen weit von der Mäßigung und von der alles weise abwiegenden Ueberlegung, die man in den Decreten der Nationalversammlung und in den darauf sich beziehenden Vorträgen findet, entfernt geblieben ist. Man sieht es nur zu sehr, daß Raynals Urtheil ganz

werden konnten, nicht widersetzen. Sie unterfügten sich ebenfalls sogleich die Entsiegelung der Briefe, die sich die Politik der Fürsten hie und da so leicht und so leichtsinniger Weise erlaubt. Sie schützten die gefährlichsten und bösesten Feinde ihrer Arbeiten so weit, als es immer geschehen kann, gegen Gewaltthatigkeiten. Endlich beschloffen sie, um aufer allem Verdacht des Strebens zu einer immer fortgesetzten Gesetzgebungsmacht zu seyn, auf eine höchst edle Art, daß kein Mitglied der Legislatur zu Ministerstellen in den nächsten Jahren sollte gelangen, und kein Mitglied der itzigen Nationalversammlung zur zweyten Legislatur sollte wieder gewählt werden können, ob es jedem gleich einleuchten mußte, daß es in den ersten Jahren von großem Nutzen für den Staat gewesen wäre, wenn mit einem Theil der itzigen Nationalversammlung schon ein hoher Grad von Ausübungsfertigkeit mit in die neue Legislatur hineingeleitet wäre. *) Endlich bin ich, wie von meiner Existenz,

anders würde ausgefallen seyn, wenn er in seinem besten männlichen Alter selbst mit an den Arbeiten der Nationalversammlung Theil genommen hätte. Ueberhaupt sieht man diesem letzten Sendschreiben sowohl, als den sonst so herrliche Wahrheiten enthaltenden Schriften Raynals es nur zu sehr an, daß dieser Mann mehr durch persönliche Ruhmsucht, als durch eine feste Anhänglichkeit an Wahrheit, Recht und Menschenglückseligkeit bey allem seinem Denken geleitet ist.

- *) Man wird kein Beyspiel finden, daß je eine selbst schon festgegründete aristokratische Macht nach solchen Ideen des Edelmuths und des Zutrauens zu der Güte ihrer Sache gehandelt hätte. Wenn indessen aus jener Art zu handeln gleich erhellt, daß die Majorität der Nationalversammlung den glücklichen Erfolg ihrer Arbeiten fast allein der Güte ihrer Sache zu verdanken haben will: so ist es doch noch vielleicht nicht ausgemacht, daß man bey den ersten mit so grossen Staatsveränderungen verbundenen starken Erschütterungen sogleich alle die Freyheiten der Presse, des Auswanderns mit seinem Vermögen, u. s. w. Statt finden lassen könne, und müsse, die in Zeiten der Ruhe und eines völlig wieder aufgeführten Staatsgebäudes Statt finden können und müssen, wie heilsam auch jene Veränderung für den Staat seyn möge. Wenn ein Haus niedgerissen wird: so ist man so lange übel in Ansehung der Wohnung daran, bis das neue Gebäude bewohnbar ist. Wer dann noch dazu nicht die Vortheile des neu aufzuführenden Gebäudes sich gehörig vorstellen kann, der kann leicht in der Idee, die er davon faßt, fehlen oder leicht einem glauben,

davon überzeugt, daß selbst die unterste Volksklasse zur gehörigen Einsicht in den Zusammenhang, worin die Privatglückseligkeit mit dem Wohl des ganzen Staats steht, gelangen könne, und daß dann eine Constitution, worin alles so sehr in Beziehung auf einen solchen Zusammenhang gesetzt ist, und worin man alle positiven Gesetze so sorgfältig mit Grundsätzen des Naturrechts in Harmonie zu bringen gesucht hat, fest und dauerhaft seyn und eine reiche Fülle des Segens und der Glückseligkeit über ein Volk bringen werde, dem die Vorsehung den schönsten Theil des Erdbodens eingeräumt hat. Indem ich dies erkenne und freymüthig sage: so leuchtet es mir dabey doch immer ein, daß es höchst gefährlich für ein Volk ist, auf dem Weg einer solchen, so wenig thätig vom König geleiteten, Revolution, nach einer gleichen Constitution hinzustreben; daß auch nur sehr wenige Völker mit den Franzosen in einem Fall seyn durften, und daß jeder gute Mensch sehnlich wünschen müsse, es möchten diejenigen, in deren Händen die Regierungsmacht ist, selbst edelmüthig genug seyn, um die Völker eine vortreffliche Constitution erhalten zu lassen, und dabey selbst die Hauptrolle zu spielen, wie dies nun in so hohem Grade in Pohlen geschehen ist, wobey man die Rücksicht auf Frankreichs Gesetzgeber nicht verkennen kann.

VII.

Vom Einfluß metaphysischer Kenntnisse in die menschlichen Lebenseinrichtungen.

Wenn man an die Art, wie über den Werth der metaphysischen Studien geurtheilt wird, denkt: so ist es zweifelhaft, ob man mit mehrerm Schmerz an diejenigen, welche jene Studien nicht

der das neu aufzuführende Gebäude mit vieler Schlaueit in einem falschen Licht erscheinen läßt. Einer solchen Irrleitung mußte ein sehr großer Theil der Franzosen nothwendig unterworfen seyn, wie sehr auch gewisse allgemeine Begriffe von einem guten Staatsgebäude durch alle Volksklassen verbreitet seyn mochten.

genug oder gar nicht treiben, und sie daher verachten, oder mit mehrerm Unwillen an diejenigen denken soll, welche jene Studien auf eine unvernünftige Art treiben und darin über die Gränzen der menschlichen Fähigkeit hinausgehen. Durch beydes wird das Publicum auf eine gleich gefährliche Art veranlaßt, den Werth der metaphysischen Studien zu verkennen. Nur zu viele Metaphysiker vergessen bey ihrem Denken über abstracte Begriffe die wesentliche Bestimmung aller menschlichen Kenntnisse, nämlich die Vortheile, die wir im gesellschaftlichen Geschäftsleben und im Privatleben davon ziehen sollen. Freylich darf man auch denken, um zu denken und so zu allerley Begriffen und Gedanken zu gelangen, und die, aus dem Denken unmittelbar entspringende, Glückseligkeit zu genießen. Der mit der Erkenntniskraft wesentlich verbundene Trieb, Kenntnisse zu suchen, rechtfertigt dieß. Allein man erkennt es doch bald, daß, weil wir wesentlich bestimmt sind, auf die Welt zu wirken und von der Welt Einwirkungen zu erfahren, selbst jener Trieb wesentlich auf den Dienst abzielt, den am Ende das thätige Leben von der erworbenen Kenntniß erhalten soll. Der Mensch muß also bey der Erkenntniß immer an das dadurch zu lenkende Willens- und Gefinnungssystem und das hiemit sich verbindende thätige Leben denken. Ein guter Theil der Metaphysiker hat aber bey seinen Denkarbeiten diese Bestimmung der Erkenntniß aus der Acht gelassen und hat unvermerkter Weise das Denken und Speculiren bloß wegen der mit dem Denken verbundenen Befriedigung des Erkenntnistriebes geliebt. Daher hat der abstracte Denker oft vorzüglich sich mit dem beschäftigt, dessen Werth nur in dem Einfluß besteht, den es am Ende in Kenntnisse haben kann, welche sich aufs thätige Leben beziehen, oder, was noch schlimmer ist, mit dem, was über das menschliche absolute oder relative Denkvermögen hinausgeht. Im letztern Fall ist es natürlich, daß der Mensch in Schimären und Irrthümer mancherley Art hineingeräth. Indem Geschäftsmänner die scheinbare gänzliche Unfruchtbarkeit des Erfern und die aus Letzterm entspringenden Wirkungen der Zweifelsucht, des eitlen Schwärmens, der widersprechenden Behauptungen und der oft auffallenden Ungereimtheiten

Wahrgenommen haben: so sind sie veranlaßt worden, beyde Mängel des metaphysischen Denkens, als wesentliche Eigenschaften der Metaphysik, anzusehn. Das metaphysische Denken ist indeß in der Hinsicht nicht mehr schuldig, als irgend eine Erkenntniß, irgend eine Erfindung, irgend ein menschliches Werk an dem Mißbrauch Schuld ist, den man davon machen kann. Das Feuer ist und bleibt ein höchst nutzbares Element, wenn gleich aus Verfehn oder aus Bosheit viel Böses dadurch gestiftet werden kann und oft gestiftet wird.

Es scheint in unsern Tagen höchst nöthig zu seyn, den Werth der Metaphysik gehörig ins Licht zu setzen. Denn indem auf der einen Seite die Gelehrten mit Anstrengung in diesem Fach arbeiten, um zu versuchen, wie weit die wissenschaftlichen Kenntnisse dadurch zu mehererer Vollkummheit möchten erhöht werden können: so sucht man auf der andern Seite die Metaphysik in ein nachtheiliges Licht zu setzen und sie mit Grillenfängerey, mit Schwärmerey und äußerst ungewissen und fürs menschliche Gesellschaftsleben unanwendbaren Kenntnissen für eins und dasselbe zu halten.

Es ist hier meine Absicht nicht, eine umständliche Abhandlung über diese Materie zu liefern, sondern nur etwas wenigens über ihren Sinn und über die Anwendbarkeit und selbst Unentbehrlichkeit metaphysischer Kenntnisse zu sagen.

Unter metaphysischen Kenntnissen versteht man, wenn man an den ausgedehnten Sinn des Worts denkt, alle Begriffe und Gedanken, die aus den zu allen Zeiten und an allen Orten übereinstimmenden Erscheinungen und aus den darin gegründeten anschaulichen Vorstellungen durch Vergleichen und Absonderungen hergebracht werden. Das, was in jedem Fach der Kenntnisse, zum Wesen der Dinge gerechnet wird, die darauf sich beziehenden Begriffe, Erklärungen und Grundsätze, und der daraus hergeleiteten Folgerungen sind also metaphysische Kenntnisse. Alle Grundbegriffe der Mathematik, der Physik, der Staatswissenschaft und jeder Wissenschaft und Kunst sind also metaphysische Begriffe. Alle sind abstrahirt aus den allgemeinen Wirkungen der in der Materie enthaltenen oder der aus der Zusammensetzung entspringenden

Kräfte der Dinge. Wenn man dasjenige ausnimmt, das noch nicht genug hat beobachtet, oder dazu noch nicht hinlänglich viele einzelne Beyspiele haben gesammelt werden können: so setzt man in die Richtigkeit und Gewisheit jener Begriffe keinen Zweifel. Selbst in der Arzeneykunde verkennt ein gründlicher Denker den Werth der Grundsätze nicht, wenn das Uebel der Krankheit gleich im Körper versteckt liegt, wenn die Zeichen der Uebel, die äußerlich wahrgenommen werden, gleich häufig trügen, und wenn man gleich auch zu einem Uebel eine ganz verschiedene Ursache denken kann. Der wissenschaftliche Denker unter den Aerzten, hat demnach immer einen sehr grossen Vorzug vor dem bloßen Empiriker, der seine Kenntnisse nicht unter allgemeine Begriffe und Grundsätze bringt und nicht in ein System zusammen ordnet. Wie zahlreich auch die Fälle sind, worin man bey Annehmung einer bestimmten Krankheit und gewisser Arzeneymittel nur zu Wahrscheinlichkeiten kommen kann: so ist doch bey einem gründlich gelehrten Arzt die Anzahl jener Fälle viel geringer, als bey sehr geschickten Wundärzten, die mit dem grössten Fleiss und mit vieler Beurtheilungskraft alle ihre Erfahrungen gemacht haben.

Im eingeschränkten und besonders technischen Sinn genommen bedeutet Metaphysik das System der höchsten Begriffe und Principien, unter welchen die Grundbegriffe und Principien aller besondern Wissenschaften und Künste enthalten sind.

Weis der Mensch sich in seinem Forschen nach Erkenntniss bescheidner Weise auf das einzuschränken, was seine Erkenntnisfähigkeit nicht übertrifft: so wird er bey der Verallgemeinerung der speciellen wissenschaftlichen Grundbegriffe sich erstlich nur an diejenigen Grundbegriffe halten, deren Wahrheit und Allgemeinheit allgemein anerkannt ist und durch alle Erscheinungen einzelner Dinge und Fälle bestätigt wird. Dann wird er mit Vorsichtigkeit die verschiedenen speciellen Grundbegriffe mit einander vergleichen, deren Differenz absondern, und das, was sie sicher mit einander gemein haben, nur als einen höhern metaphysischen Begriff festsetzen. Geht er zu höhern Begriffen hinauf: so hat er es schon mit Vergleichen solcher Begriffe zu thun, die vorzugsweise

metaphysisch genannt werden. Der vorsichtige Denker wird hier nun sich hüten weiter hinauf zu gehen, als ihn festgefasste Begriffe nach ihren eigenthümlichen und gemeinschaftlichen Eigenschaften leiten. Zu kühne und stolze Denker verfolgen aber dieses Generalisiren weiter und fallen daher nur zu leicht in Schimären, die man metaphysische Grillen zu nennen pflegt, und womit so Viele gerne das ganze sonst so große System der Wesenlehre haben in eine Klasse setzen wollen.

Will der Mensch jene Schimären bey seinen Abstractionsarbeiten vermeiden: so muß er bey der Metaphysik es machen, wie man es bey allen andern Wissenschaften macht. Man prüft sie nämlich durch Anwendung auf die wirkliche Welt. Sind die hohen allgemeinen Begriffe wahr: so müssen sie und die wirkliche Welt nicht in Widerspruch mit einander gerathen. Ferner sollte auch der erhabenste Metaphysiker nie zu stolz seyn, um sein metaphysisches System nicht immer mit der gemeinen Metaphysik des Lebens zu vergleichen. Er muß bescheiden genug seyn, um in sein System ein Mistraun zu setzen, wenn der gesunde Verstand nicht seinen metaphysischen Begriff wenigstens dunkel wahrgenommen hat, und wenn gute, unverdorbne, kultivirte Menschen sich nicht darnach richten. Zwar können gewisse allgemeine Begriffe aus Beobachtungen und Erfahrungen abstrahirt seyn, zu denen man nur durch Versuche der Kunst hingeführt wird; allein wenn dies auch der Fall ist: so treten doch die Begriffe die aus den durch künstliche Versuche erhaltenen Erfahrungen hergeleitet werden, nie mit sonstigen wahren Grundbegriffen in Widerspruch. Die Philosophie des Lebens giebt also selbst für den metaphysischen Denker einen Prüfungsstein der Wahrheit ab. Wer kann auch ein Mistraun in die Wahrheit und Gewissheit dessen setzen, was man in der Ontologie über die höchsten Principien des Widerspruchs und des hinreichenden Grundes, über die Grunderfordernisse des Wesens der Dinge nach ihrer Möglichkeit und Wirklichkeit, über die primitiven und derivativen Eigenschaften des Wesens der Dinge, über die Harmonie, die sich zwischen dem höchsten Begriff, dem untergeordneten Begriffe und den einzelnen existirenden Dingen findet, über

die damit bestehbaren Differenzen in Arten und Unterarten, und über die ebenfalls damit bestehbaren unzählich verschiedenen Determinationen einzelner existirender Dinge und Ereignisse annimmt. Es giebt also sichere Wahrheit in der Metaphysik, wenn der Mensch nicht über die menschliche Denksphäre hinausgeht.

Es ist sehr merkwürdig, daß die Feinde der Metaphysik die Richtigkeit der metaphysischen Grundbegriffe und die Wahrheit des ontologischen Systems fast nie angreifen, wenn sie in der Mechanik, in der Naturgeschichte, in der Chymie in der Physiologie, in der Arzeneykunde und in der Mathematik und Physik überhaupt vorkommen und angewandt werden. Auch schmält man da nicht leicht auf metaphysische Kenntnisse. Noch mehr merkwürdig ist es, daß man dann erst anfängt die metaphysischen Grundbegriffe für unnütze und unsichere Ideenbildungen auszugeben, wenn jene Grundbegriffe gebraucht werden um der Herrschsucht, dem Despotismus und dem Eigennutz der Menschen und besonders der mächtigen und regierenden Menschen entgegen zu wirken. Thut man das bloß durch Unterricht in den Schulen und dringt man nur nicht darauf, daß nach den erkannten Wahrheiten solle gehandelt werden: so läßt man das noch hingehen, ja man läßt es wohl selbst geschehen, daß die denkende Welt die dem Despotismus entgegenstehenden Grundsätze fest annehme. Die Gewaltigen der Erde denken dann oft: mögen die Menschen doch denken, was sie wollen, wenn wir nur immer ungehindert das Gegentheil thun und ihrer Lehren lachen können. Wenn ein rechtschaffner Denker gegen solcher Gewaltigen Geschäftsmänner zuweilen klagt, daß regierende Personen so wenig Grundbegriffen des Naturrechts, die sonnenklar aus den wesentlichen Einrichtungen der Welt abstrahirt sind, gemäß handeln: so pflegen diese wohl zu der Einfalt des rechtschaffnen Mannes zu lächeln und sich zu wundern, daß er glaube, jene Grundbegriffe wären auch von Regenten und ihren Ministern zu befolgen. Sie pflegen wohl zu sagen, daß dergleichen Theorie zwar wahr, aber nicht im gesellschaftlichen Leben zur Anwendung gebracht werden könne. Allein warum sollte sie nicht eben sowohl zur Anwendung gebracht werden können, als

Eulers Theorie bey der Schiffsbaukunst, und *Tetens* Theorie bey dem Deichbau und bey Witwencaffen, wenn viele Mächtige der Erde durch Stolz, Eigennutz und Herrschsucht nicht bewogen würden selbst mit der Geburt Klassenabtheilungen unter den Menschen zu verbinden, dadurch den Saamen zu Spaltungen auszustreuen und auf alle Art und Weise einer vortrefflichen Staatsorganisation entgegen zu arbeiten. Wie in der am stärksten zusammengesetzten Maschine die allgemeinen Gesetze der Mechanik zur Anwendung gebracht werden können: so werden die Urheber einer Staatsconstitution auch durch treue Anhänglichkeit ans Naturrecht die vortrefflichste Staatsorganisation zu Stande bringen können. Mit Unrecht sagt man dagegen, daß in hohen abstracten Principien der Grundbegriffe des Naturrechts in Vergleichung mit der individuellen Bestimmung, die sie in der Anwendung annehmen müssen, nur Halbwahrheiten enthalten sind. Das ist auch der Fall bey allen Grundbegriffen der Mathematik und der Physik. Darum haben sie nicht einen minder hohen Werth. Der auf eine individuelle Ausführung hinarbeitende Meister wird doch durch jene Begriffe und Principien auf dem Wege der guten Ausführung heilsam erhalten. Denn er weis es, daß er, was er auch in der individuellen Ausführung hinzusetzt und hinzusetzen muß, doch nie mit gedachten Principien in Widerspruch treten dürfe. So mußten auch die Gesetzgeber Frankreichs nicht mit den vorausgeschickten Grundsätzen des Naturrechts in Widerspruch treten, sondern sie bey allen Decreten vor Augen haben. Man schimpft itzt so häufig auf jene vorausgeschickten Menschenrechte. Warum widerlegt man sie nicht lieber auf eine gründliche Art? Wie traurig ist es, daß nun, da eine Nation daran arbeitet, solche Grundsätze zur Anwendung zu bringen, man sich nicht einmal damit begnügt, deren Anwendbarkeit zu bestreiten und deren theoretische Wahrheit dabey zu respectiren, wie es sonst geschah, sondern daß man nun selbst es zu seinem Geschäft macht, deren Wahrheit und Gewissheit ins Reich der Schimären zu verweisen! Freylich muß man letzters auch thun, wenn man mit glücklichem Erfolg wider die Anwendung solcher Principien und Grundbegriffe kämpfen will. Denn die Zahl der Denker ist doch groß, die es

wohl wissen, daß richtige Theorie und richtige Praxis mit einander immer Hand in Hand gehen und daß bey jedem sich ereignenden Widerspruch zwischen beyden die Theorie oder die Praxis falsch oder mangelhaft ist.

VIII.

Die Französische Constitution,
dem König von der Nationalversammlung den 3 Sept. 1791 vorgelegt,
Erklärung der Rechte des Menschen und
des Staatsbürgers.

Nachdem die zur Nationalversammlung niedergesetzten Repräsentanten des französischen Volks erwogen haben, daß die Unwissenheit, die Vergeßung oder die Verachtung der Rechte des Menschen die einzigen Ursachen der öffentlichen Uebel und der Verdorbenheit der Regierungen sind: *) so haben sie beschloßen, in einer feyerlichen Erklärung

*) Wie weit es mit dieser Verdorbenheit in Frankreich gegangen ist, davon bekommt man einen Begriff, wenn man die Memoiren liest, welche sich auf die Zeiten Ludwigs des Vierzehnten, der Regentschaft unterm Herzog von Orleans, Ludwigs des Funfzehnten und Ludwigs des Sechzehnten beziehen. Jeder guter Regent und jeder guter Minister muß, wie jeder andrer guter Mensch, bey Erwägung solcher Gräuel daher nothwendig mit Schaudern daran denken, daß das Schicksal ganzer Staaten von der bloßen Willensmacht der verdorbensten und der irreligiösesten Mitglieder des menschlichen Geschlechts soll abhängen können; daß durch eine solche Willensmacht selbst eine Scheidewand zwischen dem Interesse der Völker und der Regenten gezogen wird; daß aus einer solchen Macht natürlicher Weise jede Verdorbenheit und eine zügellose Irreligiösität entspringen muß und daß Druck und Elend der Völker nicht anders, als herrschende Uebel dieser Welt seyn können. Und doch sollte es nicht nöthig seyn, daß Rechtsgrundsätze der Natur, deren Wahrheit die Lebensphilosophie, dieses Werk aller Erfahrungen und der Vernunft aller Zeiten, sowohl, als die Philosophie der Gelehrsamkeit anerkannt hat, den Gesetzgebern vor Augen gestellt würden und daß man es ihnen zur Pflicht machte, sich bey Abfassung ihrer positiven Gesetze nicht von jenen Rechtsprincipien zu entfernen? Soll sogar die

die natürlichen, unveräußerlichen und geheiligten Rechte des Menschen darzustellen, damit diese Erklärung allen Mitgliedern des gesellschaftlichen Körpers unablässig gegenwärtig sey und sie unaufhörlich an ihre Rechte und Pflichten erinnere; damit die Handlungen der gesetzgebenden Macht und die Handlungen der ausführenden Macht, indem sie in jedem Augenblick mit dem Endzwecke jeder politischen Verfassung verglichen werden können, daher mehrere Achtung erhalten, und damit die Ansprüche der Staatsbürger, als solche, die von nun an auf einfache und unbestreitbare Grundbegriffe gegründet sind, immer zur Behauptung der Constitution und zum Wohl aller dienen mögen.

Die Nationalversammlung erkennt und erklärt dem zufolge in Gegenwart und unter der Obhut des höchsten Wesens die folgenden Rechte des Menschen und des Bürgers. *)

aus dem Bewußtseyn, daß der Nation diese Punkte des gesellschaftlichen Vertrags bekannt seyn, und daß regierende Personen, je nachdem sie sich daran halten oder davon entfernen, im Licht der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit erscheinen müssen, entspringende heilsame Scheu nicht einmal despotischen Dispositionen und der Verdorbenheit der Machtinhaber entgegen wirken dürfen?

- *) Vor der Annahme der hier im Text befindlichen Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers, war es eine Weile zweifelhaft, ob nicht der vom Abt Sieyes im Constitutionsausschuß vorgelesene Entwurf dazu bestimmt werden dürfte. Weil auch hernach es noch Manche gegeben hat, welche diesem Entwurf den Vorzug vor dem wirklich angenommenen gegeben haben: so wird es den Lesern gewiß nicht unangenehm seyn, wenn ich jenen Entwurf hier unterm Text zugleich in der Uebersetzung mittheile.
- Erster Artikel. Jede Gesellschaft kann nur das freye Werk eines unter den Gesellschaftsmitgliedern getroffenen Vereinbarung seyn.
- II. Der Gegenstand einer jeden politischen Gesellschaft kann nur das höchste Wohl Aller seyn.
- III. Jeder Mensch ist allein Eigenthümer seiner Person und dieses Eigenthum ist unveräußerlich.
- IV. Jeder Mensch ist frey in der Ausübung eines jeden persönlichen Vermögens unter der einzigen Bedingung, daß er Andrer Rechten nicht schade.
- V. Also ist Niemand verantwortlich wegen seiner Gedanken und Gesinnungen. Jeder Mensch hat das Recht zu reden und zu schweigen. Keine Art, seine Gedanken und seine Gesinnungen mitzutheilen, muß irgend einem untersagt seyn, und besonders steht es jedem frey, das, was ihm gut deucht,

Erster Artikel. Die Menschen werden frey und gleich den Rechten nach gebohren und bleiben es. Die gesellschaftlichen Unterscheidungen können nur im gemeinen Besten gegründet seyn.

zu drucken und drucken zu lassen, immer unter der einzigen Bedingung, daß er Andrer Rechten nicht zu nahe trete. Jeder Schriftsteller kann endlich seine Werke verkaufen oder verkaufen lassen, und er kann sie vermittelt der Post oder jedes andern Mittels in Umlauf erhalten, ohne einen Misbrauch dieses Vertrauens fürchten zu dürfen. Alle Briefe insonderheit müssen für alle Personen, durch deren Hände sie gehen, zwischen dem, der schreibt und zwischen dem, an welchen er schreibt, heilig seyn.

- VI. Jedem Menschen steht es ebenfalls frey, seine Arme, seinen Kunstfleiß und seine Capitalien, so wie er es gut und nützlich findet, anzuwenden. Keine Art der Arbeit ist ihm untersagt. Er kann verarbeiten und hervorbringen, was ihm gefällt und wie es ihm gefällt. Er kann aufbehalten oder versenden nach seinem Belieben jede Waare und sie in Quantitäten oder einzeln verkaufen. In diesen verschiedenen Beschäftigungen darf keine Privatperson und keine Gesellschaft ihm Hindernisse in den Weg legen, vielweniger ihn davon abhalten. Das Gesetz kann allein die Schranken angeben, welche dieser, wie jeder Freyheit, zu setzen sind.
- VII. Jeder Mensch ist gleichfalls Herr seines Gehens und Bleibens, seines Kommens oder Weggehens und selbst des Herausgehens aus dem Reiche oder des Zurückkommens, wann und wie es ihm gut deucht.
- VIII. Endlich kommt jedem das Recht zu, über sein Vermögen und sein Eigenthum zu schalten und zu walten, und seine Ausgaben zu bestimmen, wie er es gut findet.
- IX. Die Freyheit, das Eigenthum und die Sicherheit der Bürger, müssen unterm Schutz einer über jede Verletzung erhabenen gesellschaftlichen Sicherstellung stehen.
- X. Dem Gesetz muß also eine Macht zu Gebote stehen, welche diejenigen bloßen Bürger im Zaum halten kann, die sich erkühnen möchten die Rechte eines Andern anzugreifen.
- XI. Alle diejenigen also, die bevollmächtigt sind, die Gesetze zur Vollziehung zu bringen und alle diejenigen, welche irgend einen andern Theil des öffentlichen Ansehens und der öffentlichen Macht handhaben, müssen unvermögend seyn, verbrecherischer Weise der Freyheit der Bürger zu nahe zu treten.
- XII. Die innere Ordnung muß also dergestalt durch eine innre und gesetzmäßige Gewalt festgesetzt und gehandhabt werden, daß man nie nöthig habe, die gefährliche Hülfe der militairischen Macht zu verlangen.
- XIII. Die militairische Macht ist nur eingesetzt, ist nur da und muß nur thätig seyn nach der Ordnung äußerer politischer Verhältnisse. Der Soldat

II. Der Endzweck einer jeden politischen Verbindung ist die Erhaltung der natürlichen und unverjährbaren Rechte des Menschen. Diese Rechte sind die Freyheit, das Eigenthum, die Sicherheit und der Widerstand wider Unterdrückung.

darf also nicht wider den Bürger gebraucht werden. Er kann nur wider den auswärtigen Feind gebraucht werden. *)

- XIV.** Jeder Bürger ist dem Gesetz auf gleiche Art unterworfen und keiner darf einem andern Ansehen, als dem Ansehn der Gesetze, gehorchen.
- XV.** Das Gesetz hat nur das gemeinschaftliche Beste zum Gegenstande. Es kann keinem irgend ein Privilegium bewilligen, und wenn Privilegien entstanden sind, so müssen sie sogleich abgeschafft werden, wie sie auch entsprungen seyn mögen.
- XVI.** Wenn die Menschen nicht den Mitteln, das ist, den Reichthümern, dem Geist der Stärke nach, u. s. w. gleich sind: so folgt daraus nicht, daß sie nicht den Rechten nach gleich seyn. Vor dem Gesetz gilt ein Mensch so viel, als der andere. Es beschützt Alle ohne Ausnahme.
- XVII.** Kein Mensch ist freyer, als ein anderer. Kein Mensch hat mehr Recht zu seinem Eigenthum, als ein anderer zu dem Seinigen hat. Alle müssen einer gleichen Garantie und einer gleichen Sicherheit genießsen.
- XVIII.** Da das Gesetz alle Bürger auf eine gleiche Weise unter Verbindlichkeiten setzt: so muß es auch Strafbare auf gleiche Art strafen.
- XIX.** Jeder im Namen des Gesetzes vorgeladener oder ergriffener Bürger muß sogleich gehorchen. Er macht sich durch Widersetzlichkeit strafbar.
- XX.** Keiner darf anders vor Gericht gefordert, inhaftirt oder eingekerkert werden, als in vorhergesehenen Fällen und nach der durchs Gesetz bestimmten Form.
- XXI.** Jeder willkürlicher oder gesetzwidriger Befehl ist null und nichtig. Derjenige oder diejenigen, welche ihn verlangt oder unterzeichnet haben, und diejenigen, welche ihn überbringen, welche ihn vollziehen oder vollziehen lassen, sind strafbar. Alle müssen gestraft werden.
- XXII.** Die Bürger, wider welche dergleichen Befehle erschlichen sind, haben das Recht, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.
- XXIII.** Jeder Bürger hat auf die schleunigste Gerechtigkeit Anspruch zu machen, sowohl für seine Person, als für sein Vermögen.
- XXIV.** Jeder Bürger hat ein Recht zu den gemeinschaftlichen Vortheilen, welche aus dem gesellschaftlichen Zustande entspringen können.
- XXV.** Jeder Bürger, der unvermögend ist für seine Bedürfnisse zu sorgen, hat Recht zur Hülfe seiner Mitbürger.

*) Der Verfasser nennt nämlich diejenigen, die zur Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung gebraucht werden, nicht Soldaten.

- III. Der Ursprung aller Souverainität findet sich wesentlich in der Nation. Keine Körperschaft, kein Einzelner kann eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich davon ausgeht.
- IV. Die Freyheit besteht in dem Vermögen, alles zu thun, was keinem schadet. Also die Ausübung der natürlichen Rechte eines jeden Menschen hat keine Schranken, als diejenigen, die andern Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß eben dieser Rechte zusichern. Diese Gränzen können nicht anders, als durch das Gesetz bestimmt werden.
- V. Das Gesetz hat nur das Recht Handlungen zu verbiethen, die der Gesellschaft schädlich sind. Alles, was nicht durch das Gesetz verboten ist, kann nicht verhindert werden, und keiner kann gezwungen werden das zu thun, was es nicht verordnet.
- VI. Das Gesetz ist der Ausdruck des allgemeinen Willens. Alle Bürger haben das Recht persönlich oder durch ihre Repräsen-

- XXVI. Das Gesetz kann nur der Ausdruck des allgemeinen Willens seyn. Bey einem grossen Volk muß es das Werk eines Corps von Repräsentanten seyn, die auf eine kurze Zeit gewählt werden, mittelbar oder unmittelbar von allen Bürgern, die in dem Besitz eines Vermögens Theil am gemeinen Besten nehmen. Diese beyden Eigenschaften müssen ausdrücklich und klar durch die Constitution bestimmt werden.
- XXVII. Keiner ist verbunden Steuern zu entrichten, wenn sie nicht frey von den Repräsentanten der Nation bewilligt sind.
- XXVIII. Jede öffentliche Macht kömmt vom Volk und hat nur das Interesse des Volks zum Gegenstande.
- XXIX. Die Festsetzung öffentlicher Mächte muß so beschaffen seyn, daß sie immer thätig, immer geschickt sind ihre Bestimmung zu erfüllen und sich niemals vom gesellschaftlichen Interesse entfernen können.
- XXX. Ein öffentliches Amt kann nie das Eigenthum dessen werden, der es ausübt; seine Ausübung ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.
- XXXI. Die öffentlichen Beamten in allen Arten von Mächten sind verantwortlich wegen ihrer Veruntreuungen und wegen ihres Betragens. Der König muß allein von diesem Gesetz ausgenommen werden. Seine Person ist immer heilig und unverletzlich.
- XXXII. Ein Volk hat immer das Recht, seine Constitution wieder durchzusehen und zu verbessern. Es ist selbst gut, Epochen festzusetzen, worin diese Revision Statt finden solle, wie auch die Nothwendigkeit beschaffen seyn mag.

tanten zu deſſen Abfaſſung etwas beyzutragen. Es muß für Alle daſſelbe ſeyn, es mag beſchützen oder beſtrafen. Da alle Staatsbürger vor ſeinen Augen gleich ſind: ſo müſſen ſie auf eine gleiche Art zu allen Würden und zu allen öffentlichen Stellen und Aemtern, ihrer Fähigkeit gemäß, und ohne einen andern Unterſchied gelangen können, als den ihre Tugenden und ihre Talente bewirken.

- VII. Kein Menſch kann angeklagt, in Verhaft genommen oder feſtgeſetzt werden, als in den durch das Geſetz beſtimmten Fällen und nach vorgeschriebenen Formen. Diejenigen, welche willkürliche Befehle ſuchen, ausfertigen, ausführen oder ausführen laſſen, müſſen beſtraft werden. Allein jeder, der vermöge des Geſetzes vorgeladen oder ergriffen wird, muß ſogleich gehorchen: er macht ſich durch Widerſtand ſträflich.
- VIII. Das Geſetz muß nur Strafen, die im genaueſten Verſtande und auf eine einleuchtende Art nothwendig ſind, feſtſetzen, und keiner kann anders, als vermöge eines Geſetzes beſtraft werden, das vorher für das Vergehen feſtgeſetzt und öffentlich bekannt gemacht und den Geſetzen gemäß zur Anwendung gebracht iſt.
- IX. Da man jeden ſo lange für unſchuldig halten muß, bis er als ſtrafbar erklärt iſt: ſo muß, wenn es unumgänglich nothwendig gefunden iſt, ihn in Verhaft zu nehmen, jede Härte, die nicht nothwendig wäre, um ſich ſeiner Perſon zu verſichern, ſtreng durch das Geſetz verwehrt werden.
- X. Keiner muß ſeiner, ſelbſt religiöſen, Meynungen wegen beunruhigt werden, wenn deren Bekanntmachung nur nicht die durch das Geſetz feſtgeſetzte öffentliche Ordnung ſtört.
- XI. Die freye Mittheilung der Gedanken und der Meynungen iſt eins der koſtbarſten Rechte des Menſchen. Jeder Bürger kann daher frey reden, ſchreiben und drucken laſſen, unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit für den Mißbrauch dieſer Freyheit in den durch das Geſetz beſtimmten Fällen.
- XII. Die Sicherſtellung der Rechte des Menſchen und des Bürgers erfordert nothwendiger Weiſe eine öffentliche Gewalt. Dieſe

öffentliche Gewalt ist zum Vortheil aller bestellt und nicht zum besondern Nutzen derer, welchen sie anvertraut ist.

- XIII. Zur Unterhaltung der öffentlichen Gewalt und zu den Ausgaben der Verwaltung ist ein gemeinschaftlicher Beytrag unvermeidlich. Dieser muß auf eine gleiche Art unter den Bürgern nach dem Verhältniß ihrer Vermögensumstände vertheilt werden.
- XIV. Alle Bürger haben das Recht durch sich selbst oder durch ihre Repräsentanten sich von der Nothwendigkeit des öffentlichen Beytrags zu überzeugen, ihn frey zu bewilligen, die Verwendung zu untersuchen und den verhältnißmäßigen Antheil, dessen Repartition, Eintreibung und Dauer zu bestimmen.
- XV. Die Gesellschaft hat das Recht von einem jeden öffentlichen Beamten wegen seiner Verwaltung Rechenschaft zu verlangen.
- XVI. Jede Gesellschaft, worin die Verbürgung der Rechte nicht gesichert, noch die Trennung der Mächte bestimmt ist, hat keine Constitution.
- XVII. Da das Eigenthum ein unverletzliches und heiliges Recht ist: so kann keiner desselben beraubt werden, es sey denn, daß die öffentliche und gesetzmäßig zur Gewissheit gebrachte Nothwendigkeit es augenscheinlich erfordert, und unter der Bedingung einer gerechten und vorläufig zu bestimmenden Schadloshaltung. *)

*) Da es so Manchen itzt giebt, der nun, da die hier festgesetzten Grundsätze zur Anwendung gebracht werden sollen, ihnen Wahrheit und Bestimmtheit gerne absprechen möchte, und selbst mit Verachtung davon redet: so kann ich nicht umhin anzumerken, daß *Schlözer*, dem man gewiß keine partheyliche Gesinnungen zu Gunsten der französischen Revolution zur Last legen kann, doch von der Declaration der droits de l'homme & du Citoyen sagt, sie werde ein Codex der ganzen durch allgemeine Kultur sich der Volljährigkeit nähernden Europäischen Menschheit werden! *Schlözers* Staatsanzeigen Heft 61. S. 85. 1791. Längst wäre eine solche Sammlung der Sätze ein solcher Codex geworden, wenn nicht Herrschlust und Sinneslust der Machtinhaber sie sorgfältig von der Gesetzgebung entfernt und jede Bemühung, sie in der Staatswissenschaft und in der Regierungskunst zur Anwendung kommen zu lassen, verhindert hätten. Man baut wie schon vorhin bemerkt ist, Schiffe nach *Eulers* Principien der Mechanik, man erkennt, daß *Tetens*

Da die Nationalversammlung die französische Constitution auf die Grundbegriffe, die sie hier anerkannt und an den Tag gelegt hat, bauen will: so zernichtet sie unwiederruflich alle Einrichtungen, welche die Freyheit, und die Gleichheit der Rechte verletzen.

Es finden weder Adel, noch Pairschaft, noch erbliche Vorzüge, noch Vorzüge von Ständen, noch Lehnseinrichtung, noch Patrimonialgerechtigkeiten mit den davon herrührenden Rechtstiteln,

Principien bey dem Wasserbau und bey Witwenkassen befolgt werden müssen, man respectirt *Vaubans*, *Strucensees* und *Geussens* Principien bey dem Vestungsbau, und man will in allen andern Dingen Principien befolgt haben. Allein bey der Regierungslust, worin doch von der allgemeinsten und wesentlichsten Glückseligkeit der Menschen die Rede ist, worin nicht nur Unwissenheit, wie in andern praktischen menschlichen Angelegenheiten, sondern auch die gefährlichsten und bösesten Leidenschaften die Machtinhaber so leicht irre leiten, hat man jene in der Natur der Dinge gegründeten Rechtsprincipien für theoretische Stubengelehrsamkeit erklärt, die fürs Privatleben von Nutzen seyn könnten, aber sonst keine Anwendung litten.

Es hat leider noch immer Gelehrte gegeben, die, wenn so etwas von hohen Geschäftsmännern gesagt worden ist, durch deren Ansehn so sehr geblendet worden sind, daß sie an eine solche Rede glaubten. Noch Mehrere hat es unter denselben gegeben, die, um unter dem Schutz der Mächtigen ihr Glück zu machen, deren Sache selbst zu führen niedrig genug gewesen sind. Demungeachtet wären die Rechtsprincipien der Natur längst zur Anwendung gebracht, wenn es nicht bis nahe an unsern Zeiten hin gefährlich gewesen wäre, auf die Anwendung solcher Wahrheiten zu dringen, wovon so vielen Mächtigen der Erde gefündigt war, und wenn nicht jeder dagegen dreist wider die Rechte der grossen Volksmasse hätte schreiben und die Kunst, selbige in den Zustand einer gänzlichen Unterwürfigkeit zu setzen, hätte lehren und selbst sein Glück dabey hätte machen können. Denn es hat immer Menschen genug gegeben, denen jene Principien nicht fremd, und die zugleich von deren Anwendbarkeit überzeugt gewesen sind. *) Jeder ächte Freund der Wahrheit und des menschlichen Geschlechts wird hier die Bemerkung machen, daß es schon ein böses Zeichen ist, wenn die menschlichen Gesellschaftseinrichtungen so beschaffen sind, daß nicht alle Theile derselben eine strenge Prüfung und das Licht der Wahrheit ertragen können, und daß irgend ein Theil, um sich zu behaupten, sich in den Schutz eines politischen Aberglaubens begeben müsse. Denn dazu gehört besonders der Satz, daß die Regierungsmacht unmittelbar von Gott herrühre und nicht in einem Socialcontract gegründet seyn dürfe.

*) Man lese hierüber ein Paar vortreffliche Abhandlungen in der Berliner Monatschrift von *Claver* 1790, Sept. und Novemb. und von *Genz* 1791, April.

Bennennungen oder Vorrechten, noch Ritterorden, noch Körperschaften, noch Ehrenzeichen, derentwegen man Adelsproben verlangte, oder die Geburtsvorrechte voraussetzten, noch eine andere Obermacht mehr Statt, als die den Beamten in der Ausübung ihrer Amtspflichten beygelegt ist. *)

*) Man sieht den Schritt, den die Nationalversammlung in allem diesem gethan hat, in andern Ländern, worin es mit erblichen Vorzügen nicht so weit gekommen ist, als es damit in Frankreich gekommen war, nicht leicht aus dem rechten Gesichtspunkt an. Um einen Begriff von Frankreichs Lage und von dem darin gegründeten Gefühl einen gehörigen Begriff zu bekommen, wolle man folgende aus *Gudins* Supplement au Contract social herausgezogene Betrachtungen lesen: "Der Geist des Corps machte jede wahre Verbesserung in Frankreich unmöglich. Recht und Gerechtigkeit floh von denselben. Selbst zu Trotz vorhandener guter Gesetze drangen Erblichkeit und dazu kommende Eitelkeit und Stolz sich allenthalben ein. Die Geistlichkeit formirte einen Staat im Staat und hatte seine eigne Organisation und sein eignes Unterdrückungssystem. Die Bischöfe machten gleichsam das Patriciat, und die Pfarrer und Vicarien das Volk und die Mönchsorden die stehenden Truppen aus. Der Erbadel machte wieder einen eignen Staat aus. Seine Patricier waren bey Hofe und unter den Pairs, seine Plebejer unter den Landedelleuten, und Armee und Flotte waren sein Erbtheil, wie es dahin gekommen war, daß ein Adelicher Officier werden sollte. Auf gleiche Weise war die Magistratur durch Einführung der Paulette erblich geworden. Die Patricier saßen in Parlementen und die Plebejer in den übrigen Gerichtshöfen. Das Gesetz, daß diese Stellen einen adeln sollten, kam nicht zur Anwendung. Es gelangten bloß Adelige zu diesen Stellen. Die zum Fache der Finanzen Gehörigen machten noch eine besondere Klasse aus. Ihre Söhne konnten nicht ansehnliche Stellen der Magistratur, des Militairs der Geistlichkeit u. s. w. erlangen. Sie thaten also auch, was sie konnten, um ihre Stellen in ihren Familien zu erhalten. So entstanden vier Klassen in deren Besitz die schönsten Güter des Reichs und fast alle Tertorialreichthümer waren. Was sie noch nicht hatten, wäre ihnen noch wohl mit der Zeit zu Theil geworden. Vom Geist des Corps wäre alles zu erwarten. Das Corps des Volks, welches eigentlich die Nation ausmacht, wäre dann gänzlich zur Knechtschaft herabgesunken, und Frankreich wäre ein Indien geworden. Merkwürdig ist es hiebey, daß man erst in den letzten aufgeklärten Zeiten es gewagt hatte den Bürgerlichen den Zutritt zu Civil- und Militairstellen zu verweigern und eine so vielfache Aristokratie entstehen zu machen, die endlich alles empören und die Nation bewegen mußte, diesem Unwesen ein Ende zu machen., Wenn man dieß erwägt: so kann man unmöglich das, was in der Hinsicht geschehen ist, bloß für

Kein öffentliches Amt kann mehr gekauft oder geerbt werden.

Für keinen Theil der Nation, und für keinen Einzelnen giebt es mehr irgend ein Privilegium, oder eine Ausnahme von gemeinschaftlichen Rechten aller Franzosen.

Es giebt keine Innungen, keine Zünfte der Handwerker, Künfte und Gewerbe mehr.

Das Gesetz erkennt weder Religionsgelübde, noch irgend eine andre Verbindlichkeit, die den natürlichen Rechten, oder der Constitution zuwider ist.

Erster Titel.

Grundeinrichtungen, welche durch die Constitution verbürgt werden.

Die Constitution verbürgt, als natürliche und bürgerliche Rechte

- 1) dafs alle Bürger zu allen Stellen und Aemtern gelangen können ohne andre Vorzüge, als die der Tugenden und Talente;
- 2) dafs alle Auflagen unter alle Bürger auf eine gleiche Art nach dem Verhältniß ihrer Vermögensumstände sollen vertheilt werden;
- 3) dafs einerley Vergehungen mit gleichen Strafen ohne alles Ansehn der Personen sollen belegt werden.

die Wirkung einer Empfindungstrunkenheit und rasenden Schwärmerey ansehn. Es war natürlich, dafs warme Freunde der Wahrheit, des Rechts und des menschlichen Geschlechts, indem sie an jene Lage Frankreichs dachten und erwogen, dafs ohnehin aus dem Reichthum, aus den Fähigkeiten und Geschicklichkeiten, aus den vortheilhaften Verbindungen mit Andern, und aus den Amtseinrichtungen eine unvermeidliche überwiegende Macht gewisser Menschen über Andere entsteht, nun von Begierde brennen mußten, wenigstens diejenigen erblichen Anlässe der Macht, der Eitelkeit und des Stolzes und der Menschenklassifikationen aus der menschlichen Gesellschaft zu entfernen, die nicht in der Causalverbindung der Dinge, sondern in bloßer Willkühr ihren Grund hatten. Es war also nur die Frage, ob bey der Erkenntniß, dafs unter den, aus einer verkehrten Ordnung der Dinge äussere Vorthteile ziehenden, Menschen nur Wenige in jene Ideen und Gefühle hineingehen würden, die hierin gegründeten Schritte auf einmal gewagt und durchgesetzt werden konnten, wenn gleich Männer selbst von den Klassen, die sie zu fürchten hatten, die auf jene Schritte abzielenden Motionen zuerst zu machen edel und groß genug gewesen waren.

Die Constitution verbürgt gleichfalls, als natürliche und bürgerliche Rechte :

die Freyheit für jeden Menschen, zu gehen, zu bleiben, wegzureisen, ohne anders angehalten oder festgesetzt zu werden, als nach den durch die Constitution festgesetzten Einrichtungen;

die Freyheit für jeden Menschen, zu reden, zu schreiben, zu drucken und seine Gedanken öffentlich bekannt zu machen, ohne daß die Schriften irgend einer Censur oder Aufsicht vor ihrer Bekanntmachung unterworfen werden, und diejenige Religion zur Ausübung zu bringen, zu der er sich bekennt;

die Freyheit für die Bürger sich geruhig und unbewaffnet und den Polizeygesetzen gemäß, zu versammeln;

die Freyheit an die angestellten Obrigkeiten von einzelnen Personen unterschriebene Bittschriften zu richten.

Die gesetzgebende Macht wird nicht irgend ein Gesetz geben können, das der Handhabung derjenigen natürlichen und bürgerlichen Rechte zu nahe tritt, oder Hindernisse in den Weg legt, die in diesem Titel enthalten, angegeben und durch die Constitution verbürgt sind. Da aber die Freyheit nur darin besteht, daß man alles thun kann, was weder den Rechten eines Andern noch der öffentlichen Sicherheit nachtheilig ist: so kann das Gesetz Strafen wider Handlungen festsetzen, welche, indem sie entweder die öffentliche Sicherheit oder die Rechte eines andern angreifen, der Gesellschaft schädlich sind.

Die Constitution verbürgt die Unverletzlichkeit des Eigenthums, oder die gerechte und vorläufig zu bestimmende Schadloshaltung wegen desjenigen, dessen Aufopferung gesetzmäßig erwiesene öffentliche Noth erfordern möchte.

Die zum Aufwande, den der Religionsdienst und jeder das gemeine Beste betreffende Dienst erfordert, bestimmten Güter, gehören der Nation und stehn zu allen Zeiten ihr zu Geboth.

Die Constitution verbürgt die Veräußerungen, die geschehen find, und geschehen werden, nach den durchs Gesetz festgesetzten Formen.

Die Staatsbürger haben das Recht, die Diener ihrer Religion zu wählen oder auszuersehen.

Es wird eine allgemeine Anstalt der öffentlichen Unterstützung veranstaltet und eingerichtet werden, um verlassene Kinder zu erziehen, schwacher Armen zu pflegen und den unvermögenden Armen Arbeit zu verschaffen, die keine zu erhalten wüßten.

Es wird eine öffentliche Lehrereinrichtung für alle Staatsbürger festgesetzt und eingerichtet werden, die in Ansehung der allen Menschen nothwendigen Theile des Unterrichts frey ist, und davon die verschiedenen Anstalten stufenweise nach einem mit der Eintheilung des Reichs übereinstimmenden Verhältniß sollen vertheilt werden.

Es werden Nationalfeste angeordnet werden, um das Andenken der französischen Revolution zu nähren, um die Brüderschaft unter den Staatsbürgern zu unterhalten, und um Anhänglichkeit an die Constitution, an das Vaterland und an die Gesetze zu bewirken.

Es wird ein Civilgesetzbuch für das ganze Reich gemacht werden.

Z w e y t e r T i t e l .

Von der Eintheilung des Reichs und von dem Stande der Staatsbürger.

Erster Artike^l. Das Reich ist eins und unzertheilbar. Sein Grund and Boden ist in 83 Departementer, jedes Departement in Districten und jeder District in Cantons getheilt.

II. Französische Bürger sind:

diejenigen, welche in Frankreich von einem französischen Vater gebohren sind;

diejenigen, welche in einem fremden Lande von einem französischen Vater gebohren und gekommen sind, sich in Frankreich niederzulassen, und den Bürgereid geschworen haben;

diejenigen endlich, welche in einem fremden Lande gebohren und von einem Franzosen oder von einer Franzöfinn, die aus dem Vaterlande der Religion wegen ausgegangen sind, es sey in welchem Grade es wolle, abstammen, und kommen, um in Frankreich zu leben, und welche den Bürgereid leisten.

III. Diejenigen, welche außer dem Reiche von fremden Aeltern gebohren sind, und nun in Frankreich ihren Aufenthalt nehmen, werden französische Bürger nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von fünf Jahren, wenn sie außerdem darin unbewegliche Güter erworben, oder eine Franzöfinn geheirathet, oder Ackerbau und Handlung zu treiben angefangen und den Bürgereid geleistet haben.

IV. Die gesetzgebende Macht wird wichtiger Betrachtungen wegen einem Fremden ein Naturalisationspatent ohne andre Bedingungen, als daß er seinen Aufenthalt in Frankreich nehme und den Bürgereid leiste, ertheilen können.

V. Der Bürgereid lautet: *Ich schwöre der Nation, dem Gesetz und dem Könige treu zu seyn und mit aller meiner Macht die Reichsconstitution, die in den Jahren 1789, 1790 und 1791 von der constituirenden Nationalversammlung decretirt ist, aufrecht zu erhalten.*

VI. Die Eigenschaft eines französischen Bürgers geht verlohren

- 1) durch die Naturalisirung in einem fremden Lande.
- 2) durch die Verurtheilung zu Strafen, die eine bürgerliche Degradirung mit sich führen, so lange, als der Verurtheilte nicht wieder in den vorigen Stand gesetzt ist.
- 3) Durch ein Urtheil des Ausbleibens vor Gericht, so lange dieß Urtheil nicht aufgehoben ist.
- 4) Durch Theilnehmung an irgend einem fremden Ritterorden, oder an einer fremden Corporation, wobey entweder Adelsproben oder Geburtsvorzüge oder Religionsgelübde erfordert werden.

VII. Das Gesetz sieht die Ehe, als einen bürgerlichen Vertrag an. Die gesetzgebende Macht wird für alle Einwohner ohne Ausnahme die Art und Weise festsetzen, wie Geburten, Ehen und Sterb-

fälle sollen außer Zweifel gesetzt werden, und sie wird die öffentlichen Beamten angeben, welche davon die Acten in Verwahrnehmen und aufbehalten sollen.

VIII. Die französischen Bürger, so weit, als sie nach ihren Localverhältnissen betrachtet werden, welche aus ihrer Vereinigung in Städten und in einem gewissen Umfang des Grundes und Bodens entspringen, machen die Commünen aus.

Die gesetzgebende Macht wird die Gröfse des Umfangs einer jeden Commüne bestimmen können.

IX. Die Bürger, welche jede Commüne ausmachen, haben das Recht, nach den durch das Gesetz bestimmten Formen diejenigen unter ihnen zur gehörigen Zeit auszuwählen, die unter dem Titel von Municipalbeamten bevollmächtigt sind die besondern Angelegenheiten der Commüne zu handhaben.

Es können den Municipalbeamten gewisse Amtsgeschäfte, die sich auf das gemeinschaftliche Interesse des Staats beziehen, übertragen werden.

X. Die Regeln, welche die Municipalbeamten verpflichtet seyn sollen, in der Ausübung sowohl der Municipalpflichten, als derjenigen Pflichten, die ihnen für das gemeinschaftliche Interesse werden übertragen seyn, sollen durch die Gesetze bestimmt werden.

D r i t t e r T i t e l .

Von den öffentlichen Mächten.

Erster Artikel. Es giebt nur eine, untheilbare, unveräußerliche und unverjährbare Souverainität. Diese gehört der Nation. Keine Section des Volks, kein Einzelner kann sich davon die Ausübung zueignen.

II. Die Nation, wovon allein alle Mächte ausgehen, kann sie nur durch Uebertragung ausüben.

Die französische Constitution ist repräsentativ. Die Repräsentanten sind die gesetzgebende Macht und der König.

III. Die gesetzgebende Macht ist einer Nationalversammlung, welche aus zeitigen Repräsentanten bestehet, die frey vom Volk

gewählt werden, übertragen, um durch sie unter der Sanction des Königs auf die hernach festgesetzte Art gehandhabt zu werden.

IV. Die Regierung ist monarchisch; die ausführende Macht ist dem König übertragen, um unter seinem Ansehn durch verantwortliche Minister und andre Bediente auf die hernach festgesetzte Art gehandhabt zu werden.

V. Die gerichtliche Macht ist Richtern, die auf bestimmte Zeit vom Volk gewählt werden, übertragen.

Erstes Hauptstück.

Von der gesetzgebenden Nationalversammlung.

Erster Artikel. Die Nationalversammlung, welche das gesetzgebende Corps ausmacht, ist immerwährend und besteht nur aus einer Kammer.

II. Sie wird alle zwey Jahre durch neue Wahlen formirt werden. Jede Periode von zweyen Jahren wird eine Gesetzgebung formiren.

III. Die Verfügungen des vorhergehenden Artikels werden nicht Statt haben in Ansehung des nächsten gesetzgebenden Corps, dessen Vollmachten den letzten Tag des Aprils 1793 aufhören werden.

IV. Die Erneuerung des gesetzgebenden Corps wird mit vollem Recht geschehen.

V. Das gesetzgebende Corps wird nicht von dem Könige dissolvirt werden können.

Erste Section.

Anzahl der Repräsentanten. Grundsätze der Repräsentation.

Erster Artikel. Die Anzahl der Repräsentanten im gesetzgebenden Corps ist sieben hundert fünf und vierzig in Rücksicht auf die drey und achtzig Departementer, woraus das Reich besteht, ohne diejenigen, welche den Colonien möchten zugestanden werden können.

II. Die Repräsentanten werden unter die drey und achtzig Departementer vertheilt werden nach den drey Verhältnissen des Territorialumfangs, der Bevölkerung und der directen Steuer.

III. Von den sieben hundert und fünf und vierzig Repräsentanten kleben zwey hundert und sieben und vierzig dem Territorialumfang an. Jedes Departement wird deren drey erwählen mit Ausnahme des Departements von Paris, das nur einen erwählen soll.

IV. Zwey hundert und neun und vierzig Repräsentanten sind der Bevölkerung zugeeignet. Die ganze Masse der activen Bevölkerung des Reichs ist in zwey hundert und neun und vierzig Theile eingetheilt, und jedes Departement ernennt so viele Deputirte, als es Theile der Bevölkerung enthält.

V. Zwey hundert und neun und vierzig Repräsentanten sind der directen Steuer zugeeignet. Die ganze Summe der directen Steuer des Königreichs ist in zwey hundert neun und vierzig Theile eingetheilt, und jedes Departement ernennt eben so viele Deputirten, als es Theile der Steuer entrichtet.

Zweyte Section.

*Urversammlungen. *) Ernennung der Wähler.*

Erster Artikel. Um die gesetzgebende Nationalversammlung zu formiren, werden alle zwey Jahre die activen Bürger in den Städten und Cantons in Urversammlungen zusammen treten.

Die Urversammlungen werden sich mit vollem Recht den zweyten Sonntag im März formiren, wenn sie nicht früher von den durch das Gesetz bestellten öffentlichen Beamten werden zusammen berufen seyn.

II. Um ein activer Bürger zu seyn, muß man als Franzos gebohren oder es geworden seyn;

fünf und zwanzig volle Jahre alt seyn;

in der Stadt oder in dem Canton seit der bestimmten Zeit gewohnt haben;

*) Es ist einleuchtend, dafs in diesen Urversammlungen die Grundgewalt des Volks beständig in Wirksamkeit erhalten wird. Die Güte der Repräsentanten hängt offenbar von der Güte der Wähler, die Güte der Wähler hängt aber wiederum von den sämmtlichen activen Bürgern ab.

in irgend einem Ort des Königreichs eine directe Steuer entrichten, die zum wenigsten dem Werth von drey Tagen Arbeit gleich ist, und darüber eine Quitung beybringen;

nicht im Gefindestand seyn, das ist, nicht für Lohn dienen;
in der Municipalität des Wohnorts in die Liste der Nationalgarden eingeschrieben seyn;

den Bürgereid geleistet haben.

III. Alle sechs Jahre wird das gesetzgebende Corps das Niedrigste und das Höchste vom Werth eines Tages Arbeit festsetzen und die Administratoren der Departementer werden für jeden District davon die Localbestimmung angeben.

IV. Keiner kann die Rechte eines activen Bürgers an mehr, als einem Ort, ausüben, oder seine Stelle durch einen Andern vertreten lassen.

V. Es sind von der Ausübung der Rechte eines activen Bürgers ausgeschlossen:

diejenigen, welche angeklagt sind;

diejenigen, welche, nachdem sie in einen durch authentische Documente erwiesenen Zustand des Bankerotts oder des Insolventseyns gerathen sind, nicht eine Generalquitung von ihren Gläubigern vorzeigen.

VI. Die Urversammlungen haben Wähler zu ernennen im Verhältniß zur Anzahl der activen Bürger, die in einer Stadt, oder in einem Canton wohnen.

Es soll, wenn es hundert active Bürger giebt, sie mögen in der Versammlung gegenwärtig seyn oder nicht, ein Wähler ernannt werden.

Es sollen deren zween ernannt werden, wenn es von 157 bis zu 250 giebt und so ferner.

VII. Keiner kann zum Wähler ernannt werden, wenn er nicht mit den Bedingungen, die zu einem activen Bürger erforderlich sind, die Eigenschaft vereinigt und zwar

in den Städten von mehr als 6000 Seelen Eigenthümer oder Ufuctuar eines Vermögens zu seyn, das nach den Steuerlisten zu einer Einnahme berechnet ist, die dem Localwerth von 200 Tagen Arbeit gleich kommt, oder Miethsman einer Wohnung zu

seyn, welche nach eben denselben Listen zu einer Einnahme berechnet ist, die dem Werth von 150 Tagen Arbeit gleich kommt;

In den Städten von weniger als 6000 Seelen Eigenthümer oder Ufufructuar eines Vermögens zu seyn, das nach den Steuerlisten zu einer Einnahme berechnet ist, die dem Localwerth von 150 Tagen Arbeit gleich kommt, oder Miethsmann einer Wohnung zu seyn, davon die Einnahme nach eben den Listen dem Werth von 100 Tagen Arbeit gleich kommt;

Und auf dem Lande Eigenthümer oder Ufufructuar eines Vermögens zu seyn, das nach den Steuerlisten zu einer Einnahme berechnet ist, die dem Werth von 150 Tagen Arbeit gleich kommt, oder Pächter oder Meyer zu seyn von Gütern, die nach denselben Listen dem Werth von 400 Tagen Arbeit gleich kommen.

Was diejenigen betrifft, die zugleich Eigenthümer oder Ufufructuare auf einer Seite, und Miethsleute, Pächter oder Meyer auf der andern Seite sind: so werden deren Güter unter diesen verschiedenen Titeln zusammengerechnet bis zu dem Maafs, das nothwendig ist, um ihre Wählbarkeit zu bewirken.

Dritte Section.

Wahlversammlungen. Ernennung der Repräsentanten.

Erster Artikel. Die Wähler, welche in jedem Departement ernannt sind, sollen sich vereinigen, um die Anzahl der Repräsentanten, deren Ernennung ihrem Departement beygelegt ist, und eine Anzahl überzähliger Stellvertreter zu wählen, die den dritten Theil von der Anzahl der Repräsentanten ausmacht.

Die Wahlversammlungen treten mit vollem Recht am letzten Sonntage im März zusammen, wenn sie nicht früher von den durch das Gesetz bestellten öffentlichen Beamten zusammen berufen sind.

II. Die Repräsentanten und deren Stellvertreter sollen nach Mehrheit der Stimmen gewählt werden, und werden unbedingt nur aus den activen Bürgern des Departements ausgewählt werden können.

III. Alle activen Bürger, worin auch ihr Stand, ihr Gewerbe oder ihre Steuersumme besteht, sollen zu Repräsentanten der Nation erwählt werden können.

IV. Es sollen jedoch verbunden seyn zwischen der Repräsentantenstelle und ihrer bisherigen Stelle zu wählen, die Minister und alle andre Ausüßer der executiven Macht, die beliebiger Weise abgerufen werden können, die Commissarien des Nationalschatzes, die Einnehmer und die Hebungsbeamten der directen Steuern, die Vorgesetzten der Einnahme und der Regie der indirecten Steuern und der Nationalgüter, und diejenigen, welche, unter welcher Benennung es auch sey, Aemter bey dem Königlichen Hause im Militairwesen oder im Civildienst bekleiden.

Ebenfalls sollen verbunden seyn zwischen beyden Stellen zu wählen, die Administratoren, Unteradministratoren, Municipalbeamten und Commandanten der Nationalgarden.

V. Die Ausübung der gerichtlichen Berufsgeschäfte soll unvereinbar mit den Berufsgeschäften eines Repräsentanten der Nation seyn, so lange die Gesetzgebung dauert.

Die Richter werden durch ihre Stellvertreter ersetzt und der König wird durch Commissionsbriefe für die Ersetzung seiner Commissarien bey den Tribunalen sorgen.

VI. Die Mitglieder des gesetzgebenden Corps sollen zur nächsten Gesetzgebung wieder gewählt werden können, und hernach nur nach dem Zwischenraum einer Gesetzgebung. *)

VII. Die Repräsentanten, welche in einem Departement ernannt werden, sollen nicht Repräsentanten eines besondern Departements seyn, sondern der ganzen Nation, und es soll ihnen kein Verwaltungsbefehl ertheilt werden können.

Vierte Section.

Haltung und Einrichtung der Urversammlungen und der Wahlversammlungen.

Erster Artikel. Die Geschäfte der Urversammlungen und der Wahlversammlungen werden aufs Wählen eingeschränkt. Sie werden sich sogleich nach vollendeter Wahl trennen und sie können sich

*) Die Constitutions- und Revisionsausschüsse fanden die in diesem Artikel enthaltene Einschränkung mit der Freyheit im Widerspruch und für das Nationalinteresse nachtheilig.

nur aufs neue formiren, wenn sie wieder zusammenberufen werden, auſſer im Fall des erſten Artikels der zweyten Section und des erſten Artikels der obigen dritten Section.

II. Kein activer Bürger kann bewaffnet in eine Verſammlung gehen oder ſeine Stimme geben. *)

III. Die bewaffnete Gewalt wird nicht in das Innere der Verſammlung hineingeführt werden, ohne den ausdrücklichen Wunsch der Verſammlung, es ſey denn, daß man darin Gewaltthätigkeiten beginge, in welchem Fall der Befehl des Präſidenten hinreichend ſeyn wird, die öffentliche Gewalt zu verlangen.

IV. Alle zwey Jahre werden in jedem Diſtrict Cantonsweiſe Liſten von den activen Bürgern ausgefertigt werden, und die Liſte eines jeden Cantons wird darin bekannt gemacht und öffentlich zween Monathe vor der Zeit der Urverſammlungen angeſchlagen werden.

Die Einwendungen, welche entweder dürften gemacht werden, um die Eigenschaft der auf der Liſte angegebenen Bürger zu beſtreiten, oder von Seiten derer, die behaupten unrechtmäßiger Weiſe ausgelassen zu ſeyn, ſollen vor die Gerichtſtühle gebracht, um daſelbſt ſummarisch abgeurtheilt zu werden.

Die Liſte wird wegen der Zulaffung der Bürger zur bevorſtehenden Urverſammlung in allem zur Regel dienen, was nicht durch Urtheile, welche vor Haltung der Verſammlung erfolgt ſind, wird berichtigt ſeyn.

V. Die Wahlverſammlungen haben das Recht, die Eigſchaften und die Vollmachten derer, die ſich einfinden, zu verificiren und ihre Entſcheidungen werden vorläufig zur Vollziehung gebracht werden unter Vorbehalt des Ausſpruchs des geſetzgebenden Corps zur Zeit, da die Vollmachten der Deputirten werden verificirt werden.

VI. Weder der König, noch irgend einer der von ihm ernannten öffentlichen Bedienten werden in irgend einem Fall und unter

*) Vorher war noch hinzugefügt: oder in einer Uniform, wenn er nicht im Dienſt iſt, in welchem Fall er in der Uniform, jedoch ohne bewaffnet zu ſeyn, wird ſeine Stimme geben können.

irgend einem Vorwand Kenntniß von Untersuchungen nehmen können, die sich auf die Regelmäßigkeit der Zusammenberufung, auf die Haltung der Versammlungen, auf die Form der Wahlen, und auf die politischen Rechte der Bürger beziehen, jedoch so, daß damit nicht den Amtsbefugnissen der Commissarien des Königs in den durch das Gesetz bestimmten Fällen zu nahe getreten werde, worin die Streitfragen, welche sich auf die politischen Rechte der Bürger beziehen, in die Gerichtshöfe gebracht werden müssen.

Fünfte Section.

Vereinigung der Repräsentanten zur gesetzgebenden Nationalversammlung.

Erster Artikel. Die Repräsentanten sollen sich den ersten Montag des Maymonaths am Ort der Sitzungen der letzten Gesetzgebung versammeln.

II. Sie werden sich vorläufig zur Versammlung unter dem Voritze des Aeltesten formiren, um die Vollmachten der gegenwärtigen Repräsentanten zu verificiren.

III. So bald ihre Anzahl bis zu drey hundert und drey und siebenzig verificirter Mitglieder angewachsen ist, werden sie sich unter dem Titel einer gesetzgebenden Nationalversammlung niedersetzen. Sie wird einen Präsidenten einen Vicepräsidenten und Secrétaire ernennen und die Ausübung ihrer Berufsgeschäfte anfangen.

IV. In dem ganzen Lauf des Maymonaths soll, wenn die Anzahl der gegenwärtigen Repräsentanten unter 373 ist, die Versammlung keine gesetzgebende Handlung vornehmen können.

Sie wird einen Schluß fassen können, den abwesenden Mitgliedern zur Pflicht zu machen, daß sie innerhalb 14 Tagen aufs späteste bey Strafe einer Geldbusse von 3000 Livers sich ihrem Amtsberufe unterziehen, wenn sie nicht etwas zu ihrer Entschuldigung anführen können, das von der Versammlung für rechtmäßig gehalten wird.

V. Am letzten May werden sie sich, die Anzahl der anwesenden Mitglieder mag so groß seyn als sie will, zu einer gesetzgebenden Nationalversammlung niedersetzen.

VI. Die Repräsentanten werden alle zusammen im Namen des französischen Volks den Eid leisten, frey leben oder sterben zu wollen.

Sie werden hernach einzeln eidlich angeloben, mit aller ihrer Macht die Constitution des Königreichs, die von der constituirenden Nationalversammlung in den Jahren 1789, 1790 und 1791 beschlossen ist, aufrecht zu erhalten, nichts im Lauf der Gesetzgebung vorzuschlagen oder zu bewilligen, was ihr zum Nachtheil gereichen kann, und in allem der Nation, dem Gesetz und dem Könige treu zu seyn.

VII. Die Repräsentanten der Nation sind unverletzlich. Sie sollen nicht zu irgend einer Zeit gerichtlich verfolgt, angeklagt, oder verurtheilt werden können wegen alles dessen, was sie in der Ausübung der Amtsgeschäfte, die sie als Repräsentanten haben, werden gesagt, geschrieben, oder gethan haben.

VIII. Sie sollen wegen eines Criminalverbrechens, indem sie auf der That betroffen werden, vermittelt eines Verhaftbefehls ergriffen werden können; allein es soll ohne Aufschub dem gesetzgebenden Corps davon Nachricht gegeben werden, und die gerichtliche Verfolgung wird nur fortgesetzt werden können, wenn das gesetzgebende Corps wird entschieden haben, daß eine Anklage Statt finde.

Zweytes Hauptstück.

Von der Königlichen Würde, von der Regentschaft und von den Ministern.

Erste Section.

Von der Königlichen Würde, und von dem Könige.

Erster Artikel. Die Königliche Würde ist untheilbar und dem regierenden Stamm erblich übertragen, von männlicher zu männlicher Nachkommenschaft nach der Ordnung der Erstgeburt mit immerwährender Ausschließung der Weiber und ihrer Nachkommenschaft.

(Es ist nichts über die Wirkung der Renuntiationen bey dem itzt regierenden Stamm vorher bestimmt.)

II. Die Person des Königes ist unverletzlich und heilig. Sein einziger Titel ist: *König der Franzosen*.

III. Es giebt in Frankreich nicht eine höhere Autorität, als die des Gesetzes. Der König regiert nur dadurch, und nur im Namen des Gesetzes kann er Gehorsam fordern.

IV. Der König soll, wenn er zum Throne gelangt, oder so bald er seine Volljährigkeit erreicht hat, der Nation in Gegenwart des gesetzgebenden Corps den Eid leisten, der Nation und dem Gesetze treu zu seyn, alle ihm übertragene Macht anzuwenden, um die in den Jahren von 1789, 1790 und 1791 von der constituirenden Nationalversammlung decretirte Constitution aufrecht zu erhalten und die Gesetze zur Ausführung zu bringen.

Wenn das gesetzgebende Corps nicht versammelt ist: so soll der König eine Proclamation öffentlich bekannt machen, in welcher dieser Eid und das Versprechen, ihn zu wiederholen, sobald das gesetzgebende Corps versammelt seyn wird, enthalten sind.

V. Wenn einen Monath nach der Einladung des gesetzgebenden Corps der König diesen Eid nicht geleistet hat, oder wenn, nachdem er ihn geleistet hat, er ihn wiederruft: so soll er als einer, der die Königliche Würde niedergelegt hat, angesehen werden.

VI. Wenn der König sich an die Spitze einer Armee stellt, und sie wider die Nation anführt, und wenn er sich nicht durch eine förmliche Acte einer solchen Unternehmung widersetzt, die in seinem Namen ausgeführt würde: so soll dafür gehalten werden, daß er abgedankt habe.

VII. Wenn der König, nachdem er aus dem Reich gegangen ist, nach der vom gesetzgebenden Corps geschehenen Einladung in der öffentlich festgesetzten Frist, die nicht weniger, als zween Monathe soll seyn können, nicht wieder zurück käme: so soll er als einer angesehen werden, der die Königliche Würde niedergelegt hat.

Jene Frist fängt mit dem Tage an, worin die Proclamation des gesetzgebenden Corps an dem Ort seiner Sitzungen wird öffentlich bekannt gemacht seyn, und die Minister sollen gehalten seyn, unter ihrer Responsabilität, alle Handlungen der executiven Macht

zu übernehmen, deren Ausübung in den Händen des abwesenden Königs suspendirt seyn wird.

VIII. Nach der ausdrücklichen oder gesetzmässigen Abdankung wird der König zur Klasse der Bürger gehören und angeklagt und verurtheilt werden können, wie sie, wegen der nach seiner Abdankung erfolgenden Handlungen.

IX. Die besondern Güter, welche der König bey seiner Gelangung zum Thron besitzt, werden unwiederruflich mit dem Domain der Nation vereinigt. Er kann mit denen nach Belieben schalten und walten, die er unter einem besondern Titel erwirbt. Hat er darüber nichts verfügt: so werden sie am Ende der Regierung gleichfalls damit vereinigt.

X. Die Nation sorgt für den Glanz des Throns durch eine Civilliste, wovon das gesetzgebende Corps bey jeder Regierungsveränderung die Summe auf die ganze Regierungszeit bestimmen wird.

XI. Der König wird einen Administrator der Civilliste ernennen, der alle gerichtliche Handlungen des Königs ausübt und wider welchen alle gerichtliche Handlungen, die den König betreffen, geschehen und die Urtheile gesprochen werden. Die Verurtheilungen, welche von den Gläubigern der Civilliste erlangt sind, sollen wider den Administrator persönlich und wider dessen eigne Güter zur Vollziehung gebracht werden können.

XII. Der König wird ausser der Ehrenwache, die ihm von der Nationalgarde des Orts seines Aufenthalts wird gegeben werden, eine Garde haben, die aus dem Fonds der Civilliste ihren Sold erhält. Diese Garde wird sich nicht über 1200 Mann zu Fuß und über 600 Mann zu Pferde erstrecken können.

Die Grade und die Regeln der Beförderung werden darin eben dieselben seyn, welche bey den Linientruppen Statt finden; aber diejenigen, welche die Garde des Königs ausmachen werden, sollen in Ansehung aller Stellen ausschliesslich unter sich selbst befördert werden, und keine Stelle bey der Linienarmee erhalten können.

Der König wird die Leute zu seiner Garde nur aus Solchen auswählen können, die bey den Linientruppen wirklich in Dienst

find, oder unter den Bürgern, die seit einem Jahr den Dienst der Nationalgarde verrichtet haben, wenn sie nur im Königreiche ihren Wohnsitz und vorher den Bürgereid geleistet haben.

Die Garde des Königs soll zu keinem andern öffentlichen Dienst beordert oder verlangt werden können.

Zweyte Section.

Von der Regentschaft.

Erster Artikel. Der König ist bis zum Alter von achtzehn vollendeten Jahren minderjährig, und während seiner Minderjährigkeit hat das Königreich einen Regenten.

II. Die Regentschaft gehört dem Anverwandten des Königs, der dem Grade nach der Nächste ist nach der Ordnung der Erbfolge in Ansehung des Throns, und der das fünf und zwanzigste Jahr vollendet hat, wofern er ein Franzose und im Reiche wohnhaft ist, wofern er nicht vermuthlicher Erbe einer andern Krone ist, und wofern er den Bürgereid vorher geleistet hat.

Die Weiber sind von der Regentschaft ausgeschlossen.

III. Wenn ein minderjähriger König keinen Anverwandten hätte, der die vorhin angegebenen Eigenschaften in sich vereinigte: so soll der Regent des Reichs auf die in den folgenden Artikeln festgesetzte Art gewählt werden.

IV. Das gesetzgebende Corps wird den Regenten nicht wählen können.

V. Die Wähler eines jeden Districts werden sich am Hauptort des Districts versammeln, einer Proclamation zufolge, die in der ersten Woche der neuen Regierung durch das gesetzgebende Corps, wenn es versammelt ist, oder durch den Justizminister, wenn jenes Corps getrennt ist, in eben derselben Woche ergehen wird.

VI. Die Wähler ernennen in jedem District vermittelt einer persönlich abgegebenen Stimme nach einer unbedingten Mehrheit der Stimmen einen wählbaren und im District anseßigen Bürger, dem sie nach dem Wahlprotocoll einen besondern Specialbefehl geben, der auf das einzige Geschäft eingeschränkt ist, denjenigen Bürger zu

erwählen, den er in seiner Seele und in seinem Gewissen am meisten würdig findet Regent des Königreichs zu seyn.

VII. Die in den Districten ernannten und dazu befehligten Bürger sollen verbunden seyn, sich in der Stadt, wo das gesetzgebende Corps seine Sitzung halten wird, zu versammeln, und zwar aufs späteste den vierzigsten Tag vom Tage der Gelangung des minderjährigen Königs zum Thron angerechnet; und da sollen sie sich zur Wahl versammeln und zur Ernennung des Regenten schreiten.

VIII. Die Wahl des Regenten wird durch einzelnes persönliches Stimmen und durch eine unbedingte Mehrheit der Stimmen zu Stande gebracht.

IX. Die Wahlversammlung soll sich nur mit der Wahl beschäftigen und sich sogleich nach geendigter Wahl trennen. Jede andere Handlung, die sie unternehmen möchte, ist constitutionswidrig und von keiner Kraft.

X. Die Wahlversammlung soll durch ihren Präsidenten das Wahlprotocoll dem gesetzgebenden Corps überliefern lassen, welches, nachdem die Regelmäßigkeit der Wahl verificirt seyn wird, sie im ganzen Königreich durch eine Proclamation öffentlich bekannt machen wird.

XI. Der Regent übt bis zur Volljährigkeit des Königs alle Berufsgeschäfte der Königlichen Würde aus, und ist persönlich für die Handlungen seiner Administratoren nicht verantwortlich.

XII. Der Regent kann die Ausübung seiner Berufsgeschäfte nicht eher anfangen, als bis er in Gegenwart des gesetzgebenden Corps der Nation den Eid geleistet hat *der Nation, dem Gesetz und dem Könige treu zu seyn, alle dem Könige übertragene und während der Minderjährigkeit des Königs ihm anvertraute Macht anzuwenden, um die in den Jahren 1789, 1790 und 1791 von der constituirenden Nationalversammlung decretirte Constitution aufrecht zu erhalten und die Gesetze vollziehen zu lassen.*

Wenn das gesetzgebende Corps nicht versammelt ist: so wird der Regent eine Proclamation öffentlich bekannt machen, worin der Eid und das Versprechen, ihn, sobald als das gesetzgebende Corps versammelt seyn wird, zu wiederholen, enthalten sind.

XIII. So lange der Regent die Ausübung seiner Berufsgeschäfte noch nicht übernommen hat, wird die Sanction der Gesetze suspendirt; die Minister fahren fort unter ihrer Responsabilität alle Handlungen der executiven Macht zu übernehmen.

XIV. So bald der Regent den Eid wird geleistet haben: so wird das gesetzgebende Corps sein Tractament bestimmen, welches während der Regentschaft nicht wird verändert werden können.

XV. Wenn wegen der Minderjährigkeit des nächsten zur Regentschaft berufenen Anverwandten sie einem entferntern Verwandten zugefallen oder durch Wahl beygelegt ist: so soll der Regent, der sich in Thätigkeit gesetzt hat, seine Berufsgeschäfte bis zur Volljährigkeit des Königs fortsetzen.

XVI. Die Regentschaft des Königreichs führt nicht irgend ein Recht auf die Person des minderjährigen Königs mit sich.

XVII. Die Aufsicht über den minderjährigen König wird seiner Mutter anvertraut werden; und wenn er keine Mutter hat, oder wenn sie zur Zeit, da ihr Sohn zum Thron gelangt, wieder vermählt ist, oder wenn sie während der Minderjährigkeit ihres Sohns sich wieder verehelicht: so wird die Aufsicht über ihn von dem gesetzgebenden Corps einem Andern übertragen werden.

Zur Aufsicht über den minderjährigen König können weder der Regent und dessen Abkömmlinge, noch die Weiber gelangen.

XVIII. In dem Fall einer Verstandesverrückung des Königs, die offenbar bekannt, die gesetzlicher Weise zur Gewissheit gebracht und die vom gesetzgebenden Corps nach drey nach einander von Monath zu Monath angestellten Berathschlagungen dafür erklärt ist, findet eine Regentschaft Statt, so lange die Verstandesverrückung dauert.

Dritte Section.

Von der Familie des Königs.

Erster Artikel. Der vermuthliche Erbe soll den Namen Königlicher Prinz führen.

Er kann nicht ohne ein Decret des gesetzgebenden Corps und ohne Einwilligung des Königs aus dem Reich gehen.

Wenn er herausgegangen ist, und wenn er, nachdem er das Alter von 18 Jahren erreicht hat, nicht wieder in Frankreich zurückkehrt, nachdem er durch eine Proclamation des gesetzgebenden Corps dazu aufgefordert ist: so wird dafür gehalten, daß er seinem Successionsrecht entsagt habe.

II. Wenn der vermuthliche Erbe minderjährig ist: so ist der volljährige Anverwandte, der zuerst zur Regentschaft berufen ist, gehalten im Reich sich aufzuhalten.

In dem Fall, da er herausgegangen wäre und nach geschehener Aufforderung des gesetzgebenden Corps nicht wieder zurückkommt: so soll dafür gehalten werden, daß er dem Recht zur Regentschaft entsagt habe.

III. Wenn die Mutter des minderjährigen Königs, als Aufseherinn desselben, oder der erwählte Aufseher aus dem Reiche gehen: so sind sie der Aufsicht verlustig.

Wenn die Mutter des vermuthlichen minderjährigen Erben aus dem Reich gienge: so könnte sie, selbst nach ihrer Zurückkunft die Aufsicht über ihren König gewordenen minderjährigen Sohn nicht anders, als durch ein Decret des gesetzgebenden Corps, erhalten.

IV. Es soll ein Gesetz zur Einrichtung der Erziehung des minderjährigen Königs und des vermuthlichen minderjährigen Erben gemacht werden.

V. Die Mitglieder der Familie des Königs, die zum Throne gelangen können, genießen die Rechte eines activen Bürgers, können aber nicht zu irgend einer Stelle, zu irgend einem Amt und zu irgend einem Berufsgeschäfte gewählt werden, die das Volk ertheilt.

Mit Ausnahme der Ministerstellen können sie Plätze und Aemter erlangen, wozu der König ernennt. Jedoch werden sie nicht irgend eine Armee zu Lande und Wasser als Oberbefehlshaber anführen, oder Gesandtschaftspösten anders, als mit der auf den Vorschlag des Königs zugestandenen Einwilligung des gesetzgebenden Corps.

VI. Die Mitglieder der Familie des Königs, die einmal zum Throne gelangen können, werden zum Namen, der ihnen in dem Civildocument, das ihre Geburt bewährt, die Benennung französi-

scher Prinz hinzufügen, und dieser Name soll weder ein Geschlechtsname, noch von irgend einer der Eigenschaften hergenommen seyn, die durch die gegenwärtige Constitution abgeschafft sind.

Die Benennung Prinz soll keinem andern beygelegt werden können, und nicht irgend ein Privilegium, noch irgend eine Ausnahme vom gemeinen Recht aller französischen Bürger mit sich führen.

VII. Die Documente, wodurch die Geburten, Ehen und Sterbfälle der französischen Prinzen gesetzmäßig zur Gewissheit gebracht werden, sollen dem gesetzgebenden Corps überreicht werden, das die Aufbewahrung derselben in seinen Archiven anordnen wird.

VIII. Es wird den Mitgliedern der Familie des Königs nicht irgend eine wirkliche Apanage beygelegt werden.

Die spätern Söhne werden im Alter von 25 vollendeten Jahren, oder zur Zeit ihrer Vermählung, eine Apanagenrente erhalten, welche das gesetzgebende Corps bestimmen, und die sich mit ihrer männlichen Nachkommenschaft endigen wird.

V i e r t e S e c t i o n .

Von den Ministern.

Erster Artikel. Dem König gebührt allein die Wahl und die Abberufung der Minister.

II. Die Mitglieder der gegenwärtigen Nationalversammlung und der folgenden Gesetzgebungen; die Mitglieder des Cassationstribunals und diejenigen, welche im hohen Gericht der Geschwornen dienen werden, sollen nicht ins Ministerium kommen, auch nicht Stellen, Geschenke und Pensionen, Tractamente, oder Commissionen der executiven Macht, oder ihrer Bedienten weder während ihrer Amtszeit, noch in zwey Jahren hernach, erhalten können.

Eben so wird es gehalten werden mit denen, die auch nun mit in die Liste des hohen Gerichts der Geschwornen eingeschrieben sind, so lange als ihre Einschreibung dauert.

III. Keiner kann die Geschäfte irgend eines Amts übernehmen, entweder in den Bureaux des Ministeriums oder in den Bureaux der

Regien und Administrationen der öffentlichen Einkünfte, noch überhaupt irgend eines Amts, wozu die executive Macht ernennt, ohne den Bürgereid zu leisten, oder zu erweisen, daß er ihn geleistet hat.

IV. Kein Befehl des Königs kann vollzogen werden, wenn er nicht von ihm signirt und vom Minister oder dem Ordonnateur des Departements contraignirt ist.

V. Die Minister sind verantwortlich wegen aller wider die Nationalficherheit und wider die Constitution begangenen Vergehungen; wegen jedes Angriffs auf das persönliche Eigenthum und auf die persönliche Freyheit;

wegen aller Verschwendung der zu den Ausgaben ihres Departements bestimmten Gelder.

VI. In keinem Fall kann der Befehl des Königs, er sey mündlich oder schriftlich gegeben, einen Minister der Verantwortlichkeit entziehen.

VII. Die Minister sind gehalten, jedes Jahr dem gesetzgebenden Corps bey der Eröffnung der Session die Anzeige der in ihrem Departement zu verwendenden Ausgaben zu übergeben, von der Verwendung der dazu bestimmten Gelder Rechenschaft abzulegen und die Misbräuche anzuzeigen, die in den verschiedenen Theilen der Regierung sich könnten eingeschlichen haben.

VIII. Kein im Dienst oder außerm Dienst befindlicher Minister kann in Civilvorfällen wegen einer Handlung, die zu seiner Administration gehört, ohne ein Decret des gesetzgebenden Corps gerichtlich verfolgt werden.

Drittes Hauptstück.

Von der Ausübung der gesetzgebenden Macht.

Erste Section.

Macht und Berufsgeschäfte der gesetzgebenden Nationalversammlung.

Erster Artikel. Die Constitution überträgt ausschließlich dem gesetzgebenden Corps folgende Macht und Berufsgeschäfte.

1. Gesetze vorzuschlagen und zu decretiren; der König kann nur das gesetzgebende Corps einladen eine Materie in Ueberlegung zu nehmen.
2. Die öffentlichen Ausgaben zu bestimmen.
3. Die öffentlichen Steuern festzusetzen, deren Natur, verhältnismässigen Theil, Dauer und Einhebungseinrichtung zu bestimmen.
4. Die Vertheilung der directen Steuer unter die Departementer des Reichs zu machen; über die Verwendung der öffentlichen Gelder zu wachen und sich davon Rechenschaft ablegen zu lassen.
5. Die Errichtung oder Einziehung öffentlicher Bedienungen zu decretiren.
6. Den Titel, das Gewicht, das Gepräge und die Benennung der Münzen zu bestimmen.
7. Die Einführung fremder Truppen auf das französische Gebieth, oder einer fremden Seemacht in die Häfen des Reichs zu verstatten, oder zu verbiethen.
8. Jährlich nach dem Vorschlage des Königs einen Beschluss zu fassen, über die Anzahl der Mannschaft und der Schiffe, woraus die Truppen zu Lande und zu Wasser bestehen sollen; über den Sold und die Anzahl von Menschen jeden Grades; über die Zulassungs- und Beförderungsregeln; über die beym Enrollirungswesen und bey Verabschiedungen zu beobachtenden Formen; über die Einrichtung der Seeequipagen; über die Zulassung fremder Truppen und einer fremden Seemacht in französische Dienste und über das Tractament der Truppen im Fall der Verabschiedung zu verordnen.
9. Ueber die Verwaltung der Nationalgüter zu verordnen und die Veräußerung derselben zu befehlen.
10. Vor dem hohen Nationalgerichtshofe die Verantwortlichkeit der Minister und der vornehmsten Bedienten der executiven Macht zu verfolgen; vor eben dem Gerichtshofe diejenigen anzuklagen und zu verfolgen, auf welche ein gegründeter Verdacht eines verbrecherischen Unternehmens oder Complots wider die allgemeine Sicherheit des Staats und wider die Constitution gefallen ist.

11. Die Gesetze festzusetzen, nach welchen bloß persönliche Zeichen der Ehre und persönlicher äußerer Glanz denen solle bewilligt werden, welche dem Staat Dienste geleistet haben.

12. Das gesetzgebende Corps hat allein das Recht, die öffentlichen Ehrenbezeugungen zu beschließen, die dem Andenken großer Männer beyzulegen sind.

II. Ein Krieg kann nur vermittelt eines Decrets des gesetzgebenden Corps, das nach dem förmlichen und nothwendigen Vortrage des Königs abgefaßt und vom Könige sanctionirt ist, beschloffen werden.

In Fällen bevorstehender oder angefangener Feindseligkeiten, eines zu unterstützenden Alliirten, oder eines durch Gewalt der Waffen zu behauptenden Rechts, wird der König ohne Verzug die Sache zur Kenntniß des gesetzgebenden Corps bringen und die Bewegungsgründe dazu zu erkennen geben.

Wenn das gesetzgebende Corps keine Sitzungen hält: so wird der König es sogleich zusammen berufen.

Wenn das gesetzgebende Corps entscheidet, daß kein Krieg geführt werden soll: so wird der König sogleich Maafsregeln nehmen um alle Feindseligkeiten einzustellen oder selbigen vorzubeugen, so daß die Minister wegen der Zögerungen verantwortlich bleiben.

Wenn das gesetzgebende Corps findet, daß die angefangenen Feindseligkeiten für einen feindseligen Angriff zu erklären seyn, der von den Ministern, oder von irgend einem andern Bedienten der executiven Macht herrührt: so soll der Urheber des Angriffs criminallicher Weise verfolgt werden.

Während des Kriegs kann das gesetzgebende Corps vom Könige verlangen, Friedensunterhandlungen zu veranstalten, und der König ist gehalten nach diesem Verlangen sich zu fügen.

In dem Augenblick, da der Krieg aufhören wird, soll das gesetzgebende Corps die Zeit festsetzen, in welcher die über den Friedensfuß vermehrten Truppen zu verabschieden sind, und die Armee in ihren gewöhnlichen Zustand zu setzen ist.

III. Es gebührt dem gesetzgebenden Corps, die Friedenstractaten, die Allianztractaten, oder Handlungstractaten zu ratificiren und kein Tractat soll anders, als kraft dieser Ratification, Gültigkeit haben.

IV. Das gesetzgebende Corps hat das Recht, den Ort seiner Sitzungen zu bestimmen, sie so lange fortzusetzen, als es selbiges nothwendig findet, und sie auszusetzen. Im Anfang einer jeden Regierung soll es, wenn es nicht versammelt ist, gehalten seyn, sich unverzüglich zu versammeln.

Es hat das Recht der Policey an dem Ort seiner Sitzungen und in dem dazu bestimmten äußern Umfange.

Es hat das Recht der Disciplin über seine Mitglieder, es kann aber zu keiner härtern Strafe, als zu einem Verweise, zu einem Arrest auf 8 Tage und zum Gefängniß auf 3 Tage verurtheilen.

Es hat das Recht zu seiner Sicherheit und zur Behauptung der ihm schuldigen Ehrfurcht von den Truppen Gebrauch zu machen, die mit seiner Bewilligung in der Stadt liegen, wo es seine Sitzungen halten wird.

V. Die executive Macht wird kein Corps von Linientruppen in der Entfernung von 30,000 Ruthen vom gesetzgebenden Corps sich zusammenziehen oder aufhalten lassen können, wenn es nicht auf sein Verlangen und mit seiner Bewilligung geschieht.

Zweyte Section.

Haltung der Sitzungen und Form sich zu berathschlagen.

Erster Artikel. Die Berathschlagungen des gesetzgebenden Corps sollen öffentlich seyn und die Protocolle ihrer Sitzungen gedruckt werden.

II. Das gesetzgebende Corps soll indeffen sich bey jeder Gelegenheit in einen *allgemeinen Ausschuss* formiren können.

Funfzig Mitglieder sollen das Recht haben, es zu verlangen.

Während der Dauer des allgemeinen Ausschusses sollen sich die Anwesenden entfernen, der Sessel des Präsidenten soll leer seyn und es soll durch den Vicepräsidenten Ordnung aufrecht erhalten werden.

III. Keine gesetzgebende Acte kann anders, als auf folgende Art, zur Berathschlagung kommen oder decretirt werden.

IV. Ein Entwurf zu einem Decret soll dreymal zu drey verschiedenen Zeiten, zwischen welchen nicht weniger als 8 Tage verfließen sollen, vorgelesen werden.

V. Nach jeder Vorlesung soll die Discussion eröffnet werden, und nichts desto weniger soll nach der ersten und zweyten Vorlesung das gesetzgebende Corps erklären können, dafs man Ursache habe, die Sache auszusetzen, oder dafs keine Berathschlagung darüber Statt habe. In diesem letzten Fall kann der Entwurf des Decrets in derselben Sitzung noch wieder vorgestellt werden.

Jeder Entwurf eines Decrets soll gedruckt und vertheilt werden, ehe er zum zweyten Mal vorgelesen werden kann.

VI. Nach der dritten Vorlesung soll der Präsident gehalten seyn, es zur Berathschlagung kommen zu lassen, und das gesetzgebende Corps hat zu entscheiden, ob es sich im Stande finde, ein Definitivdecret zu geben, oder ob es die Entscheidung bis zu einer andern Zeit verschieben wolle, um umständlichere Aufklärung darüber zu erhalten.

VII. Das gesetzgebende Corps kann über nichts Berathschlagungen anstellen, wenn die Sitzung nicht wenigstens aus 200 Mitgliedern besteht, und es kann ein Decret nur durch eine unbedingte Mehrheit der Stimmen gemacht werden.

VIII. Jeder Entwurf zu einem Gesetz soll, nachdem er der Discussion unterzogen und nach der dritten Vorlesung verworfen ist, in derselben Session nicht wieder vorgetragen werden.

IX. Der Eingang eines jeden Definitivdecrets soll angeben erstlich, die Data der Sitzungen, in welchen die drey Vorlesungen des Entwurfs werden geschehen seyn. Zweytens das Decret, wodurch es nach der dritten Vorlesung beschlossen ist, definitiver Weise zu entscheiden.

X. Der König wird den Decreten die Sanction versagen, wenn der Eingang die Beobachtung der obigen Form nicht darthun wird. Wenn eins dieser Decrete sanctionirt wäre: so können die Minister es nicht unterschreiben und öffentlich bekannt machen und ihre Verantwortlichkeit wird desfalls 6 Jahre dauern.

XI. Von diesen obigen Einrichtungen sind die Decrete ausgenommen, die nach vorläufiger Berathschlagung des gesetzgebenden Corps für dringend erkannt und erklärt sind; sie können aber während eben derselben Session noch modificirt werden.

Das Decret, wodurch die Materie für dringend wird erklärt seyn, wird die Gründe davon enthalten, und es soll dieses vorläufigen Decrets in dem Eingange des Definitivdecrets erwähnt werden.

Dritte Section.

Von der Königlichen Sanction.

Erster Artikel. Die Decrete des gesetzgebenden Corps werden dem König übergeben, der ihnen seine Zustimmung versagen kann.

II. In dem Fall, da der König seine Zustimmung verweigert, ist diese Verweigerung eine Suspension.

Wenn die beyden, auf diejenige Gesetzgebung, welche ein Decret vorgelegt hat, folgenden, Gesetzgebungen nach einander dasselbe Decret in eben denselben Ausdrücken vorgelegt haben: so soll dafür gehalten werden, daß der König seine Sanction gegeben habe.

III. Die Zustimmung des Königs zu jedem Decret wird durch diese vom König signirte Formel ausgedrückt: *Der König giebt seine Zustimmung und wird zur Ausführung bringen lassen.*

Die suspensive Weigerung wird durch diese Weigerung ausgedrückt: *Der König wird untersuchen.*

IV. Der König ist gehalten, seine Zustimmung oder seine Weigerung über jedes Decret innerhalb zween Monathen, von der Zeit der Vorlegung an, zu erkennen zu geben.

V. Jedes Decret, dem der König seine Zustimmung verweigert hat, kann ihm von derselben Gesetzgebung nicht wieder vorgelegt werden.

VI. Die vom König sanctionirten Decrete und diejenigen, welche ihm von drey nach einander erfolgenden Gesetzgebungen werden vorgelegt seyn, haben die Kraft eines Gesetzes und führen den Namen und den Titel von Gesetzen.

VII. Es werden indeffen, wie Gesetze ausgeführt werden, ohne der Sanction unterworfen zu seyn:

Alle Acten des gesetzgebenden Corps, welche seine Nieder-sitzung zu einer deliberirenden Versammlung betrifft;

Seine innere Policey und diejenige, welche es in dem äußern von ihm bestimmten Umfange wird handhaben können;

Die Verificirung der Vollmachten seiner anwesenden Glieder;
 Die Befehle an abwesende Mitglieder;
 Die Zusammenberufung der Urversammlungen im Fall der
 Zögerung;

Die Ausübung der constitutionellen Policey über die Administratoren und Municipalbeamten;

Die Fragen, welche die Wählbarkeit oder die Gültigkeit der Wahlen betreffen.

Ferner sind der Sanction die Acten nicht unterworfen, welche sich auf die Verantwortlichkeit der Minster beziehen, noch die Decrete, die enthalten, daß Grund zu einer Anklage sey.

VIII. Die Decrete des gesetzgebenden Corps, welche die Festsetzung, die Verschiebung, und die Einhebung der öffentlichen Steuern betreffen, werden den Namen und den Titel von Gesetzen führen. Sie werden bekannt gemacht und ausgeführt werden, ohne der Sanction unterworfen zu seyn, wenn sie sich nicht auf Verfügungen beziehen, welche andere Strafen auflegen, als solche, die in Geldbusse und in Bedrohung einer Geldbusse bestehen.

Diese Decrete werden nur nach der Beobachtung der in dem IV. V. VI. VII. VIII. und IXten Artikel der zweyten Section des gegenwärtigen Hauptstücks vorgeschriebenen Formalitäten gegeben werden können; und das gesetzgebende Corps soll keine Verfügungen, die das, worauf diese Decrete gerichtet sind, nicht angehen, in jene Decrete einrücken können.

Vierte Section.

Verhältnisse des gesetzgebenden Corps zum Könige.

Erster Artikel. Wenn das gesetzgebende Corps alles eingerichtet und sich niedergesetzt hat: so sendet es eine Deputation an den König, um ihn davon zu unterrichten. Der König kann jedes Jahr die Session eröffnen und die Materien vorschlagen, wovon er glaubt, daß sie während der gegenwärtigen Session in Betrachtung zu ziehen seyn, ohne jedoch daß diese Formalität nothwendig sey, um das gesetzgebende Corps in Thätigkeit zu setzen.

II. Wenn das gesetzgebende Corps über 14 Tage seine Sitzungen aussetzt: so ist es gehalten, den König wenigstens 8 Tage vorher durch eine Deputation davon zu benachrichtigen.

III. Acht Tage wenigstens vor dem Ende einer jeden Session sendet das gesetzgebende Corps eine Deputation an den König, um ihm den Tag anzukündigen, woran es sich vornimmt, seine Sitzungen zu endigen, da der König dann kommen und den Schluß der Session machen kann.

IV. Wenn der König es für das Wohl des Staats wichtig findet, daß die Sitzung fortgesetzt werde, oder daß die Aussetzung nicht Statt finden könne, oder daß sie auf eine kürzere Zeit nur Statt finden könne: so kann er eine Bothschaft an dasselbe gelangen lassen, worüber das gesetzgebende Corps gehalten ist sich zu berathschlagen.

V. Der König hat das gesetzgebende Corps in dem Zwischenraum seiner Sessionen allemal zusammen zu berufen, wenn ihm das Interesse des Staats es zu erfordern scheint, so wie in den Fällen, die vom gesetzgebenden Corps, ehe es aussetzte, vorhergesehen und bestimmt sind.

VI. Jedesmal, wenn der König sich nach dem Ort der Sitzungen des gesetzgebenden Corps hinverfügen wird, wird er durch eine Deputation empfangen und zurückbegleitet werden. In das Innere des Saals kann er nur durch den Königlichen Prinzen und durch die Minister begleitet werden.

VII. In keinem Fall kann der Präsident ein Mitglied der Deputation seyn.

VIII. Das gesetzgebende Corps wird aufhören ein deliberirendes Corps zu seyn, so lange als der König zugegen seyn wird.

IX. Die Acten der Correspondenz des Königs mit dem gesetzgebenden Corps müssen immer durch einen Minister contrasignirt seyn.

X. Die Minister des Königs werden in der gesetzgebenden Nationalversammlung Zutritt haben; ihnen wird da ein bestimmter Platz gegeben; sie werden so oft, als sie es verlangen, über Gegenstände gehört werden, die sich auf ihre Administration beziehen, oder wenn sie verlangt werden, Aufklärungen zu geben. Sie werden ebenfalls über Dinge gehört werden, die sich nicht auf ihre Administration

beziehen, wenn die Nationalversammlung ihnen darüber einen Vortrag zugesteht.

Viertes Hauptstück.

Von der Handhabung der executiven Macht.

Erster Artikel. Die höchste executive Macht befindet sich ausschließlich in den Händen des Königs.

Der König ist das höchste Oberhaupt der allgemeinen Administration des Reichs: die Sorge, über die Behauptung der Ordnung und der öffentlichen Ruhe zu wachen, ist ihm anvertraut.

Der König ist das höchste Oberhaupt der Armee zu Lande und der Seemacht.

Dem König ist die Sorge anvertraut, für die äußere Sicherheit des Reichs zu wachen und die Rechte und Besitzungen davon zu behaupten.

II. Der König ernennt die Gesandten und die andern Agenten politischer Verhandlungen.

Er ertheilt das Commando über die Armeen und über die Flotten und die Grade eines Marschalls von Frankreich und eines Admirals.

Er ernennt zwey Drittheil der Contreadmirale, die Hälfte der Generallieutenants, der Marcheaux de Camp, der Schiffscaptaine und der Obersten der Nationalgarde.

Er ernennt den dritten Theil der Obersten und der Oberstlieutenante und den sechsten Theil der Schiffslieutenante, so daß er sich in allem den Gesetzen, welche die Beförderung betreffen, gemäß verhält.

Er ernennt in der bürgerlichen Administration der Marine die Anordnungsmänner, die Controleure, die Schatzmeister der Arsenäle, die Vorsteher der Arbeiten, die Untervorsteher der bürgerlichen Bauten, die Hälfte der Administrationschefs der Unterchefs der Construction.

Er ernennt die Commissarien bey den Tribunälen.

Er ernennt die Hauptvorsteher der Regieen der indirecten Steuern und die Administrationsvorsteher der Nationalgüter.

Er hat die Obergewalt über die Ausprägung der Münzen und ernennt die Bedienten, welchen diese Gewalt in der allgemeinen Commission und in den Münzgebäuden aufgetragen ist.

Das Bild des Königs wird auf alle Münzen des Reichs geprägt.

III. Der König läßt offne Briefe, Bestallungen, Commissionen für öffentliche Beamten oder andre, die solche erhalten sollen, ausliefern.

IV. Der König läßt eine Liste der Pensionen und Gratificationen machen, damit sie dem gesetzgebenden Corps in jeder Sitzung desselben vorgelegt, und decretirt werden kann, wenn es Statt findet.

Erste Section.

Von der Bekanntmachung der Gesetze.

Erster Artikel. Die ausübende Macht muß die Gesetze mit dem Staatsiegel unterfiegeln und öffentlich bekannt machen lassen,

Es muß gleichfalls die Acte des gesetzgebenden Corps bekannt machen lassen, die der Sanction des Königs nicht bedürfen.

II. Von jedem Gesetz sollen zwey Originalausfertigungen gemacht werden, die vom Könige unterzeichnet und vom Justizminister contrasignirt und mit dem Staatsiegel unterfiegelt sind. Die eine wird in den Siegelarchiven aufgehoben und die andre in den Archiven des gesetzgebenden Corps.

III. Die Bekanntmachung der Gesetze soll so lauten:

“N. (der Name des Königs) von Gottes Gnaden und durch das Constitutionsgesetz des Staats König der Franzosen; allen Gegenwärtigen und Künftigen; unsern Grufs: die Nationalversammlung hat decretirt, und wir wollen und befehlen das, was folgt:

(Die wörtliche Abschrift des Decrets ist unverändert einzurücken.)

Wir gebiethen und befehlen allen administirenden und gerichtlichen Corps, daß sie gegenwärtiges in ihren Departementern und respectiven Districten in ihre Registers eintragen, lesen, öffentlich bekannt machen und anschlagen und als ein Gesetz des Reichs zur Ausführung bringen lassen: zur Beglaubigung dessen haben wir gegenwärtiges unterzeichnet und das Staatsiegel darunter setzen lassen.

IV. Wenn der König minderjährig ist: so sollen die Gesetze, Bekanntmachungen und andere von dem Königlichen Ansehn ausgehende Acten während der Regentschaft auf folgende Art abgefaßt werden:

“N. (der Name des Regenten) Regent des Reichs im Namen von N. (der Name des Königs) von Gottes Gnaden und durch das Constitutionsgesetz des Staats König der Franzosen u. s. w.

V. Die ausübende Macht ist gehalten, die Gesetze an die administrirenden Corps und an die Gerichtshöfe zu senden, die Einsendung sich berichten und dem gesetzgebenden Corps bescheinigen zu lassen.

VI. Die ausübende Macht kann nicht irgend ein Gesetz, selbst nicht ein provisorisches Gesetz machen, sondern nur öffentliche Bekanntmachungen, welche den Gesetzen gemäß sind, veranstalten, um dessen Ausübung anzubefehlen oder zu widerrufen.

Zweyte Section.

Von der innern Verwaltung.

Erster Artikel. In jedem Departement giebt es eine Oberadministration und in jedem District eine Unteradministration.

II. Die Administratoren haben keinen Repräsentantencharakter.

Sie sind Bedienten, die auf eine gewisse Zeit vom Volk gewählt sind, um unter der Obergewalt und dem Ansehn des Königs die Administrationsgeschäfte auszuüben.

III. Sie können sich weder in die Ausübung der gesetzgebenden Macht einmischen, oder die Ausführung der Gesetze aufhalten, noch etwas in Ansehung der gerichtlichen Ordnung oder der militairischen Verfügungen und Ausführungen unternehmen.

IV. Die Administratoren sind wesentlich verbunden, die directen Steuern zu vertheilen und über die Summen, die aus den Steuern und den öffentlichen Einkünften ihrer Gegend erwachsen, zu wachen. Es gebührt der gesetzgebenden Macht, die Regeln und die Art, wie sie ihre Geschäfte handhaben sollen, zu bestimmen, sowohl in Ansehung der obervähnten Gegenstände, als in Ansehung aller andern Theile der innern Verwaltung.

V. Der König hat das Recht, die Acten der Departementsadministratoren, welche den an sie gerichteten Gesetzen und Befehlen, widersprechen, zu zernichten.

Im Fall eines anhaltenden Ungehorsams oder solcher Acten, wodurch sie die öffentliche Sicherheit und Ruhe in Gefahr setzen, sie in ihren Amtsgeschäften zu suspendiren.

VI. Die Departementsadministratoren haben ebenfalls das Recht, die Acten der Unteradministratoren eines Districts, welche den Gesetzen und den Beschlüssen der Departementsadministratoren oder den Befehlen, welche Letztere ihnen werden gegeben oder überliefert haben, entgegen laufen, zu zernichten.

Sie können gleichfalls in Fällen eines anhaltenden Ungehorsams der Unteradministratoren, oder solcher Acten, wodurch sie die öffentliche Sicherheit und Ruhe in Gefahr setzen, selbige in deren Functionen suspendiren, unter der Bedingung, daß sie den König davon benachrichtigen, der dann die Suspension aufheben oder bestätigen kann.

VII. Der König kann, wenn die Departementsadministratoren die in obigem Artikel ihnen übertragene Macht nicht gebrauchen, geradezu die Acten der Unteradministratoren zernichten und diese zugleich in den Fällen suspendiren.

VIII. So oft der König die Suspension der Administratoren und Unteradministratoren wird erklärt oder bestätigt haben: so wird er davon das gesetzgebende Corps benachrichtigen.

Dieses soll die Suspension aufheben oder bestätigen oder selbst die sträfliche Administration aus einander gehen, und, wenn die Sache es erfordert, alle Administratoren oder Einige derselben den Criminalgerichten überliefern und wider sie ein Decret zur Anklage ergehen lassen können.

Dritte Section.

Von den auswärtigen Verhältnissen.

Erster Artikel. Der König kann allein auswärtige politische Verhältnisse unterhalten, Negotiationen leiten, Kriegsanstalten treffen, die den Anstalten benachbarter Staaten angemessen sind, die Land-

und Seemacht, so wie er es zuträglich findet, vertheilen und die Direction in Kriegsfällen reguliren.

II. Jede Kriegserklärung soll in diesen Ausdrücken geschehen: Von Seiten des Königs der Franzosen im Namen der Nation.

III. Es gebührt dem König mit auswärtigen Mächten alle Friedens- Allianz- und Commerztractaten und andere Vereinbarungen, die er dem Staat zuträglich finden wird, mit Vorbehalt der Ratification des gesetzgebenden Corps zu schliessen und zu unterzeichnen.

Fünftes Hauptstück.

Von der gerichtlichen Macht.

Erster Artikel. Die richterliche Macht kann in keinem Fall von dem gesetzgebenden Corps oder vom Könige ausgeübt werden.

II. Die Gerechtigkeit soll von Richtern unentgeltlich gehandhabt werden, die auf eine gewisse Zeit vom Volk gewählt und durch offne Briefe des Königs eingesetzt sind, welche Briefe der König nicht wird abschlagen können.

Sie werden nur wegen gehörig gerichtlich ausgemachter Verbrechen abgesetzt und nur durch eine zulässige Anklage suspendirt werden können.

Der öffentliche Ankläger ist vom Volk zu ernennen.

III. Die Gerichtshöfe können sich weder in die Ausübung der gesetzgebenden Macht mischen, oder die Vollziehung der Gesetze suspendiren, noch etwas in Ansehung der Administrationsgeschäfte unternehmen, noch die Administratoren ihrer Berufsgeschäfte wegen vorladen.

IV. Die Bürger können nicht von den Richtern abgezogen werden, welche das Gesetz ihnen anweist, weder durch irgend eine Commission, noch durch andre Attributionen oder Evocationen, als solche, die durch das Gesetz bestimmt sind.

V. Das Recht der Bürger, ihre Streitigkeiten durch den Weg der Schiedsrichter gänzlich zu beendigen, leidet keinen Eintrag durch die Acten des gesetzgebenden Corps.

VI. Die gewöhnlichen Gerichtshöfe können keine Klage im bürgerlichen Recht annehmen, wenn es nicht dargethan ist, daß die

Partheyen vor Mittelspersonen erschienen find, oder dafs der Kläger seine Gegenparthey vor Mittelspersonen hat vorladen lassen, um einen Vergleich zu Stande zu bringen.

VII. Es wird einen Friedensrichter oder mehrere in den Cantons und in den Städten geben. Die Anzahl derselben, soll von der gesetzgebenden Macht bestimmt werden.

VIII. Es gebührt der gesetzgebenden Macht, die Anzahl und die Bezirke der Gerichtshöfe, und die Anzahl der Richter, woraus jeder Gerichtshof bestehen wird, zu reguliren.

IX. In Criminalsachen kann kein Bürger anders, als nach einer von den Geschwornen angenommenen und von dem gesetzgebenden Corps decretirten Anklage in den Fällen gerichtet werden, worin es ihm gebührt, die Anklage zu verfolgen.

Nachdem die Anklage zugelassen ist, muß das Factum von den Geschwornen anerkannt und declarirt seyn.

Der Angeklagte wird die Macht haben, davon bis zu zwanzig zu verwerfen, ohne Gründe anzugeben.

Die Geschwornen, die das Factum declarirt haben, können nicht weniger, als Zwölf seyn.

Die Anwendung des Gesetzes wird von den Richtern gemacht werden.

Die Instruction soll öffentlich geschehen, und man wird dem Angeklagten die Hülfe eines Rathes nicht versagen können.

Jeder, welcher durch ein gesetzmäßiges Geschworengericht losgesprochen ist, kann nicht wieder wegen eben der Sache angegriffen und angeklagt werden.

X. Kein Mensch kann anders ergriffen werden, als um vor den Policybeamten gebracht zu werden; und keiner kann anders in Arrest gesetzt oder in Verhaft genommen werden, als Kraft eines Befehls der Policybeamten, eines Geheißes zur gefänglichen Einziehung von Seiten eines Gerichtshofes, eines Decrets zur Anklage vom gesetzgebenden Corps, in dem Fall, worin es ihm gebührt, es abzufassen, oder einer Verurtheilung zu gefänglicher Haft oder eines Disciplinarrestes.

XI. Jeder, der ergriffen und vor den Policeybeamten gebracht ist, soll auf der Stelle verhört werden oder aufs späteste binnen 24 Stunden.

Wenn aus dem Verhör es sich ergibt, daß kein Grund, ihn sträflich zu finden, vorhanden ist: so soll er sogleich in Freyheit gesetzt; oder wenn man Ursache hat, ihn ins Arresthaus zu senden: so soll er nach dem kürzesten Verzug dahin geführt werden, welcher in keinem Fall drey Tage überschreiten kann.

XII. Kein in Arrest gesetzter Mensch kann darin festgehalten werden, wenn er eine hinreichende Caution stellt, in allen Fällen, worin das Gesetz es erlaubt, unter Caution in Freyheit zu bleiben.

XIII. Kein Mensch kann in dem Fall, da seine Festhaltung durch das Gesetz autorisirt wird, nach andern Orten gebracht und festgehalten werden, als die gesetzmässig und öffentlich bestimmt sind, um zu einem Arresthause, zu einem Gerichtshause oder zu einem Gefängnisse zu dienen.

XIV. Kein Wächter oder Kerkermeister kann einem Menschen annehmen oder festhalten, als Kraft eines Mandats, eines Befehls zur gefänglichen Einziehung, eines Anklagsdecrets, oder eines im obigen zehnten Artikel erwähnten gerichtlichen Ausspruchs und ohne Uebertragung desselben in sein Register.

XV. Jeder Wächter oder Kerkermeister ist gehalten, ohne daß irgend ein Befehl ihn davon lossprechen kann, die Person des in Verwahrsam Genommenen dem bürgerlichen Beamten vorzuführen, der die Policey über das Arresthaus hat, so oft er darum durch denselben angefordert wird.

Die Vorführung der Person des in Verwahrsam Genommenen soll auch seinen Anverwandten und Freunden nicht verweigert werden, die desfalls eine Ordre von dem bürgerlichen Beamten vorzeigen, der immer gehalten seyn soll, sie zu bewilligen, wenn der Wächter oder Kerkermeister nicht einen Befehl des Richters vorweist, der in sein Register eingetragen ist des Inhalts, daß der Arretirte zu nöthigen sey, mit Niemanden zu reden.

XVI. Jede andere Person, ihre Stelle oder Amt bestehe, worin es wolle, außer denjenigen, denen das Gesetz das Recht zu arretiren

giebt, die eine Ordre geben, unterzeichnen, ausführen oder ausführen lassen wird, einen Bürger zu arretiren; oder wer auch nur, selbst im Fall der durch das Gesetz autorisirten Arretirung, einen Bürger in einen nicht öffentlich und gesetzmässig bestimmten Arrestort führen, aufnehmen und zurückhalten wird, und jeder Wächter oder Kerkermeister, der den Verfügungen des oberrwähnten XIV und XV Artikels entgegen handeln wird, sollen des Verbrechens der willkührlichen Gefangenhaltung schuldig gefunden werden.

XVII. Kein Mensch kann wegen solcher Schriften nachgesucht oder verfolgt werden, die er hat drucken oder bekannt machen lassen, über welche Materie es auch sey, wenn er nicht absichtlich Ungehorsam wider die Gesetze, Verachtung der constituirten Mächte, Widersezlichkeit wider ihre Acten, oder irgend eine von den Handlungen, welche für Verbrechen und Vergehungen durch das Gesetz erklärt sind, veranlaßt hat.

Der Tadel der Handlungen der constituirten Mächte ist verstattet; aber freywillige Verläumdungen wider die Redlichkeit der öffentlichen Beamten und wider die Rechtschaffenheit ihrer Absichten in der Ausübung ihrer Berufsgeschäfte, sollen von denen gerichtlich verfolgt werden können, die der Gegenstand davon sind.

Verläumdungen und ehrenrührige Beleidigungen, wider welche Personen es auch sey, sollen, wenn sie sich auf deren Privatleben beziehen, auf deren gerichtliche Verfolgung bestraft werden.

XVIII. Keiner kann durch einen Civil- oder Criminalproceß wegen gedruckter oder öffentlich bekannt gemachter Schriften verurtheilt werden, ohne daß es durch ein Geschworenengericht erkannt und declarirt sey: 1. ob in der angegebenen Schrift ein Vergehen, 2. ob die gerichtlich verfolgte Person strafbar sey.

XIX. Es wird für das ganze Reich ein einziges Cassationstribunal geben, das sich bey dem gesetzgebenden Corps findet. Es soll dessen Beruf darin bestehen, daß es einen Ausspruch thut über die Bitten um Cassation wider Urtheile, die in letzter Instanz von den Gerichtshöfen gesprochen sind;

Ueber Bitten um Verschickung der Sache von einem Gerichtshofe an einen andern wegen eines gegründeten Verdachts;

Ueber die Verfügungen der Richter oder über die Anklagen wider einen ganzen Gerichtshof im Punct eines gesetzwidrigen Verfahrens.

XX. In einer Cassationsangelegenheit wird das Cassationstribunal niemals über den Hauptpunct der Verhandlungen erkennen können, sondern es soll, nachdem es das Urtheil wird cassirt haben, das gefällt ist, wegen eines Verfahrens, wobey die Formalitäten verletzt sind, oder welches eine ausdrückliche Uebertretung des Gesetzes enthält, den Hauptpunct des Processus an den Gerichtshof zurückweisen, der darüber zu erkennen hat.

XXI. Wenn nach zwey Cassationen das Urtheil des dritten Tribunals durch eben die Mittel angegriffen wird, als die beyden ersten: so soll die Streitfrage nicht im Cassationstribunal weiter verhandelt werden, ohne dem gesetzgebenden Corps unterworfen zu werden, welches ein erklärendes Decret des Gesetzes abfassen wird, nach welchem das Cassationstribunal sich zu richten gehalten seyn soll.

XXII. Jedes Jahr soll das Cassationstribunal gehalten seyn an die Schranken des gesetzgebenden Corps eine Deputation von 8 Mitgliedern zu senden, die demselben den Etat der gesprochenen Urtheile vorlegen wird, zu deren Seite eine abgekürzte Anzeige der Sache und der Text des Gesetzes sich finden soll, durch welches das Entscheidungsurtheil veranlaßt ist.

XXIII. Ein hoher Nationalgerichtshof, der aus Mitgliedern des Cassationstribunals und der hohen Geschwornengerichten formirt wird, soll über die Vergehungen der Minister und der Hauptbeamten der ausführenden Macht und über Verbrechen erkennen, welche die allgemeine Sicherheit des Staats angreifen werden, wenn das gesetzgebende Corps ein Decret zur Anklage abgefaßt haben wird.

Er wird sich nur auf eine öffentliche Bekanntmachung des gesetzgebenden Corps versammeln und zwar in einer Entfernung von 30,000 Ruthen zum wenigsten von dem Ort, wo die Gesetzgebung ihre Sitzungen halten wird.

XXIV. Die Executionsexpeditionen der Urtheile der Gerichtshöfe sollen auf folgende Art abgefaßt seyn:

“ N. (der Name des Königs) von Gottes Gnaden und durch das Constitutionsgesetz des Staats König der Franzosen, allen Gegen-

wärtigen und Zukünftigen, unsern Grufs: Das Tribunal zu — — hat folgendes Urtheil gesprochen:

(Hier wird das Urtheil in Abschrift mitgetheilt, in welcher des Namens der Richter Erwähnung gethan wird.)

Wir gebiethen und befehlen, allen hierauf requirirten Gerichtsdienern dieß befagte Urtheil zur Vollziehung zu bringen; unsern Commissarien bey den Gerichtshöfen darüber zu halten und allen Befehlshabern und Bedienten der öffentlichen Macht die erforderliche Mannschaft herzugeben, wenn eine gesetzmäßige Requisition desfalls an Sie ergangen seyn wird: zur Beglaubigung dessen, ist gegenwärtiges Urtheil durch den Präsidenten und den Gerichtschreiber unterschrieben.,,

XXV. Die Berufsgeschäfte der Commissarien des Königs bey den Tribunälen werden darin bestehen, daß sie auf die Beobachtung der Gesetze bey den zu fallenden Urtheilen dringen und daß sie die gefällten Urtheile zur Vollziehung bringen lassen.

Sie sollen nicht öffentliche Ankläger seyn; aber sie sollen über alle Anklagen gehört werden und sollen während der Instruction auf die Regelmäßigkeit der Formalitäten und vor dem Urtheil, auf die Anwendung des Gesetzes halten.

XXVI. Die Commissarien des Königs bey den Tribunälen, sollen dem Director des Geschwornengerichts, entweder von Amtswegen oder auf Befehl, der ihnen vom Könige wird ertheilt seyn, denonciren:

Die Angriffe wider die persönliche Freyheit der Bürger, wider die freye Circulation der Lebensmittel und andrer Gegenstände des Handels und wider die Einhebung der Steuern;

Die Vergehungen, wodurch die Ausführung der vom Könige ertheilten Befehle in der Ausübung der Geschäfte, die ihm übertragen sind, würde gestört oder verhindert werden;

Die Angriffe wider das Völkerrecht, und die Empörungen wider die Vollziehung der Urtheile und aller aus den constituirten Mächten ausgehenden Executionshandlungen.

XXVII. Der Justizminister soll dem Cassationstribunal mittelst des Commissars des Königs und ohne Nachtheil des Rechts der

interessirten Partheyen die Acten denonciren, wodurch die Richter die Gränzen ihrer Macht möchten überschritten haben.

Das Tribunal soll sie für null und nichtig erklären, und wenn sie Gelegenheit zu Staatsverbrechen geben: so soll die Sache dem gesetzgebenden Corps denoncirt werden, welches ein Decret zur Anklage abgiebt, wenn es Statt findet, und diejenigen, die desfalls verdächtig sind, vor den hohen Nationalgerichtshof sendet.

Vierter Titel.

Von der öffentlichen Gewalt.

Erster Artikel. Die öffentliche Gewalt ist angeordnet, um den Staat wider auswärtige Feinde zu vertheidigen und die Behauptung der Ordnung und die Vollziehung der Gesetze im Staat zu sichern.

II. Sie besteht

aus der Armee zu Lande und zu Wasser;
aus der besonders zum innern Dienst bestimmten Mannschaft;
und zur Beyhülfe, aus activen Staatsbürgern und ihren Kindern, die im Stande sind die Waffen zu tragen, und in die Rolle der Nationalgarde eingeschrieben sind.

III. Die Nationalgarden machen weder ein Militaircorps aus, noch einen Stand im Staat. Sie sind selbst Bürger, die zum Dienst der öffentlichen Macht berufen sind.

IV. Die Bürger werden sich nie als Nationalgarden formiren, noch agiren können, als Kraft einer gesetzmässigen Requisition oder Vollmacht.

V. Sie sind in dieser Eigenschaft einer durch das Gesetz bestimmten Organisation unterworfen.

Sie können im ganzen Reich nur eine Disciplin und eine Uniform haben.

Die Vorzüge der Grade und die Subordination finden nur in Beziehung auf den Dienst und während der Dauer desselben Statt.

VI. Die Officiere werden auf eine gewisse Zeit gewählt und können nach einem Zwischenraum, da sie als bloße Soldaten gedient haben, wieder erwählt werden.

Keiner wird die Nationalgarde von mehr, als einem District commandiren können.

VII. Alle Theile der öffentlichen Gewalt, die zur Sicherheit des Staats wider auswärtige Feinde gebraucht werden, sollen unter Befehlen des Königs handeln.

VIII. Kein Corps oder Detaschement von Linientruppen kann im Innern des Reichs ohne eine gesetzmäßige Requisition agiren.

IX. Kein Bedienter der öffentlichen Gewalt kann in das Haus eines Bürgers gehen, wenn es nicht geschieht, um die Policitybefehle und Gerichtsbefehle zu vollziehen, und in den Fällen geschieht, die das Gesetz förmlich vorhergesehen hat.

X. Die Requirirung der öffentlichen Gewalt im Innern des Reichs gebührt den bürgerlichen Beamten nach den vom gesetzgebenden Corps bestimmten Regeln.

XI. Wenn Unruhen ein ganzes Departement erschüttern: so wird der König unter der Verantwortlichkeit der Minister die zur Ausführung der Gesetze und zur Wiederherstellung der Ordnung nothwendigen Befehle ertheilen, jedoch so dafs ihm dabey die Pflicht obliege, das gesetzgebende Corps davon zu unterrichten, wenn es versammelt ist, und es zusammenzuberufen, wenn es nicht versammelt ist.

XII. Die öffentliche Gewalt ist ihrem Wesen nach, gehorchend; kein bewaffnetes Corps kann deliberiren.

XIII. Die Armee zu Lande und zu Wasser und die Truppen, die zur innern Sicherheit bestimmt sind, sind besondern Gesetzen unterworfen, sowohl zur Behauptung der Disciplin als in der Form der Urtheile und in Beziehung auf die Natur der Strafen im Punct der militairischen Vergehungen.

F ü n f t e r T i t e l.

Von den öffentlichen Steuern.

Erster Artikel. Die öffentlichen Steuern sollen jedes Jahr durch das gesetzgebende Corps in Ueberlegung gezogen und festgesetzt werden und sie sollen nicht über den letzten Tag der folgenden Sitzung fort dauern können, wenn sie nicht ausdrücklich erneuert sind.

II. Unter keinerley Vorwand sollen die zur Bezahlung der Nationalschuld und zur Bezahlung der Civilliste nöthigen Gelder abgeschlagen oder suspendirt werden können.

Das Tractement der kraft der Decrete der constituirenden Nationalversammlung auf Pension gesetzten, beybehaltenen, erwählten oder ernannten Diener der katholischen Religion macht einen Theil der Nationalschuld aus.

Das gesetzgebende Corps soll in keinem Fall die Nation mit der Bezahlung irgend einer Person belästigen können.

III. Die umständlichen Rechnungen über die Ausgaben der Minister-Departementer sollen, nachdem sie von den Ministern oder allgemeinen Directoren unterschrieben und nachgesehen sind, durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden, im Anfang der Session einer jeden Gesetzgebung.

Eben so soll es gehalten werden mit den Listen der Einnahme der verschiedenen Steuern und aller öffentlichen Einkünfte.

Die Listen der Ausgaben und Einnahmen sollen nach ihrer Natur unterschieden werden und die Summen angeben, die eingenommen oder ausgegeben sind, Jahr für Jahr, in jedem District.

Die Ausgaben, die jedem Departement eigen sind, und sich auf die Gerichtshöfe, auf die administrirenden Corps oder andere Anstalten beziehen, sollen gleichfalls bekannt gemacht werden.

IV. Die Departementsadministratoren und die Unteradministratoren sollen weder irgend eine öffentliche Steuer festsetzen, noch irgend eine Vertheilung über die Zeit und Summe hinaus, die vom gesetzgebenden Corps festgesetzt sind, vornehmen, noch über irgend eine Localanleihe, die zur Last der Bürger eines Departements fällt, Berathschlagungen anstellen oder eine solche Anleihe erlauben können, ohne dazu durch jenes Corps bevollmächtigt zu seyn.

V. Die vollziehende Macht leitet und beobachtet die Hebung und die Auszahlung der Steuern und ertheilt alle dazu nöthigen Befehle.

S'echster Titel.

Von den Verhältnissen der französischen Nation zu fremden Nationen.

Die französische Nation entsagt aller Unternehmung um Eroberungen zu machen und wird niemals seine Macht wider die Freyheit irgend eines Volks gebrauchen.

Die Constitution duldet nicht das Recht, Güter der Fremden einzuziehen.

Fremde, die in Frankreich sich niedergelassen haben oder nicht, succediren ihren Freunden oder französischen Anverwandten.

Sie können Güter, die in Frankreich liegen, contrahiren, erwerben und empfangen, und, wie jeder französischer Bürger, damit schalten und walten, auf jede nach den Gesetzen zulässige Art.

Fremde, welche sich in Frankreich befinden, sind denselben Criminal- und Policeygesetzen unterworfen, welchen die französischen Bürger unterworfen sind, mit Vorbehalt der Puncte, die mit fremden Mächten durch Verträge festgesetzt sind: ihre Person, ihre Güter, ihr Kunstfleiss, ihre Religionsübungen stehn auf gleiche Art unterm Schutz der Gesetze.

Siebenter Titel.

Von der Revision der constitutionellen Decrete.

Erster Artikel. Die constituirende Nationalversammlung erklärt, dafs die Nation das unverjährliche Recht hat, ihre Constitution zu verändern; und nichts desto weniger decretirt sie, indem sie erwägt, dafs es dem Nationalinteresse angemessen ist, sich nur auf dem in der Constitution angegebenen Wege des Rechts zu bedienen, diejenigen Artikel umzuändern, davon die Erfahrung die Mängel möchte gezeigt haben, dafs man durch eine Revisionsversammlung nach folgender Form dazu schreiten solle.

II. Wenn drey auf einander folgende Gesetzgebungen wegen der Umänderung eines constitutionellen Artikels einen gleichförmigen Wunsch geäussert haben: so soll die verlangte Revision Statt finden.

III. Die nächste Gesetzgebung und die folgende können nicht die Umänderung irgend eines constitutionellen Artikels vorschlagen.

IV. Von drey Gesetzgebungen, welche in der Folge einige Veränderungen vorschlagen können, werden die beyden ersten sich nur in den beyden letzten Monathen ihrer Session mit dieser Materie beschäftigen können; und die Dritte am Ende der ersten jährlichen Session oder im Anfange der Zweyten.

Ihre Deliberationen über diese Materie sollen eben den Formalitäten, wie die gesetzgebenden Handlungen, unterworfen seyn; aber die Decrete, wodurch sie ihren Wunsch äußert, sollen der Sanction des Königs nicht unterworfen seyn.

V. Die vierte Gesetzgebung, vermehrt mit zwey hundert neun und vierzig Mitgliedern, die in jedem Departement vermittelt der Verdoppelung der gewöhnlichen Anzahl, welche es in Ansehung der Volksmenge liefert, gewählt werden, soll die Revisionsversammlung ausmachen.

Die zwey hundert und neun und vierzig Mitglieder sollen, nachdem die Ernennung der Repräsentanten zum gesetzgebenden Corps wird geendigt seyn, gewählt werden, und es soll darüber ein besonderes Protocoll gehalten werden.

Die Revisionsversammlung wird nur aus einer Kammer bestehen.

VI. Die Mitglieder der dritten Gesetzgebung, welche eine Umänderung verlangt hat, werden nicht zur Revisionsversammlung erwählt werden können.

VII. Die Mitglieder der Revisionsversammlung sollen, nachdem sie alle zusammen den Eid geleistet haben *frey zu leben oder zu sterben*, einzeln den Eid leisten, *sich darauf einzuschränken, dass sie nur über diejenigen Gegenstände etwas festsetzen wollen, welche ihnen durch den einförmigen Wunsch dreier Gesetzgebungen unterworfen sind; ausserdem mit aller ihrer Macht die Constitution des Reichs, die von der constituirenden Nationalversammlung in den Jahren 1789, 1790 und 1791 decretirt ist, zu behaupten und in allem der Nation, dem Gesetz und dem Könige treu zu seyn.*

VIII. Die Revisionsversammlung soll gehalten seyn, sich darauf ohne Verzug mit den Gegenständen zu beschäftigen, welche ihrer

Prüfung werden unterworfen seyn. Sobald als ihre Arbeit geendigt seyn wird, sollen die zwey hundert und neun und funfzig Mitglieder, welche zur Vermehrung ernannt sind, sich wieder wegbegeben, ohne in irgend einem Fall an den Handlungen der Gesetzgebung Theil nehmen zu können.

*

*

*

Die französischen Colonien und Besitzungen in Asien, Afrika und Amerika, ob sie gleich einen Theil des französischen Reichs ausmachen, werden nicht mit in diese Constitution begriffen.

*

*

*

Keine der durch die Constitution festgesetzten Mächte, hat das Recht, sie zu verändern, weder in ihrem Ganzen noch in ihren Theilen, ausgenommen die Reformen, welche darin auf dem Wege der Revision in Uebereinstimmung mit den oben im siebenten Titel angegebenen Verfügungen gemacht werden können.

Die constituirende Nationalversammlung überliefert dieses Nationalgut der treuen Obhut des gesetzgebenden Corps, des Königs und der Richter, der Wachsamkeit der Familienväter, den Gattinnen und den Müttern, der Zuneigung der jungen Bürger, dem Muth aller Franzosen.

Die Decrete der constituirenden Nationalversammlung, welche nicht in der Constitutionsacte enthalten sind, sollen als Gesetze vollzogen werden; und die vorhergehenden Gesetze, die sie nicht abgeschafft hat, sollen ebenfalls so lange beobachtet werden, als die einen oder die andern nicht werden durch die gesetzgebende Macht widerrufen oder modificirt seyn.

Unterzeichnet, Vernier, Präsident; Pougeard, Couppé, Mailly-Chateaurenaud, Chaillon, Aubry, Bischoff vom Departement der Maafs; Darche, Secretaire.

*

*

*

Den 3ten September 1791.

Nachdem die Nationalversammlung die obige Constitutionsacte hat vorlesen hören, und nachdem sie selbige gebilligt hat: so erklärt sie,

dafs die Constitution vollendet ist und dafs sie nichts darin ändern kann.

Unterzeichnet, Vernier, Präsident; Pougeard, Couppé, Mailly-Chateaurenaud, Chaillon, Aubry, Bischof vom Departement der Maafs; Darche, Secretaire.

*

*

*

Bothschaft des Königs an die Nationalversammlung.

Sitzung vom 13ten September 1791.

Meine Herren, ich habe die Constitutionsacte sorgfältig geprüft, welche Sie mir zur Annahme vorgelegt haben. Ich nehme sie an und werde sie zur Ausführung bringen. Diese Willenserklärung hätte zu jeder andern Zeit hinreichend seyn können, nun bin ich dem Interesse der Nation es schuldig, ich bin es mir selbst schuldig, meine Bewegungsgründe bekannt zu machen. Vom Anfang meiner Regierung an habe ich die Abschaffung der Misbräuche verlangt und in allen Regierungshandlungen hat mein Herz das öffentliche Urtheil sich gerne zur Regel gemacht. Verschiedene Ursachen, unter deren Zahl man die bey meiner Gelangung zum Thron Statt findende Lage der Finanzen und die unermesslichen Kosten eines ehrenvollen Krieges, der lange Zeit ohne Vermehrung der Auflagen geführt ist, hatten ein beträchtliches Misverhältniß zwischen den Einkünften und den Ausgaben des Staats bewirkt. Betroffen über die Grösse des Uebels, habe ich nicht nur nach Mitteln, selbigen abzuheben, mich umgesehen, sondern habe die Nothwendigkeit empfunden, deren Rückkehr vorzubeugen, und mir einen Entwurf gedacht, die Glückseligkeit des Volks auf dauerhafte Grundfesten zu bauen und die in meinen Händen befindliche Macht selbst unveränderlichen Regeln zu unterwerfen. Ich habe die Nation um mich hierum versammelt, um ihn auszuführen. In dem Lauf der Begebenheiten der Revolution haben meine Gefinnungen sich nie geändert. Wie Sie nach Abschaffung der alten Einrichtungen an deren Stelle die ersten Versuche ihres Werks gesetzt hatten, habe ich nicht gewartet, um meine Zustimmung dazu zu geben, bis die ganze Constitution mir bekannt wäre; ich habe die Fortsetzung ihrer Theile selbst begünstigt, ehe ich noch selbst das

Ganze davon beurtheilen konnte; und wenn die Unordnungen, welche fast alle Epochen der Revolution begleitet haben, gar zu oft mein Herz kränkten: so hoffte ich, daß das Gesetz wieder in den Händen der neuen Autoritäten Kraft gewinnen würde, und daß bey Herannäherung des Ziels ihrer Arbeiten jeder Tag demselben die Ehrfurcht wieder erwerben würde, ohne welche das Volk weder Freyheit noch Glückseligkeit genießen kann.

Ich bin in dieser Hoffnung lange beharrt und meine Entschliesung hat sich nur in dem Augenblick geändert, da jene mich verlassen hat. Jeder erinnert sich des Augenblicks, worin ich mich von Paris entfernt habe. Die Constitution war ihrem Ende nahe und dennoch schien das Ansehn der Gesetze täglich schwächer zu werden. Die Opinion, weit entfernt Festigkeit zu gewinnen, theilte sich in einer Menge von Partheyen. Die übertriebensten Rathschläge schienen allein die Oberhand zu erhalten, mit der Zügellosigkeit der Schriften war es aufs äußerste gekommen, für keine Macht hatte man Ehrfurcht. Ich konnte den Character des allgemeinen Willens nicht mehr in Gesetzen erkennen, welche ich allenthalben ohne Kraft und Vollziehung sah. Damals würde ich, ich muß es sagen, wenn Sie mir die Constitution vorgelegt hätten, nicht geglaubt haben, daß des Volks Interesse (beständige und einzige Regel meines Verhaltens) mir es erlaubte sie anzunehmen. Ich hatte nur einen Gedanken, ich bildete mir nur einen Entwurf, ich wollte mich von allen Partheyen entfernen und erforschen, welches wirklich der Wunsch der Nation wäre.

Die Motive, welche mich leiteten, sind itzt nicht mehr vorhanden. Seit der Zeit haben die Mängel und Uebel, darüber ich mich beklagte, auf Sie, wie auf mich, einen starken Eindruck gemacht; Sie haben den Willen an den Tag gelegt, die Ordnung wieder herzustellen. Sie haben ihre Blicke auf den bey der Armee herrschenden Mangel der Disciplin geworfen. Sie haben die Nothwendigkeit erkannt, die Misbräuche der Pressfreyheit zu unterdrücken. Die Revision ihrer Arbeit hat verschiedene Artikel, die mir als Constitutionsgesetze vorgelegt waren, in die Zahl der Einrichtungsgesetze gesetzt. Sie haben gesetzmäßige Einrichtungen zur Revision der-

jenigen getroffen, die Sie in die Constitution gesetzt haben. Endlich ist der Wille der Nation für mich nicht mehr zweifelhaft; ich habe ihn sich auf einmal offenbaren sehen, sowohl durch ihr Festhalten an ihr Werk, als durch ihre Anhänglichkeit an die Behauptungen der monarchischen Regierung.

Ich nehme also die Constitution an. Ich nehme die Verbindlichkeit auf mich, sie im Reich zu behaupten, sie wider Angriffe von aussen zu vertheidigen und sie durch alle Mittel, wozu sie mich in den Stand setzt, zur Ausführung zu bringen. Ich erkläre, daß, da ich von dem festen Beyfall, den die große Mehrheit des Volks der Constitution giebt, unterrichtet bin, ich der Mitwirkung entsage, auf welche ich bey dieser Arbeit Anspruch gemacht hatte, und daß, da ich nur der Nation verantwortlich bin, kein Anderer, wenn ich jener Mitwirkung entsage, das Recht hätte, sich darüber zu beschweren.

Ich würde indeffen der Wahrheit zu nahe treten, wenn ich sagte, daß ich in den Ausführungsmitteln und den Administrationsmitteln denjenigen Nachdruck wahrgenommen hätte, welche nöthig seyn würde, um in alle Theile eines so großen Reichs die erforderliche Bewegung zu bringen und Einheit zu erhalten. Da aber die Meynungen über diese Gegenstände getheilt sind: so willige ich ein, daß die Erfahrung allein darüber Richterinn bleibe. Wenn ich mit Treue alle Mittel, die mir in die Hand gegeben sind, werde angewandt haben: so kann mich kein Tadel treffen; und die Nation, deren Interesse mir allein zur Regel dienen soll, wird sich durch die Mittel erklären, welche die Constitution ihr vorbehalten hat.

Aber zur Befestigung der Freyheit für die Unererschütterlichkeit der Constitution, zur persönlichen Glückseligkeit aller Franzosen giebt es, meine Herren, Interesse, über welche eine mächtig gebietende Pflicht uns befiehlt, alle unsere Bestrebungen zu vereinigen. Diese Interesse sind Ehrfurcht für Gesetze, die Wiederherstellung der Ordnung und die Eintracht aller Staatsbürger. Jetzt, da die Constitution völlig festgesetzt ist, müssen Franzosen, die unter einerley Gesetzen leben, keine andre Feinde mehr kennen, als diejenigen, welche selbige verletzen; die Zwietracht und die Anarchie das sind unsere gemeinschaftlichen Feinde. Ich werde sie mit aller mei-

ner Macht bekämpfen. Es ist höchst wichtig, daß Sie und Ihre Nachfolger mir mit Nachdruck beystehen; daß, ohne über Gedanken herrschen zu wollen, das Gesetz auf eine gleiche Art alle diejenigen in Schutz nehme, die demselben ihre Handlungen unterwerfen. Diejenigen, welche die Furcht vor Verfolgungen und vor Unruhen von ihrem Vaterlande möchte entfernt haben, müssen zur Gewissheit gelangen, bey der Zurückkunft Sicherheit und Ruhe zu finden. Und, um allen Feindschaften ein Ende zu machen, um die Uebel zu mildern, welche eine große Revolution immer nach sich zieht, so laßt uns, damit das Gesetz anfangen könne, zur gänzlichen Ausführung zu gelangen, über die Vergeßung des Vergangenen eins werden. Die Anklagen und die gerichtlichen Handlungen, die nur in den Begebenheiten der Revolution ihren Ursprung haben, müssen durch eine allgemeine Ausöhnung niedergeschlagen werden.

Ich rede nicht von denen, die nur durch ihre anhängliche Liebe für mich geleitet sind, könnten Sie darin Strafbare finden! Was diejenigen betrifft, die durch Excesse, worin ich persönliche Beleidigungen finden könnte, sich die Verfolgung der Gesetze zugezogen haben: so empfinde ich in Ansehung ihrer es, daß ich der König aller Franzosen bin. Unterzeichnet, *Ludewig*.

Den 13ten September 1791.

N. S. Ich habe gedacht, meine Herren, daß ich an dem Ort, wo die Constitution gemacht ist, die feyerliche Annehmung derselben bezeugen müßte. Ich werde mich daher morgen um Mittag in die Nationalversammlung begeben.

Rede des Königs in der Sitzung vom Mittewochen

den 14ten September 1791.

Meine Herren,

Ich komme hier, die Annehmung, welche ich der Constitutionsacte gegeben habe, feyerlich zu heiligen. Demnach schwöre ich, der Nation und dem Gesetze treu zu seyn, alle Macht, die mir übertragen ist, anzuwenden, um die von der constituirenden National-

versammlung decretirte Constitution zu behaupten und die Gesetze vollziehen zu lassen. Möge diese große und merkwürdige Epoche die Epoche der Wiederherstellung des Friedens und der Eintracht seyn, und das Unterpfand der Glückseligkeit des Volks und des Wohls des Reichs werden.

Der Siegelbewahrer hat dem Könige die Constitutionsacte vorgelegt, um zu unterzeichnen. Er hat unterzeichnet.

Schlussbetrachtung über diese Constitution und deren etwanige Folgen.

Es war die Vorrede zu der gegenwärtigen Sammlung von Aufsätzen schon geschrieben und gesetzt, als es öffentlich angekündigt wurde, daß die Constitutionsacte nächstens würde vollendet und dem Könige übergeben werden. Ich beschloß daher die Zeit ihrer Bekanntmachung zu erwarten und noch eine Uebersetzung derselben hinzuzufügen, damit die Leser meiner Aufsätze zugleich das Werk lesen und beurtheilen könnten, wovon in einem meiner Aufsätze und in dem darauf sich beziehenden Briefe die Rede gewesen war. Ich wage es mich überzeugt zu halten, daß unbefangene Prüfer das jenem Werk aufgedruckte Gepräge der Menschenliebe, der Weisheit und gründlicher Kenntnisse nicht verkennen und sich bewogen finden werden, es als ein glorreiches Monument unsrer Zeit anzusehn. Da diese Staatsmaschine unter den stürmischsten Bewegungen, welche Menschen, die keinen Sinn für die göttliche Wollust haben, die mit der Vorstellung eines großen glücklichen Volks, und mit den dazu tretenden sympathisirenden Gefühlen verknüpft ist, in tausenderley Gestalten und mit der feinsten Verschlagenheit dawider erregt haben, dennoch völlig zu Stande gebracht und schon weit mehr, als lebhaft Freunde der Menschheit zu erwarten wagen konnten, in Gang gekommen ist: so ist es nun wohl entschieden, daß eine so systematische und wohlthätige Staatsverfassung nicht eine Schimäre sey. Die vor einigen Jahren mit so vieler Zuversicht und mit so weisem Lächeln von Manchen geäußerten Prophezeyungen, daß

alles an jenem Gebäude, auch wenn es keinen geſſentlichen Widerſtand fände, von ſelbſt in Jahr und Tag wieder einſtürzen würde, ſind bisher ganz unerfüllt geblieben. Man kann hieraus ſchließen, wie weit es damit ſchon würde gekommen ſeyn, wenn alle dawider ſtreitenden Kräfte mit der Majorität der Nation und ihrer Repräſentanten ſich vereinigt hätten, um ein ſo herrliches Werk aufs beſte zu Stande zu bringen und alle Bürger des Staats zu ihrer Mitwirkung aufzumuntern und in die dazu erforderlichen Kenntniſſe hineinzuleiten.

Es iſt ausgemacht genug, daſs dann nicht der tauſendſte Theil des Uebels, das nun in der Zeit des Niederreiſſens und Wiederaufbauens erfolgt iſt, hätte erfolgen können, und daſs itzt ſchon alles hätte anfangen können im vollen Genuſs des Segens, den eine ſolche Conſtitution natürlicher Weiſe mit ſich führen muſs, zu leben. Endlich hat man ſelbſt angefangen, daran zu verzweifeln, daſs durch innern Zwiſt und Widerſtand, die neue Ordnung der Dinge wieder zernichtet werden könnte. Man hat geglaubt die vereinte Macht Europens dawider in Thätigkeit ſetzen zu müſſen, um ſo den zu ſchwachen innern Reſſorts des Widerſtandes zu Hülfe zu kommen. Oeffentliche Nachrichten wollen es uns glauben machen, daſs ihre Bemühungen nicht ohne Wirkung ſeyn und daſs ſich wirklich viele Mächte verbinden werden, dieſes groſſe Werk der menſchlichen Erfahrungen und Kenntniſſe zu zernichten. Selbſt nachdem der König die Conſtitution feyerlich angenommen und beſchworen hat, fährt man fort dieſs zu behaupten. Ich weiſs es zu gut, wie ſchwer es iſt den Zuſtand unſrer Welt ſo durchzuſchauen, als es nöthig iſt, um die aus den geiſtigen und körperlichen Reſſorts derſelben entſpringenden Wirkungen mit einiger Sicherheit vorher verkündigen zu können. Dennoch glaube ich die Behauptung wagen zu können, daſs Frankreichs Conſtitution nicht werde feindſeliger Weiſe von Europens Fürſten beſtürmt werden. *) Ich gründe dieſe

*) Nicht wenige ariſtokratiſche Schmeichler oder Theilnehmer der fürſtlichen Macht fordern ſie dazu auf. Man ſehe beſonders den im Journal von und für Deutschland dahingehörigen Auffatz; leſe aber auch dagegen die von

meine Gedanken theils auf die Beschaffenheit des in Frankreich zu Stande gebrachten Werks und auf Frankreichs Interesse, theils auf das Interesse des Königs und der Königin der Franzosen, theils auf das Interesse, den Erkenntniszustand und den Character der Fürsten, von welchen der Krieg wider Frankreich beschloffen werden möchte. Ich werde hier nicht in umständliche Untersuchungen hineingehen, sondern nur die Hauptpuncte kurz berühren.

Sehn wir auf das in Frankreich ausgeführte Werk selbst: so scheinen jedem unleidenschaftlichen Beurtheiler der Sache folgende Puncte einleuchten zu müssen.

Die Welt hat keine Beyspiele grösserer Gräuel der Ausschweifung, der Tyranney und der Verschwendung aufzuweisen, als die weltlichen und geistlichen Machtinhaber Frankreichs sich seit einem Jahrhundert und darüber haben zu Schulden kommen lassen.

Die Macht, wozu die Könige und ihre Räte die Königliche Macht allmählig erhoben hatten, sind offenbar mit der alten Regierungseinrichtung in Widerspruch und war durch Gewalt und List erpreßt oder erschlichen.

Alle für Production und Fabrication arbeitenden Stände, oder die edle erwerbende Volksmasse wurde aufs äusserste unterdrückt und etwa eine halbe Million schwelgte von den Früchten und Arbeiten von etwa vier bis fünf und zwanzig Millionen, die selbst kaum kümmerlich leben konnten. Ein sehr beträchtlicher Theil beyder Geschlechter und besonders des weiblichen Geschlechts, mußte selbst seine Subsistenzmittel dadurch erwerben, daß er den Hohen und Mächtigen und deren Agenten zu Werkzeugen ihrer Laster diente.

Die Menschheit wurde in der großen Volksmasse herabgewürdigt, und auf bloße Willkühr gegründete Macht erhöhter Menschenklassen triumphirte und verführte selbst durch ausgeworfene Lockspeisen und Dienstvorthelle manches Mitglied des unter die Füße getretenen Bürgerstandes erniedrigender Weise ihre Lobredner und die Vertheidiger ihrer Macht zu werden.

einem edlen Adelichen herrührenden Bemerkungen im 8ten Stück des deutschen Merkurs 1791. nebst Wielands vortrefflichem Anhang dazu.

Es war offenbar die ganze Staatsverfassung so gemacht, daß sittliches Verderben natürlicher Weise daraus entspringen, und jede Bosheit und jede Tyranney der Mächtigen damit bestehen konnte. Man denke nur an die Letters de cachet, an die Bastille, an die Hugenottenverfolgungen u. f. w.

Die durch die Nationalversammlung unternommene Reform hat einen rechtlichen Grund in dem wesentlichen Endzweck jeder Regierungsverfassung, der in allgemeiner Volksglückseligkeit besteht, in dem nicht bestreitbaren Satze, daß alle Regenten und Staatsbedienten des Volks wegen da sind, und daß ihre Rechte nur aus Volksaufträgen entspringen und im freyen Vertrage mit dem Volk gegründet seyn können, in der beschränkten Macht, die dem Könige von Frankreich vorher zugestanden ist und in dem Volksrechte, worauf die Nation nie Verzicht that, wie sie um die Handhabung ihrer Rechte allmählig durch Gewalt und schlaue Bosheit gebracht war, in der förmlichen Aufforderung des Königs, dem ganzen Staat eine gute Constitution zu geben, und endlich in dem fortwährenden thätigen Beifall, den die Nation durch Adressen und durch die Ausführung aller angeordneten Organisationseinrichtungen an den Tag gelegt hat.

Die Constitution ist so beschaffen, daß Gerechtigkeit, Tugend und Edelmuth natürliche Wirkungen derselben werden müssen. Die Nation muß durch ihr Interesse bewogen werden, die Gesetze auf allgemeine Volksglückseligkeit in Beziehung zu setzen. Die Nation wird so wenig, als ein vernünftiger einzelner Mensch, der Selbstliebe entgegen arbeiten. Ihre Repräsentanten finden selbst als sehr unvollkommene und eigensüchtige Menschen nur ihre Interesse im lebhaften Bestreben, die Gesetzgebungsrolle vortrefflich zu spielen. Was sie im Punct der Gesetzgebung leisten, geschieht nicht im Verborgnen. Alles dahin gehörige wird öffentlich untersucht und es erfolgt nur so fern Ehre und Ruhm für die Repräsentanten, als die ganze Nation, ja als ganz Europa, nach geprüften Debatten, Wahrheit, Recht und Güte in Vorträgen und Decreten findet. *) Eine

*) Es giebt so Manchen, der, indem er auf die Repräsentanten des französischen Volks schmält oder schimpft, behauptet, daß ihre Würde eben sowohl, als

Legislatur von 2 Jahren giebt keine Ausichten zur Gründung einer fortdauernden Macht. Die sich bald succedirenden Legislaturen müssen natürlicher Weise einen Wetteifer in vortrefflichen Arbeiten veranlassen, wenn auch nur einige von durchaus reiner Tugendliebe beseelt seyn sollten. Alles, was sonst im Staat nach der Constitution

die Würde der verdorbensten Regenten und Minister, durch Intriguen, durch Aufhetzungen des Pöbels u. s. w. betrieben und zu Stande gebracht sey, daß Mirabeau und Andre nur sich um eigene Vortheile und nicht um Staatsvortheile bekümmert hätten. Wer so urtheilt, sieht offenbar die Güte ihrer Unternehmungen nicht aus dem rechten Gesichtspunct an. Man muß nothwendig auf das Werk, das öffentlich in der Nationalversammlung ausgeführt ist, sehn. Wer darin etwas vortrug, das nicht mit den angenommenen Grundsätzen zu vereinigen war, und dessen Zuträglichkeit für das Wohl des Staats nicht der Majorität, die immer in einem höchst ehrwürdigen Licht erschienen ist, einleuchtete, konnte nichts ausrichten. Hat man zur Unterstützung dessen, was die Majorität gut fand, es nothwendig gefunden, Volksbewegungen ins Geheim zu veranstalten: so suchte man wenigstens dadurch ein vortreffliches Ziel zu erreichen. In solchen Fällen muß die Sache nach den Moralitätsgrundsätzen beurtheilt werden, die man unter *Raisons d'état* und *raisons de guerre* bisher zusammen begriffen hat, und welche leider bey der bisherigen Fürsten- und Ministerpolitik nur zu oft bloß vorgeschützt wurden, wenn man selbst höchst böse Endzwecke zu erreichen suchte, oder auf dem ordentlichen Weg der Gesetze gute Endzwecke erreichen konnte. Dann erwägt man nicht, daß eine Menge der bösesten Volksbewegungen durch die aristokratische Parthey vermittelt einer Menge von Intriguen, wobey sie so oft die Maske der Constitutionsfreunde anlegten, bewirkt sind. Endlich sind die gräulichen Scenen vom 6ten October, die man so gerne boshafter Weise auf die Rechnung der Revolution setzen möchte, offenbar nicht auf ein solches Ziel hin gerichtet gewesen, als worauf die Nationalversammlung vor den Augen der ganzen Welt hinwirkt. Wurden sie durch ein Mitglied, oder durch einige Mitglieder der Nationalversammlung geleitet und veranstaltet: so war ihnen nichts mehr, als diese Versammlung entgegen. Selbige hat ihren Abscheu daran offenbar und stark genug an den Tag gelegt. War Mirabeau ein unmoralischer Mann, der in Zeiten der Finsterniß ein Cromwell hätte seyn können: so sah er doch wenigstens sehr wohl ein, daß er beym itzigen Zustand der menschlichen Erkenntniß kein Cromwell werden könnte und seinen Ruhm auf dem Wege der Wahrheit und des Guten suchen mußte. Auch findet man seine Schriften und seine Vorträge in der Nationalversammlung nicht in Widerspruch. Er hat durchaus consequent gehandelt.

geschieht, geschieht öffentlich, und es wird immer Männer geben, die alles Böse, das gewisse Mitglieder möchten ausführen wollen, entdecken und aufdecken werden. Bey völliger Publicität *) wird alles, was geschieht, beleuchtet werden. Der König muß, als ein edler Regent, es gern sehn, daß die Nation selbst die Verantwortlichkeit für ihre Glückseligkeit, so weit sie in der Constitution gegründet ist, übernehme. Sie hat es darin ja offenbar mit ihrer Sache zu thun. Er muß als guter Fürst sich freuen, daß bösen Regenten und ihren Helfern die Macht genommen wird, auf die Vereinigung der gesetzgebenden und ausführenden Macht willkürlicher Weise Ungerechtigkeit, Despotismus und Tyranney zu bauen. Er kann höchst glorreich und glücklich regieren, wenn er durch weise Ausführung aller Gesetze ein Wohlthäter von 25 Millionen wird. Es findet der erhabenste und der kenntnißreichste Geist mehr, als volle Arbeit, in dem Geschäft, vortreffliche Agenten aufzufuchen und diese durch eine gerechte und wohlthätige Amtswirksamkeit, das feiner und ihrer Pflege übergebene Volk aber durch Empfangung alles Guten, das aus weiser und wohlthätiger Handhabung der Gesetze entspringt, glücklich zu machen. Giebt es Mängel in den Gesetzen und selbst in der Constitution: so können selbige, selbst nach Anleitung der Constitution, ohne gewaltsame allgemeine Erschütterungen, und ohne Dazwischenkunft einer bloßen Willkühr und Macht gehoben werden. Haben die Mitglieder der ersten Nationalversammlung, die sich erstlich in alles hinein studiren mußten, sogleich unter tausend Hindernissen ein so vortreffliches Werk aufführen können: so wird auch nicht gegen die Legislatureinrichtung der Einwurf gemacht werden können, daß eine Zeit von 2 Jahren zu kurz sey, und daß eine Legislatur zu Ende sey, ehe sie sich habe über alles orientiren können. Bey

*) Unter Publicität verstehe ich das Recht, alle Handlungen die in Beziehung auf den Staat und die Gesetze stehen, öffentlich bekannt zu machen und zu beurtheilen. Sie gehört mit zur Pressfreyheit, wodurch es verstattet wird, daß jeder ohne allen vorgängigen Censurzwang, seine Gedanken öffentlich unter der Bedingung, daß er für die Folgen und wegen deren Verhältniß zu den Gesetzen verantwortlich bleibt, drucken lassen kann.

einer solchen Succession der Legislaturen wird das Studium der Constitution bey den Staatsbürgern allgemein genug seyn, um immer gut vorbereitete Deputirte liefern zu können. Die sich auf die Religion beziehenden Decrete sind ganz der herrlichen Christusreligion gemäß. Die auf Religion sich beziehenden Decrete verhüten jede Verfolgung und führen so sehr zur Liebe hin, daß nicht einmal vom Dulden, welches schon den Begriff des Herrschens in Religionsmeinungen voraussetzt, die Rede seyn soll. Dennoch wird für Bildung zur Religion und Tugend gehörig gesorgt. Die Majorität der ersten Nationalversammlung erscheint endlich von Seiten des Edelmuths in einem herrlichen Licht. Sie hat gern ihre großen Berufsarbeiten so bald geendigt, als es nur möglich gewesen ist. Sie hat, was sie für künftige Legislaturen bewilligt und festgesetzt hat, daß nämlich die Mitglieder einer vorhergehenden auch wieder zur folgenden gewählt werden können, sich selbst unterlagt, um jeden Verdacht der Errichtung einer aristokratischen Macht auszuweichen. Erwägt man alles dieß, und stellt man sich eine mitwirkende vortreffliche Nationalerziehung nun noch dazu vor: wie kann man anders, als mit Entzücken an die künftige Lage so vieler Millionen von Menschen denken, die das schönste Land des Erdbodens bewohnen. Und dennoch sollten Europens Fürsten das alles durch ihre Macht zernichten wollen?

Wollten sie es thun: so müßte doch wohl von Frankreichs Wohl die Rede seyn? Und wie wird das mit solchen Schritten bestehen können? Das was vorher angeführt ist, liegt der ganzen Welt vor Augen. Es giebt freylich Partheygänger unter den Schriftstellern, die zu jedem, noch so erniedrigenden Dienst ihre Federn für Lohn an Geld oder Macht, oder für reizende Ausichten dazu in die Hand nehmen. Die Menschen besitzen die unselige Kunst durch Sophisterey und durch Talente der Schreibart die Menschen, die nicht wohl im Kopf verwahrt sind, an ihrer Existenz und am Daseyn der Sinne zweifeln zu machen. Allein ein solcher Traum der Einbildung ist doch nur bey Wenigen bisher eine fortdauernde Krankheit geworden, und die große, etwas gut kultivirte Volksmenge hält fest an die Erkenntniß der Erfahrung und an den gesun-

den Verstand, ohne sich lange durch künstliche Verdrehungen der Dinge in augenscheinlichen Dingen irre leiten zu lassen. *Calonne* erweist Europens Völkern wenige Ehre, wenn er glaubt, daß das, was in seinem Werk über den itzigen und künftigen Zustand Frankreichs gesagt ist, in oder außer Frankreich bey etwas unterrichteten Lesern Beyfall und Glauben finden könne.*) Was in einem an den König gerichteten Schreiben gesagt ist, wobey auch *Calonne* die Feder geführt haben soll, kann auch nur unwissenden Menschen im Licht einiger Gründlichkeit erscheinen. Das geben selbst diejenigen zu, die sich für die aristokratische Parthey interessiren. Jeder unbeeingene Leser muß alles das noch um desto anstößiger finden, wenn er erwägt, daß eine solche Sprache von Solchen geführt wird, die selbst den elenden Finanzzustand durch ungeheure Verschwendungen mit befördert haben. Die französische Nation würde und könnte offenbar nicht anders als unglücklich nach siegreichen Angriffen auf die Constitution werden. Ja sie würde am Ende auch noch die Fürsten Europens für ihre Bemühungen durch Provinzen oder Inseln belohnen sollen.

Allein Europens Fürsten sollen nach den öffentlichen Zeitungsnachrichten den König der Franzosen wieder in seinen vorhergehenden Zustand zurückführen wollen. Wäre dieß der Fall, so müßte der vorhergehende Zustand doch wohl ein in Rechten gegründeter Zustand gewesen seyn. Alle guten Geschichtschreiber sind aber eins darüber, daß dieser Zustand der Macht allmählig grausamer und listiger Weise, durch böse Räthe in der Könige Hände hineingespielt war. Setzte sich die Politik der Fürsten aber auch über alle Rechtsbegriffe hinweg, welches sie in ihren Manifesten noch nicht gethan haben: so würden sie doch wenigstens mit Sicherheit erwarten dürfen, daß sie durch die Bemühung einer gewaltsamen Zurückführung des Königs in den alten Zustand ihm wirklich einen Dienst thäten. Dem König kann aber unmöglich dadurch ein Dienst geschehen. Er geräth damit ganz in die Gewalt der andern Europäischen Fürsten, und muß die Leitung seiner Angelegenheiten ihnen ganz überlassen.

*) Siehe darüber les observations par Mr. Boissy d'Anglas, Paris 1791, wovon im Göttingischen historischen Magazin schon ein Auszug mitgetheilt ist.

Würde er endlich auch, welches noch höchst zweifelhaft wäre, in den Zustand der alten Gewalt wieder zurück gebracht: welche Ströme Bluts würden nicht vorher fließen, und wie sehr würde nicht dieses groſſe ſchöne Reich vorher verheert werden! Unmöglich könnte er mit Zufriedenheit an den Theil der Macht denken, der ſo errungen wäre! Welch einen Haß würde er nicht auf ſich laden, wenn er, nachdem er die Nation grauſam getäuſcht und ſeinen nun erfolgten feyerlichen Schwur gebrochen hätte, am Ende bloß durch Gewalt herrſchte! Wie wenig könnte denn ſein Leben unter einem ſo grauſam getäuſchten Volk in Sicherheit ſeyn! Wie unabſehbare Uebel wird dann auch die noch ſchlimmere Finanzlage, wenn er zurück käme, ihm zubereiten! Nur niedrige Seelen, nur Pöbel, nur ſeine Macht mit ihm theilende oder vielmehr eigentlich handhabende Mächtige, würden ſeinen Thron umgeben, und nun ihm, dem Mittel ihrer eignen Gewalt, Lobopfer bringen. Wer nicht zum Tyrannen gebohren und gebildet iſt, und das iſt Ludewig der Sechzehnte gewiß nicht, der könnte in einem ſolchen Tyrannenglück gewiß ſeine Glückſeligkeit nicht finden. Dringen Europens Fürſten aber am Ende nicht mit ihrer Macht durch: welch ein trauriges Schickſal würde dann auf ihn warten! Was von dem Könige gilt, gilt auch von der Königin, wenn man etwa nach Ritterart vorzüglich für ſie fechten wollte.

Sehn wir endlich auf das Intereſſe aller Fürſten von Europa: ſo könnten ſie unmöglich es rathſam finden, Frankreich mit Gewalt anzugreifen. Erſtlich müßte die Unternehmung, ein Volk zu bekriegen und zu unterjochen, das nach vorgängiger Aufforderung des Königs, die Staatsverfaſſung zu verbessern, nur in ſeine alten Rechte tritt; das ſeinem König, ſo lange es kein Miſtrauen in ſeine aufrichtige Theilnehmung ſetzen durfte, mit Enthuſiasmus ergeben war; das der bey weiten gröſſern Anzahl nach edelmüthig handelte; für den die Majorität der Nationalverſammlung nach deſſen Flucht und Zurückkunft vieles, ſehr vieles wagte, wie die republikaniſche Parthey ſtark geworden war; das, nachdem er nun die Conſtitution angenommen und beſchworen hat, abermal allen Argwohn gegen ihn fahren läßt; das ihm ein glänzendes Feld zur Wirkſamkeit läßt, welches

den thätigsten und größten Geist bis zum Ueberflufs befriedigen kann; das die bittersten Gegner und Verbrecher so gelinde behandelt, wie nie eine angegriffne und siegende aristokratische und monarchische Macht auch edle und rechtschaffne Gegner behandelt hat; das großmüthiger Weise die Bezahlung einer Schuld auf sich nimmt, die ungerechte Regierungsgewalt und heillose Verschwendung allmählig gemacht hatte, und das endlich allen Eroberungen entsagt, die Unternehmung, ein solches Volk zu unterjochen, müßte, sage ich, der ganzen mit gesunder Vernunft und mit Gefühl für Menschenwohl begabten Menschheit an sich in einem äußerst gehässigen Licht erscheinen. Zweytens werden Europens Regenten und ihre Räthe es erkennen, daß der ganzen Welt es würde auffallen müssen, wenn, da es doch entschieden ist, daß Könige und Regenten der Völker wegen und nicht die Völker der Könige und Regenten wegen da sind, da noch nie ein König einen König, der sein Volk mishandelte, bekriegt und mit Gewalt zu seinen Pflichten hingeführt hat, die Fürsten und Regenten nun anfangen wollten, die Sache eines Königs zu führen und ein Volk zu bekriegen, das seinem König alle Macht in Händen läßt, die ein guter König, der sein Volk wider Tyranney geschützt sehen will, nur immer wünschen und verlangen kann. Sie werden drittens selbst es nicht nur anstößig, sondern auch gefährlich finden, zur Unterdrückung der Menschen bürgerlichen Standes Menschen zu gebrauchen, die eben des Standes sind, oder Nationen der Fürsten wegen durch Nationen zu unterdrücken. Sie werden viertens auch wohl daran denken, daß sie von ihren Völkern nur zum Besten dieser Völker Steuern heben, und nicht befugt sind, andre Nationen damit zu bekriegen. Es kann fünftens die Idee den Fürsten nicht unwichtig scheinen, daß durch einen solchen Krieg mehr, als durch irgend etwas in der Welt, die Völker allgemein zum Aufstande werden gereizt und um desto mehr gereizt werden, je mehr alle Freyheitsideen allen Menschen werth sind, und je leichter die Freyheitsbewegungen Frankreichs unter solchen Umständen sich über Europa ausbreiten würden, wenn ein zur Unterdrückung angegriffenes Volk öffentlich vor Europens Völkern plaidirte. Sechstens würden die Fürsten Europens ihrer und ihrer Staaten Unabhängigkeit

durch einen Eingriff in die Angelegenheiten eines andern unabhängigen Staats thätlich entfagen und jeden Staat berechtigen, andern Staaten Gesetze vorzuschreiben. Siebentens werden die Regenten es nicht unerwogen lassen, daß Frankreich in vielen Ländern Europens Gläubiger hat, die leicht alles verlören, wenn es angegriffen würde. In allen diesen Staaten wird man also wider einen solchen Angriff mit Macht wirken und man darf nicht denken, daß, wenn große Mächte zum Angriff schreiten, andre müßige Zuschauer dabey seyn, und ein edelmüthiges Volk, das alles bezahlen will, unterdrücken lassen werden. Endlich ist es bekannt genug, mit welchem Nachtheil man Krieg außerm Lande führt, wie viele Vorthelle ein defensivagirendes Volk in seinem Lande über zahlreiche Feinde hat, und wie furchtbar ein großes mächtiges Volk im Kampf für seine Freyheit den Feinden werden müsse. Diese letzte Betrachtung wird man um desto weniger aus der Acht lassen, nachdem man erfahren hat, wie viele Politiker in und außser Engeland unrichtig über den Nordamerikanischen Krieg geurtheilt haben. Die Fürsten Europens werden also aus bloßer Politik es nicht wagen können, sich in Frankreichs innere Angelegenheiten zu mischen.

Aber, ich darf auch hinzusetzen, es werden Viele aus Liebe zum Recht und zur Menschheit, einen solchen Schritt, wenn sie es auch mit Erfolg thun könnten, nicht thun wollen. Es hat mich unendlich gefreut, daß man unter den Staaten, die man im Bunde wider Frankreich finden will, Dännemark nicht genannt hat, worin mit so vielem Eifer an der Verbesserung der Staatseinrichtungen unter so günstigen Aufpicien gearbeitet wird. Der König von Pohlen erscheint in der Hinsicht mit so vielen, wahrhaftig edeldenkenden Adelichen auch in einem gar herrlichen Licht. Deutschland hat endlich ebenfalls sehr edeldenkende Fürsten. Leopolds Wege find uns freylich zum Theil verborgen, weil seine Klugheit so viele Schwierigkeiten zu überwinden findet. Man könnte selbst leicht fürchten, daß in ihm der Kaiser anders dächte, als der Großherzog von Toscana gedacht hat. Allein ich halte doch noch fest an den Glauben, daß er, der es so oft bekannt hat, daß Regenten der Nation wegen da sind, und der vorhin so wohlthätig für sein Volk regierte,

von wahrem Eifer beseelt sey, alle vorkommenden Umstände weise zu nutzen und seine Staaten und Deutschlands innere Verfassung einem hohen Maafs der Vollkommenheit viel näher zu bringen. Auch hoffe ich zuversichtlich, daß es immer weise und männlich denkende Gelehrte geben werde, die über Eigennutz, Schmeicheley und Unbesonnenheit genug erhaben sind, um durch Beförderung richtiger Kenntnisse und bürgerlicher Tugenden theils Regenten und Völker zu bessern Staatsverfassungen hinzuleiten, theils alle, mit so vielen Gefährlichkeiten und Uebeln verbundenen Revolutionen zu verhüten und unnöthig zu machen. Denn die Sicherheit, die Ruhe und das dauerhafte Wohl der Staaten hängt wesentlich davon ab, daß Aufklärung über die Grundfätze der gesellschaftlichen Vollkommenheit sich von oben herab und von unten hinauf einander begegnen. Aus einer so über alle sich erstreckenden Aufklärung werden ohne Revolutionen allmählig durch freye, in Erkenntniß des bessern gegründete Verzichtleistungen auf ein schädliches Uebermaafs der Macht, wovon auch Geben seliger ist, als Nehmen, von Seiten der Fürsten solide Staatsconstitutionen entstehen, worin Gerechtigkeit und Tugend einen freyen Gang, Laster und Ungerechtigkeit aber allenthalben Hindernisse finden, und worin eine selbstfüchtige Politik die Menschen auf den Weg führen muß, wohin der edle Mensch durch reine Tugendliebe und durch Triebe der Wohlthätigkeit geleitet wird. Und ist den Fürsten, ihren Räthen und Lieblingen es darum zu thun, daß dieses schöne, männliche Alter der Menschheit in Europa bald erfolgen möge: so müssen sie es mit lebhaftem Dank erkennen, daß Frankreich unter harten Schicksalen den Fürsten anderer Länder es leicht macht, ohne erst selbst mit Schaden lernen zu dürfen, ihren Staaten eine vollkommene Constitution zu geben.

Denn selbst ein so vortreffliches Gesetzbuch, als nun der Preussische Staat bekommt, kann eines Volks Glückseligkeit auf keine Weise sicher gründen, wenn nicht Regenten und Völker in ein weise bestimmtes und unerschütterliches Rechtsverhältniß gegen einander gesetzt werden, und wenn nicht die Abweichung davon sowohl beym Regenten, als bey den Bürgern einen gehörigen in der Constitution selbst gegründeten Widerstand findet. Ist ein solcher Wider-

stand nicht da: so wird das, was ein guter und großer Fürst oft wachsam zum Besten des Staats zu Stande gebracht hat, leicht unter der Regierung eines schlechten oder schwachen Regenten in wenigen Jahren wieder über den Haufen geworfen. Die auf einen schuldenfreyen Zustand, oder selbst auf einen großen Staatschatz, durch einen großen Monarchen gegründete Stärke eines Staats, sinkt leicht unter *einem* Nachfolger zur gänzlichen Ohnmacht hinab. Man müßte nichts von der Geschichte wissen, wenn man hierauf auch nur einwenden wollte, daß dies nur selten der Fall gewesen wäre.

IX.

Entwurf einer dem gemeinen Besten zuträglichen Pressfreyheit. *)

Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß alles, was wahr, recht und gut ist, auf Gründen ruhen müsse, die ihrer Natur nach nicht durch irgend einen Angriff des Irrthums, des Unrechts und des Bösen erschüttert oder zernichtet werden können. Wahr ist es aber auch, daß die menschliche Erkenntnißkraft nicht stark und frey genug wirkt, um die unerschütterliche Festigkeit jener Gründe immer wahrzunehmen. Es giebt eine nicht geringe Menge von Menschen, die in der Art, wie sie etwas ansehen, durch das Ansehn der Person, welche etwas behauptet, geleitet werden. Theils besitzen sie selbst nicht die zu richtiger Prüfung erforderliche Verstandeskraft, theils finden sie sich nicht geneigt, eine gehörige Untersuchung darüber anzustellen, weil sie der Behauptung Anderer aus Neigung oder starkem Zutrauen zu denselben gerne beystimmen, oder weil sie die Mühe der Selbstprüfung ungern übernehmen. Auch wird bey einem unge-

*) Da in Deutschland es protestantische Länder giebt, wo man sich itzt bestrebt den Grundfätzen des Lutherthums und den Absichten *Luthers* zuwider einen katholischen Glaubenszwang und einen äußerst gefährlichen Censurzwang einzuführen: so habe ich nicht umhin können, einen, in dem Specialcalender auf das Jahr 1790 abgedruckten Aufsatz hier auch noch mitzutheilen, nachdem ich ihn nochmals sorgfältig geprüft und unter Benutzung der mir von einem einsichtsvollen Freunde mitgetheilten Gedanken verbessert habe. Er möchte noch etwas mit zur Abwendung der den Völkern von der Seite drohenden großen Gefahr beytragen können.

gründeten Mangel einer günstigen Idee von einer Person dasjenige oft nicht gehörig bemerkt, oder leichtsinniger Weise verworfen, was von derselben herrührt, wie wichtig es auch seyn mag. Kommt der, welcher etwas liest, selbst mit leidenschaftlichen, im Triebe zum Genuß eines sinnlichen Vergnügens, einer angenehmen Weide der Imagination, oder eigener Vorthelle von Seiten der Ehre und des äußern Vermögens gegründeten, Gemüthsbewegungen zum Lesen hin: so wird bey Beurtheilung dessen, was gesagt oder vorgetragen wird, noch weniger alles nach dem Gewicht der Gründe, welches Wahrheit, Recht und innere Güte den Dingen giebt, sorgfältig beurtheilt. Man kann also keinesweges sagen, daß man von Seiten des Irrigen, Unrechten und Bösen, das in gewissen Schriften enthalten ist, nichts zum Nachtheil der Leser fürchten dürfte. Hieraus leuchtet es hervor, daß, wenn Schriften vor das Tribunal eines durchaus untrüglichen, und nach Anleitung eines reinen und starken Verstandes alles, was recht und gut ist, innig liebenden Richters gebracht werden könnten, die Censur eines solchen Tribunals der menschlichen Gesellschaft zur Beförderung richtiger Kenntnisse und der darin gegründeten Gefinnungen, Handlungen und Glückseligkeiten, und zur Verhütung vieler Irrthümer und böser Triebe und daraus entspringender Uebel sehr große Dienste thun könnte. Allein wo ist der Sterbliche, der, ohne zu erröthen, es der Welt ankündigen könne, daß sein Verstand und sein Erkenntnißzustand ein sichres Schätzungsmittel alles dessen sey, was andre Menschen denken? *) Und wer wagt es zu sagen, er werde bey keiner Schrift die Arbeit scheuen, welche er übernehmen muß, wenn er sich in den Sinn alles dessen, was darin enthalten ist, hineinstudiren und alles richtig schätzen will, oder er werde in seinen Urtheilen nie durch etwas anders, als durch reine Wahrheitsliebe gelenkt werden? Könnte einer letzteres sich auch zutrauen: so würde er doch sich ungern dem Verdacht vom Gegentheil aussetzen, in welchen er oft bey Manchen fallen würde, bey Urtheilen, die gleichsam bey verschlossenen Thüren gesprochen werden. Fällt ein solches Richteramt einem Religionslehrer in die

*) An den sich dieß im Punct der Religion anmaßenden Pabst wird man hier doch hoffentlich nicht mehr anders als mit Mitleiden oder Unwillen denken.

Hände, wer bürgt der Welt, die Aufklärung über das, was wahr, recht und gut ist, sucht und suchen muß, dafür, daß es ein Mann sey, der nicht das, was *er* verurtheilt, wie etwas verurtheile, wodurch man sich eines Hochverraths gegen Gott und göttliche Dinge schuldig mache, und der nicht unmerklicher Weise die Idee von der Untrüglichkeit, Erhabenheit und Heiligkeit Gottes seinen eignen irrigen oder unlautern Ausprüchen unterschiebe? Man müßte nichts vom Pabstthum, nichts von bösen protestantischen Polemikern, und nichts von bekannten stolzen Anmassungen vieler Censoren wissen, wenn man das Interesse der Wahrheit, des Rechts und aller menschlichen Vollkommenheit und Glückseligkeit leicht der Handhabung irgend eines Religionslehrers anvertrauen, und besonders eines solchen Religionslehrers anvertrauen wollte, der gern und mit Zuversicht es über sich nähme, den Werth aller menschlichen Kenntnisse so richtig zu würdigen, daß es der Prüfung des Publicums nicht weiter vorgelegt werden dürfte. Aehnliche Besorgnisse müßte man auch in Ansehung eines jeden Censors haben, der wichtigen Antheil an Regierungsgeschäften hätte. Wenn man dies auch nur allein erwägt: so kann man nicht einen Augenblick anstehen, zu behaupten, daß die Bestellung einer Censur der Beförderung der Wahrheit und der von der Erkenntnis der Wahrheit abhängenden menschlichen Vollkommenheiten und Glückseligkeiten, sowohl in Beziehung auf einzelne Menschen, als in Beziehung auf gesellschaftliche Verbindungen, im Ganzen weit mehr Hindernisse in den Weg legen, als zu Hülfe kommen werde. Wie diese Behauptung in der Natur der Sache und in der gewöhnlichen Gleichheit der Menschen in Ansehung ihrer Beschränkung und moralischen Mängel gegründet ist: so findet deren Wahrheit sich auch durch die Geschichte bestätigt. Die bösen Wirkungen, welche von dem Mangel der Druck- und Pressfreyheit ausgehen, man mag auf bürgerliches Wohl, oder auf den Religionszustand sehen, sind im Ganzen weit größer, als die Uebel sind und seyn können, die von Irrthümern und Mängeln ausgehen, welche durch manche Reden und Schriften über die menschliche Gesellschaft verbreitet werden. Höchst auffallend ist die Verkrüppelung des Verstandes, die vermittelt der Censur und der damit verbundenen fürch-

terlichen Verfolgung bey den Anhängern der päpstlichen Hierarchie in den alten Zeiten bewirkt ist. Aber nicht wenig bemerkbar sind auch die Fesseln, die dadurch in protestantischen Ländern dem menschlichen Verstande angelegt sind. Wenn der Mensch gleich im Zustande der Druckfreyheit häufig in Irrthum hineingeräth, und zu bösen Wegen hinführt: so liebt doch die ganze Welt Wahrheit und Recht so weit, daß selbst der größte Irrgeist und der böseste Mensch, wo nicht selbst auf dem Wege der Wahrheit und des Rechts zu gehn glaubt, doch wenigstens darauf zu gehen behauptet. Auch werden die Menschen durch Beobachtungen und Erfahrungen, oder durch die Philosophie des Lebens, das ist, durch den, vermittelt der allgemein Statt findenden Beobachtungen und Erfahrungen gebildeten, gefunden Verstand sicher zu den, ihre Vollkommenheit und Glückseligkeit betreffenden, Hauptwahrheiten hingeführt. Wenn also ein großer Bösewicht nicht künstliche, von angeblich göttlichen Aufträgen hergenommene, oder durch äußere Gewalt unterstützte Mittel gebraucht, um die Menschen über ihr wahres Interesse zu verblenden und zu mishandeln: so werden sie im Ganzen schon hinlänglich Irrthümern der Religion oder der Staatswissenschaft widerstehen.

Die gute Sache der Wahrheit, des Rechts und des Guten wird auch immer nach dem Maas mächtige Vertheidiger finden, als jene Sache etwa starke Angriffe hat aushalten müssen. Die aus den Behauptungen der Wahrheit des Rechts und des Guten ausgehenden wohlthätigen Wirkungen, in Absicht auf innere Zufriedenheit und äußere Glückslage, werden auch von den Menschen im Ganzen zu sehr empfunden und geliebt werden, als daß sie vielmehr Irrthümern nachgehen, und in die daraus entspringenden Uebel hineineilen sollten. Freye Untersuchungen über alle Gegenstände des Denkens, über alle Arten von Lebensvorthelen und über alle verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen werden also nach dem Maas immer mehr und mehr wohlthätig werden, als das aus jenen Untersuchungen hervorgehende Licht der Erkenntniß sich über alle Volksklassen verbreitet. Freylich muß bey einem solchen Zustande des Untersuchens und des Denkens jeder Bediente des Staats, er bekleide ein Lehramt, oder er nehme Theil an den Regierungsangelegenheiten,

sich in dem, was er lehrt und thut, durch die innere Güte seiner Sache vielmehr, als durch sein Ansehn, oder durch einen äußern Schein des Vorurtheils zu behaupten wissen. Es muß jeder dem Amt, das er gesucht hat, oder das er sich hat geben lassen, gewachsen seyn. Man wird in einer solchen Lage der Sachen die Hände nicht träge in den Schoofs legen, und sich nicht, ohne etwas zu verstehen und zu thun, wollüstig von den Gütern des Landes pflegen und mästen können. Allein unter der Bedingung unterhält das Volk vom Erwerb seiner Arbeit auch nur seine Leiter und Regierer, daß sie treu an der Hand der Wahrheit und des Rechts einhergehen, daß sie mit Einsicht in ihre Berufsgeschäfte handeln, daß sie das Wohl des Staats mit Eifer besorgen, und daß sie endlich sich durch die innere Güte ihrer Sache im Ansehn erhalten sollen. Wenn die wesentlichen Bestimmungen aller Dinge, und auch besonders aller gesellschaftlichen Einrichtungen auf Vollkommenheit und Glückseligkeit hingerichtet sind: so muß auch das Licht der Erkenntniß über jede gesellschaftliche Einrichtung in Religions- und Staatsangelegenheiten scheinen dürfen. Es muß verstattet seyn, Entwürfe der Wahrheit und der Vollkommenheit für alles, was die Menschen und ihre Verbindungen betrifft, machen zu dürfen. Je mehr das Licht der Erkenntniß durch alle Volksklassen über die wichtigsten Punkte der gesellschaftlichen Vollkommenheit durchdringt, desto weniger wird es einem Schwärmer oder Volksbetrüger in Angelegenheiten des Staats und der Religion gelingen, einen mächtigen Anhang zu gewinnen, und den großen Haufen des Volks, wie ein Instrument zur Ausführung irriger oder schädlicher Entwürfe, zu misbrauchen. Ein aufgeklärtes Volk schaut bald durch die Hülle des Irrthums und der Bosheit, die nur zu oft unter dem Anstrich von Volksinteresse auf Mishandlung des Volks abzielt, hindurch, und schreckt den bösen, nur eigne Vortheile des Ansehens, der Macht und des Reichthums suchenden, Aufwiegler in das Nichts zurück, woraus er so gerne hervortreten möchte. Ein Volk, das mit den Elementen einer guten gesellschaftlichen Einrichtung, einer vernünftigen bürgerlichen Freyheit, einer guten Staats-

haushaltung und des Contingents bekannt ist, das jede Volksklasse dazu zu liefern hat, wird eben so wenig von einem schlechten und talentvollen Mann sich darin irre leiten lassen, als man sich in Dingen des gemeinen Lebens irre leiten läßt, worauf jeden sein gesunder Verstand leitet. Das Reich der Wahrheit, des Rechts und des Guten wird also sicher im Kampf siegreich bestehen, wenn es gleich durch Unwissenheit, Schwärmerey und Bosheit angegriffen wird. Auch werden die regierenden Personen, die Form der Regierung sey, welche sie wolle, wider Kenntnisse und Maafsregeln, deren Wahrheit und Güte der beträchtlichsten Anzahl von allen Volksklassen einleuchtet, eben so wenig handeln oder zu handeln wagen, als es Einer dem Volk einzureden unternimmt, daßs Nacht Tag, und daßs Tag Nacht sey, und daßs man vielmehr Kleyen, als Mehl zu gutem Brod nehmen müsse. Ebenfalls werden Staatsbedienten, die von redlicher Begierde brennen, das Wohl des Staats zu befördern, Schutz in dem Erkenntniszustande eines aufgeklärten Volks wider alle elende Cabalenmacher und selbstfüchtigen Stürmer finden, die Talente und Ränke genug haben, um unter einem unwissenden Volk redliche Männer zu stürzen, und die in der Folge das Volk äußerlich mit Blendwerken hinhalten, und dabey eigentlich hartherziger Weise mishandeln.

Wer alles dieß erwägt, der wird es erkennen, daßs, wenn ein unmoralischer Mensch gleich durch die freye Benutzung der Druck- und Pressfreyheit eben sowol, als durch sein sonstiges Reden und Handeln viel Böses stiften kann, die Druck- und Pressfreyheit doch ein großer Segen für das Ganze ist, und daßs ohne Zulassung derselben keine Fortschritte in gesellschaftlicher oder individueller Vollkommenheit von irgend einer Wichtigkeit Statt finden können.

Aus dieser Wahrheit fließt aber nicht, daßs auch nichts von dem, was der Mensch unter Benutzung der Druckfreyheit und Pressfreyheit sagt und schreibt, bestraft werden dürfe. Man thut der guten Sache der Pressfreyheit einen bösen Dienst, wenn man entweder behauptet, daßs eine solche Straflosigkeit damit sich verbinden müsse, oder daßs sie auch nur damit natürlicher Weise zusammenhänge. Hat Einer beym

Gebrauch der Pressfreyheit eben so gefehlt, als Einer bey persönlicher freyer Wirksamkeit fehlt, wenn er Andern ihr Eigenthum raubt, auf Personen, die ihm begegnen, schimpft, oder sie körperlich angreift: so muß er nothwendig eben so gut, als dieser bestraft werden. Freunde der Censur pflegen dieses eingestandnen, und selbst von den wärmsten Freunden der Pressfreyheit zu behauptenden Satzes wegen sich bewogen zu finden, der Censur das Wort zu reden. Sie sagen nämlich, es sey besser, einem solchen Strafübel zuvorzukommen, als das Vergehen und die darauf festzusetzende Strafe Statt finden zu lassen. Weisheit und Menschenliebe rathen es allerdings an, Vergehungen, worauf Strafen erfolgen müssen, zugleich mit dem Strafübel zu verhüten. Allein wenn man dieß auf Censur und Pressfreyheit anwendet: so dürfte man wohl sehr irren. Die Uebel, welche aus der Censur entspringen, verhalten sich vielleicht, wie tausend zu eins, zu den zuweilen nach dem Misbrauch derselben erforderlichen Strafübeln. Selbst wenn der Cenfor ein durchaus rechtschaffner und einsichtsvoller Mann ist, muß man noch die mit der Censur verbundnen Uebel fürchten. Ist er nur ein wenig ängstlich; scheut er sich nur ein wenig vor Unannehmlichkeiten; ist er nicht mit dem Verfasser gleich geneigt, für Wahrheit, Recht und Staatsglückseligkeit mit Muth zu arbeiten, oder verfehlt er den Sinn eines Verfassers: so streicht er Vieles weg, was der Verfasser ohne Bedenken drucken läßt und drucken lassen kann, und was die Seele einer Betrachtung ist. Ist der Cenfor aber nicht ein durchaus rechtschaffner Mann, oder ist er wohl gar ein Instrument in der Hand der Hierarchie oder eines mächtigen Mannes: so unterdrückt er die wichtigsten und heilsamsten Kenntnisse auf eine despotische Weise unter dem Vorwand, daß der Druck nicht zugelassen werden oder Strafen nach sich ziehen müßte. Ohne alles durchzudenken oder abzuwägen, ändert er, wo es ihm gut deucht, nach seinem Sinn, und trägt oft etwas hinein, das gar nicht zur Sache paßt. Er bringt wohl gar einen einsichtsvollen und selbst vorsichtigen Freund und Beförderer alles Guten in üblen Ruf, und läßt die Ungnade der Regierung nicht nur, sondern auch selbst nachtheilige Begriffe und

Gefinnungen des Volks auf ihn fallen. Ist aber eine Schrift gedruckt: so können obrigkeitliche Personen, die den Schriftsteller richten, in einer Sache, die dem ganzen Publicum vor Augen gelegt ist, auch beym bösesten Willen und den despotischsten Gefinnungen es nicht wagen, einen Mann zu verurtheilen und zu richten, von dem der einsichtvollere Theil es erkennt, daß, anstatt strafbar zu seyn, er sich vielmehr um seine Nebenmenschen und den Staat verdient gemacht hat. Der Mensch thut oft viel, sehr viel Böses im Dunkeln, was er am hellen Tage zu thun sich nicht untersteht. Es ist also viel, sehr viel für die gute Sache der Wahrheit, des Rechts, der gesellschaftlichen Glückseligkeit und der Schriftstellerarbeiten gewonnen, wenn alle Männer, die zum einsichtsvollern und edlern Theil des Volks gehören, in dem Gericht, das über einen Schriftsteller das Urtheil spricht, gleichsam Beysitzer sind, und die eigentlichen Richter durch Aeufserung des Beyfalls oder Tadels in Respect halten.

Indem ich alles dieß, wovon ich mich versichert halte, daß es keinen Widerspruch finden könne, als zugestanden voraussetze: so glaube ich folgende Grundsätze, in Beziehung auf Pressfreyheit und Bücherwesen, festsetzen zu können. Es beziehen selbige sich sowol auf das, was man drucken lassen will, als auf das, was schon gedruckt ist.

In Ansehung des ersten Puncts sind diese wenigen Sätze hinreichend.

1) *Es ist dem Druck einer Schrift kein Hinderniß in den Weg zu legen, wozu der Verfasser seinen Namen setzt, falls dieser im Staat lebt, oder für das, was er schreibt, nach Landesgesetzen zur Verantwortung gezogen werden kann.*

2) *Auf den Fall, da ein Verfasser einer Schrift für gut findet, sich nicht zu nennen, muß der Verleger, oder, wenn der Verleger sich nicht nennt, der Eigenthümer der Druckerey, oder derjenige, welcher dessen Stelle vertritt, *) für die Rechtlichkeit dessen, was er druckt, mit seiner Person und seinem Vermögen haften, wenn er den Druck übernimmt.*

*) Will Einer auf die menschliche Gesellschaft wirken, so muß man ihn oder seinen Geschäftsträger bemerken können. Er ist sonst einem Menschen gleich, der mit einer Windbüchse an einem verborgenen Ort steckt, und damit eben so leicht unschuldige Menschen, als Raubthiere tödten kann.

3) Der Eigenthümer einer Druckerey kann, wenn er sich nicht durch Verträge unter bestimmte Verbindlichkeiten gesetzt hat, es frey bestimmen, ob etwas in seiner Druckerey gedruckt werden solle, oder nicht.

Nach geschehenem Druck dürfte nach folgenden Grundsätzen zu handeln seyn.

1) Es wird nichts wider ein Werk und dessen Urheber unternommen, wenn dieser nicht gerichtlich belangt und seine Sache gerichtlich verhandelt und entschieden ist.

2) Wer Dinge, womit das Wohl der menschlichen Gesellschaft bestehen kann, das ist, Dinge behauptet, wodurch das Leben, das Eigenthumsrecht, die Heiligkeit an sich gültiger Verträge und die Gewissensfreyheit nicht angegriffen wird, muss nicht gestraft werden.

3) Wer Entwürfe vollkommener Staatseinrichtungen bekannt macht, oder Mängel derselben bloß lehrend vorträgt, oder ans Licht stellt, ohne die gesetzlich regierenden Personen anzugreifen, ist nicht zu bestrafen, wenn auch die Einrichtungen des Staats, worin er lebt, oder wovon er ein Mitglied ist, selbst mangelhaft sind, und mit den ins Licht gesetzten Vollkommenheiten in Widerspruch stehn.

4) Wer das, was in der Regierung des Staats in Beziehung auf den Staat selbst geschieht, erfolgte Rechtsprüche und dazu gehörige Akten bekannt macht, und das, was er sagt, mit Beweisen belegt, ist nicht zu bestrafen.

5) Wer die Geschichte verstorbener Personen und der dazu gehörigen Zeiten liefert, und seine Behauptungen durch Documente und Zeugnisse unterstützt, ist nicht zu bestrafen, die Personen seyn, welche sie wollen.

6) Allegorische Erzählungen, Gemälde und Kupferstiche, worin bloß der moralische Werth gewisser Handlungen ausgedrückt wird, ohne bestimmte wirkliche Personen kennbar zu machen, müssen ihren Urhebern keine Strafe zuziehen.

7) Wer Andre, von denen er nicht öffentlich beleidigt oder angegriffen ist, durch pasquillantische oder spöttische Schriften, Gemälde oder Kupferstiche auf eine sie kennbar machende Art, verläumdete oder lächerlich macht, ist strafwürdig. Der Pasquillant, welcher Andern ehrenrührige Handlungen beschuldigt, ist jedoch weit härter, als ein

Satyriker zu bestrafen, der dessen sonstiges Privatleben in ein lächerliches Licht stellt.

8) Wenn einer durch Schriften, Gemälde oder Kupferstiche von einem verächtlich gemacht wird, mit welchem er sich in einem Zank eingelassen hat: so hat er sich selbst die Folge davon beyzumessen.

9) Wer die Geschichte lebender Personen wider deren Genehmigung, so fern selbige nicht deren Amtsführung und des Staats Wohl betrifft, oder sonst zum Theil öffentlich bekannt geworden ist, drucken läßt, ist straffällig.

Kein Mensch ist befugt, die Privatglückseligkeit eines Menschen zu stören, oder sich eine Art des Richteramts über ihn anzumassen.

10) Wegen solcher Handlungen, die einem sein Amt zur Pflicht macht und die den Gesetzen gemäß sind, muß keiner ungestraft angegriffen werden.

Etwanige Mängel gesetzlicher Einrichtungen können den Handhabern der Gesetze nicht zur Last gelegt werden.

11) Wer die Unverletzlichkeit des Eigenthumsrechts, der an sich gültigen Verträge und der Gewissensfreyheit angreift, begeht ein Verbrechen wider den Staat.

12) Wer Schriften drucken läßt, oder Gemälde oder Kupferstiche bekannt macht, wodurch Laster, unnatürliche Lüste, Verführung und Verderbung der Jugend verführerisch dargestellt, gelehrt und angepriesen werden, ist strafbar.

13) Verleger oder Drucker können nicht wegen solcher Angriffe auf Personen gestraft werden, darin die Personen nicht genannt werden, und wobey der Angriff nur Solchen bemerkbar wird, denen die angegriffenen Personen oder deren Leben bekannt ist. Dieser Theil des menschlichen Wissens kann keinem Verleger oder Drucker zur Pflicht gemacht werden.

14) Wer durch Schriften, Gemälde oder Kupferstiche dem Volk rath, sich der Ausführung der Gesetze zu widersetzen und zu Thatlichkeiten wider die Handhaber der Gesetze zu schreiten, ist als ein Staatsverbrecher zu bestrafen.

15) Wer Feinden des Staats Bewegungsgründe zum Angriff wider den Staat vorlegt, dazu dienende, ihm zur Geheimhaltung anvertraute

Papiere bekannt macht, und zeigt, durch welche Mittel und auf welche Art der Angriff veranstaltet oder ausgeführt werden kann, ist als ein Staatsverbrecher anzusehen und zu bestrafen.

Weil es kaum möglich ist, bestimmte Zeichen eines, mit obrigkeitlichen Strafen zu belegenden, Grades der Zügellosigkeit und Beleidigung Anderer, zu sicherer Anwendung für die Justizpflege festzusetzen, wie dießs auch bey allen sonstigen Privatinjurien der Fall ist: so leuchtet es ein, daß die Entscheidung sträflicher Fälle und dazu stimmender Strafen, in Ansehung gedruckter Sachen, eben sowol, als die Entscheidung in sonstigen Injurienprozessen, zum Theil von dem Ermessen der Richter vielmehr, als von einer bestimmten Gesetzformel abhängen müsse. Es geht damit, wie mit andern Dingen, die man nach einem gewissen Augenmaafs und nach Conventionsideen beurtheilt und nennt. Für den Begriff von Haufen giebt es z. B. nicht eine bestimmte Zahl oder ein bestimmtes Maafs. Dennoch wird man viele Menschen in der Idee und der Wahl des Ausdrucks leicht übereinstimmend finden. Eben so stimmen sehr viele Menschen von rechtschaffnem Charakter leicht in ihren Begriffen von dem überein, was Schimpf und Beleidigung ist, und was zur Bestrafung des Beleidigers geschehen sollte. Auch werden Richter von rechtschaffnen Gefinnungen ziemlich leicht eine Strafe festsetzen, bey deren Anwendung sie den Beyfall des Publicums erhalten. Dießs wird also auch bey Bestimmung der Strafe der Fall seyn, womit ein sträflicher Schriftsteller zu belegen ist, wenn man erwähnte Grundsätze dabey vor Augen hat.

Da es indessen immer sehr gefährlich für die Handhabung der Gerechtigkeit ist, wenn dem richterlichen Ermessen etwas überlassen werden soll, weil die Gesetzgebung alles, was sie thut, wider böse Menschen und wider die Möglichkeit der Ausführung des Bösen richten muß: so ist zu wünschen, daß einsichtsvolle Forscher es noch mögen, durch verständliche und leicht anwendbare Erklärungen und Grundsätze festsetzen können, was im menschlichen Gericht, als eine Injurie, anzusehen sey.

I n h a l t.

	Seite
I. Ob es ein Recht der Natur gebe, das man bey gesellschaftlichen Einrichtungen als heilig und unverletzlich anzusehen habe.	1
II. Ob und wie weit man den Eigenthumsbegriff, als einen von menschlicher Vereinbarung unabhängigen, in der Natur gegründeten, allgemein gültigen und mit gesellschaftlichen gesetzlichen Einrichtungen unverletzlich bestehenden Rechtsgrundsatz des Zwangsrechts anzusehen habe	13
III. Betrachtung über die Freyheitsbewegungen unserer Zeit, über den Einfluß einer zweckmäßigen Volksaufklärung in Staatsvollkommenheit und Volksglückseligkeit und in die Handhabung weiser Gesetze, und über die Lage, worin der Dänische Staat in der Hinsicht ist.	24
IV. Etwas über Geld und Staatsbilanz.	56
V. Ist im Dänischen Staat gar nicht an Fabrikunternehmungen zu denken?	62
VI. Auszug eines Schreibens an den Verfasser vorhergehender Abhandlungen, Antwort darauf, und ein zu der Materie gehöriger Zusatz.	76
VII. Vom Einfluß metaphysischer Kenntnisse in die menschlichen Lebenseinrichtungen.	101
VIII. Die französische Constitution mit Anmerkungen, mit darauf sich beziehenden Erklärungen des Königs und mit einer Schlußbetrachtung über die sich darauf beziehende Lage von Frankreich und Europa.	108
IX. Entwurf einer dem gemeinen Besten zuträglichen Pressfreyheit.	177

Erhebliche Druckfehler.

- S. I. Z. 14. v. u. anstatt *weise* lies *eine*.
- II. - 15. anst. *ihn* l. *sie*.
 - 4. - 8. v. u. anst. *kann* l. *können*.
 - 8. - 4. anst. *kann* l. *können*,
 - 10. - 3. nach *aufgeopfert werden* streich das Uebrige des Satzes weg.
 - 29. - 3. anst. *Kriegen* l. *Kriege*.
 - 30. - 21. l. *Parlamenten*.
 - 36. - 3. v. u. anst. *dieser* l. *diese*.
 - 49. - 4. l. *redliche Freunde des Königs und des Staats*,
 - 85. - 6. anst. *Landschaft* l. *Leidenschaft*.
 - 93. - 3. v. u. anst. *über Regierungsdespotismus* l. *despotischer Gefinnungen*.
 - 115. - 11. anst. *Regierungslust* l. *Regierungskunst*.
 - 116. - 20. v. u. anst. *dafs ein* l. *dafs nur ein*.
 - 177. - 2. anst. *wachsam* l. *mühsam*.
-

X

Viii. 88

x. 89

Ehlers, Martin

Staatswissenschaftliche Aufsätze

Kiel 1791

Pol.g. 252

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10768836-1

VD18 10276572-010